

Freie und Hansestadt Hamburg



Haushaltsplan-Entwurf **2003**

Vorwort zum Einzelplan 6

1. Inhaltliche Schwerpunkte des Einzelplanes

Das Schwergewicht der Aufgaben der Behörde für Bau und Verkehr liegt in folgenden Aufgabenfeldern:

- „Wohnungswesen“
 - Geförderter Wohnungsneubau einschließlich Erschließungen sowie Wohnungsbestandspolitik. Hier sind besonders hervorzuheben:
 - Fortführung des Wohnungsbauprogramms
 - Verbesserung des Wohnungsbestandes durch Modernisierung von Wohnraum
 - Durchführung wohnungspolitischer Maßnahmen (z. B. Wohngeldzahlungen)
 - Förderung ökologischer und energiesparender Baumaßnahmen
 - Großerschließungen (z. B. Allermöhe II, Reinbeker Redder, Boltwiesen, Scharnhorst-Kaserne, Heidberg-Villages, AK Ochsenzoll und Falkenried)
- „Bauordnung und Hochbau“
 - Bauordnungs- und Hochbauaufgaben, oberste Bauaufsicht, Umweltangelegenheiten, Baukontrollen, Bautechnik, Baustatik, Haustechnik, öffentlicher Hochbau.
- „Tiefbau“
 - Planung, Bau, Instandsetzung und Unterhaltung von öffentlichen Straßen, Brücken, Tunneln und sonstigen Ingenieurbauwerken.

Dabei liegt der Schwerpunkt auf Substanzerhaltung. Beispielhaft sind zu nennen:

- Grundinstandsetzung von Straßen mit einem Volumen von 16,4 Mio. EUR.
Zur Beseitigung des Instandsetzungsstaus werden verstärkt Maßnahmen zur Grundinstandsetzung der Straßen durchgeführt.
- Grundinstandsetzung von Brücken mit einem Volumen von rd. 9,9 Mio. EUR.
- Grundinstandsetzung von Anlagen der Lichtsignalsteuerung und der öffentlichen Beleuchtung mit einem Volumen von 7,6 Mio. EUR.
- Weitere Ziele dieses Bereichs sind:
 - Bau der Hafenquerspange
 - Ausbau von Straßen und Kreuzungen
 - verkehrsgerechte Ampelschaltungen (grüne Welle)
 - Fortsetzung der Einführung des „grünen Pfeils“
 - Abbau von Verkehrshindernissen.
- „Wasserwirtschaft“
 - Planung, Bau und Unterhaltung der Hochwasserschutzanlagen.
Im Rahmen des „Bauprogramms Hochwasserschutz“ werden bis 2007 alle Hamburger Deiche und Hochwasserschutzwände umgebaut und erhöht. Die Deiche in den tiefliegenden Elbmarschgebieten – vor allem die Vier- und Marschlande, Wilhelmsburg, Harburg-Neuland und Finkenwerder – sind bereits in großen Teilen fertig gestellt. Nunmehr werden die restlichen Deichstrecken und Hochwasserschutzwände insbesondere am südlichen Elbufer und in der Innenstadt in Angriff genommen.
 - Planung, Bau und Unterhaltung von Oberflächengewässern.
Ein besonderer Arbeitsschwerpunkt besteht in der Beseitigung von hydraulischen Engpässen im Gewässernetz, da die Starkregenereignisse der letzten Jahre eine Reihe von Schwachstellen aufgedeckt haben. Im Zusammenwirken mit der Stadtentwässerung werden diese Bereiche nach Prioritätsgesichtspunkten so zügig wie möglich beseitigt. Darüber hinaus hat die städtebauliche Verdichtung zu größeren Abflussmengen geführt, so dass teilweise ein Ausbau der betroffenen Gewässer zur schadlosen Ableitung des Oberflächenwassers notwendig ist. Als weiterer Schwerpunkt ist ab 2003 die Erneuerung von überalterten und gefährdeten Ufermauern zu nennen.

Vorwort

Einzelplan 06

- „Verkehr“
 - Verkehrsprognosen für die einzelnen Verkehrszweige im Rahmen integrativer Betrachtung; stadtteilbezogene Verkehrsuntersuchungen.
 - Entwicklung konkreter Verkehrskonzepte für den ÖPNV und den Straßenverkehr sowie für bestimmte Bereiche (z.B. HafenCity) und Projekte (Olympia-Bewerbung), Prioritätenbildung bei Netzergänzungen.
 - Steuerung der öffentlichen Verkehrsunternehmen im Rahmen der Beteiligungsverwaltung.
 - Öffentlicher Personennahverkehr, Schienen- und Straßengüterverkehr.
Der Bau der Schnellbahnanbindung Flughafen und der zweigleisige Ausbau der AKN in Eidelstedt werden fortgesetzt. Planung der U-Bahnlinie von Barmbek über Steilshoop nach Bramfeld.
 - Hervorzuheben sind ferner:
 - Steigerung der Attraktivität und Wirtschaftlichkeit des ÖPNV,
 - Tarifgestaltung des HVV,
 - Ausweitung des Bedienungsraums des HVV.
- „Stadt- und Landesplanung“
 - Stadtentwicklungsplanung mit der vorbereitenden und der verbindlichen Bauleitplanung nach BauGB sowie der Stadtordnung und der Stadtbildgestaltung.
 - Entwickeln und Koordinieren von räumlichen Konzepten für die Gesamtstadt bzw. von teils räumlichen Planungen entsprechend der Beauftragung durch die Senatskommission für Stadtentwicklung.
 - Entwickeln von Gestaltungskonzepten und von Stadtentwicklungsprojekten, Abstimmen der Konzepte und Projekte mit Fachbehörden, Bezirksämtern und Trägern öffentlicher Belange, mit Investoren und Betroffenen sowie Herbeiführen von Entscheidungen dazu.
 - Durchführen von städtebaulichen Wettbewerben.
 - Entwickeln und Abstimmen von grenzüberschreitenden Konzepten und Planungen mit den Nachbarländern, Förderung von Vorhaben der gemeinsamen Landesplanung.
 - Mitwirken an Planungen insbesondere im Nord- und Ostseeraum im Rahmen des europäischen Raumordnungskonzeptes.
- „Landschaftsplanung“
 - Vorbereitende und verbindliche Landschaftsplanung nach dem HmbNatSchG.
 - Realisierung von landschaftsplanerischen Leitprojekten des Regionalen Entwicklungskonzeptes im Rahmen der regionalen Zusammenarbeit mit den Nachbarländern.
 - Erstellen von Entwicklungsplänen für Teilräume entsprechend der Beauftragung durch die Senatskommission.
 - Entwickeln von landschaftsplanerischen Konzepten für prioritäre Einzelvorhaben.
 - Umsetzen des Kostenerstattungsgesetzes.
- „Stadterneuerung und Bodenordnung“
 - Neustrukturierung, Weiterentwicklung und Ordnung städtebaulicher Verhältnisse in benachteiligten Stadtteilen und in städtebaulichen und sozialen Problemgebieten.
 - Vorbereitung und Durchführung der Sanierung nach BauGB (Programm der Sozialen Stadtteilentwicklung, Programmsäule I).
 - Steuerung des Programms und von Maßnahmen der Sozialen Stadtteilentwicklung außerhalb der Anwendung der Rechtsinstrumente des BauGB (Programm der Sozialen Stadtteilentwicklung, Programmsäule II).
 - Nachhaltige Quartiersentwicklung in Stadtteilen mit sozialen, wirtschaftlichen, ökologischen und städtebaulichen Problemen.
 - Förderung der Bürgermitwirkung.
 - Vorbereitung und Durchführung der Bodenordnung (Umlegung, Grenzregelung, sonstige Grundstücksregelungen) sowie Betreuung vorbereitender Untersuchungen in Entwicklungsgebieten.

Weitere Informationen zur Aufgabenwahrnehmung in den einzelnen Ämtern enthalten die Produktinformationen bei den jeweiligen Produktbereichen.

2. Übersicht über Gesamteinnahmen und -ausgaben

Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben entwickeln sich wie folgt:

	2003 ¹	2002	+/-	
	in Tsd. EUR		in %	
Einnahmen	270.920	251.798	+19.122	+7,6
davon:				
Verwaltungseinnahmen etc. (Hgr. 1)	5.687	11.119	-5.432	-48,9
Zuweisungen, Zuschüsse (Hgr. 2)	201.367	177.064	+24.303	+13,7
Investitionszuschüsse etc. (Hgr. 3)	63.866	63.615	+251	+0,4
Ausgaben	777.422	779.042	-1.620	-0,2
davon:				
Personalausgaben	58.542	76.602	-18.060	-23,6
Sach- und Fachausgaben	389.965	361.324	+28.641	+7,9
Sonstige Betriebsausgaben	111.760	113.559	-1.799	-1,6
Investitionen	217.155	227.557	-10.402	-4,6

Anteil an den bereinigten Gesamtausgaben 2003 (in %)	Gesamtplan	Einzelplan 6
Personalausgaben	36,4%	7,5%
Sach- und Fachausgaben	41,5%	50,2%
Investitionen	9,9%	27,9%

Investitionsrestevolumen der Vorjahre

2001				2000			
Gesamtsoll	Ist	auf 2001 übertragene Reste		Gesamtsoll	Ist	auf 2000 übertragene Reste	
in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in % zum Soll	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in % zum Soll
397.246	232.381	164.865	42	366.110	221.044	145.066	40

3. Organisations- und Aufgabenstruktur

Durch das am 01. Januar 2002 in Kraft getretene Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Verwaltungsbehörden und anderer Gesetze ist die bisherige Stadtentwicklungsbehörde mit der Baubehörde zur Behörde für Bau und Verkehr zusammengeführt worden.

Im Zusammenhang mit dieser Neuorganisation werden für die ehemaligen Ämter der Stadtentwicklungsbehörde folgende eigene Produktbereiche eingerichtet:

- Landesplanungsamt – Produktbereich 08: Stadt- und Landesplanung,
- Amt für Landschaftsplanung – Produktbereich 09: Landschaftsplanung und
- Amt für Stadterneuerung und Bodenordnung - Produktbereich 10: Stadterneuerung und Bodenordnung.

Zum 01.01.2003 wird das Amt für Geoinformation und Vermessung in die Rechtsform eines Landesbetriebes nach § 26 Abs.1 LHO überführt. In diesem Zusammenhang wurde auch das Produkt „Grundstückswertermittlung“ aus dem Produktbereich 01 „Allgemeine Verwaltung/Recht“ in den Landesbetrieb „Geoinformation und Vermessung“ (ehemaliger Produktbereich 02) verlagert.

¹ Wesentliche Abweichungen zu 2002 sind zurückzuführen auf die Überführung des Amtes Geoinformation und Vermessung in die Rechtsform eines Landesbetriebes nach § 26 Abs.1 LHO

Vorwort

Einzelplan 06

Die Behörde für Bau und Verkehr ist wie folgt organisiert:

Behördenleitung									
Amt Z Zentral- verwaltung	Amt BR Baurechts- amt	Amt WA Amt für Wohnungs- wesen	Amt ABH Amt für Bauord- nung und Hochbau	Amt T Tiefbau- amt	Amt WS Amt für Wasser- wirtschaft	Amt V Amt für Verkehr	Amt LP/L Landesplanungsamt/ Amt für Landschaftsplanung		Amt SB Amt für Stadter- neuerung und Boden- ordnung

Produktbereiche (PB) ²									
PB 01: Allgemeine Verwaltung / Recht		PB 03: Wohnungs- wesen	PB 04: Bauord- nung und Hochbau	PB 05: Tiefbau	PB 06: Wasser- wirtschaft	PB 07: Verkehr	PB 08: Stadt und Landes- planung	PB 09: Land- schafts- planung	PB 10: Stadt- erneue- rung und Boden- ordnung

Produktgruppen (PG)									
PG 01: Zentrale Ressour- censteue- rung, Lei- tungsun- terstützung und Service	PG 02: Recht	PG 01: Verbesse- rung des Wohnungs- angebots	PG 01: Bauord- nung	PG 01: Betrieb und Erhaltung von An- lagen der Verkehrs- infra- struktur	PG 01: Gewässer	PG 01: Verkehrs- planung und -konzepte	PG 01: Landes- planung		PG 01: Stadter- neuerung
		PG 02: Mieter- und Wohnraum- schutz, Belegungs- bindungen	PG 02: Hochbau	PG 02: Ausbau von Anlagen der Ver- kehrsinfra- struktur (Stadt- und Bundes- fern- straßen)	PG 02: Hoch- wasser- schutz	PG 02: Öffent- licher Per- sonen- nahver- kehr	PG 02: Stadt- planung		PG 02: Boden- ordnung
				PG 03: Ausbau von Anlagen der Ver- kehrs- infra- struktur (Schiene)		PG 03: Schienen- und Stra- ßengüter- verkehr, verkehrs- rechtliche Genehmi- gungen			
				PG 04: Erschlie- ßungen für Wohnungs- bau, Ge- werbe und Industrie					
				PG 05: Landes- tiefbau- verwaltung					

² Produktbereich 02 aus redaktionellen Gründen nicht belegt.

4. Kontenrahmen für Dienstbezüge (KRD) und Stellenplan

KRD

Die Veranschlagung der Personalausgaben im KRD des Einzelplans (Titel 4xx.91) basiert auf dem Konzept der Dezentralisierung. Veranschlagungsbasis ist das Plansoll 2002, das im Wesentlichen dezentral um folgende Effekte fortgeschrieben worden ist:

- Altersbedingte Mehr- oder Minderbedarfe gegenüber den bei der Budgetaufstellung 2002 berücksichtigten Werten (Grundlage: Bezügeabrechnungsdaten Monat 12/2001, Altersmodell);
- volle Berücksichtigung der Jahreswerte von
 - unterjährigen Mitteltransfers (im Haushaltsjahr 2001), sofern dauerhaft fortwirkend,
 - im Planansatz 2002 nur mit Teiljahresbeträgen berücksichtigten Basisveränderungen und
 - etwaigen Beschlüssen von Senat und Bürgerschaft zum Haushalt 2002;
- IuK bedingte Einsparungen;
- notwendige Korrekturen aufgrund von Veränderungen im Beitragsrecht der Sozialversicherung.

Dezentral sind außerdem veranschlagt:

- Kostenanteile
 - an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter (Titel 432.91) und ab 2003 erstmalig
 - an den Versorgungsbezügen der Angestellten (Titel 435.91),
 - an den Versorgungsbezügen der Arbeiterinnen und Arbeiter (Titel 436.91)
 sowie
 - an den Beihilfen (Titel 441.91).

Die finanziellen Auswirkungen möglicher linearer Tarifierhöhungen (frühestens ab 1. November 2002) und linearer Besoldungserhöhungen (frühestens ab 1. Januar 2003) werden zentral vorgehalten und den Budgets im Rahmen der Bewirtschaftung zur Verfügung gestellt.

Stellenplan

Der Stellenplan bildet den personalwirtschaftlichen Ermächtigungsrahmen eines Haushaltsjahres ab, der von den Behörden und Ämtern im Rahmen der Budgetvorgaben ausgenutzt werden kann. Der Stellenplan ist in der Anlage 1 zum Einzelplan 6 (blaue Seiten) dargestellt.

Die Stellenpläne der netto-veranschlagten Einrichtungen nach § 15 Abs. 2 LHO und des Landesbetriebes nach § 26 Abs. 1 LHO sind in den Wirtschaftsplänen (rosa Seiten) abgedruckt.

Die ausgewiesenen Stellenangaben entsprechen dem Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Verfahren zum Stichtag der Schnittstellenübergabe. Aufgrund der organisatorischen Veränderungen (Überführung des Amtes Geoinformation und Vermessung in einen Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO und Integration der ehemaligen Stadtentwicklungsbehörde in die Behörde für Bau und Verkehr) können weitere Stellenbereinigungen erforderlich werden.

Stellenplanentwurf 2003 (Blaudruck)

Einzelplan 6 – Behörde für Bau und Verkehr

Kapitel	Stellenzahl 2003	Neue Stellen 2003		Stellenhebungen 2003			Umwand- lungen
		Anzahl	in Tsd. EUR	Anzahl	in Tsd. EUR	Progr.	
6000 Allgemeine Verwaltung	193,95						
6100 Wohnungswesen	46,00						
6200 Bauordnung und Hochbau	116,50						

Kapitel	Stellenzahl 2003	Neue Stellen 2003		Stellenhebungen 2003			Umwand- lungen
		Anzahl	in Tsd. EUR	Anzahl	in Tsd. EUR	Progr.	Anzahl
6300 Tiefbau	415,00						
6420 Wasserwirt- schaft	130,04			1	9,3		
6500 Verkehr	73,00						
6610 Landes- und Landschafts- planung	100,55						
Stadterneue- rung und Bodenordnung	58,25						

5. Kontenrahmen für Sachausgaben (KRS)

Im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung sind ab 2002 der Kontenrahmen für Sachausgaben (KRS) für die Baubehörde alt und ab 2003 die zentrale Titelgruppe Z 61 „Aufwendungen für Sach- und Fachausgaben“ des Kapitels 6600 aufgelöst worden. Die Titel wurden auf die entsprechenden Kapitel überführt und haben statt der bisherigen Endnummer 99 bzw. 61 einheitlich die Endnummer 22 erhalten. Durch Aufnahme in bestehende Deckungskreise der budgetierten Sach- und Fachausgaben wird eine weitgehende Flexibilität erreicht.

6. Einzelplandeckungskreise

Die im Einzelplan 6 vorhandenen Deckungskreise sind auf dem Deckblatt zum Zahlenwerk genannt. Die Zahl der Deckungskreise hat sich durch die Integration der Stadtentwicklungsbehörde verändert. Eine Übersicht der Deckungskreise und der zugehörigen Titel findet sich in Anlage 4.

Für die Sach- und Fachausgaben im Budget bestehen kapitelweise Deckungskreise.

7. Übersicht über ausgegliederte Bereiche (Wirtschaftspläne)

Zur Behörde für Bau und Verkehr gehören die folgenden Einrichtungen nach § 15 Abs.2 LHO und § 26 Abs.1; die voraussichtlichen Jahresergebnisse sind wie folgt veranschlagt:

Einrichtung	Gesamtaufwand in Tsd. EUR	Zuführung (-) aus dem Haushalt Abführung (+) an den Haushalt
Staatl. Hochbaudienststelle Behörde für Bau und Verkehr, ABH/ZB	864	25
Autobahn- und Tunnelbetrieb	6.139	- 2.724
Geoinformation und Vermessung	25.170	- 18.187

Wirtschaftspläne und Erläuterungen finden sich in Anlage 2 (rosa Seiten).

8. Bericht über Maßnahmen und Projekte gemäß bürgerschaftlichem Ersuchen

Den frauenspezifischen Interessen wird bei der Veranschlagung und Verwendung der Haushaltsmittel des Einzelplans 6 allgemein Rechnung getragen.

Im Rahmen von Sanierungsmaßnahmen nach Baugesetzbuch und außerhalb der Sanierung (Soziale Stadtteilentwicklung) wurden verschiedene frauen- und Mädchenspezifische Projekte gefördert. Neue Projekte in 2003, die unter dem Aspekt „Berücksichtigung von frauen- und Mädchenspezifischen sowie lesben- und schwulenspezifischen Belangen“ relevant wären, gibt es zur Zeit nicht. Dies kann sich jedoch im Laufe des Jahres ändern, wenn die Erneuerungskonzepte vollständig vorliegen.

Im Bereich der Stadt- und Landesplanung steht eine Stelle (mit der Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit) für die Einbringung von frauenspezifischen Belangen in die Planungen zur Verfügung.

Eine Arbeitsgruppe „Fachfrauen für Bauwesen und Verkehrsplanung“ begleitet die Aufgabenwahrnehmung der Behörde für Bau und Verkehr aus frauenspezifischer Sicht. Die Frauen der Arbeitsgruppe sind Mitarbeiterinnen der Behörde für Bau und Verkehr, die sich zusätzlich zu ihren jeweiligen Aufgabenbereichen engagieren.

Im Übrigen ist eine gesonderte Veranschlagung von Maßnahmen bzw. Mitteln hierfür im Einzelplan 6 nicht vorgesehen.

9. Produktinformationen (generelle Hinweise)

Die Produktinformationen sind gegenüber dem Vorjahr weiterentwickelt worden. Die Bildung geeigneter Kennzahlen für die Produktbereiche und -gruppen stand dabei im Vordergrund. Nicht für alle Leistungsbereiche der Behörde für Bau und Verkehr konnten steuerungsrelevante Kennzahlen entwickelt werden, die einen klaren Zielbezug erkennen lassen und konkrete Aussagen über die Leistungsfähigkeit der Verwaltung ermöglichen. Ziel der BBV bleibt es jedoch, Kennzahlen auf weitere Bereiche auszuweiten, um künftig verstärkt Steuerungsaufgaben wahrnehmen zu können.

Teilweise war es erforderlich, im Zeitreihenvergleich die Vergleichszahlen 2002 anzupassen.

Hinsichtlich der Angaben zu Personalausgaben und Stellen gibt es gewisse verfahrensbedingte „Verzerrungen“. Während die Aufteilung der Personalkosteneinsparungen zunächst proportional auf die Kapitel erfolgt, orientiert sich die Umsetzung der Stelleneinsparungen demgegenüber an der tatsächlichen Fluktuationsentwicklung. Die Zeitreihenvergleiche in den einzelnen Produktbereichen sind daher nicht immer kongruent.

Die mittelfristige Entwicklung folgender Aufgabenfelder des Einzelplans 6 werden im Finanzbericht dargestellt:

- Wohnungswesen
- Hochwasserschutz
- Verkehr

Für den Einzelplan 6 besteht folgende Zuordnung der Kapitel zu den Produktbereichen:

Produktbereich	Kapitel-Nr.	Kapitelbezeichnung
01 Allgemeine Verwaltung/Recht	6000	Allgemeine Verwaltung
02 – frei –		
03 Wohnungswesen	6100	Wohnungswesen
04 Bauordnung und Hochbau	6200	Bauordnung und Hochbau
05 Tiefbau	6300	Tiefbau
06 Wasserwirtschaft	6420	Wasserwirtschaft
07 Verkehr	6500	Verkehr
08 Stadt- und Landesplanung	6610	Landes- und Landschaftsplanung
09 Landschaftsplanung	6610	Landes- und Landschaftsplanung
10 Stadterneuerung und Bodenordnung	6620	Stadterneuerung und Bodenordnung

Gesamtübersicht Einzelplan 6

Haushaltsplan 2003

	Gesamt- einnahmen	Personal- ausgaben	Sach- und Fachausgaben	Investitionen	Gesamt- ausgaben
	Tsd. EUR				
Gesamtbetrag Einzelplan 6	270.920	58.542	501.725	217.155	777.422
Davon entfallen auf:					
Produktbereich 01	1.837	10.079	28.008	1.923	40.010
Produktbereich 02	-	-	-	-	-
Produktbereich 03	86.763	2.312	264.630	9.763	276.705
Produktbereich 04	664	5.872	674	300	6.846
Produktbereich 05	22.843	21.770	41.009	104.343	167.122
Produktbereich 06	18.743	6.413	5.730	42.374	54.517
Produktbereich 07	135.708	3.740	157.855	27.977	189.572
Produktbereich 08	2	3.961	1.257	1.316	6.534
Produktbereich 09	0	1.112	676	0	1.788
Produktbereich 10	4.360	3.283	1.886	29.159	34.328

Haushaltsplan 2002

	Gesamt- einnahmen	Personal- ausgaben	Sach- und Fachausgaben	Investitionen	Gesamt- ausgaben
	Tsd. EUR				
Gesamtbetrag Einzelplan 6	251.798	76.602	474.883	227.557	779.042
Davon entfallen auf:					
Produktbereich 01	1.182	10.428	13.010	437	23.875
Produktbereich 02	5.447	17.622	2.989	979	21.590
Produktbereich 03	89.000	2.338	266.779	12.025	281.142
Produktbereich 04	664	5.874	674	400	6.948
Produktbereich 05	21.173	21.897	44.716	104.946	171.559
Produktbereich 06	18.753	6.391	5.449	43.320	55.160
Produktbereich 07	111.892	3.736	136.533	28.517	168.786
Produktbereich 08	2	3.937	1.410	1.250	6.597
Produktbereich 09	0	1.114	676	0	1.790
Produktbereich 10	3.685	3.265	2.647	35.683	41.595

Produktinformationen

Produktbereich 01: Allgemeine Verwaltung/Recht

Kapitel 6000

Produktbereichskennzahlen	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen in Tsd. EUR	1.837	1.182	-213
Personalausgaben in Tsd. EUR	10.079	10.428	10.460
Sach- und Fachausgaben in Tsd. EUR	28.008	13.010	13.077
Sonstige Betriebsausgaben in Tsd. EUR	–	–	–
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	1.923	437	1.717
Stellen	194	232	221

Ziele des Produktbereichs

- Z 1 Unterstützung der Behördenleitung und Fachämter bei der Umsetzung politischer und administrativer Zielsetzungen (u. a. Ressourcensteuerung, Organisations- und Personalentwicklung) unter Berücksichtigung der Verwaltungsmodernisierung auf der Grundlage des NSM.
- Z 2 Gewährleistung der Rechtmäßigkeit des Handelns im Rahmen des Aufgabenbereichs der Behörde für Bau und Verkehr

Produktgruppen – Überblick

- PG 1 Zentrale Ressourcensteuerung, Leitungsunterstützung und Service
- PG 2 Recht

Produktgruppe 01: Zentrale Ressourcensteuerung, Leitungsunterstützung und Service Kapitel 6000

Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung

- Z 1 Fortführung des Prozesses der Verwaltungsmodernisierung
- Z 2 Wirtschaftlicher Umgang mit vorhandenen Ressourcen
- Z 3 Qualifizierung des Personals und Personalentwicklung; Verbesserung der Mitarbeiterorientierung/Mitarbeiterzufriedenheit
- Z 4 Sicherung der Infrastruktur und des Geschäftsbetriebes, kunden- und bedarfsgerechte Dienstleistungen für die Fachbereiche
- Z 5 Vollausstattung der bildschirmfähigen Arbeitsplätze mit IuK-Technik

Produkte

- P 1 Leitungsunterstützung einschließlich Innere Revision und Beteiligungsverwaltung
- P 2 Personal/Organisation/Haushalt/Betriebswirtschaft
- P 3 Infrastrukturleistung
- P 4 Verfahrensabwicklung und -betreuung von IuK-Verfahren der Behörde für Bau und Verkehr ¹

Haushaltsdaten	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	1.777	1.127	1.255
• Betriebseinnahmen	1.777	1.127	1.255
• Investitionseinnahmen	–	–	–
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	35.377	20.614	20.537
• Personalausgaben	7.559	7.821	7.845
• Sach- und Fachausgaben gesamt	27.818	12.793	12.692 ²
– Zuwendungen	–	–	–
– gesetzliche Leistungen	13	13	10
• Sonstige Betriebsausgaben	–	–	–
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	1.923	437	1.717

¹ Gehört 2001 und 2002 organisatorisch zum ehemaligen Produktbereich 02 und ab 2003 zum Wirtschaftsplan „Geoinformation und Vermessung“.

² Davon 10 Tsd. EUR Ausgaben der Bezirke aus Zweckzuweisungen

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	903	978	1.054
• innerbehördlich (2003 = 10,45%; 2002 = 11,01%; 2001 = 11,93%)	790	861	936
• überbehördlich (1,5%)	113	117	118

Einnahmen-/ Ausgabenschwerpunkte

Einnahmen

Der Schwerpunkt der Einnahmen liegt bei der Erstattung von Verwaltungsgemeinkosten der Wirtschaftspläne Geoinformation und Vermessung, Staatlicher Hochbau der Behörde für Bau und Verkehr sowie Autobahn- und Tunnelbetrieb.

Personalausgaben

Der Schwerpunkt der Personalausgaben liegt im Bereich Personal, Organisation, Haushalt und Betriebswirtschaft (P 2).

Sach- und Fachausgaben

Die Sach- und Fachausgaben werden dominiert durch die
 Zuweisungen an den Wirtschaftsplan Geoinformation und Vermessung (P 3) rd. 16,3 Mio. EUR
 Ausgaben für die Inanspruchnahme von Leistungen des Landesbetriebes für
 Geoinformation und Vermessung (P 3)) rd. 3,2 Mio. EUR
 Ausgaben für den allgemeinen Dienstbetrieb (P 3) rd. 6,7 Mio. EUR
 Erstattungen für die Inanspruchnahme des LIT (P 4) rd. 1,7 Mio. EUR
 Ausgaben im Zusammenhang mit IuK-Technik (P 4) rd. 0,8 Mio. EUR

Investitionen

Der Schwerpunkt liegt bei den Investitionszuschüssen an den Wirtschaftsplan Geoinformation und Vermessung.

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Plan 2003	Plan 2002 ³	Ergebnis 2001	Ergebnis 2000
Stellen	160,95	167,95	156,77	154
Anzahl der Beschäftigten (aktiv und passiv)	1.741	1.766	1.634	1.654
Frauenanteil an den Beschäftigten der Behörde für Bau und Verkehr	631 rd. 36%	636 rd. 36%	532 rd. 33%	538 rd. 33%
Teilzeitbeschäftigte	250 rd. 14%	253 rd. 14%	183 rd. 11%	182 rd. 11%
Beurlaubte	115 7%	115 7%	90 rd. 6%	77 rd. 5%
Altersteilzeit	88 rd. 5%	88 rd. 5%	72 rd. 4%	40 rd. 2,4%
Anzahl der betreuten Unternehmen: ⁴				
• Unmittelbare Beteiligungen	12	12	10	10
• Mittelbare Beteiligungen	44	44	38	30
• Mandatsbetreuungen	8	8	7	6
Zahl der Bildschirmarbeitsplätze	1.562	1.562	1.315	1.290
Anteil der Bildschirmarbeitsplätze an den bildschirmgeeigneten Büroarbeitsplätzen	99%	99%	98%	96%
Anteil der Personalausgaben der zentralen Intendanz an den gesamten Personalausgaben in %	10,45	11,01	11,93	12,26

³ Die Änderung der Planzahlen 2002 ist auf die Integration der SteB zurückzuführen.

⁴ Die Planzahlen 2002 und 2003 berücksichtigen auch die ehemals von der Stadtentwicklungsbehörde betreuten Unternehmen

<i>Kostenkennzahlen</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Personalbetreuungskosten pro Beschäftigten in EUR	748	753	707
davon:			
• durchschnittliche Personalverwaltungskosten je Beschäftigten	458	456	380
• durchschnittliche Personalentwicklungskosten je Beschäftigten	289	297	327
Kosten der Fortbildung je Beschäftigten	138	136	152

Produktgruppe 02: Recht

Kapitel 6000

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>			
Z 1 Durch die Schaffung und Anwendung der Rechtsgrundlagen soll für die Handlungsbereiche und Aufgaben der Behörde für Bau und Verkehr und durch Beratung der Ämter ein rechtsstaatliches, bürgerorientiertes und wirtschaftliches Handeln ermöglicht werden.			
<i>Produkte</i>			
P 1 Rechtsetzung und Rechtsgestaltung			
P 2 Rechtsanwendung, Rechtsberatung und Prozessführung			
P 3 Planfeststellungs-/Plangenehmigungsverfahren			
P 4 Rechts- und Fachaufsicht			

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	60	55	-1.467
• Betriebseinnahmen	60	55	-1.467
• Investitionseinnahmen	–	–	–
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	2.710	2.824	3.000
• Personalausgaben	2.520	2.607	2.615
• Sach- und Fachausgaben gesamt	190	217	385 ⁵
– Zuwendungen	–	–	–
– gesetzliche Leistungen	64	66	74
• Sonstige Betriebsausgaben	–	–	–
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	–	–	–

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	301	326	351
• innerbehördlich (2003 = 10,45%; 2002 = 11,01%; 2001 = 11,93%)	263	287	312
• überbehördlich (1,5%)	38	39	39

<i>Ausgabenschwerpunkt</i>			
<u>Personalausgaben</u>			
Die Personalkosten verteilen sich etwa gleichmäßig auf die Produkte 1-4.			

<i>Kennzahlen</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Stellen	33	64	64

⁵ Davon 61 Tsd. EUR Ausgaben der Bezirke aus Zweckzuweisungen

Produktbereichskennzahlen	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen in Tsd. EUR	86.763	89.000	107.927
Personalausgaben in Tsd. EUR	2.312	2.338	2.455
Sach- und Fachausgaben in Tsd. EUR	154.640	155.040	165.942
Sonstige Betriebsausgaben in Tsd. EUR	109.990	111.739	108.625
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	9.763	12.025	16.747
Stellen	46	43	44

Ziele des Produktbereiches

- Z 1 Sicherstellung eines qualitativ und quantitativ angemessenen Wohnungsbestandes
 Z 2 Sicherstellung einer angemessenen Wohnraumversorgung der Bevölkerung

Produktgruppen – Überblick

- PG 1 Verbesserung des Wohnungsangebots
 PG 2 Mieter- und Wohnraumschutz, Wohngeld, Belegungsbindungen

Produktgruppe 1: Verbesserung des Wohnungsangebots

Kapitel 6100

Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung

Erreichung einer quantitativ und qualitativ angemessenen Wohnraumversorgung der Bevölkerung durch

- Förderung des Wohnungsneubaus,
- Förderung der Modernisierung und Instandsetzung des Wohnungsbestandes,

Das Amt für Wohnungswesen entwickelt und setzt die wohnungspolitischen Vorgaben auf ministerieller Ebene um. Dazu werden die rechtlichen, finanziellen und planerischen Grundlagen erarbeitet.

Die staatliche Förderung des Wohnungsneubaus, der Modernisierung und der Instandsetzung von Wohnraum sowie die Nachsubventionierung geförderter Mietwohnungen führt die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt (WK) durch. Dies umfasst die Gewährung von Baudarlehen, Aufwendungsdarlehen und Zuschüssen. Die Mittel werden, soweit sie nicht durch Rückflüsse aus Wohnungsbaudarlehen, durch Bundesmittel und sonstige Erträge der WK aufgebracht werden, von ihr auf dem Kapitalmarkt beschafft. Das Kreditvolumen wird jährlich im Beschluss über die Feststellung des Haushaltsplans durch die Bürgerschaft festgesetzt. Im Übrigen siehe die Erläuterungen zu den Titeln 6100.571.01, 571.02, 661.50 und 663.50.

Produkte

P 1 Ministerielle Angelegenheiten

Erarbeitung von Grundlagen der Wohnungspolitik wie Ermittlung von Wohnungsversorgung, Wohnungsnachfrage und -bedarf; Entwicklung von Konzepten, Rechtsetzungen; Fachaufsicht über die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt; Mitwirkung als Bedarfsträger an der Bauleitplanung; Entwicklung der wohnungspolitischen Instrumente für das Programm der sozialen Stadtteilentwicklung; Entwicklung und Umsetzung kosten- und flächensparender sowie ressourcen- und umweltschonender Standards im Wohnungsbau und -bestand.

P 2 Förderprogramme

Entwicklung und Fortschreibung der Förderprogramme für den Wohnungsneubau sowie die Modernisierung und Instandsetzung von Wohnraum; Finanzierung und haushaltsmäßige Abwicklung; Umsetzung durch Prüfung der Förderungswürdigkeit der einzelnen Bauvorhaben aus dem Neubauprogramm

P 3 Maßnahmen zur Sicherstellung der Wohnraumversorgung unter Berücksichtigung sozialer Problemlagen

Entwicklung von Konzepten; Förderung von speziellen Wohnformen; Begleitung von Großvorhaben

⁶ Aussagen zur mittelfristigen Aufgabenentwicklung des Produktbereichs sind im Finanzbericht (Abschnitt „Entwicklung in ausgewählten Aufgabenfeldern der Mittelfristigen Aufgabenplanung“) enthalten.

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	9.763	12.000	16.754
• Betriebseinnahmen	–	–	–
• Investitionseinnahmen	9.763	12.000	16.754
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	111.588	113.116	110.241
• Personalausgaben	1.257	1.251	1.339
• Sach- und Fachausgaben gesamt	341	126	277
– Zuwendungen	–	–	–
– gesetzliche Leistungen	–	–	–
• Sonstige Betriebsausgaben	109.990	111.739	108.625
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	9.763	12.013	16.747

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	150	157	180
• innerbehördlich (2003 = 10,45%; 2002 = 11,01%; 2001 = 11,93%)	131	138	160
• überbehördlich (1,5%)	19	19	20

Einnahmen-/ Ausgabenschwerpunkte

Einnahmen/Investitionen

Durchlaufende Bundesmittel in Höhe von rd. 9,8 Mio. EUR für Darlehen und Zuschüsse zur Förderung des Wohnungsbaues werden an die WK weitergeleitet, sind für die FHH also aufkommensneutral (P 2).

Sonstige Betriebsausgaben

Die sonstigen Betriebsausgaben in diesem Bereich umfassen im Wesentlichen:

8 Mio. EUR für Zinsausgaben an die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt und 102 Mio. EUR für den Zins- und Verlustausgleich an die WK (P 2).

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Stellen	25	23	24
Nominale Förderungsvolumina Wohnungsbauförderung gemäß der Verwaltungsvereinbarung Wohnungswesen für die Förderung des Wohnungsbaus (FHH und Bund) in Tsd. EUR	594,7	588,8	583,0
Anteil Hamburgs an den nominalen Förderungsvolumina in v.H. (Rest vom Bund)	99,4	99,2	99,4
Kennzahlen Wohnungsbauprogramm	Plan 2003	Plan 2002 ⁷	Ergebnis 2001
Neubau Mietwohnungen	1.800	1.800	1.561
davon:			
• Förderungsweg/soziale Wohnraumförderung	1.800	1.800	1.280 ⁸
• Sonstiger geförderter Wohnungsbau	–	–	281 ⁸
Neubau Wohneigentum	1.200	1.200	976
Neubau gesamt	3.000	3.000	2.537
Modernisierung	1.750	3.500	3.039 ⁹
Instandsetzung	–	120	342 ⁹
Entwicklung des Wohnungsbaus (WE) in Hamburg insgesamt	Ergebnis 2001	Ergebnis 2000	Ergebnis 1999
• Genehmigungen	3.346 ¹⁰	4.632	5.000
• Fertigstellungen	4.038 ¹⁰	6.502	6.208
• Bestand insgesamt		858.993	852.915

⁷ veränderte Zahlen im Vergleich zu den Produktbeschreibungen 2002 wegen veränderter Rahmenbedingungen

⁸ Wohnungsbauprogramm 2000 (abgeschlossen 31.12.2001).

⁹ vorläufiges Ergebnis

¹⁰ Januar bis November 2001

Produktbereich 03
Wohnungswesen

Vergleichskennzahlen	2000 ¹¹	1999 ¹¹
Sozialmietwohnungsbestand (1. Förderweg) pro 1.000 Einwohner/-innen	WE pro 1.000 Einw.	WE pro 1.000 Einw.
Berlin (gesamt)	79,2	
Düsseldorf		
Frankfurt/M.	ca. 63,8	k. A.
Hamburg	88,7	89,2
Hannover ¹²		ca. 64,1
Köln		64,8
München		
Stuttgart		28,97
Mietwohnungsbestand kommunaler Wohnungsunternehmen	WE	WE
Berlin	397.497	
Düsseldorf		
Frankfurt/M.		
Hamburg (SAGA + GWG)	rd. 133.000	rd. 133.000
Hannover	rd. 17.000	rd. 17.000
Köln	k. A.	k. A.
München	k. A.	k. A.
Stuttgart		24.075
Fertigstellung WE je 1.000 Einwohner/-innen	WE pro 1.000 Einw.	WE pro 1.000 Einw.
Berlin	0,029566	3,7
Düsseldorf		
Frankfurt/M.		
Hamburg	3,08 ¹³	3,65
Hannover		7,94 ¹⁴
Köln		k.A.
München		
Stuttgart		3,8
Programmmzahlen (WE) je 1000 Einwohner/-innen (alle Förderwege im Miet- und Eigentumsbau), rund	WE pro 1.000 Einw.	WE pro 1.000 Einw.
Berlin (gesamt)		
Düsseldorf		
Frankfurt/M.		
Hamburg	2,1	2,1
Hannover		k. A.
Köln		1,5
München		
Stuttgart		0,6

¹¹ Angaben, soweit erreichbar

¹² alle Förderwege, davon größter Teil 1. Förderungsweg

¹³ Januar bis November 2000

¹⁴ 1998 und 1999 zusammen

Produktgruppe 2: Mieter- und Wohnraumschutz, Belegungsbindungen

Kapitel 6100

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Mieterschutz, Wohnraumschutz, Förderung von Mieterinnen und Mietern sowie Eigentümern von selbstgenutztem Wohnraum durch Wohngeld, Belegungsbindungen durch – Mietenpolitische Maßnahmen (Mietenspiegel und mietenverbilligende Maßnahmen) – die Gewährung von Wohngeld. – die Aktivierung des Wohnungsbestandes zur Ausweitung bzw. besseren Nutzung des Wohnraumangebots. – die Festlegung und Sicherung von Belegungsbindungen Das Amt für Wohnungswesen erarbeitet im Rahmen seiner ministeriellen Aufgaben die rechtlichen und finanziellen Grundlagen bzw. wirkt an diesen mit und unterstützt die Bezirksverwaltung durch Vorgaben und Beratung bei ihren ausführenden Tätigkeiten auf diesen Gebieten. Außerdem erarbeitet das Amt für Wohnungswesen die rechtlichen und finanziellen Grundlagen für einen aktiven Mieter- und Wohnraumschutz sowie zur Sicherstellung von Belegungsbindungen. Die Durchführung obliegt im Regelfall den Bezirksämtern.	
<i>Produkte</i>	
P 1	Ministerielle Angelegenheiten Rechtsetzung im Wohnungs-, Miet- und Wohngeldrecht; Fachaufsicht über die Bezirksämter bei der Umsetzung des Mieterschutzes sowie Wohnraumschutzes (z.B. Mietverbilligungen für kinderreiche Familien, Verhinderung der Zweckentfremdung sowie Erhaltung und Pflege von Wohnraum, Verfolgung von Mietpreisüberhöhungen, Erstellung des Mietenspiegels)
P 2	Wohngeld Sicherstellung der rechtlichen, finanziellen und verwaltungsmäßigen Voraussetzungen für die Gewährung von Wohngeld
P 3	Belegungsbindungen Entwicklung und Fortschreibung von wohnungspolitischen Konzepten zur Sicherung von Belegungsbindungen für Anspruchsberechtigte, Freistellung von Belegungsbindungen, Vergabe von behindertengerechten Wohnungen
P 4	Information der Bevölkerung Mietertelefon, Wohnlagenverzeichnis, Mietenspiegel und weitere Informationsbroschüren

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	77.000	77.000	91.173
• – Betriebseinnahmen	77.000	77.000	91.173
• – Investitionseinnahmen	–	–	–
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	155.354	156.001	166.781
• Personalausgaben	1.055	1.087	1.116
• Sach- und Fachausgaben gesamt	154.299	154.914	165.665 ¹⁵
– Zuwendungen	48	51	47
– gesetzliche Leistungen	154.000	154.000	164.931
• Sonstige Betriebsausgaben	–	–	–
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	–	13	–

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	126	136	150
• innerbehördlich (2003 = 10,45%; 2002 = 11,01%; 2001 = 11,93%)	110	120	133
• überbehördlich (1,5%)	16	16	17

¹⁵ Davon 154.110 Tsd. EUR Ausgaben der Bezirke aus Zweckzuweisungen

Einnahmen-/ Ausgabenschwerpunkte

Einnahmen

Bei den Einnahmen handelt es sich um die Zuweisungen des Bundes für Wohngeld in Höhe von 77 Mio. EUR (P 2).

Sach- und Fachausgaben

Die Sach- und Fachausgaben in diesem Bereich umfassen im Wesentlichen:

- 154 Mio. EUR für Wohngeld (P 2) sowie
- rd. 300 Tsd. EUR für wohnungspolitische Maßnahmen (Mietverbilligungen an kinderreiche Familien)

<i>Kennzahlen</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Stellen	21	20	20
P 2: Wohngeld			
Anzahl der Haushalte, die Wohngeld beziehen	86.900	91.500 ¹⁹	82.800
Anzahl der Haushalte, die die Höchstgrenze beim allgemeinen Wohngeld überschreiten	13.500	13.500	14.000
P 3: Belegungsbindungen			
Anzahl der gebundenen Wohnungen (1. Förderweg) in Hamburg insgesamt	147.000	148.000	150.000
Anzahl der Wohnungen, für die Belegungsbindungen neu ausgesprochen werden sollen / wurden	1.600	1.600	1.525
Mietverbilligung für kinderreiche Familien: begünstigte Haushalte	1.100	1.100	1.114
Umzugsprämien	6	6	4
P 4: Information der Bevölkerung			
Erstellung von Informationsbroschüren für Mieter; Anzahl Broschüren	1	1	-
Nachfragen am Mietertelefon (gesamt)	3.600	3.600	3.969

¹⁶ Hinweis: Die Prognose stammt aus dem Jahr 2000; die Zahl wird möglicherweise nicht erreicht.

Produktbereich 04: Bauordnung und Hochbau

Kapitel 6200

Produktbereichskennzahlen	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen in Tsd. EUR	664	664	1.017
Personalausgaben in Tsd. EUR	5.872	5.874	6.984
Sach- und Fachausgaben in Tsd. EUR	674	674	600
Sonstige Betriebsausgaben in Tsd. EUR	–	–	–
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	300	400	326
Stellen	117	113	112

Ziele des Produktbereiches

Gefahrenfreies, wirtschaftliches, umweltschonendes und ökologisches Bauen und Nutzen durch Private und Staat über Regelsetzung, Überwachung der Umsetzung und Beratung

Produktgruppen – Überblick

PG 1 Bauordnung
PG 2 Hochbau

Produktgruppe 1: Bauordnung

Kapitel 6200

Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung

Ausschluss von Gefährdungen bzw. Vermeidung von unzumutbaren Belästigungen für Menschen, Sachgüter sowie die natürlichen Lebensgrundlagen beim Einrichten, Nutzen, Ändern und Abbrechen baulicher Anlagen; Gewährleistung des Einbezugs sozialer und baupflegerischer Belange

Produkte

- P 1 Erarbeitung und Fortschreibung von Regeln auf Europa-, Bundes- und Länderebene
- P 2 Fachliche Lenkung bauaufsichtlicher Belange und Fachaufsicht einschließlich Regelsetzung und vorbehaltener Entscheidungen in besonderen Fällen
- P 3 Prüfung, Anerkennung und Überwachung von Prüfeningenieuren und Sachverständigen
- P 4 Überwachung des Personen- und Umweltschutzes auf Baustellen sowie der Tariftreue bei öffentlichen Bauten
- P 5 Prüfung bautechnischer und haustechnischer Nachweise und Überwachung baulicher Anlagen hinsichtlich der Standsicherheit und Haustechnik
- P 6 Genehmigungen in Spezialbereichen des Bau- und Immissionsschutzrechts

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	659	659	1.016
• Betriebseinnahmen	659	659	1.016
• Investitionseinnahmen	–	–	–
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	4.920	4.489	5.661
• Personalausgaben	4.264	3.838	5.082
• Sach- und Fachausgaben gesamt	656	651	579
– Zuwendungen	–	–	–
– gesetzliche Leistungen	607	607	521
• Sonstige Betriebsausgaben	–	–	–
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	–	–	–

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	510	481	682
• innerbehördlich (2003 = 10,45%; 2002 = 11,01%; 2001 = 11,93%)	446	423	606
• überbehördlich (1,5%)	64	58	76

Einnahmen-/ Ausgabenschwerpunkte

Einnahmen

Veranschlagt sind Erstattungen seitens der Bauträger für die mit der Prüfung bautechnischer Nachweise beauftragten Prüfsachverständigen und Sachverständigen sowie Verwaltungsgebühren, die aufgrund vielfältiger, spezifischer Amtshandlungen erhoben werden (P 5 + P 6)

Personalausgaben

Schwerpunkte des Personaleinsatzes liegen bei der ministeriellen Tätigkeit, bei der Prüfung bautechnischer Nachweise (P 5) sowie bei Kontrollen auf Baustellen (P 4).

Sach- und Fachausgaben

Überwiegend veranschlagt sind Ausgaben für die Beauftragung von Prüfsachverständigen und Sachverständigen zur Prüfung von bautechnischen Nachweisen als Teil des Baugenehmigungsverfahrens (P 5).

Quantitätskennzahlen	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001	Ergebnis 2000
Stellen	84,6	73,5	81,5	73
Mitarbeit in Ausschüssen, Gremien, Kommissionen und Projektgruppen auf Bundes- und Länderebene (Anzahl der Ausschüsse)			15	21
Mitwirkung an Gesetzen/Verordnungen, Globalrichtlinien sowie Erarbeitung von Technischen Baubestimmungen (Anzahl der Vorschriften)			22	45
Mitwirkung an Bauleitplanung und naturschutzrechtlichen Verfahren durch Einbringen bauaufsichtlicher Belange; (Anzahl der Verfahren)			142	131
Herausgabe von Bauprüfdiensten und fachtechnischen Informationen; (Anzahl der Schriften)			20	18
Beratung und fachliche Einzelfallentscheidung zu planungs- und bauordnungsrechtlichen, immissionsschutz- und gewerberechtlichen Vorschriften (geschätzte Anzahl der Vorgänge)			ca. 11.000	ca. 10.800
Fortbildungsveranstaltungen zum Planungs- und Bauordnungsrecht; (Anzahl der Veranstaltungen)			4	3
Anerkennung und Betreuung der Sachverständigen und Prüfsachverständigen (Anzahl der Personen)			83	74
Entscheidung in Fällen besonderer baurechtlicher Bedeutung (u.a. Baukommission ABH, Arbeitskreis Gewerbebau, Theaterkommission, Sonderthemen des Bauordnungsrechts) (Anzahl der Bauvorhaben)			649	719
Genehmigungen in Spezialbereichen des Bau- und Immissionsschutzrechts (bauliche Anlagen des Bundes u. d. Länder; Nacharbeit; baulicher Zivilschutz; Fliegende Bauten; Bauprodukte und Bauarten) (Anzahl der Genehmigungen)			919	738
Kontrolle der Baustellen hinsichtlich des Personen- und Umweltschutzes sowie der Tariftreue und des Nachunternehmereinsatzes (Anzahl der Baustellenkontrollen)			6.712	7.381
Bearbeiten von Ingenieurverträgen für bautechnische Prüfungen (Anzahl der Verträge)			2.329	2.244
Prüfung und Überwachung von haustechnischen Anlagen (Starkstrom-, Lüftungs-, Feuerungs-, Blitzschutzanlagen) (Anzahl der Bauwerke)			776	796

Produktgruppe 2: Hochbau

Kapitel 6200

Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung

Gewährleistung eines einheitlichen rechtlichen und verfahrensmäßigen sowie wirtschaftlichen Handelns in der hamburgischen Verwaltung im Bereich Hochbau durch fachliche Beratung und Hilfestellungen sowie Qualitätssicherung von Planung und Bauausführung.

<i>Produkte</i>	
P 1	Fachliche Grundlagenarbeit und Querschnittsaufgaben
P 2	Fachliche und wirtschaftliche Beratung
P 3	Service und Informationsdienste
P 4	Ausbildung und Fortbildung

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	5	5	1
• Betriebseinnahmen	5	5	1
• Investitionseinnahmen	–	–	–
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.626	2.059	1.924
• Personalausgaben	1.608	2.036	1.902
• Sach- und Fachausgaben gesamt	18	23	22
– Zuwendungen	–	–	–
– gesetzliche Leistungen	–	–	–
• Sonstige Betriebsausgaben	–	–	–
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	300	400	326

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	192	255	256
• innerbehördlich (2003 = 10,45%; 2002 = 11,01%; 2001 = 11,93%)	168	224	227
• überbehördlich (1,5%)	24	31	29

<i>Ausgabenschwerpunkte</i>
<u>Personalausgaben</u>
Schwerpunkt des Personaleinsatzes sind die ministeriellen Tätigkeiten sowie die fachliche Grundlagenarbeit und Beratung der Zentralen baufachlichen Instanz.
<u>Investitionsausgaben</u>
Zentral für die hamburgische Hochbauverwaltung werden hier die Kosten für Architektenwettbewerbe bzw. Untersuchungen an öffentlichen Hochbauten veranschlagt (Titel 799.01)

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001	Ergebnis 2000
Stellen	31,9	39	30,5	40
Mitarbeit in Ausschüssen, Gremien, Kommissionen und Projektgruppen auf Bundes- und Länderebene (Anzahl der Ausschüsse)			15	17
Erarbeitung und Herausgabe von Fachrichtlinien und baufachlichen Informationen (Anzahl der Schriften)			103	84
Fachberatungen (Grundsatz Hochbau, technische Gebäudeausrüstung, VOB, HO-AI, Statik) (Anzahl der Bauwerke)			292	330
Baufachliche Begutachtungen (Anzahl der Bauwerke)			50	115
Prüfung und Beratung von Zuwendungsbauten (Anzahl der Bauwerke)			8	8
Ausbildung von Baureferendaren, Technischen Ober-Inspektorenanwärtern und Bauzeichnern für die hamburgische Verwaltung (Anzahl der Personen)			14	15
Fortbildungsveranstaltungen zum staatlichen Hochbau (Anzahl der Veranstaltungen)			14	11

Produktbereich 05: Tiefbau

Kapitel 6300

Produktbereichskennzahlen	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen in Tsd. EUR	22.843	21.173	28.166
Personalausgaben in Tsd. EUR	21.770	21.897	22.368
Sach- und Fachausgaben in Tsd. EUR	49.009	52.882	62.022
• davon hamburgischer Haushalt	41.009	44.716	50.788 ¹⁷
Sonstige Betriebsausgaben (nur Bund) in Tsd. EUR	3.630	2.301	3.201
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	238.344	257.345	249.228
• davon hamburgischer Haushalt	104.343	104.946	82.738 ¹⁸
Stellen	415	412	416

Ziele der Produktgruppen und Erläuterungen zur Entwicklung:

Der Produktbereich "Tiefbau" deckt den Gesamtbereich des Betriebes, der Erhaltung und des Neu-, Um- und Ausbaus von öffentlichen Anlagen der Verkehrsinfrastruktur Hamburgs mit Ausnahme des Hafens ab. Die Aufgaben ergeben sich bei den Straßen sowohl in der Baulast des Landes als auch in der Baulast des Bundes (Auftragsverwaltung für die Bundesfernstraßen).

- Z 1 Betrieb und Erhaltung der Funktionsfähigkeit der vorhandenen öffentlichen Anlagen der Verkehrsinfrastruktur
- Z 2 Erhöhung der Verkehrssicherheit, Beseitigung von Engpässen und Entlastung bestehender Straßen mit hoher Wohndichte
- Z 3 Erschließung von Wohn- und Gewerbegebieten
- Z 4 Ausbau der Infrastruktur für den ÖPNV auf der Schiene und Straße
- Z 5 Verbesserung der Infrastruktur und der Sicherheit für Fahrradfahrer und Fußgänger

Produktgruppen – Überblick

- PG 1 Betrieb und Erhaltung von Anlagen der Verkehrsinfrastruktur
- PG 2 Ausbau von Anlagen der Verkehrsinfrastruktur (Stadt- und Bundesfernstraßen)
- PG 3 Ausbau von Anlagen der Verkehrsinfrastruktur (Schiene)
- PG 4 Erschließungen für Wohnungsbau, Gewerbe und Industrie
- PG 5 Landestiefbauverwaltung

Produktgruppe 1: Betrieb und Erhaltung von Anlagen der Verkehrsinfrastruktur

Kapitel 6300

Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung:

- Z 1 Wirtschaftlicher Betrieb der Anlagen
- Z 2 Optimierung der Verkehrsabläufe durch gezielten Einsatz von Verkehrssteuerungs- und Leitsystemen
- Z 3 Optimierung der Unterhaltung und Instandsetzung unter Bedarfsgesichtspunkten und Finanzierungsmöglichkeiten
- Z 4 Prioritätsgerechte Erneuerung und Grundinstandsetzung der Anlagen

Produkte:

- P 1 Betrieb, Unterhaltung und Instandsetzung von Straßen, Brücken, Tunneln und sonstigen Ingenieurbauwerken einschl. Aufzügen und Allwetterfahrtreppen
- P 2 Betrieb, Unterhaltung und Instandsetzung der Verkehrssteuerungs- und Leitsysteme einschließlich Lichtsignalanlagen sowie von Parkuhren und Parkscheinautomaten
- P 3 Betrieb, Unterhaltung und Instandsetzung von Anlagen der öffentl. Beleuchtung einschl. Leuchtverkehrszeichen
- P 4 Grundinstandsetzung von Straßen, Brücken, Tunneln und sonstigen Ingenieurbauwerken
- P 5 Grundinstandsetzung und Erneuerung von Anlagen der öffentlichen Beleuchtung und der Verkehrssteuerungs- und Leitsysteme einschl. Lichtsignalanlagen sowie von Parkuhren und Parkscheinautomaten

¹⁷ Davon 19.522 Tsd. EUR Ausgaben der Bezirke aus Zweck- und Rahmenzuweisungen

¹⁸ Davon 4.923 Tsd. EUR Ausgaben der Bezirke aus Zweck- und Rahmenzuweisungen

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	5.123	4.499	7.562
• – Betriebseinnahmen	5.123	4.499	7.562
• – Investitionseinnahmen	–	–	–
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	53.049	56.632	66.107
• Personalausgaben	4.459	4.156	4.517
• Sach- und Fachausgaben gesamt	48.590	52.476	61.590
– davon hamburgischer Haushalt	40.590	44.310	50.356 ¹⁹
– Zuwendungen	–	–	–
• gesetzliche Leistungen	–	–	–
• Sonstige Betriebsausgaben	–	–	–
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	62.011	75.821	71.238
• davon hamburgischer Haushalt	37.469	46.707	30.585 ²⁰

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	533	520	607
• innerbehördlich (2003 = 10,45%; 2002 = 11,01%; 2001 = 11,93%)	466	458	539
• überbehördlich (1,5%)	67	62	68

Einnahmen-/Ausgabenschwerpunkte:

Einnahmen

Auf der Einnahmeseite dominieren in dieser Produktgruppe unverändert die

- Erstattungen des Bundes für die Auftragsverwaltung von Bundesfernstraßen (1.856 Tsd. EUR),
- Schadenersatzleistungen im Zusammenhang mit der öffentlichen Beleuchtung und den Lichtsignalanlagen (P2/3, 1.500 Tsd. EUR) sowie
- die Erlöse aus dem Verkauf von nicht mehr benötigtem Straßengrund (P1, 1.500 Tsd. EUR).

Sach- und Fachausgaben

Die Sach- und Fachausgaben werden dominiert durch die

- Betriebsausgaben der öffentlichen Beleuchtung einschl. Lichtsignalsteuerung (P3, 22.500 Tsd. EUR).
- Unterhaltung und Instandsetzung der öffentlichen Straßen und Wege (P1, 7.508 Tsd. EUR), die entsprechend der Zuständigkeit nach dem Hamburgischen Wegegesetz weit überwiegend als Rahmenzuweisung an die Bezirke veranschlagt sind.
- Unterhaltung und Instandsetzung von Brücken, Tunneln und sonst. Ingenieurbauwerken einschl. des Betriebes von Aufzugsanlagen (P1, 5.100 Tsd. EUR).

Investitionen

Die Substanzerhaltung der Verkehrsinfrastruktur erfordert regelmäßig auch die Erneuerung oder Grundinstandsetzung der Anlagen. Im Einzelnen vgl. Erläuterungen zu den Titeln 741.09, 741.11, 741.14, 741.81, 770.23, 775.23, 785.02, 785.03, 785.04 und 785.06.

¹⁹ Davon 19.522 Tsd. EUR Ausgaben der Bezirke aus Zweck- und Rahmenzuweisungen

²⁰ Davon 3.092 Tsd. EUR Ausgaben der Bezirke aus Zweck- und Rahmenzuweisungen

Produktbereich 05
Tiefbau

<i>Kennzahlen</i>		Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Stellen		85	78	84
<u>Stadtstraßen</u>				
Länge der Stadtstraßen	in km	3.703	3.703	3.703
Unterhaltung und Instandsetzung von Verkehrsflächen				
Fahrbahnen	in m ²	25.300.000	25.300.000	25.300.000
Ansatz (Erläuterungen 6300.521.81, Ziffer 6)	in Tsd. EUR	2.653	2.653	4.627
Sachmittelbereitstellung ²¹	in EUR/m ²	0,10	0,10	0,18
Geh-, Radweg- und Bankettflächen	in m ²	24.000.000	24.000.000	24.000.000
Ansatz (Erläuterungen 6300.521.81, Ziffer 7)	in Tsd. EUR	1.790	1.790	1.876
Sachmittelbereitstellung	in EUR/m ²	0,08	0,08	0,08
Stellplatzflächen	in m ²	4.250.000	4.250.000	4.250.000
Ansatz (Erläuterungen 6300.521.81, Ziffer 8)	in Tsd. EUR	77	77	74
Sachmittelbereitstellung	in EUR/m ²	0,02	0,02	0,02
Straßengräben (einschl. Verrohrungen)	in m	475.000	475.000	475.000
Verkehrszeichen	Anzahl	195.000	195.000	195.000
Sachmittelbereitstellung für Betrieb und Erhaltung von Anlagen des öffentl. Straßenverkehrs je zugelassenes Kfz in Hamburg	in EUR	71,09	81,46	75,88
Straßenbauvolumen Gesamt (ohne Ingenieurmittel)	in Tsd. EUR	53.112	56.658	44.182
davon Anteil der Mittel für Substanzerhaltung am Straßenbauvolumen (nur Investitionen)	in Tsd. EUR in %	34.527 65,0	43.300 76,4	26.265 59,4
Betrieb der öffentlichen Beleuchtung und Lichtsignalanlagen				
Verkehrsflächen	in m ²	53.550.000	53.550.000	53.550.000
Lichtsignalanlagen	Anzahl	1.668	1.665	1.664
Betrieb öffentliche Beleuchtung, Leuchtverkehrszeichen, Verkehrssteuerungseinrichtungen/ Verkehrsfläche	in EUR/m ²	0,42	0,42	0,40
Betrieb der Parkuhren und Parkscheinautomaten				
bewirtschaftete Stellplätze	Anzahl	11.069	11.069	11.008
Parkuhren	Anzahl	320	320	339
Parkscheinautomaten	Anzahl	630	630	622
Wartung, Entstörung, Reparatur je Stellplatz mit Parkscheinautomaten	in EUR	34,89	35,02	32,75
Wartung, Entstörung und Reparatur je Parkuhr/Stellplatz	in EUR	109,38 ²²	106,06*	13,65
Durchschnittliche Einnahmen je Stellplatz p.a.	in EUR	600,00	633,46	596,45

²¹ ohne Sonderprogramme „Straßenschäden“

²² Aufgrund der Umrüstung auf elektronische Münzprüfsysteme (wegen Euro erforderlich) erhöhter Wartungsaufwand ab 2002.

Kennzahlen		Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
<u>Bundesfernstraßen</u>				
Verkehrsflächen (Straßengrund)				
Fahrbahnen und befestigte Nebenflächen	in m ²	3.150.000	3.150.000	3.150.000
Neben- und Grünflächen	in m ²	3.500.000	3.500.000	3.500.000
Kfz-Durchfahrten Elbtunnel BAB – A7 p.a.	in Tsd.	45.000	41.500	35.960
Elbtunnel Betrieb und Personal je Kfz und Durchfahrt	in EUR	0,09	0,10	0,10
<u>Bundesstraßen</u>				
anbaufreie Strecken ²³	in m	22.059	22.059	22.059

**Produktgruppe 2: Ausbau von Anlagen der Verkehrsinfrastruktur
(Stadt- und Bundesfernstraßen)**

Kapitel 6300

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Z 1	Fortsetzung des Ausbaus von Anlagen der Verkehrsinfrastruktur (Stadt- und Bundesfernstraßen) im Bereich der globalen Programme, z.B. zur Erhöhung der Verkehrssicherheit an Unfallstellen, dem passiven Lärmschutz sowie zur Beseitigung von Engpässen und der Entlastung bestehender Straßen mit hoher Wohndichte.
Z 2	Förderung des Radverkehrs und des ÖPNV auf der Straße. Die Zielsetzung wird mit zusätzlichen Mitteln aus dem Fonds der Ausgleichsbeträge für die Ablösung von Stellplatzverpflichtungen zur Einrichtung einer Busbeschleunigung auf der Linie 25 gefördert.
Z 3	Fortsetzung der baulichen Realisierung von Maßnahmen in Verbindung mit dem Bau von Entlastungsstraßen und dem Bauprogramm der Bundesfernstraßen z.B. im Umfeld der Umgehung Fuhlsbüttel.
Z 4	Fertigstellung der Gesamtmaßnahme 4. Röhre Elbtunnel nach Verkehrsfreigabe bis 2005.
Z 5	Verbesserung des Ausbauszustands von Hauptverkehrsstraßen (siehe P 6).
Z 6	Vorbereitung der Entlastung Finkenwerders vom Durchgangsverkehr.
<i>Produkte:</i>	
P 1	Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit an Unfallstellen (Knoten Mittelweg/Frauenthal/Harvestehuder Weg)
P 2	Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs (z. B. Bebelallee, Meiendorfer Straße, Tangstedter Landstraße)
P 3	Maßnahmen zur Förderung des ÖPNV auf der Straße
P 4	Maßnahmen in Verbindung mit dem Bau von Entlastungsstraßen u. d. Bauprogramm Bundesfernstraßen (Verkehrsberuhigungsmaßnahmen im Flughafenquartier, Langenhorner Chaussee, Umbau Krohnstieg zw. Niendorfer Str. und Torfstück)
P 5	Neubau von Anlagen der öffentlichen Beleuchtung und Lichtsignalanlagen (außerhalb von Straßenbaumaßnahmen)
P 6	Neu- Um- und Ausbau von Straßen, Brücken, Tunneln u. sonst. Ingenieurbauwerken einschl. Lärmschutz (vor allem Verlängerung Friedrich-Ebert-Damm, Umbau Sengemannstraße, Umgestaltung Spielbudenplatz, Ausbau Am Stadtrand sowie Umbau ZOB einschließlich Adenauerallee)
P 7	Großprojekt 4. Röhre Elbtunnel
P 8	Großprojekt Umgehung Finkenwerder/Bundesautobahn 26

²³ Sonstige Bundesstraßen (Ortsdurchfahrten) sind bei den Stadtstraßen erfasst.

Produktbereich 05
Tiefbau

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	14.090	11.830	11.822
• Betriebseinnahmen	–	–	69
• Investitionseinnahmen	14.090	11.830	11.753
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	11.313	10.476	11.127
• Personalausgaben	7.501	7.992	7.743
• Sach- und Fachausgaben gesamt	182	183	183
– Zuwendungen	–	–	–
– gesetzliche Leistungen	–	–	–
• Sonstige Betriebsausgaben (nur Bund)	3.630	2.301	3.201
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	69.297	75.803	118.568
• davon hamburgischer Haushalt	23.843	18.676	23.549 ²⁴

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	897	1.000	1.040
• innerbehördlich (2003 = 10,45%; 2002 = 11,01%; 2001 = 11,93%)	784	880	924
• überbehördlich (1,5%)	113	120	116

Einnahmen-/ Ausgabenschwerpunkte:

Einnahmen

Die Einnahmen in dieser Produktgruppe setzen sich hauptsächlich zusammen aus den

- Zuweisungen des Bundes aus dem Mehraufkommen an Mineralölsteuer nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz für den kommunalen Straßenbau (7.230 Tsd. EUR) und den
- Allgemeinen Wegebaubeiträgen (P6, 4.300 Tsd. EUR)

Personalausgaben

Bei den Personalausgaben dominiert weiterhin der beim Bau der 4. Röhre des Elbtunnels (P7) erforderliche Personaleinsatz, für den allein 49 befristete kw-Stellen bereitgestellt sind. Nach der Fertigstellung der Umgehung Fuhlsbüttel sind neue Aufgaben (u. a. Verlängerung Friedrich-Ebert-Damm, Ausbau Am Stadtrand, Ausbau Krohnstieg, Umgehung Finkenwerder, 6-streifiger Ausbau A 1, 8-streifiger Ausbau A 7) hinzugekommen. In den Personalausgaben sind keine Anteile der Bezirke enthalten, soweit diese für Aufgaben der Produktgruppe zuständig sind.

Investitionen

Als Einzelmaßnahmen sind

- die Verlängerung des Friedrich-Ebert-Dammes (P6)
- Ausbau Am Stadtrand (P6)
- Ausbau Krohnstieg (P6)
- die Umgehung Finkenwerder, für die eine Verpflichtungsermächtigung für ggf. notwendige vorbereitende Maßnahmen vorgesehen ist (P8)

veranschlagt.

Der Bau der 4. Röhre des Elbtunnels (P7) erfolgt als privatfinanziertes Projekt des Bundes.

Hinzu kommen anteilige Kosten für Ingenieurleistungen, sächliche Bauaufsichtskosten u. dgl. (einschl. der Projekte in der Auftragsverwaltung des Bundes).

<i>Kennzahlen</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Stellen	143	150	144

Produktgruppe 3: Ausbau von Anlagen der Verkehrsinfrastruktur (Schiene)

Kapitel 6300

Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung:

- Z 1 Aufhebung der Bahnübergänge in Wandsbek zur Erhöhung der Verkehrssicherheit.
- Z 2 Fertigstellung und Inbetriebnahme der Schnellbahnanbindung des Flughafens im Jahre 2007.
- Z 3 Fertigstellung und Inbetriebnahme des zweigleisigen Ausbaues der AKN im Jahre 2005

²⁴ Davon 1.832 Tsd. EUR Ausgaben der Bezirke aus Zweck- und Rahmenzuweisungen

Produkte:			
P 1	Entfällt, vgl. Produktbereich 06		
P 2	Entfällt		
P 3	Eisenbahnkreuzungsmaßnahmen und sonst. Maßnahmen an Bahnanlagen		
P 4	Großprojekt Aufhebung der Bahnübergänge in Wandsbek		
P 5	Großprojekt Schnellbahnanbindung des Flughafens		
P 6	Großprojekt zweigleisiger Ausbau der AKN		

Haushaltsdaten	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	–	–	7.117
• Betriebseinnahmen	–	–	93
• Investitionseinnahmen	–	–	7.024
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	2.526	2.180	2.587
• Personalausgaben	2.466	2.131	2.527
• Sach- und Fachausgaben gesamt	60	49	60
– Zuwendungen	–	–	–
– gesetzliche Leistungen	–	–	–
• Sonstige Betriebsausgaben	–	–	–
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	84.973	76.286	36.894
• davon hamburgischer Haushalt	20.968	10.128	6.076

nachrichtlich:

Kostendaten	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	295	267	340
• innerbehördlich (2003 = 10,45%; 2002 = 11,01%; 2001 = 11,93%)	258	235	302
• überbehördlich (1,5%)	37	32	38

Ausgabenschwerpunkte:			
<u>Personalausgaben</u>			
Bei den Personalkosten dominiert künftig der Personalaufwand für die Großvorhaben Schnellbahnanbindung Flughafen (P5) und Aufhebung der Bahnübergänge in Wandsbek (P4). Zugunsten dieser Projekte erfolgte eine schwerpunktmäßige Verstärkung des Projektbereiches.			
Der zweigleisige Ausbau der AKN (P6) wird weitgehend von dem Unternehmen selbst gebaut, Hamburg leistet überwiegend nur Kostenanteile.			
<u>Investitionen</u>			
Die veranschlagten Investitionsmittel decken den Finanzbedarf der Kostenanteile Hamburgs für			
- die Schnellbahnanbindung des Flughafens (P5),			
- die Aufhebung der Bahnübergänge in Wandsbek (P4) sowie			
- den zweigleisigen Ausbau der AKN in Eidelstedt (P6) ab.			

Kennzahlen	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Stellen	47	40	47

Produktgruppe 4: Erschließungen für Wohnungsbau, Gewerbe und Industrie

Kapitel 6300

Ziele der Produkte und Erläuterungen zur Entwicklung:			
Z 1	Erschließungen für Wohnungsbau.		
Z 2	Die Gewerbe- und Industrieerschließung ist auf die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Hamburg ausgerichtet. (Die Mittel für die Industrieerschließung sind im Einzelplan 7 der Behörde für Wirtschaft und Arbeit veranschlagt).		

Produktbereich 05
Tiefbau

Produkte:

- P 1 Wohnungsbauerschließungen
- P 2 Gewerbeerschließungen
- P 3 Industrieerschließungen
- P 4 Sonstige Erschließungen

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	3.030	4.000	1.122
• Betriebseinnahmen	–	–	35
• Investitionseinnahmen	3.030	4.000	1.087
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	2.096	2.125	2.158
• Personalausgaben	2.046	2.078	2.097
• Sach- und Fachausgaben gesamt	50	47	61
– Zuwendungen	–	–	–
– gesetzliche Leistungen	–	–	–
• Sonstige Betriebsausgaben	–	–	–
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	21.063	28.960	22.135

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	245	260	281
• innerbehördlich (2003 = 10,45%; 2002 = 11,01%; 2001 = 11,93%)	214	229	250
• überbehördlich (1,5%)	31	31	31

Einnahmen-/Ausgabenschwerpunkte:

Einnahmen

Die Einnahmen in der Produktgruppe 4 enthalten ausschließlich die Kostenanteile von Bauträgern für

- allgemeine Erschließungen und
- Großprojekte des Wohnungsbaus

(vgl. Erläuterungen zu den Titeln 341.02 und 341.06).

Investitionen

Die im Aufgabenbereich allgemeine Erschließungen (Titel 788.01) veranschlagten Mittel dienen insbesondere dem Wohnungsbau und der Gewerbeerschließung. Die Zahl der zu bearbeitenden Erschließungsvorhaben steigt bei zunehmender Kleinteiligkeit insgesamt an. Der größte Einzelbetrag entfällt auf den hamburgischen Anteil an der Erschließungsmaßnahme „ARENA“.

Die für Großprojekte im Wohnungsbau veranschlagten Mittel orientieren sich an den projektbezogenen Bedarfen (vgl. Erläuterungen zu 789.01).

Im Rahmen der Wirtschaftsförderung sind im Einzelplan 7 weitere Erschließungsmittel veranschlagt. Sie werden zur Projektabwicklung in die Anordnungsbefugnis der Behörde für Bau und Verkehr übertragen.

<i>Kennzahlen</i>		Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Stellen		39	39	39
P 1 und 2: Wohnungsbau-/Gewerbeerschließungen				
Erschließungsvorhaben gesamt (Wohnen und Gewerbe)	Anzahl	250	250	242
• Anteil Wohnen	Anzahl	150	140	146
• Anteil Gewerbe	Anzahl	100	110	96
P 1: Wohnungsbauerschließungen				
Durchschnittskosten (Wohnungsbau Großprojekte) / WE				
• Geschosswohnungsbau	in Tsd. EUR	8	8	8
• Einfamilien- und Reihenhäuser	in Tsd. EUR	26	26	26
• Mischbebauung	in Tsd. EUR	13	13	13

Kennzahlen	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Durchschnittskosten (Wohnungsbau Großprojekte) / ha			
• Geschosswohnungsbau in Tsd. EUR	360	358	360
• Einfamilien- und Reihenhäuser in Tsd. EUR	510	511	510
• Mischbebauung in Tsd. EUR	410	409	410
In Bau befindliche Großprojekte (Wohnungsbau) Anzahl	6	6	6
P 2 und 3: Gewerbe-/Industrieerschließungen			
Durchschnittskosten (Industrie- und Gewerbe) / ha in Tsd. EUR	410	409	410
Quantitätskennzahlen			
Abgeschlossene Erschließungsbescheide und -verträge	15	15	23

Produktgruppe 5: Landestiefbauverwaltung

Kapitel 6300

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung:</i>	
Z 1	Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Verwaltung der Verkehrswege und Wahrnehmung der zentralen Aufgaben der Auftragsverwaltung für den Bund.
Z 2	Erhalt und Anpassung einer sicheren und funktionsfähigen Verkehrsinfrastruktur in Hamburg durch zentrale Erarbeitung der technischen und rechtlichen Grundlagen für die Verkehrswegeplanung, Straßenbautechnik, den konstruktiven Ingenieurbau und den Bereich des Verdingungs- und Vertragswesens einschl. zunehmender europäischer Regelungen und ggf. Umsetzung über Globalrichtlinien.
Z 3	Sicherung der tiefbautechnischen Belange zur Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur in Bauleit- und Landschaftsplanung sowie Bauordnung.
Z 4	Gewährleistung der Sicherheit und Funktionstüchtigkeit der Brücken, Tunnel und sonst. konstruktiven Bauwerke als wichtiger Bestandteil der Verkehrsinfrastruktur durch Organisation und Durchführung von Brückenprüfungen nach DIN 1076.
Z 5	Sicherstellung eines sicheren und funktionsfähigen Betriebes der Straßen- und U-Bahnen durch Wahrnehmung der Aufgaben der Technischen Aufsicht nach BOStrab als hoheitliche Aufgabe.
Z 6	Aufrechterhaltung eines optimalen Verkehrsablaufes auf den für den Wirtschaftsverkehr und den ÖPNV wichtigen Hauptverkehrsstraßen in Hamburg durch Baustellenkoordination (im Wesentlichen bedingt durch Arbeiten der Leitungsverwaltungen)

<i>Produkte:</i>	
P 1	Zentrale kommunale und fachbehördliche Aufgaben
P 2	Koordinierung für Baumaßnahmen in Hauptverkehrsstraßen
P 3	Technische Aufsicht Straßen- und U-Bahnen

Haushaltsdaten	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	600	844	543
• Betriebseinnahmen	600	844	530
• Investitionseinnahmen	–	–	13
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	5.426	5.722	5.615
• Personalausgaben	5.298	5.594	5.485
• Sach- und Fachausgaben gesamt	128	128	130
– Zuwendungen	–	–	–
– gesetzliche Leistungen	–	–	–
• Sonstige Betriebsausgaben	–	–	–
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	1.000	475	393

Produktbereich 05
Tiefbau

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	633	700	736
• innerbehördlich (2003 = 10,45%; 2002 = 11,01%; 2001 = 11,93%)	554	616	654
• überbehördlich (1,5%)	79	84	82

Einnahmen-/ Ausgabenschwerpunkte:

Einnahmen

Die Einnahmen in dieser Produktgruppe betreffen die Verwaltungsgebühren für die Erteilung von Genehmigungen für U-Bahn-Bauten (P3).

Personalausgaben

Der Personaleinsatz in dieser Produktgruppe ist weit überwiegend durch Aufgaben im Bereich der zentralen kommunalen und fachbehördlichen Aufgaben gekennzeichnet. Die Projektvorbereitung und Programmplanung ist seit 2001 als zentrale kommunale Aufgabe hier zugeordnet.

<i>Kennzahlen</i>		Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Stellen		100	105	102
P 1: Zentrale kommunale und fachbehördliche Aufgaben				
Zahl der bearbeiteten Schadenersatzfälle (Gesamt)	Anzahl	3.000	3.200	2.835
im Bereich der Stadtstraßen	Anzahl	2.350	2.600	2.184
ermittelte Verursacher	Anzahl			815
im Bereich der Bundesfernstraßen	Anzahl	650	600	651
ermittelte Verursacher	Anzahl			448
P 2: Koordinierung für Baumaßnahmen in Hauptverkehrsstraßen				
Zahl der koordinierten Maßnahmen (KOST)	Anzahl	2.500	2.500	2.400
P 3: Technische Aufsicht Straßen- und U-Bahnen				
Erteilte Genehmigungen / Gebührenbescheide der Technischen Aufsicht für Baumaßnahmen und Fahrzeugbeschaffungen sowie Umbaumaßnahmen der HHA	Anzahl	220	220	183
Kostendeckungsgrad der Gebühren für erteilte Genehmigungen der Technischen Aufsicht	in %	100	100	100

Produktbereich: 06 Wasserwirtschaft

Kapitel 6420

Produktbereichskennzahlen	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen in Tsd. EUR	18.743	18.753	11.010
Personalausgaben in Tsd. EUR	6.413	6.391	6.178
Sach- und Fachausgaben in Tsd. EUR	5.730	5.449	5.553
Sonstige Betriebsausgaben in Tsd. EUR	–	–	–
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	42.374	43.320	62.129
Stellen	130	130	137

Ziele des Produktbereiches

Das Amt für Wasserwirtschaft ist verantwortlich für übergeordnete Planungen und Einzelplanungen von Gewässern, ministerielle Aufgaben der Wasserwirtschaft, Koordination und Betreuung der Bezirksamter bei ihren wasserwirtschaftlichen Aufgaben, Betreuung der Deich- und Wasserverbände. Weiterhin für die Gewährleistung des Hochwasserschutzes für Hamburg, vor allem Planung, Entwurf und Bau von Hochwasserschutzanlagen im Rahmen des „Bauprogramms Hochwasserschutz“ zur Erhöhung aller Hamburger Deiche und Hochwasserschutzwände, Organisation der Deichverteidigung, Koordination und Betreuung der Bezirksamter bei ihren Aufgaben in der Deichunterhaltung. Erhaltung der Gewässer Alster und Bille, der zugehörigen Kanäle und Fleete einschließlich der Uferböschungen und -mauern sowie Betrieb und Unterhaltung der Schleusen, Sperrwerke, Schöpfwerke und Deichsiele.

Z 1 Ordnungsgemäße Abführung des Niederschlagswassers über Gewässer

Z 2 Schutz der überflutungsgefährdeten Gebiete vor Sturmfluten und Hochwasser

Produktgruppen – Überblick

PG 1 Gewässer

PG 2 Hochwasserschutz

Produktgruppe 1: Gewässer

Kapitel 6420

Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung

Z 1 Schaffung der wasserwirtschaftlichen Voraussetzungen für Großerschließungsvorhaben.

Z 2 Beseitigung von Engpässen im Gewässernetz und präventive Wasserbaumaßnahmen im Zusammenwirken mit der Stadtentwässerung nach Prioritäts Gesichtspunkten, um einen rechtzeitigen Ausbau der betroffenen Gewässer bzw. die Herstellung von Hochwasserrückhaltebecken sowie eine schadlose Oberflächenentwässerung einschließlich des Niederschlagswassers sicherzustellen.

Z 3 Entwicklung geeigneter Aufbereitungsverfahren bzw. Lagerung von zum Teil schadstoffbelasteten Sedimenten, die bei der Wiederherstellung der hydraulisch notwendigen Gewässerquerschnitte anfallen.

Z 4 Betrieb und Unterhaltung der Anlagen und Gewässer durch Instandhaltung und Modernisierung in Bauwerken sowie die Erneuerung von Uferbefestigungen.

Produkte

P 1 Übergeordnete Fachpläne und Einzelplanungen für alle Hamburger Fließgewässer (als Grundlage für Entwurf und Bau durch die Bezirke), Erteilen wasserrechtlicher Ausbaugenehmigungen sowie fachliche Beratung und Betreuung der Bezirksamter.

P 2 Wiederherstellung der hydraulischen Leistungsfähigkeit von Gewässern und Gewässerentschlammung.

P 3 Grundinstandsetzung und Modernisierung von wasserwirtschaftlichen Anlagen (Schleusen, Schöpfwerke, Deichsiele, Ufermauern und Uferzonen).

P 4 Unterhaltung der Gewässer Alster und Bille einschließlich der zugehörigen Kanäle und Fleete sowie der wasserwirtschaftlichen Anlagen.

P 5 Betreuung der Wasser- und Bodenverbände, Verwaltung von Grundstücken.

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	94	100	214
• Betriebseinnahmen	94	100	101
• Investitionseinnahmen	–	–	112
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	7.037	6.890	7.074
• Personalausgaben	3.848	3.835	3.707
• Sach- und Fachausgaben gesamt	3.189	3.055	3.367 ²⁵
– Zuwendungen	–	–	–
– gesetzliche Leistungen	–	–	–
• Sonstige Betriebsausgaben	–	–	–
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	6.073	4.973	5.832

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	460	480	498
• innerbehördlich	402	422	442
(2003 = 10,45%; 2002 = 11,01%; 2001 = 11,93%)			
• überbehördlich (1,5%)	58	58	56

Ausgabenschwerpunkte

Personalausgaben

Der Schwerpunkt des Personaleinsatzes liegt bei den Aufgaben Betrieb, Unterhaltung und Instandsetzung von wasserwirtschaftlichen Anlagen.

Sach- und Fachausgaben

Die Sach- und Fachausgaben werden dominiert durch

- Betriebsausgaben für Gewässer und Nebenanlagen (P 4)
- Kostenanteile und Beiträge Hamburgs an wasserwirtschaftliche Verbände und Einrichtungen (P 5).

Investitionen

Das Investitionsvolumen (nur P 2 u. P 3) wird bestimmt durch:

Planung, Bau und Ausbau von wasserwirtschaftlichen Bauwerken bzw. Anlagen sowie Maßnahmen zur Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit der Gewässer, Grunderwerb, Beschaffung Geräte und Fahrzeuge.

<i>Kennzahlen Gewässer</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Stellen	77,04	77,04	84,04
Länge der Fließgewässer in km	657	647	640
Kosten der Fließgewässerunterhaltung in EUR pro lfd. km p.a.	3.390	3.528	3.452
Zahl der zu bearbeitenden Planungen p.a.	90	90	88
Zahl der abgeschlossenen Planungen p.a.	12	10	11
Zahl der Gewässerinstandsetzungen/Neubaumaßnahmen p.a.	25	23	23
Neuanlage von Gewässern in m	7.000	6.000	9.000 ²⁶
Zahl der geprüften Ausführungsunterlagen p.a.	30	30	25
Ausgeführte Maßnahmen an Fließgewässern in % zu der Zahl der geprüften Ausführungsunterlagen p.a.	84	83	85
Zahl der erteilten Ausbaugenehmigungen p.a.	30	35	29
Länge der schiffbaren Gewässer in km	57,4	57,4	57,4
• davon Fleete	3,1	3,1	3,1
• Alster und Kanäle	30,1	30,1	30,1
• Bille und Kanäle	24,2	24,2	24,2
Zahl der zu betreibenden Schleusen, Schöpf- und Sperrwerke an schiffbaren Gewässern	24	24	24

²⁵ Davon 2.200 Tsd. EUR Ausgaben der Bezirke aus Zweck- und Rahmenzuweisungen

²⁶ in 2001 konnten mehr Erschließungsmaßnahmen als erwartet umgesetzt werden

Kennzahlen Gewässer	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Grundinstandsetzung/ Modernisierung von Anlagen an Gewässern (Schleusen, Schöpfwerke etc.) p.a.	2	2	2
Zu unterhaltende Uferwände in m p.a.	20.000	20.000	20.000
Grundinstandgesetzte Uferwände an schiffbaren Gewässern in m p.a.	500	325	28 ²⁷
Beseitigter Unrat an schiffbaren Gewässern in m ³ p.a.	4.500	4.500	4.500
Mittlere Kosten pro m ³ Unratbeseitigung in EUR p.a.	51	51	46
Entnommene / aufbereitete Gewässersedimente in m ³ p.a.	35.000	30.000	42.000 ²⁸
Kosten für die Entnahme und Aufbereitung von Gewässersedimenten (EUR/m ³) p.a.	76	72	85
Zahl der Entschlammungsmaßnahmen (Gewässerinstandsetzungen) p.a.:	8	8	7
• nicht schiffbarer Gewässer und Rückhaltebecken	7	7	6
• schiffbare Gewässer	1	1	1
Anzahl der zu betreuenden Verbände p.a.	30	30 ²⁹	29

Produktgruppe 2: Hochwasserschutz

Kapitel 6420

Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung	
Z 1	Sicherstellung des Sturmflutschutzes der Stadt auf der Grundlage langfristiger Konzepte.
Z 2	Fortsetzung des „Bauprogramms Hochwasserschutz“ zur Erhöhung der rd. 100 km öffentlichen Hochwasserschutzanlagen. Für die Realisierung des Bauprogramms, das zum Jahr 2007 abgeschlossen werden soll, werden Planung, Entwurf und Bauausführung aller öffentlichen Hochwasserschutzanlagen wahrgenommen. Die Deiche in den tiefliegenden Elbmarschgebieten, vor allem die Vier- und Marschlande, Wilhelmsburg, Harburg-Neuland und Finkenwerder sind bereits in großen Teilen fertig gestellt. Nunmehr werden die restlichen Deichstrecken und Hochwasserschutzwände insbesondere am südlichen Elbufer und in der Innenstadt verstärkt und erhöht.
Produkte	
P 1	Erarbeiten langfristiger Konzepte für den Sturmflutschutz der Stadt, Auswertungen wissenschaftlicher Untersuchungen, Zusammenarbeit mit den Nachbarländern im Bereich der Tideelbe, fachliche Beratung und Betreuung der Bezirksdienststellen in Fragen der Deichunterhaltung und -verteidigung sowie Wahrnehmung der Deichaufsicht.
P 2	Planen, Entwerfen und Bauen zur Erhöhung aller Hochwasserschutzanlagen im Rahmen des Bauprogramms Hochwasserschutz sowie kleinerer Verbesserungen und Grundinstandsetzungen an der Hochwasserschutzlinie.
P 3	Deichverteidigung einschl. Einsatzplanung der Deichverteidigungskräfte und Vorhalten des Deichverteidigungsmaterials, Aufsicht über die Hochwasserschutzanlagen.
P 4	Unterhaltung von Hochwasserschutzanlagen im Innenstadtbereich und Veddel. Koordinieren und Betreuen der Bezirksämter bei den Aufgaben der Deichunterhaltung.
P 5	Aufsicht über die Hochwasserschutzanlagen.

Haushaltsdaten	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	18.649	18.654	10.796
• Betriebseinnahmen	49	54	31
• Investitionseinnahmen	18.600	18.600	10.765
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	5.107	4.951	4.657
• Personalausgaben	2.565	2.556	2.471
• Sach- und Fachausgaben gesamt	2.542	2.395	2.186 ³⁰
– Zuwendungen	–	–	–
– gesetzliche Leistungen	–	–	–
• Sonstige Betriebsausgaben	–	–	–
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	36.301	38.347	56.297

²⁷ in 2001 konnte die Finanzierung der geplanten Uferwand (500 m) nicht gesichert werden

²⁸ eine große Entschlammungsmaßnahme (Nikolaifleet) konnte schneller als erwartet umgesetzt werden

²⁹ neu hinzukommen soll der Be- und Entwässerungsverband für Curslack, Altengamme und die Siedlung Eschenhof

³⁰ Davon 1.023 Tsd. EUR Ausgaben der Bezirke aus Zweckzuweisungen

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	306	319	332
• innerbehördlich (2003 = 10,45%; 2002 = 11,01%; 2001 = 11,93%)	268	281	295
• überbehördlich (1,5%)	38	38	37

Einnahmen-/Ausgabenschwerpunkte

Einnahmen

Die Einnahmen in dieser Produktgruppe ergeben sich insbesondere aus den Bundeszuweisungen für die Verbesserung des Hochwasserschutzes einschl. der Binnenentwässerung.

Personalausgaben

Der Schwerpunkt des Personaleinsatzes liegt bei der Aufgabe P2 (Planung, Entwurf und Bau von Hochwasserschutzanlagen sowie kleinere Verbesserungen und Grundinstandsetzungen an der Hochwasserschutzlinie).

Sach- und Fachausgaben

Die Sach- und Fachausgaben werden insbesondere für die Bewirtschaftung und Unterhaltung der Grundstücke (Hochwasserschutzanlagen) sowie als Betriebsausgaben für die einzelnen Anlagen und die Deichverteidigung eingesetzt. Betriebsausgaben für Hochwasserschutz und Deichverteidigung (P 3 und P 4).

Investitionsausgaben

Die Investitionen sind besonders geprägt durch das „Bauprogramm Hochwasserschutz“. Die investiven Mittel sind im Wesentlichen für die Planung, den Bau bzw. Ausbau von Hochwasserschutzanlagen einschl. Grunderwerb vorgesehen (P 2).

<i>Kennzahlen Hochwasserschutz</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Stellen	53	53	53
Länge der Hauptdeichlinie ³¹ (1. Deichlinie) in km	99,68 ³²	100,01	100,01
• davon Deiche	77,79	77,79	77,35
• davon Hochwasserschutzwände	21,76	22,09	22,54
Zahl der Einzelbauwerke in der Hauptdeichlinie	72	67	67
• davon Schleusen, Deichsiele, Sperrwerke, Schöpfwerke	39	39	39
• davon Sperrtore	33 ³³	28	27
Länge der zu unterhaltenden Hauptdeichlinie durch das Amt für Wasserwirtschaft in km	16,38	16,56	16,56
Mittlere Unterhaltungskosten von Hochwasserschutzanlagen pro lfd. m in EUR p.a.	16,19	16,19	15,34
Länge der zu unterhaltenden Hauptdeichlinie durch Bezirke sowie Strom- und Hafenbau in km	83,30 ³⁴	83,45	83,45
Länge der „2. Deichlinie“ in km (Dove-Elbe, Billwerder Bucht, Este)	35,66	35,66	35,66
Erhöhungen im Planjahr			
• Deiche in km	2,4	0,3 ³⁵	4,7
• Hochwasserschutzwände in km	3,6	3,1	4,9
• Einzelbauwerke (Anzahl)	8	7	2
Deichverteidigungsübungen p.a.	36	36 ³⁶	30
Plangenehmigungen und deichrechtliche Genehmigungen für bauliche Nutzung p.a.	55	40	62

³¹ ohne Längen von Einzelbauwerken

³² Verkürzung der Schutzlinie im Bereich Veddel und Billwerder Neuer Deich

³³ Neubau von 4 Toren in Finkenwerder und neuer Verschluss Klütjenfelder Hauptdeich

³⁴ Verkürzung der Schutzlinie im Bereich Veddel und Billwerder Neuer Deich

³⁵ Verschiebung der Maßnahme Borghorster/Altengammer Hauptdeich aufgrund eines schwierigen Planfeststellungsverfahrens mit zahlreichen Einwendungen

³⁶ neu hinzugekommen sind 6 Kommunikationsübungen

<i>Kennzahlen Hochwasserschutz</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Mittlere Kosten der Erhöhung (EUR pro lfd. m) p.a.			
• der Deiche	3.292	2.633	2.216
• der Hochwasserschutzwände	9.391	9.078 ³⁷	9.950
Anteil erhöhter Hochwasserschutzanlagen an der jeweiligen Gesamtlinie in % p.a.			
• Deiche	91	90	87
• Hochwasserschutzwände	66	45	38
• Bauwerke	58	37	42

³⁷ Die Kosten sind abhängig vom Umbaubedarf. Neubauten sind erheblich teurer als Aufhöhungen vorhandener Wände; daher kann es zu erheblichen Abweichungen kommen

Produktbereichskennzahlen	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen in Tsd. EUR	135.708	111.892	163.671
Personalausgaben in Tsd. EUR	3.740	3.736	4.252
Sach- und Fachausgaben in Tsd. EUR	157.855	136.533	137.299
Sonstige Betriebsausgaben in Tsd. EUR	–	–	–
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	27.977	28.517	43.408
Stellen	73	74	73

Ziele des Produktbereichs

Sicherer, wirtschaftlicher, sozialverträglicher und umweltgerechter Personen- und Güterverkehr

Diesen Bereich prägen insbesondere folgende Aufgaben:

- Verkehrspolitische Grundsatzangelegenheiten auf Bundes- und EU-Ebene.
- Verkehrsplanung (Verkehrsentwicklungsplanung, Verkehrskonzepte).
- Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), Schienen- und Straßengüterverkehr (Grundsatzfragen, Tarife, Genehmigungen und Betrieb).

Produktgruppen – Überblick

PG 1 Verkehrsplanung und -konzepte

PG 2 Öffentlicher Personennahverkehr

PG 3 Schienen- und Straßengüterverkehr, verkehrsrechtliche Genehmigungen

Produktgruppe 1: Verkehrsplanung und -konzepte

Kapitel 6500

Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung

Eine angemessene verkehrliche Infrastruktur dient dem Erhalt und Ausbau des Standortes Hamburg für Wirtschaft, Einkauf, Handwerk, Dienstleistung, Wohnen, Arbeit, Tourismus und Erholung. Ziel ist daher die Förderung von sicherem, wirtschaftlichem, sozialverträglichem und umweltgerechtem Personen- und Güterverkehr durch entsprechende Verkehrsuntersuchungen, -konzepte und -planungen auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene.

Produkte

- P 1 Verkehrspolitische Grundsatzangelegenheiten, Vertretung Hamburger Interessen im Bereich Verkehrspolitik auf Bundes-, Ostseeanrainer-, Nordseeanrainer- und EU-Ebene, übergeordnete Projekte (z.B. transeuropäische Netze).
- P 2 Verkehrsentwicklungsplanung, bedeutsame Einzelprojekte (z.B. Güterverkehrszentren, Telematikanwendungen), Planungsangelegenheiten des Bundes und der Nachbarländer; Verkehrsdaten (Erfassung und Aufbereitung von Verkehrsdaten, Aufbau und Fortführung der Verkehrsdatenbank, Datenveröffentlichung).
- P 3 Konkrete Verkehrsuntersuchungen und -konzepte (Verkehrsinfrastruktur ÖPNV), Verkehrsinfrastruktur Straße (insbesondere Parken in zentralen Gebieten, Anwohnerparken, Bike + Ride, Park + Ride, Tempo 30, vorhabensbezogene Verkehrsuntersuchungen).

Haushaltsdaten	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	–	–	367
• Betriebseinnahmen	–	–	367
• Investitionseinnahmen	–	–	–
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	2.550	2.433	3.347
• Personalausgaben	2.152	2.120	2.447
• Sach- und Fachausgaben gesamt	398	313	900
– Zuwendungen	–	–	–
– gesetzliche Leistungen	–	–	–
• Sonstige Betriebsausgaben	–	–	–
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	800	1.000	2.575

³⁸ Aussagen zur mittelfristigen Aufgabenentwicklung des Produktbereichs oder wesentlicher Teile davon sind im Finanzbericht (Abschnitt „Entwicklung in ausgewählten Aufgabenfeldern der Mittelfristigen Aufgabenplanung“) enthalten.

nachrichtlich:

Kostendaten	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	257	265	329
• innerbehördlich (2003 = 10,45%; 2002 = 11,01%; 2001 = 11,93%)	225	233	292
• überbehördlich (1,5%)	32	32	37

Ausgabenschwerpunkte

Personalausgaben

Personelle Schwerpunkte bilden insbesondere

- die Verkehrsentwicklungsplanung und die Bereiche Telematikanwendungen, Verbesserung der Schienenanbindung nach Berlin sowie die Bundesverkehrswegeplanung (P 2),
- vorhabensbezogene Verkehrsuntersuchungen (P 3).

Sach- und Fachausgaben

- Wissenschaftliche Beratungsleistungen und Gutachten für Konzepte, Planungen und aktuelle Maßnahmen auf dem Gebiet der integrierten Verkehrsentwicklungsplanung als Grundlage für verkehrspolitische Entscheidungen (P 2),
- Durchführung von Verkehrszählungen und Aufbau einer Verkehrsdatenbank zur Schaffung von Basisdaten für das tägliche Verwaltungshandeln sowie zahlreiche verkehrstechnische und -politische Entscheidungen (Einzelprojekte, Bebauungsplanverfahren, Verkehrsentwicklungsplanung etc.) (P 2).

Investitionen

- Vergabe von Gutachten und Untersuchungen im Rahmen von konkreten Verkehrsplanungen und -konzepten (Verkehrsinfrastruktur ÖPNV und Straße), vorhabensbezogene Planungen (P 3),
- Zuschüsse und Darlehen aus Ausgleichsbeträgen nach der Hamburgischen Bauordnung (P 2),
- Aufbau eines Verkehrsinformations-Systems für die Region Hamburg (P 2)

Quantitätskennzahlen	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Stellen	42	42	42
Vorbehaltsnetz in km	1.200	1.200	1.200
„Tempo-30“ Strecken in km	1.750	1.750	1.750
Busspuren in km	40	40	40
Begleitung Hamburg-übergreifender Untersuchungen Dritter mit verkehrlicher Relevanz	18	18	18
Verkehrszählungen	550	450	570
Anwohnerparken – Untersuchungen	0	0	2
Park+Ride-Untersuchungen	42	43	43
Bike+Ride-Untersuchungen (Haltestellen)	128	128	128
Verkehrsuntersuchungen	40	60	41
Anzahl Park+Ride-Stellplätze	9.400	9.400	8.900
Anzahl Bike+Ride-Stellplätze	12.600	12.600	12.500

Quantitätskennzahlen	Ergebnis 2001	2000	1995	1990
Auslastung Park+Ride-Anlagen	93 %	87 %	86%	83%
Auslastung Bike+Ride-Anlagen	65 % ³⁹	80 %		
Entwicklung des Verkehrs an Werktagen (1980 = 100)	2000	1999	1995	1990
Kfz auf allen Straßen der FHH (gesamt)	133	133	130	126
Kfz auf allen Autobahnen	180	181	176	154
Fahrradverkehr (gesamt) - (1984 = 100)	126	123	120	113
Motorisierungsentwicklung (PKW/1000 Einwohner)	134	128	122	120

³⁹ witterungsbedingt

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i> Steigerung der Benutzung von Schnellbahnen, Bussen und Hafenfähren im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes durch ein attraktives Leistungsangebot der Verkehrsunternehmen im HVV nach dem Prinzip „Ein Fahrschein, ein Fahrplan, ein Tarif“ unter Beachtung der Wirtschaftlichkeit des ÖPNV. Diesen Bereich prägen insbesondere folgende Aufgaben: • Grundsatzfragen des ÖPNV, Leistungsangebot, Finanzierungsfragen, • Steigerung der Attraktivität und Wirtschaftlichkeit des ÖPNV, • Tarifgestaltung des HVV (z.B. Vorbereitung der Genehmigung der HVV-Tarife), • Zusammenarbeit mit den Nachbarländern im Bedienungsraum des HVV.
<i>Produkte</i> P 1 ÖPNV/HVV-Verbundstruktur (Abstimmung aller HVV-Leistungen mit den Gebietskörperschaften im HVV-Bedienungsraum und den Verkehrsunternehmen). P 2 Leistungsangebot und Finanzierung des ÖPNV (Angebotsstandards, Leistungsmerkmale, Betriebskosten- und Investitionsfinanzierung), Fahrplanangebot, Tarifgenehmigungen. P 3 Fachliche Belange der Verkehrsunternehmen.

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	135.116	111.500	162.878
• Betriebseinnahmen	120.593	96.977	116.821
• Investitionseinnahmen	14.523	14.523	46.057
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	158.144	136.897	137.240
• Personalausgaben	692	682	845
• Sach- und Fachausgaben gesamt	157.452	136.215	136.395
– Zuwendungen	2.215	1.608	1.624
– gesetzliche Leistungen	49.311	49.311	49.303
• Sonstige Betriebsausgaben	–	–	–
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	27.177	27.517	40.832

<i>Kostendaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	82	85	114
• innerbehördlich	72	75	101
(2003 = 10,45%; 2002 = 11,01%; 2001 = 11,93%)			
• überbehördlich (1,5%)	10	10	13

Einnahmen-/Ausgabenschwerpunkte

Einnahmen

Die wesentlichen Einnahmequellen in dieser Produktgruppe sind:

- Beteiligungen des Umlandes an den Kosten des Verkehrs im HVV-Verbundraum
- Zuweisungen des Bundes nach dem Regionalisierungsgesetz
- Finanzhilfen des Bundes nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz
- Ausgleichsbeträge zur Erfüllung der Stellplatzverpflichtung

Personalausgaben

Personelle Schwerpunkte liegen z.Zt. insbesondere

- in der Begleitung der Umsetzung der HVV-Kooperationsverträge,
- in der Umsetzung der Auswirkungen der neuen Einnahmenaufteilung im HVV,
- in der Verbundausweitung,
- bei den Verhandlungen über die Flughafen S-Bahn (Betriebskosten-Finanzierung)
- in der Zusammenarbeit mit dem Umland im HVV.

Sach- und Fachausgaben

Bei den Sach- und Fachausgaben dominiert insbesondere die Finanzierung der Betriebskosten für die DB AG für den Betrieb der S-Bahn.

Investitionen:

- Bereitstellung der Finanzierung/Mitfinanzierung für ÖPNV-Maßnahmen aus Stellplatzablösebeträgen, Regionalisierungsmitteln, ÖPNV-Rückstellung und GVFG-Mitteln (P 2)
- Investitionszuschüsse an die Verkehrsunternehmen (P 2)

Kennzahlen		Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Stellen (ohne Verkehrsunternehmen und HVV)		13,5	13,5	14,5
<u>Daten der Verkehrsunternehmen im HVV:</u> Ergebnis	2001	2000	1995	1990
Fahrgastzahlen (HVV-Verbund) in Mio.	504	494	481,1	436,0
Fahrten im HVV/Einwohner im Verkehrsraum des HVV	192	188	186	175
Streckennetz Bus/Schiene in km	2.218,7	2.177,3	2.155,2	1.955,1
Haltestellen	3.294	3.258	2.968	2.882
Wagen-/Schiffskilometer (in Mio.)	209,7	206,7	202,3	175,4
Zugkilometer (in Mio.)	25,3	25,1	24,6	22,4
Platzkilometer (in Mio.)	23.412,0	23.328,2	22.107,3	25.681,2

	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Behindertenfreundlicher Umbau von Zugängen an Schnellbahnhaltestellen			
U-Bahn-Streckennetz (in km)	98,0	98,0	98,0
Haltestellen im Betrieb (Anzahl)	87	87	87
davon behindertengerecht ausgebaut	33	29	25
S-Bahn-Streckennetz (in km)	110,3	110,3	110,3
Haltestellen im Betrieb (Anzahl)	59	59	59
davon behindertengerecht ausgebaut	23	21	20

Produktgruppe 3: Schienen- und Straßengüterverkehr, verkehrsrechtliche Genehmigungen

Kapitel 6500

Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung

Gewährleistung ordnungspolitischer Rahmenvorgaben für Zulassung und Betrieb von Eisenbahnunternehmen und Unternehmen des gewerblichen Straßenverkehrs sowie Mitgestaltung bei der Fortschreibung dieser Vorgaben.

Produkte

- P 1 Grundsatzangelegenheiten des Eisenbahn-, Straßengüter- und Hinterlandverkehrs; Landeseisenbahnaufsicht.
- P 2 Genehmigungsverfahren Schiene.
- P 3 Ordnungsrechtliche Aufgaben (Betriebsgenehmigungen für Straßengüterverkehr, Omnibusse und Taxen, einschließlich Überwachung und Ordnungswidrigkeiten).

Produktbereich 07
Verkehr

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	592	392	426
• Betriebseinnahmen	592	392	426
• Investitionseinnahmen	–	–	–
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	902	939	966
• Personalausgaben	897	934	961
• Sach- und Fachausgaben gesamt	5	5	5
– Zuwendungen	–	–	–
– gesetzliche Leistungen	–	–	–
• Sonstige Betriebsausgaben	–	–	–
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	–	–	–

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	107	117	129
• innerbehördlich	94	103	115
(2003 = 10,45%; 2002 = 11,01%; 2001 = 11,93%)			
• überbehördlich (1,5%)	13	14	14

<i>Ausgabenschwerpunkte</i>
<u>Personalausgaben</u>
Personelle Schwerpunkte bilden insbesondere
• die Wahrnehmung ministerieller Aufgaben für diesen Produktbereich (Umsetzung von Europa- und Bundesrecht, Mitwirkung bei der Fortschreibung der rechtlichen Rahmenvorgaben, Abgabe von Stellungnahmen) (P 1),
• Sachbearbeitung im Zusammenhang mit der Landeseisenbahnaufsicht und den Genehmigungsverfahren für den Güter-, Omnibus- und Taxenverkehr (P 2 u. P 3).

<i>Kennzahlen</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Stellen	17,5	18,5	16,5
<u>Landeseisenbahnaufsicht</u>			
• Erteilung eisenbahnrechtlicher Genehmigungen (Eisenbahnunternehmen, Gleisanschlüsse, Bahnübergänge, Plangenehmigungsverfahren)	80	80	80
• Eisenbahnrechtliche Sicherheitsüberwachung von Gleisanlagen und Bahnübergängen [in Zusammenarbeit mit der Technischen Landeseisenbahnaufsicht (BWA/HT-LEA)]	60	60	60
Gebühren (in EUR; Titel 6500.111.01):	65.000	54.000	94.400
<u>Güterkraftverkehr</u>			
• Erlaubnisse	1.100	1.300	900
• Gebühren (in EUR; Titel 6500.111.01)	107.000	102.000	90.120
• Zwangs- und Bußgelder (in EUR; Titel 6500.112.01)	186.000	26.000	42.793
<u>Omnibusverkehr</u>			
• Genehmigungen	290	250	266
• Gebühren (in EUR; Titel 6500.111.01)	65.000	57.000	43.410
• Zwangs- und Bußgelder (in EUR; Titel 6500. 112.01)	5.000	4.000	157
<u>Taxen- und Mietwagenverkehr</u>			
• Genehmigungen (Erteilung)	400	400	407
• Genehmigungen (Erneuerungen)	550	550	519
• Genehmigungen (Rückgaben)	200	200	221
• Genehmigungen (Änderungen)	1.550	1.600	1.489
• Beschwerden	750	600	819
– davon Ordnungswidrigkeiten	400	300	433
• Gebühren (in EUR; Titel 6500.111.01)	155.000	143.000	146.070
• Zwangs- und Bußgelder (in EUR; Titel 6500.112.01)	9.000	6.000	8.050

Vorbemerkung zu den Produktinformationen der Produktbereiche

08 – Stadt- und Landesplanung

09 – Landschaftsplanung

10 – Stadterneuerung und Bodenordnung

Die Produktbereiche 08 – Stadt- und Landesplanung, 09 – Landschaftsplanung und 10 – Stadterneuerung und Bodenordnung umfassen die drei Fachämter der ehemaligen Stadtentwicklungsbehörde. Durch das am 01. Januar 2002 in Kraft getretene Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Verwaltungsbehörden und anderer Gesetze ist die bisherige Stadtentwicklungsbehörde mit der Baubehörde zur Behörde für Bau und Verkehr zusammengeführt worden.

Produktbereich 08: Stadt- und Landesplanung

Kapitel 6610

Produktbereichskennzahlen	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen in Tsd. EUR	2	2	292
Personalausgaben in Tsd. EUR	3.961	3.937	4.185
Sach- und Fachausgaben in Tsd. EUR	1.257	1.410	1.516
Sonstige Betriebsausgaben in Tsd. EUR	–	–	–
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	1.316	1.250	1.953
Stellen	78,30	78,68	81,30

Ziele des Produktbereiches

- Z 1 Steuerung der räumlichen Entwicklung, der städtebaulichen Ordnung und der Stadtgestaltung der FHH nach fachlichen und rechtlichen Grundlagen und Grundsätzen der Stadt- und Landesplanung sowie auf der Grundlage von politischen Rahmenvorgaben
- Z 2 Sicherstellung der Flächenversorgung für die voraussehbaren Bedürfnisse der Stadt und zur Realisierung von stadtentwicklungspolitischen Programmen

Produktgruppen – Überblick

PG 1 Landesplanung

PG 2 Stadtplanung

Produktgruppe 1: Landesplanung

Kapitel 6610

Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung

- Z 1 Sicherung der Existenzfähigkeit und Weiterentwicklung der Kernstadt durch Zusammenarbeit mit den Nachbarländern und den Anrainerstaaten, durch ein gemeinsames Vorgehen auf der Basis von längerfristig angelegten und belastbaren Kooperationsformen und durch einzelfallbezogene Fördermaßnahmen
- Z 2 Verbesserung der Standortbedingungen der FHH

Die Kooperation im Rahmen der Gemeinsamen Landesplanung mit den Nachbarländern Niedersachsen und Schleswig-Holstein erfolgt in der begründeten Hoffnung, dass die Stärken der regionalen Potenziale allen Beteiligten in der Region dienen. Instrumente hierfür sind das Regionale Entwicklungskonzept (REK) und die bilateralen Förderfonds zur Umsetzung gemeinsam mit den Nachbarländern erarbeiteter Entwicklungsvorstellungen in konkreten Projekten. Ferner sichern das Engagement Hamburgs bei der Abstimmung grenznaher und grenzüberschreitender Planungen nach dem ROG und dem BauGB und die Vertretung hamburgischer Interessen in Gremien der Raumordnung Hamburgs Einflussnahme auf die Gestaltung und Entwicklung der Gesamtregion.

Die Raumordnung soll dazu beitragen, dass die Region Hamburg ihre Funktionen und Aufgaben als Drehscheibe zwischen dem Ostseeraum (Skandinavien, Baltikum, Nordosteuropa) und dem übrigen Europa sowie Übersee erfüllen kann. Um dieses Ziel zu erreichen, wird Hamburg in den kommenden Jahren verstärkt in europäischen Arbeitsgemeinschaften wie z.B. den EUROCITIES mitwirken, sich an raumbezogene Maßnahmen der EU wie INTERREG selbst sowie daraus abgeleiteten Projekten wie z.B. STRING beteiligen bzw. weitere zukünftig daraus ableitbare Projekte vorbereiten. Im Rahmen der Bundesraumordnung nimmt Hamburg seine Interessen in der Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) und ihren Fachausschüssen wahr.

Produkte

P 1 Raumordnung und Regionalplanung, Gemeinsame Landesplanung

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	2	2	292
• Betriebseinnahmen	2	2	292
• Investitionseinnahmen	–	–	–
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	380	580	866
• Personalausgaben	278	325	335
• Sach- und Fachausgaben gesamt	102	255	531
– Zuwendungen	–	–	–
– gesetzliche Leistungen	–	–	–
• Sonstige Betriebsausgaben	–	–	–
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	1.316	1.250	1.953

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	33	41	45
– innerbehördlich (2003 = 10,45%; 2002 = 11,01%; 2001 = 11,93%)	29	36	40
– überbehördlich (1,5%)	4	5	5

Ausgabenschwerpunkte:

Investitionen

Der Ausgabenschwerpunkt sind die Investitionsausgaben (Kostenbeiträge) für Maßnahmen aus den Förderfonds Hamburg/Schleswig-Holstein und Hamburg/Niedersachsen (1.316 Tsd. EUR, Titel 6610.882.01 und 882.02).

<i>Kennzahlen</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Stellen	5,5	6,5	6,5
Anzahl der eingereichten Förderanträge im Rahmen der bilateralen Förderfonds	90	90	91
• bis zur Höhe von 50 Tsd. EUR (vereinfachtes Verfahren)	30	30	43
• über 50 Tsd. EUR	60	60	48
Beantragtes Fördervolumen in Mio. EUR	11,25	11,25	9,56
Fördervolumen der bewilligten Fördermaßnahmen in Mio. EUR gesamt (davon hamburgischer Anteil jeweils 50%)	3,58	3,58	2,81
Anteil der bewilligten Förderanträge an der Gesamtzahl der gestellten Anträge in %	60	60	58
Gesamtbetrag des durch die Förderung angeschobenen Investitionsvolumens in Mio. EUR	12,8	12,8	14,0

Produktgruppe 2: Stadtplanung

Kapitel 6610

Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung

- Z 1 Steuerung der räumlichen Entwicklung, der städtebaulichen Ordnung und der Stadtgestaltung der FHH nach fachlichen und rechtlichen Grundlagen und Grundsätzen der Stadt- und Landesplanung sowie auf der Grundlage von politischen Rahmenvorgaben
- Z 2 Sicherstellung der Flächenversorgung für die voraussehbaren Bedürfnisse der Stadt und zur Realisierung von stadtentwicklungspolitischen Programmen
- Z 3 Schaffen von Rechtsgrundlagen für die städtebauliche Entwicklung, Ordnung und Gestaltung in gerechter Abwägung der öffentlichen und privaten Interessen und Nutzungsansprüche
- Z 4 Gewährleisten einer dem Wohl der Allgemeinheit entsprechenden sozialgerechten Bodennutzung

Unter der Prämisse, dass Hamburgs Identität mit dem spezifischen Stadtbild in der Innenstadt und den Außenbezirken und seiner einmaligen Stadtsilhouette bewahrt und gleichzeitig im Sinne einer wachsenden Stadt entsprechend den demographischen und wirtschaftspolitischen Zielsetzungen des Senats behutsam fortentwickelt werden soll, ergeben sich für die Stadtplanung die folgenden Aufgabenschwerpunkte:

Erarbeitung der planerischen Voraussetzungen bzw. Fortsetzung der Planungen für

- die HafenCity,
- die Olympia-Bewerbung,
- die Innenstadt (z.B. Bebauung des Domplatzes, Realisierung der Europa-Passage, Gestaltung des Jungfernstieges) und die Anbindung der Innenstadt an die Olympia-Standorte und die HafenCity,
- die Wohnungsbauvorhaben Neugraben-Fischbek 65 (ehemals Neugraben-Fischbek 15) und Finkenwerder 32,
- die Airbus-Flächen und deren verkehrliche Anbindung (Bebauungsplan Finkenwerder 37),
- das St.Pauli-Stadion,
- das Zentrum Bergedorf und das Phoenix Zentrum Harburg,
- die Konversionsprojekte Hühnerposten und Bavariabrauerei.

Aus dem Blickwinkel der wachsenden Stadt sind vorrangig die Planungsbemühungen der Entwicklungsplanung und der Vorbereitenden Bauleitplanung zur Erschließung von Reserveflächen und zur Findung zusätzlicher Flächen für Wohnnutzungen und Gewerbeansiedlungen zu forcieren, so z.B. die Fertigstellung der Thematischen Entwicklungsplanungen zu den Themen „Wohnen“, „Arbeitsstätten“ und „Einzelhandel / Zentren“, sowie die Erarbeitung städtebaulicher Entwürfe für Konversionsflächen.

Produkte

P 1 Grundlagen der Stadtentwicklung

Die hier erarbeiteten Grundsätze und auf die Gesamtstadt bezogenen Planungen und Konzepte zu den Funktionen Wohnen, Arbeiten, konsumtive Dienstleistungen, Freizeit und Umwelt sowie die erarbeiteten und anderen Dienststellen zur Verfügung gestellten Basisdaten stellen fachlich fundierte und inhaltlich ausgewogene räumliche Planungen sicher.

P 2 Vorbereitende Bauleitplanung

Der Flächennutzungsplan ist zusammenfassender, übergeordneter Raumordnungsplan für Hamburg (§ 8 Raumordnungsgesetz) und vorbereitender Bauleitplan (§ 5 BauGB), aus dem die Bebauungspläne zu entwickeln sind. Er wird durch förmliche Änderungsverfahren gemäß BauGB fortgeschrieben.

Die vorbereitende Planung für Teilräume dient der Überprüfung der Fortschreibungsbedarfe bzw. -ziele des Flächennutzungsplans, wo diese sich nicht unmittelbar ergeben, und hilft in Bereichen mit entsprechendem Klärungsbedarf den Maßstabssprung zwischen Flächennutzungsplan (1:20.000) und Bebauungsplänen (1:1.000) zu überwinden.

Mit der Standortplanung sollen auf Anfrage von Behörden, Trägern öffentlicher Belange, aber auch von Investorinnen und Investoren grundsätzliche, zwischen den Behörden abgestimmte Planungsvorschläge zur vertraglichen Unterbringung bzw. Verteilung von Einrichtungen – z.B. Gemeinbedarfs- oder Versorgungseinrichtungen – im Stadtgebiet unterbreitet werden.

P 3 Städtebauliche Entwürfe und Projektsteuerung:

Die Ziele dieses Produktes liegen in der Gewährleistung von funktionalen und räumlich-gestalterischen Qualitäten bei Bebauungs- und Gestaltungsprojekten und in der Koordinierung und Förderung der Realisierung derartiger Projekte. Die Entwürfe werden teilweise von der Verwaltung selbst, überwiegend aber von externen Planungsbüros erstellt und häufig aufgrund von städtebaulichen Wettbewerben ermittelt.

P 4 Verbindliche Bauleitplanung

Schaffung von (bodenrechtlich relevantem) Planrecht für die Nutzung von Grundstücken. Das Produkt umfasst die Erstellung von Bebauungsplänen und sonstigen Verordnungen und Vorschriften zur Bodennutzung sowie zur Gestaltung und Nutzung von baulichen Anlagen. Ziele des Produkts sind die Gewährleistung einer dem Wohl der Allgemeinheit entsprechenden sozialgerechten Bodennutzung und die Erstellung von Rechtsgrundlagen für die städtebauliche Entwicklung, Ordnung und Gestaltung in gerechter Abwägung der öffentlichen und privaten Interessen und Nutzungsansprüche.

P 5 Beratung und Vertretung stadtentwicklungsplanerischer Belange

Mitwirkung bei der Umsetzung von Planungsrecht und der Umsetzung von Festlegungen in Senatsprogrammen mit planerischen Inhalten sowie Kontrolle der Umsetzung. Ziel des Produkts ist die Gewährleistung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung unter besonderer Berücksichtigung der Stadtbildpflege.

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	–	–	–
• Betriebseinnahmen	–	–	–
• Investitionseinnahmen	–	–	–
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	4.838	4.767	4.834
• Personalausgaben	3.683	3.612	3.850
• Sach- und Fachausgaben gesamt	1.155	1.155	984
– Zuwendungen	–	–	–
– gesetzliche Leistungen	–	–	–
• Sonstige Betriebsausgaben	–	–	–
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	–	–	–

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	440	452	517
• innerbehördlich	385	398	459
(2003 = 10,45%; 2002 = 11,01%; 2001 = 11,93%)			
• überbehördlich (1,5%)	55	54	58

Ausgabenschwerpunkte:

Personalausgaben

Die Personalausgaben werden im Wesentlichen für die Vorbereitende und die Verbindliche Bauleitplanung (Er- und Bearbeitung von Bebauungsplänen in der Verantwortung der BBV, Pläne nach dem sog. 8er-Katalog) sowie für die Bearbeitung von städtebaulichen Entwürfen, für die Betreuung von städtebaulichen Wettbewerben usw. verwendet.

Sach- und Fachausgaben

Die wesentlichen Sach- und Fachausgaben ergeben sich aus der Vergabe von Planungsleistungen, Gutachten usw. an Externe (750 Tsd. EUR, Titel 6610.526.01).

<i>Kennzahlen</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Stellen	72,8	72,18	74,80
P 1 Grundlagen der Stadtentwicklung	–	–	–
Bearbeitung von Anträgen für die Errichtung von großflächigen Einzelhandelseinrichtungen bzw. Freizeit-Großeinrichtungen	45	45	45
Aktualisierung der FNU-V (Flächennutzungsuntersuchungen-Bestand), Anzahl der bearbeiteten Stadtteile	15	10	12
Fortschreibung der FNU-R (Flächennutzungsuntersuchungen-Planrecht), Anzahl der bearbeiteten B-Pläne	28	26	32
Bearbeitete städtebauliche Projekte und Arbeiten zu vorbereitenden Planungen (Umwelt / Umweltverträglichkeitsprüfungen)	7	8	8
Stellungnahmen und Beiträge zur verbindlichen Bauleitplanung (Umwelt / Umweltverträglichkeitsprüfungen)	50	38	66
Stellungnahmen und Beiträge zur vorbereitenden Bauleitplanung (Umwelt / Umweltverträglichkeitsprüfungen)	12	8	10

<i>Kennzahlen</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
P 2 Vorbereitende Bauleitplanung			
Flächennutzungsplan-Einzeländerungen			
• Verfahren mit B-Plan (abgeschlossen / im Verfahren)	10 / 25	5 / 30	11 / 25
• Verfahren ohne B-Plan (abgeschlossen / im Verfahren)	2 / 7	1 / 5	1 / 7
Zahl der bearbeiteten vorbereitenden Pläne für Teilräume inkl. Entwicklungspläne ⁴⁰	15	15	17
P 3 Städtebauliche Entwürfe und Projektsteuerung			
Wettbewerbe			
• eigene (Auslobung durch die BBV)	2	2	0
• gemeinsam mit Dritten (Auslobung durch BBV und Dritte)	2	6	3
• Mitwirkung (Auslobung durch Dritte)	5	1	5
Gutachten			
• eigene	2	4	4
• gemeinsam mit Dritten	2	3	3
• Mitwirkung	4	1	4
Projektentwürfe			
• eigene	2	1	3
• gemeinsam mit Dritten	4	2	8
P 4 Verbindliche Bauleitplanung			
Anzahl der im Verfahren befindlichen Pläne und Verordnungen	45	50	66
Verfahrensschritte:			
• Grobabstimmung über die Einleitung von B-Plan-Verfahren	7	7	5
• Planeinleitungen (Aufstellungsbeschlüsse)	7	7	6
• Auslegungsbeschlüsse	5	5	5
• Herbeiführung der Feststellung	5	5	12
• Aufhebungsbeschlüsse	2	2	0
Vertragsbetreuung (in der Federführung der BBV):	5	5	7
• Städtebauliche Verträge			5
• An Externe vergebene Verfahren / Verfahrensschritte			1
• Sonstige Verträge und Gutachten			1
Öffentliche Auslegung, frühzeitige Bürgerbeteiligung o.ä. nach § 3 (1) BauGB	-	-	-
P 5 Beratung und Vertretung stadtentwicklungsplanerischer Belange			
Planungsrechtliche Befreiungen (Bauko)	700 WE	700 WE	611 WE
• Zahl der Anträge	300	300	225
Vorweggenehmigungen nach § 33 BauGB			
• Zahl der Anträge	60	50	65
• darin Wohneinheiten	1.000	1.000	876
Zustimmungen nach § 125 BauGB	0	0	0
Sonstige Stellungnahmen (Gestaltung, Werbeanlagen, Zustimmungsverfahren nach HBauO, Zurückstellung von Bauanträgen usw.)	200	200	198
Stellungnahmen und Beiträge zu Vorhaben und Projekten (planungsrechtliche, städtebauliche und architektonische Beurteilungen)	150	150	167
Ingenieurbauvorhaben ohne förmliches Verfahren, Straßen-, Brücken-, Wasserbau usw.	60	60	65

⁴⁰ Hinsichtlich der Entwicklungspläne seit 1999 abhängig von Entscheidungen der Senatskommission.

Produktbereich 08
Stadt- und Landesplanung

<i>Kennzahlen</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Ingenieurbauvorhaben, förmliche Verfahren, z.B. Planfeststellungsverfahren nach § 18 AEG, §§ 3,6 und 9 UVPG, §§ 9a und 31 WHG, § 9 HmbNatSchG, § 3 HafenEG	15	15	12
Sicherung stadtbildgestalterischer Belange bei Ingenieurbauvorhaben	10	10	8

Produktbereich 09: Landschaftsplanung

Kapitel 6610

Produktbereichskennzahlen	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen in Tsd. EUR	–	–	–
Personalausgaben in Tsd. EUR	1.112	1.114	1.325
Sach- und Fachausgaben in Tsd. EUR	676	676	624
Sonstige Betriebsausgaben in Tsd. EUR	–	–	–
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	–	–	–
Stellen	22	22	24

nachrichtlich:

Kostendaten	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	133	140	178
• innerbehördlich	116	123	158
(2003 = 10,45%; 2002 = 11,01%; 2001 = 11,93%)			
• überbehördlich (1,5%)	17	17	20

<i>Ziele des Produktbereichs</i>			
Z 1	Schutz, Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft		
Z 2	Sichern der Einheitlichkeit des Verwaltungshandelns und Gewährleisten der Berücksichtigung ökologischer Fachinhalte und der Rechtsicherheit der Verfahren in der vorbereitenden und der verbindlichen Landschaftsplanung		
Z 3	Lösen von flächenbezogenen Problemen der Landschaftsplanung mit besonderer Bedeutung für die Region und die regionale Zusammenarbeit		
Z 4	Konsequentes Fortführen einer ökologischen Vorsorgeplanung und Sicherstellen einer nachhaltigen Stadtentwicklung		
Z 5	Einbringen von übergeordneten landschaftsplanerischen Vorgaben und Aspekten in die verbindliche bezirkliche Landschaftsplanung		
Z 6	Ermitteln der Auswirkungen und Risiken von Vorhaben auf den Landschaftsraum, die Umweltmedien und das Landschaftsbild durch differenzierte Standortanalysen und Prüfung von Alternativen		
Z 7	Einbringen von Belangen der Landschaftsplanung bei Planungen Dritter und bei Genehmigungsverfahren		

<i>Produkte</i>	
P 1	Grundlagen der Landschaftsplanung
Rechtliche und fachinhaltliche Grundlagen und Vorgaben für die vorbereitende und die verbindliche Landschaftsplanung. Aufgrund des Gesetzes zur Reform der Verwaltung stellen sie wesentliche Vorgaben für die bezirklichen Planungsdienststellen im Sinne der zentralen Steuerung überörtlicher Interessen durch den Senat dar:	
• Grundsatzaufgaben, Planungsbezogene Rechtsetzung • Themenspezifische Ausarbeitungen der Landschaftsplanung, landschaftsplanerische Grundlagendaten.	
P 2	Vorbereitende Landschaftsplanung
Ziel ist die konsequente Fortführung einer ökologischen Vorsorgeplanung und damit die Sicherstellung einer nachhaltigen Stadtentwicklung durch die Aktualisierung und Fortschreibung des Landschaftsprogramms für die Gesamtstadt gem. § 5 HmbNatSchG sowie durch die Aufstellung von Entwicklungsplänen, die Begleitung des REK-Folgeprozesses und die Abstimmung von Projekten aus dem REK und aus den Förderprogrammen mit dem Umland.	
P 3	Verbindliche Landschaftsplanung
Landschaftspläne im engeren Sinne, Grünordnungspläne, landschaftsplanerische Festsetzungen in Bebauungsplänen (Huckepackbebauungspläne), Vorhaben- und Erschließungspläne und städtebauliche Verträge, sowie alle vorbereitenden Untersuchungen für die genannten Planverfahren, alle Wettbewerbe im unmittelbaren Zusammenhang mit den verbindlichen Planverfahren und alle Funktionspläne, die im Zusammenhang mit verbindlichen Planungen erstellt werden.	
P 4	Landschaftsplanerische Konzepte und Stellungnahmen
Erarbeitung von Entscheidungsgrundlagen für die Realisierung von Einzelvorhaben und Großprojekten wie z.B. Gewerbeansiedlungen, Trassenentscheidungen, spezielle Bauvorhaben etc. Es handelt sich um differenzierte Standortanalysen und Alternativprüfungen, um die Auswirkungen und Risiken eines Vorhabens auf den Landschaftsraum, die Umweltmedien und das Landschaftsbild zu ermitteln. Vorbereitung von Wettbewerben und die Erarbeitung von Gestaltungskonzepten sowie fachlichen Konzepten.	

Ausgabenschwerpunkte:

Sach- und Fachausgaben

Vergabe von Planungsleistungen, Gutachten usw. an Externe (anteilig für die Landschaftsplanung 323 Tsd. EUR, Titel 6610.526.01)

<i>Kennzahlen:</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
P 1 Grundlagen der Landschaftsplanung			
Abstimmung von Landschaftsrahmen- und Landschaftsplänen mit dem Umland	10	10	10
Abstimmung von Bauleitplänen der Umlandgemeinden ⁴¹	15	15	15
Abstimmung von Kreisentwicklungsplänen und regionalen Raumordnungsprogrammen	5	6	5
Zahl der themenspezifischen Ausarbeitungen	4	4	4
P 2 Vorbereitende Landschaftsplanung	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Gemeinsame Flächennutzungsplan- und LAPRO-Änderungsverfahren mit Bebauungsplan (abgeschlossen/ im Verfahren) ⁴²	10 / 40	5 / 30	10 / 41
Reine Landschaftsprogramm (LAPRO) – Änderungsverfahren (z. B. Sammelverfahren) (abgeschlossen/im Verfahren) ⁴³	5 / 15	10 / 5	0 / 27
Gemeinsame Flächennutzungsplan- und LAPRO-Änderungsverfahren ohne Bebauungsplan (abgeschlossen/im Verfahren) ⁴⁴	0 / 14	2 / 5	0 / 14
Vorbereitende Landschaftsplanungen für Teilräume einschl. Entwicklungspläne ⁴⁵	13	13	13
P 3 Verbindliche Landschaftsplanung	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Anzahl der Grünordnungspläne (im Verfahren befindliche Pläne)	5	4	3
Anzahl der im Verfahren befindlichen Bebauungspläne (Bezirks- und Senatspläne) mit Huckepackfestsetzungen	55	45	32
Bearbeitete Fälle nach KostErstG (früher Folgekostenverträge)	15	4	15
Bearbeitete städtebauliche Verträge	5	5	5
P 4 Landschaftsplanerische Konzepte und Stellungnahmen	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Stellungnahmen zu Verfahren mit besonderem landschaftsplanerischen Gewicht	40	35	35
Wettbewerbe, Gestaltungskonzepte und sonstige fachliche Konzepte	10	7	5

⁴¹ Der BBV liegen pro Jahr etwa 120 Umlandpläne zur Prüfung vor, davon dem Amt für Landschaftsplanung rund 100. Ausführliche Stellungnahmen erfolgen in etwa in Höhe der genannten Fallzahlen.

⁴² Normalfall einer LAPRO-Änderung (Gemeinsame Änderung von LAPRO und Flächennutzungsplan aufgrund eines Bebauungsplans).

⁴³ Zeitlich nachgeholte Anpassung des LAPRO an bereits vollzogene Flächennutzungsplan-Änderungen; umfangreiches Änderungsverfahren zum 2. Grünen Ring.

⁴⁴ Anpassung des LAPRO und des Flächennutzungsplans aufgrund von Befreiungen vom Planrecht.

⁴⁵ Hinsichtlich der Entwicklungspläne seit 1999 abhängig von Entscheidungen der Senatskommission.

Produktbereich 10 ⁴⁶: Stadterneuerung und Bodenordnung

Kapitel 6620

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen in Tsd. EUR	4.360	3.685	2.884
Personalausgaben in Tsd. EUR	3.283	3.265	3.552
Sach- und Fachausgaben in Tsd. EUR	116	827	1.279
Sonstige Betriebsausgaben in Tsd. EUR	1.770	1.820	1.698
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	29.159	35.683	26.173
Stellen	58	58	55

<i>Ziele des Produktbereichs</i>	
Z 1	Neustrukturierung, Weiterentwicklung und Ordnung städtebaulicher Verhältnisse in benachteiligten Stadtteilen und sozialen Problemgebieten
Z 2	Aktivierung der Bewohner, die Schaffung von Mitwirkungsmöglichkeiten und Unterstützung örtlicher Potenziale
Z 3	Förderung des lokalen Gewerbes, die Sicherung und Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen in den Quartieren
Z 4	Stabilisierung der Quartierszentren
Z 5	Sicherung und Erweiterung des Angebotes an sozialer Infrastruktur
Z 6	Verbesserung der Wohnsituation sowie die Sicherung von preiswertem Wohnraum für die ansässige Bevölkerung und der Schutz der Bewohner vor Verdrängungen
Z 7	Wohnumfeldverbesserungen auf öffentlichen und privaten Flächen zur Erschließung und intensiveren Nutzung von Freiflächen und zur Schaffung örtlicher Identität
Z 8	Bildung neuer zweckmäßig geschnittener und nach dem Baurecht geeigneter Grundstücke für Private und die FHH sowie Neugestaltung von Grundstücksrechten und Rechtsverhältnissen an Grundstücken zur beschleunigten Schaffung aller grundstücksmäßigen Voraussetzungen zur Realisierung von Baumaßnahmen und sonstigen Grundstücksnutzungen
Z 9	Beschaffung und Bereitstellung von Flächen für Erschließungen, öffentliche Grünanlagen, Gemeinbedarfseinrichtungen, ökologische Ausgleichsflächen u. dgl. für die jeweiligen Bedarfsträger.
<i>Produktgruppen – Überblick</i>	
PG 1	Stadterneuerung
PG 2	Bodenordnung

Produktgruppe 1: Stadterneuerung

Kapitel 6620

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Die strategischen Ziele der Stadterneuerung werden in Hamburg vorwiegend mit dem Programm der Sozialen Stadtteilentwicklung verfolgt, das aus den beiden Programmsäulen Soziale Stadtteilentwicklung in Sanierungsgebieten (Sanierung nach BauGB) und Soziale Stadtteilentwicklung in STEP-Gebieten (Hamburgisches Stadtteilentwicklungsprogramm, Stadtteilentwicklungsmaßnahmen außerhalb der Rechtsinstrumente des BauGB) besteht. Die Zielerreichung soll u.a. dadurch verstärkt werden, dass alle Fachbehörden in ihren jeweiligen Ressortprogrammen der Quartiersentwicklung Vorrang einräumen und somit einen Beitrag zur positiven Entwicklung in den Problemgebieten leisten. Für beide Programmsäulen können Bundesmittel aus entsprechenden Programmen des Bundes eingesetzt werden.	
<i>Produkte</i>	
P 1	Allgemeine Grundlagen der Stadterneuerung
Zusammenarbeit Hamburgs in der Stadterneuerung mit Bund und Ländern und der EU, für die Fortschreibung der Konzeption des Programms der Sozialen Stadtteilentwicklung, für Mitteleinwerbung, Mitteldisposition und Prioritätensetzung, für Bürgerbeteiligung, Öffentlichkeitsarbeit, Erfahrungsaustausche und Evaluierung.	
P 2	Soziale Stadtteilentwicklung in Sanierungsgebieten
Zur Zeit sind in Hamburg 15 Sanierungsgebiete förmlich festgelegt; die Verfahren Altona – Altstadt S 3 (Thadenstraße), Rahlstedt S 1 und Harburg S 1 – S 5 wurden im Jahre 2001 vom Senat aufgehoben. In den zwei Gebieten St.Georg S 1(Lange Reihe) und Wilhelmsburg S 2 (Bahnhofsviertel) sind die Erneuerungsmaßnahmen abgeschlossen; ihre förmliche Aufhebung als Sanierungsgebiet ist für das Jahr 2002 vorgesehen.	
In diesem Produkt werden auch die Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen an Wohngebäuden innerhalb von Sanierungsgebieten zur Beseitigung städtebaulicher und baulicher Missstände und zum Erhalt und zur Verbesserung preiswerten Wohnraums erfasst.	

⁴⁶ Aussagen zur mittelfristigen Aufgabenentwicklung des Produktbereichs oder wesentliche Teile davon sind im Finanzbericht (Abschnitt „Entwicklung in ausgewählten Aufgabenfeldern der Mittelfristigen Aufgabenplanung) enthalten.

Produktbereich 10
Stadterneuerung und Bodenordnung

P 3 Soziale Stadtteilentwicklung in STEP-Gebieten	
Zurzeit sind 24 STEP-Gebiete mit einer Fläche von rd. 1.400 ha und etwa 165.000 Einwohnern bestimmt. Die Maßnahmen konzentrieren sich gegenwärtig auf 22 Gebiete; in den Quartieren Dulsberg und Sonnenland stehen die Maßnahmen Ende 2002 vor ihrem Abschluss. Als zusätzliches Verfahren wird mit Mitteln dieser Programmsäule das Bürgerbeteiligungsverfahren Willhelmsburg gefördert.	
P 4 Soziale Erhaltungsverordnungen	
Der Senat reagiert mit dem Erlass sozialer Erhaltungsverordnungen gemäß §172 BauGB auf unerwünschte Verdrängungen einkommensschwacher Bevölkerungskreise aus intakten innerstädtischen Wohngebieten. Derartige Verordnungen sind für drei Gebiete (Eimsbüttel-Nord / Hoheluft-West, Barmbek-Süd / Uhlenhorst, Südliche Neustadt) erlassen.	

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	3.860	2.662	2.107
• Betriebseinnahmen	–	–	–
• Investitionseinnahmen	3.860	2.662	2.107
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	3.952	4.702	5.077
• Personalausgaben	2.071	2.060	2.105
• Sach- und Fachausgaben gesamt	111	822	1.274
– Zuwendungen	–	–	–
– gesetzliche Leistungen	–	–	–
• Sonstige Betriebsausgaben	1.770	1.820	1.698
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	27.958	34.583	25.288

<i>Einnahmen-/Ausgabenschwerpunkte</i>	
<u>Einnahmen</u>	
Finanzierungshilfen des Bundes für Sanierungsmaßnahmen (Titel 6620.331.02) und zur Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf (Programm „Die soziale Stadt“, Titel 6620.331.03)	
<u>Sach- und Fachausgaben</u>	
Betriebsmittel für Stadterneuerungsmaßnahmen (Programmsäule I und II, Finanzierung für Voruntersuchungen und Gutachten, Datenermittlung und -aufbereitung, Stadtteilbüros, Öffentlichkeitsarbeit, 103 Tsd. EUR, Titel 6620.547.10)	
<u>Investitionen</u>	
- Vorbereitung und Durchführung von Sanierungsmaßnahmen vorrangig in sozial benachteiligten Stadtteilen (Programmsäule I, Sanierungsprogramm), auch Anteilsfinanzierung für Sanierungsmaßnahmen, die in anderen Einzelplänen veranschlagt sind (10.403 Tsd. EUR, Titel 6620.893.05) - Vorbereitung und Durchführung von Stadterneuerungsmaßnahmen vorrangig in sozial benachteiligten Stadtteilen (Programmsäule II, Soziale Stadtteilentwicklung in STEP-Gebieten, 11.833 Tsd. EUR, Titel 6620.893.11) - Zuschüsse an die STEG für Modernisierungs- und Grunderneuerungsmaßnahmen an Gebäuden und für Neubauten auf Grundstücken im Treuhandvermögen der STEG (2.512 Tsd. EUR, Titel 6620.891.02) - Kosten für Ordnungsmaßnahmen (Entschädigungen, Abbruch, Verlagerung usw.) und für zwischenzeitlichen Grunderwerb in förmlich festgelegten Sanierungsgebieten (2.629 Tsd. EUR, Titel 6620.821.02)	

<i>Kennzahlen</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Stellen	36,75	36,75	32,75
P 1 Allgemeine Grundlagen der Stadterneuerung			
P 2 Soziale Stadtteilentwicklung in Sanierungsgebieten			
Verfahren vorbereitende Untersuchungen (Sanierung)	2	offen	1
Sanierungsverfahren in Durchführung	10	14	15
Gesamtfläche der Sanierungsgebiete		395	314
Zahl der Einwohner in Sanierungsgebieten		65.200	50.000
Aufgehobene / abgerechnete Sanierungsverfahren	4	2	7
In bewilligte Modernisierungs- / Instandsetzungsvorhaben innerhalb von Sanierungsgebieten einbezogene WE	120	100	187
und betroffene Gewerbebetriebe	10	10	12
P 3 Soziale Stadtteilentwicklung in STEP-Gebieten	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Verfahren in Vorbereitung	offen	3	-

<i>Kennzahlen</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Stellen	36,75	36,75	32,75
Verfahren in Durchführung:			
Anzahl	offen	24	24
Gesamtfläche der Gebiete in ha	offen	offen	1.400
Zahl der Einwohner in STEP-Gebieten	offen	offen	165.000
P 4 Soziale Erhaltungsverordnungen	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Gebiete mit sozialer Erhaltungsverordnung	offen	offen	3
Anzahl der WE, für die ein Vorkaufsrecht ausgeübt wurde	offen	offen	9
Anzahl der von Abwendungsvereinbarungen betroffenen WE	offen	offen	160
Soziale Erhaltungsverordnungen in Vorbereitung	offen	offen	1
Anzahl der WE, für die bauliche Änderungen, Abrisse oder Änderungen der Nutzungsart beantragt wurden	offen	offen	616
Abgeschlossene Verfahren	offen	offen	2

Produktgruppe 2: Bodenordnung

Kapitel 6620

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Die Bodenordnung beinhaltet sowohl die allgemeine Umlegung, die Sanierungs-Umlegung und die Grenzregelung nach dem BauGB zum Flächentausch, zum -erwerb, und zur -bereitstellung sowie zur Aufhebung, Änderung und Begründung von Rechten an Grundstücken ggf. unter Einsatz städtebaulicher Verträge.	
Z 1	Die bodenordnenden Maßnahmen – insbesondere die Umlegungsverfahren – haben das Ziel, in bestimmten Gebieten die grundstücksmäßigen Voraussetzungen für den Wohnungsneubau und andere Grundstücksnutzungen (z.B. Gewerbe- oder Freiflächennutzungen) vorzubereiten in der Regel, um die in den jeweiligen verbindlichen Bauleitplänen oder Entwürfen vorgesehenen Nutzungen zu ermöglichen. Der Zuschnitt der vorhandenen Grundstücksflächen und alle Rechtsverhältnisse an den Grundstücken sollen so umgestaltet werden, dass die neugestalteten Grundstücke dem Planungs- und Baurecht entsprechend auch tatsächlich und zeitnah genutzt bzw. bebaut werden können.
Z 2	Darüber hinaus werden Grenzregelungsverfahren im (überwiegend) öffentlichen Interesse bei notwendiger Änderung von Grenzen einzelner benachbarter Grundstücke durchgeführt, um eine ordnungsgemäße Bebauung herbeizuführen oder baurechtswidrige Zustände zu beseitigen.
Z 3	Städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen als Instrument der Städtebauförderung dienen dazu, im Rahmen eines auf die unverzügliche Realisierung gerichteten Verfahrens eine grundlegend geänderte städtebauliche Struktur in einem ungenutzten bzw. nicht seinen Möglichkeiten entsprechend genutzten Gebiet zu schaffen.
<i>Produkt</i>	
P 1 Grundlagen, Vorbereitung und Durchführung der Bodenordnung (einschließlich Rechtsbetreuung für den Produktbereich Stadterneuerung und Bodenordnung) sowie vorbereitende Untersuchungen in Entwicklungsgebieten	

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	500	1.023	778
• Betriebseinnahmen	500	1.023	778
• Investitionseinnahmen	–	–	–
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.217	1.210	1.452
• Personalausgaben	1.212	1.205	1.447
• Sach- und Fachausgaben gesamt	5	5	5
– Zuwendungen	–	–	–
– gesetzliche Leistungen	–	–	–
• Sonstige Betriebsausgaben	–	–	–
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	1.201	1.100	886

Produktbereich 10
Stadterneuerung und Bodenordnung

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	145	151	195
• innerbehördlich (2003 = 10,45%; 2002 = 11,01%; 2001 = 11,93%)	127	133	173
• überbehördlich (1,5%)	18	18	22

Einnahme-/ Ausgabenschwerpunkte

Einnahmen

Rückzahlungen, Geldausgleiche und Geldbeiträge im Zusammenhang mit Bodenordnungsmaßnahmen (500 Tsd. EUR, Titel 6620.134.01, die Einnahmen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 6620.821.01 - Geldleistungen und sonstige Aufwendungen bei Bodenordnungsmaßnahmen einschließlich Grunderwerb in Entwicklungsgebieten)

Investitionen

Geldleistungen und sonstige Aufwendungen im Zusammenhang mit Bodenordnungsmaßnahmen und für den Grunderwerb in Entwicklungsgebieten (1.201 Tsd. EUR, Titel 6620.821.01)

<i>Kennzahlen:</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Stellen	21,5	21,5	22,5
Bodenordnungsverfahren in Untersuchung / Vorbereitung	10	12	10
Bodenordnungsverfahren in Bearbeitung	15	18	16
Zahl der in die Verfahren einbezogenen Flurstücke	360	380	400
In die Verfahren einbezogene Grundfläche in qm	2,0 Mio	1,8 Mio	2,3 Mio
Größe der insgesamt geregelten Grundstücksflächen in qm	40.000	50.000	10.350
Anzahl der ermöglichten Wohneinheiten	100	80	70
Wert der neuen Grundstücksflächen in Mio. EUR	3,5	3,58	1,02
Bereitgestellte Gewerbeflächen in BGF in qm	3.000	2.000	3.650
Bereitgestellte öffentliche Grün-, Straßen- und Gewässerflächen in qm	10.000	3.000	1.950
Bereitgestellte Flächen für sonstige öffentliche Zwecke (Schulen, Kindertagesheime u.a.) in qm	5.000	500	0
Zielerreichungsgrad bei der Bebauungsplan-Umsetzung in %	80	75	70
Anteil der einvernehmlichen Regelungen in %	75	70	75
Anteil der hoheitlichen Regelungen in %	25	30	25
Grenzregelungsverfahren	23	10	39
a) in Vorbereitung	5	3	4
b) in der Durchführung	9	2	28
c) abgeschlossen	9	5	7
Entwicklungsmaßnahmen			
• Verfahren in Vorbereitung	3	2	3
• Gebietsgröße in ha	200	300	250

Stand 11.12.2002

H A U S H A L T S P L A N
DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG
FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2003

Einzelplan	6
------------	---

Behörde für Bau und Verkehr

Anordnungsbefugt ist, soweit nicht etwas anderes bestimmt ist:
Behörde für Bau und Verkehr

Deckungskreise

Deckungskreis im Einzelplan

- 11 - IuK-Technik, Investitionen
- 24 - Hochbauinvestitionen
- 40 - Investitionen öffentlicher Personennahverkehr

Deckungskreis im Kapitel 6000

- 12 - Sach- und Fachaussgaben, Kapitel 6000

Deckungskreis im Kapitel 6030

- 13 - Sach- und Fachaussgaben, Kapitel 6030

Deckungskreis im Kapitel 6100

- 14 - Sach- und Fachaussgaben, Kapitel 6100

Deckungskreis im Kapitel 6200

- 15 - Sach- und Fachaussgaben, Kapitel 6200

Deckungskreis im Kapitel 6300

- 16 - Sach- und Fachaussgaben, Kapitel 6300
- 20 - Verkehrsbauten

Deckungskreis im Kapitel 6420

- 17 - Sach- und Fachaussgaben, Kapitel 6420

Deckungskreis im Kapitel 6500

- 18 - Sach- und Fachaussgaben, Kapitel 6500

Deckungskreis im Kapitel 6610

- 19 - Sach- und Fachaussgaben Kapitel 6610

Deckungskreis im Kapitel 6620

- 21 - Sach- und Fachaussgaben Kapitel 6620
- 22 - Investitionen Stadterneuerungsmaßnahmen

Stand 11.12.2002

Einzelplanübersicht - Einnahmen - (in Tsd. EUR)

- Haushaltsjahr 2003 -

K A P I T E L		Steuern 0 ohne 09 Steuerähnliche Abgaben (A) 09		Gebühren (G) 111 Übrige Verwaltungseinnahmen 1 ohne 111	
Nr.	Bezeichnung	2003	2002	2003	2002
		1	2	3	4
6000	Allgemeine Verwaltung	- - A	- - A	15 G 412	10 G 332
6030	Geoinformation und Vermessung	- - A	- - A	- G -	4.046 G 1.401
6100	Wohnungswesen	- - A	- - A	- G -	- G -
6200	Bauordnung und Hochbau	- - A	- - A	300 G 6	300 G 6
6300	Tiefbau	- - A	- - A	690 G 3.026	904 G 2.549
6420	Wasserwirtschaft	- - A	- - A	103 G 40	102 G 51
6500	Verkehr	- - A	- - A	392 G 201	356 G 37
6600	Zentrale Aufgaben der Stadtentwicklung	- - A	- - A	- G -	- G -
6610	Landes- und Landschaftsplanung	- - A	- - A	- G 2	- G 2
6620	Stadterneuerung und Bodenordnung	- - A	- - A	- G 500	- G 1.023
	Gesamteinnahmen 2003 / 2002	- - A	- - A	1.500 G 4.187	5.718 G 5.401
	Gegenüber 2002 mehr (+) / weniger (-)	- - A	-	4.218-G 1.214-	

Stand 11.12.2002

- Einnahmen -

- Haushaltsjahr 2003 -

Laufende Übertragungen 2		Schuldenaufnahmen 31, 32 Zuschüsse für Investitionen (Z) 33, 34		Besondere Finanzierungseinnahmen 35 - 38		Gesamteinnahmen		
2003	2002	2003	2002	2003	2002	2003	2002	Kap. Nr.
5	6	7	8	9	10	11	12	
1.410	840	-	-	-	-	1.837	1.182	6000
-	-	- Z	- Z	-	-	-	5.447	6030
82.000	77.000	3.500	4.000	-	-	91.763	89.000	6100
358	358	6.263 Z	8.000 Z	-	-	664	664	6200
2.007	1.890	-	-	-	-	22.843	21.173	6300
-	-	- Z	- Z	-	-	18.743	18.753	6420
120.592	96.976	17.120 Z	15.830 Z	-	-	135.708	111.892	6500
-	-	18.600 Z	18.600 Z	-	-	-	-	6600
-	-	14.523 Z	14.523 Z	-	-	2	2	6610
-	-	- Z	- Z	-	-	4.360	3.685	6620
-	-	- Z	- Z	-	-			
206.367	177.064	3.860 Z	2.662 Z	-	-	275.920	251.798	Ges.- einn.
29.303+		3.500	4.000	-	-	24.122+		+/-
		60.366 Z	59.615 Z	-	-			
		500-						
		751+Z						

Stand 11.12.2002

Einzelplanübersicht - Ausgaben - (in Tsd. EUR)

 (2. Zeile Verpflichtungsermächtigungen)

- Haushaltsjahr 2003 -

K A P I T E L		Personalausgaben 4		Sächliche Verwaltungsausgaben 51 - 54		Laufende Übertragungen 6 ohne 62, 66	
Nr.	Bezeichnung	2003	2002	2003	2002	2003	2002
		1	2	3	4	5	6
6000	Allgemeine Verwaltung	10.079 -	10.428 -	7.710 -	7.874 200	20.298 21	5.136 21
6030	Geoinformation und Vermessung	- -	17.622 -	- -	2.938 607	- -	51 -
6100	Wohnungswesen	2.312 -	2.338 -	358 466	182 527	164.282 920	154.858 920
6200	Bauordnung und Hochbau	5.872 -	5.874 -	674 3.000	674 5.624	- -	- -
6300	Tiefbau	21.770 -	21.897 -	36.017 14.300	39.808 13.250	4.992 10	4.908 -
6420	Wasserwirtschaft	6.413 -	6.391 -	5.710 614	5.429 614	20 -	20 -
6500	Verkehr	3.740 -	3.736 -	407 100	321 102	157.448 93.430	136.212 65.207
6600	Zentrale Aufgaben der Stadtentwicklung	- -	- -	- -	- -	- -	- -
6610	Landes- und Landschaftsplanung	5.073 -	5.051 -	1.933 1.856	2.086 1.999	- -	- -
6620	Stadterneuerung und Bodenordnung	3.283 -	3.265 -	116 103	827 1.000	- -	- -
	Gesamtausgaben 2003 / 2002	58.542	76.602	52.925	60.139	347.040	301.185
	Gegenüber 2002 mehr (+) / weniger (-)	18.060-		7.214-		45.855+	
	Gesamtverpflichtungsermächtigungen	-	-	20.439	23.923	94.381	66.148
	Gegenüber 2002 mehr (+) / weniger (-)	-		3.484-		28.233+	

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
6000	Allgemeine Verwaltung			
(016)				
	<u>Einnahmen</u>			
111.02	Verwaltungsgebühren	15	10	23
119.92	Schadenersatzleistungen	45	45	44
119.93	Ersatzvornahmen	-	-	
119.95	Einnahmen aus Mahnkosten, Verspätungszuschlägen und Stundungszinsen	-	-	
119.98	Vermischte Einnahmen	135	135	104
121.57	Einnahmen aus Abführungen des Wirtschaftsplans Staatlicher Hochbau / Dienstleistungsbereich	25	-	
124.01	Entgelte für die Mitbenutzung von IuK-Einrichtungen 50 % der Einnahmen sind zweckgebunden Die Einnahmen (soweit zweckgebunden) dienen zur Deckung der Ausgaben bei 547.02	-	-	5
124.02	Einnahmen aus Werbeverträgen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 547.02 Dies gilt für Einnahmen bis zur Höhe von 500 EUR uneingeschränkt, für darüber hinausgehende Einnahmen in Höhe von 50 %	-	-	
124.91 (629)	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken	185	130	193
124.92	Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen sowie aus Personalunterkünften	22	22	22
261.01 (721)	Erstattung von Verwaltungsgemeinkosten der Wirtschaftsplane Staatlicher Hochbau der Baubehörde sowie Autobahn- und Tunnelbetrieb	1.397	829	892
281.01	Erstattung von Sachkosten der Anstalten öffentlichen Rechts u. a Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 535.56	-	-	
281.02	Erstattung von Personalkosten der Anstalten öffentlichen Rechts u. a Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 461.01	-	-	
282.01 (013)	Beiträge Dritter zu Informationsveranstaltungen auf dem Gebiet des Bau- und Wohnungswesens	13	11	13
282.02 (422)	Einnahmen und Beteiligung Dritter an Veröffentlichungen und Veranstaltungen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit	-	-	26
	<u>Gesamteinnahmen</u>	<u>1.837</u>	<u>1.182</u>	

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
6000	<u>Ausgaben</u>			
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	10.066	10.413	10.373
KRN	Beihilfen, Unterstützg. u. dgl. lt. Kontenrahmen	-	-	69
KRN	Personalbezogene Sachausgaben lt. Kontenrahmen	-	-	7
412.01	Aufwandsentschädigungen und andere Ausgaben für Deputierte, ehrenamtliche Beisitzerinnen und Beisitzer usw	13	15	11
459.95	Prämien im Rahmen des betrieblichen Vorschlagwesens	-	-	
461.01 (981)	Zentral veranschlagte Personalausgaben im Einzelplan 6 Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 281.02 Die Mittel dienen zum Ausgleich von Mehrausgaben bei den stelligegebundenen Personalausgaben im KRD/NSM-Bereich des Einzelplans 6	-	-	
511.22	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte und Ausstattungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände Deckungsfähig im Deckungskreis 12 Behörde für Bau und Verkehr 271 Behörde für Wirtschaft und Arbeit 13 Personalamt -ZPD- -	284	376	415 37R
514.22	Haltung von Fahrzeugen, Dienst- und Schutzkleidung Deckungsfähig im Deckungskreis 12	2	2	2 5R
517.22	Bewirtschaftung der Grundstücke Deckungsfähig im Deckungskreis 12 Behörde für Bau und Verkehr 473 Behörde für Wirtschaft und Arbeit 218	691	756	748 8R
518.22	Mieten und Pachten Deckungsfähig im Deckungskreis 12 Behörde für Bau und Verkehr 3.951 Behörde für Wirtschaft und Arbeit 745	4.696	5.016	4.772 84R
519.01	Unterhaltung der Grundstücke u. baulichen Anlagen Deckungsfähig im Deckungskreis 12 Behörde für Bau und Verkehr 138 Behörde für Wirtschaft und Arbeit 50	188	209	240 330R

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
6000				
525.91	Aus- und Fortbildung Deckungsfähig im Deckungskreis 12	223	264	240 53R
526.22	Sachverständige, Gerichts- und andere Kosten Deckungsfähig im Deckungskreis 12	50	51	200 31R
527.22	Dienstreisen Deckungsfähig im Deckungskreis 12	63	82	98 66R
531.01 (013)	Informationstätigkeit über Maßnahmen auf dem Gebiet des Bau-, Wohnungs- und Verkehrswesens sowie der Stadtentwicklung Deckungsfähig im Deckungskreis 12	180	207 200VE	428 137R
535.01 (422)	Betrieb und Unterhaltung der Modellwerkstatt Deckungsfähig im Deckungskreis 12	4	4	1 3R
535.56	Sachaufwand im Zusammenhang mit der IuK-Technik Einseitig deckungsfähig zugunsten 671.56 Gegenseitig deckungsfähig mit 6030.535.56 Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 281.01	805	872	755 87R
539.22	Vermischte Verwaltungsausgaben Deckungsfähig im Deckungskreis 12	33	33	65 46R
546.86	Erstattungen für Leistungen des Landesbetriebes für Geoinformation und Vermessung, Zweckzuweisung an die Bezirke Gegenseitig deckungsfähig mit 671.01	489		
546.93	Ersatzvornahmen Gegenseitig deckungsfähig mit 681.86 und 681.92	2	2	11R
547.02	Ergänzende Maßnahmen zur Verbesserung der Effektivität der Verwaltung Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 124.02 Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe von 50% der Einnahmen bei 124.01 Soweit die Einnahmen bei 124.02 den Betrag von 500 EUR übersteigen, fließen sie nur in Höhe von 50 % zu	-	-	7R
547.05 (422)	Aufwendungen für Vorhaben aus erwirtschafteten Energie- und Wassereinsparungen (fifty-fifty)	-	-	10R

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
6000				
632.91	Zuweisungen für Versorgungszuschläge an Wirtschaftspläne Deckungsfähig im Deckungskreis 12	2.825	2.852	2.919
671.01	Erstattungen an den Landesbetrieb für Geoinformation und Vermessung Einseitig deckungsfähig zugunsten 894.01 Gegenseitig deckungsfähig mit 546.86	2.752		
671.55	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs	377	569	496 3R
671.56	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen des Landesamtes für Informationstechnik Übertragbar Einseitig deckungsfähig zu Lasten 535.56 sowie 6030.535.56	478	1.309	1.306
681.86	Ersatzvornahmen sowie Schadenersatzleistungen, Zweckzuweisungen an die Bezirke Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig mit 546.93 und 681.92	59 21VE	59 21VE	(71) (40R)
681.92	Schadenersatzleistungen (ohne Kraftfahrzeughaftpflichtschäden) Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig mit 546.93 und 681.86	18	20	13 10R
682.57	Zuschuss an den Wirtschaftsplan der staatlichen Hochbaudienststelle der Behörde für Bau und Verkehr Deckungsfähig im Deckungskreis 12	-	-	
682.58	Betriebszuschuss an den Wirtschaftsplan Geoinformation und Vermessung Deckungsfähig im Deckungskreis 12	13.464		
685.01 (165)	Kostenanteile Hamburgs an öffentlichen Arbeitsgemeinschaften u.a. Einrichtungen sowie Mitgliedschaften ** Überwiegend Zuwendungen (§§ 23/44 LH0)	325	327	306
701.02	Sanierung der Fassade und Erneuerung der Fenster im Stadthauskomplex (Weggefallener Ansatz)		400	213 364R
701.56	Baumaßnahmen für IuK-Technik Deckungsfähig im Deckungskreis 11	25	37	43 152R
812.01	Erwerb von Geräten und beweglichen Sachen			36 4R

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
6000				
812.54	Ausbau der Infrastruktur zur Modernisierung der Verwaltung Einseitig deckungsfähig zugunsten 812.56	-	-	82 174R
812.56	Investitionsausgaben für den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in der Baubehörde Einseitig deckungsfähig zu Lasten 812.54	-	-	1.258 686V
891.01	Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan Geo-information und Vermessung	1.041 75VE		
891.56	Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan Geo-information und Vermessung für IuK-Maßnahmen Deckungsfähig im Deckungskreis 11	857		
894.01	Erstattungen an den Landesbetrieb für Geoinformation und Vermessung Einseitig deckungsfähig zu Lasten 671.01	-		
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen	40.010 96VE	23.875 221VE	
6030	Geoinformation und Vermessung			
(421)	<u>Einnahmen</u>			
111.11	Benutzungsgebühren für Leistungen des Vermessungswesens (Weggefallener Ansatz)		3.436	3.131
111.12	Benutzungsgebühren für die Nutzung des Satellitenpositionierungsdienstes (SAPOS) (Weggefallener Ansatz)		10	31
111.14 (016)	Benutzungsgebühren Gutachterausschuss (Weggefallener Ansatz)		600	338
119.01 (016)	Einnahmen aus telefonischen Auskünften der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses für Grundstückswerte in Hamburg (Weggefallener Ansatz)		85	65
125.01	Entgelte für Abgabe kartograph. Produkte, reproduktions- und drucktechn. Arbeiten, Luftbildarbeiten und Erlaubniserteilungen (Weggefallener Ansatz)		523	661

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
6030				
125.02	Entgelte für die Abgabe digitaler Geodaten einschließlich Fachberatung (Weggefallener Ansatz)		458	1.092
125.03 (121)	Entgelte für sonstige Leistungen des Vermessungswesens (Weggefallener Ansatz)		335	
	<u>Gesamteinnahmen</u>		5.447	
	<u>Ausgaben</u>			
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge		17.622	17.630
KRN	Beihilfen, Unterstützg. u. dgl. lt. Kontenrahmen	-	-	3
KRN	Personalbezogene Sachausgaben lt. Kontenrahmen	-	-	12
511.22	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte und Ausstattungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände (Weggefallener Ansatz)		100	181 7R
514.22	Haltung von Fahrzeugen, Dienst- und Schutzkleidung (Weggefallener Ansatz)		10	8 1R
517.22	Bewirtschaftung der Grundstücke (Weggefallener Ansatz)		183	167 22R
518.22	Mieten und Pachten (Weggefallener Ansatz)		1.687 351VE	1.695 4R
519.01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen (Weggefallener Ansatz)		50	49 40R
527.22	Dienstreisen (Weggefallener Ansatz)		16	14 2R
534.02	Sachaufwand für technische Arbeiten und Einrichtungen (Weggefallener Ansatz)		301 256VE	492 364R
535.56	Sachaufwand für Hard-/Software, Ausstattungsgegenstände sowie Pflege- und Wartungsarbeiten (Weggefallener Ansatz)		514	467 38R
539.22	Vermischte Verwaltungsausgaben (Weggefallener Ansatz)		77	

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
6030				
671.01	Kostenersatz an das Land Schleswig-Holstein für Kartierungsarbeiten (Weggefallener Ansatz)		51	51
799.01	Vergütungen an Vertragsarchitektinnen, -architekten, -ingenieurinnen, -ingenieure, Sachverständige u. dgl. für das flächenbezogene Informationssystem (Weggefallener Ansatz)		115 25VE	1.515 1.155R
812.01	Neu- und Ersatzbeschaffung von Geräten (Weggefallener Ansatz)		301 256VE	770 845R
821.01 (871)	Abfindungen bei der Bereinigung von Grundstücksgrenzen (Weggefallener Ansatz)		- 50VE	
892.01	Zuschuss an die Euro-Center AG für bauliche Mehraufwendungen (Weggefallener Ansatz)		563	
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen	-	21.590 938VE	
6100	Wohnungswesen			
(411)	<u>Einnahmen</u>			
231.01 (419)	Zuweisungen des Bundes zur Umsetzung des Gesetzes zur Gewährung eines einmaligen Heizkostenzuschusses (Weggefallener Ansatz)		-	14.316
231.02 (233)	Zuweisung des Bundes für Wohngeld	82.000	77.000	76.857
311.02	Darlehen des Bundes zur Förderung des Wohnungsbaues Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 863.02	3.500	4.000	4.354
331.02	Zuschüsse des Bundes zur Förderung des Wohnungsbaus und zur sozialen Wohnraumförderung Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 893.02	6.263	8.000	12.384

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
6100				
342.02	Einnahmen im Zusammenhang mit Bauträger-Wettbewerben Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 799.02	-	-	16
	<u>Gesamteinnahmen</u>	<u>91.763</u>	<u>89.000</u>	
	<u>Ausgaben</u>			
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	2.312	2.338	2.456
KRN	Beihilfen, Unterstützg. u. dgl. lt. Kontenrahmen	-	-	1-
KRN	Personalbezogene Sachausgaben lt. Kontenrahmen	-	-	1
511.22 (419)	Geschäftsbedarf, Kommunikation, Geräte und Ausstattungsgegenstände sowie vermischte Verwaltungsausgaben Deckungsfähig im Deckungskreis 14	7	6	5 12R
514.22 (419)	Haltung von Fahrzeugen, Dienst- und Schutzkleidung (Weggefallener Ansatz)		2	
518.22 (419)	Mieten und Pachten (Weggefallener Ansatz)		-	
526.01 (419)	Mietenspiegel und Wohnlagenverzeichnis Deckungsfähig im Deckungskreis 14	295 364VE	67 425VE	210 128R
526.02 (419)	Wettbewerbe, Einzeluntersuchungen, Modelle und dgl. Deckungsfähig im Deckungskreis 14	53 102VE	102 102VE	107 27R
527.22 (419)	Dienstreisen Deckungsfähig im Deckungskreis 14	3	5	3
571.01	Zinsausgaben an die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt Anordnungsbefugnis Finanzbehörde Gegenseitig deckungsfähig mit 571.02	2.040	2.460	2.899
571.02	Zinsausgaben an die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt zur Finanzierung investiver Zuschüsse Anordnungsbefugnis Finanzbehörde Gegenseitig deckungsfähig mit 571.01	5.950	5.500	5.025
661.50	Zinsausgleichszahlungen an die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt Gegenseitig deckungsfähig mit 663.50	78.400	75.014	75.220

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
6100				
663.50	Verlustrückgleich an die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 831.01 Gegenseitig deckungsfähig mit 661.50	23.600	28.765	25.481
681.01 (419)	Ausgaben im Zusammenhang mit der Umsetzung des Gesetzes zur Gewährung eines einmaligen Heizkostenzuschusses (Weggefallener Ansatz)		-	11.498 2.818R
681.86 (233)	Wohngeld, Zweckzuweisungen an die Bezirke	164.000	154.000	(152.835)
681.87 (419)	Wohnungspolit.Maßnahmen der Bezirke z.B. Mietverbilligungen/Umzugsprämien und Ausgaben f.d.Wohnanlage Georgswerder Ring,Zweckzuweisung a.d. Bezirke Übertragbar Deckungsfähig im Deckungskreis 14	268 920VE	857 920VE	(361R 671) (44R)
682.01 (419)	Betriebsausgaben und Abbruchkosten für Behelfsbauten und Behelfsheime Übertragbar Deckungsfähig im Deckungskreis 14	14	1	9 1R
682.06 (854)	Zuschuss an die HGV zum Verlustrückgleich (zentral veranschlagt bei 9590.682.10), fachpolitische Zuständigkeit im Kapitel 6100 : Ergebnis GWG	-	-	
799.02 (419)	Vergütungen an Architektinnen und Architekten im Rahmen von Bauträger-Wettbewerben Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 342.02	-	-	12 195R
799.03	Vergütungen an Vertragsarchitektinnen, -architekten, -ingenieurinnen, -ingenieure, Sachverständige und dgl	-	25 25VE	128R
831.01	Erwerb von Belegungsbindungen im geförderten Wohnungsbestand Einseitig deckungsfähig zu Lasten 663.50	-		
863.02	Darlehen des Bundes zur Förderung des Wohnungsbaues Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 311.02	3.500	4.000	4.351 3R

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
6100				
893.02	Zuschüsse des Bundes zur Förderung des Wohnungsbaus und zur sozialen Wohnraumförderung Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 331.02	6.263	8.000	12.384
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen	286.705 1.386VE	281.142 1.472VE	
6200	Bauordnung und Hochbau			
(016)				
	<u>Einnahmen</u>			
111.03 (043)	Verwaltungsgebühren aufgrund der Gebührenordnungen für das Bauwesen	300	300	651
112.41 (043)	Zwangs- und Bußgelder u.a.	1	1	
129.01	Erstattung für Aus- und Fortbildung im Hochbaubereich	5	5	1
281.01 (043)	Ersatz von Kosten für die Prüfung statischer Berechnungen durch Vertragsingenieurinnen und -ingenieure Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 537.01	358	358	364
	Gesamteinnahmen	664	664	
	<u>Ausgaben</u>			
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	5.872	5.874	5.969
KRN	Beihilfen, Unterstützg. u. dgl. lt. Kontenrahmen	-	-	15
KRN	Personalbezogene Sachausgaben lt. Kontenrahmen	-	-	1
511.22	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte und Ausstattungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	54	18	28 17R
	Deckungsfähig im Deckungskreis 15			
514.22	Haltung von Fahrzeugen, Dienst- und Schutzkleidung	4	40	41 1R
	Deckungsfähig im Deckungskreis 15			
527.22	Dienstreisen	9	9	10 6R
	Deckungsfähig im Deckungskreis 15			

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
6200				
537.01 (043)	Prüfung von statischen Unterlagen und Überwachung von Baustellen durch Vertragsingenieurinnen, -ingenieure, Untersuchungen durch Sachverständige	607 3.000VE	607 5.624VE	521 113R
	Grundbewilligung 249			
	Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 281.01			
702.03 (195)	Sicherung und Grundinstandsetzung des Mahnmals St.Nikolai			118 65R
799.01	Vergütungen an Vertragsarchitektinnen, -architekten, -ingenieurinnen, -ingenieure, Sachverständige und dgl	275 400VE	400 400VE	209 336R
	Deckungsfähig im Deckungskreis 24			
	Behörde für Bau und Verkehr 275			
	Verpflichtungsermächtigung 400			
	Gesamtausgaben	6.821	6.948	
	Summe Verpflichtungsermächtigungen	3.400VE	6.024VE	
6300	Tiefbau			
(725)				
	<u>Einnahmen</u>			
111.03	Verwaltungsgebühren	90	60	140
111.04 (741)	Verwaltungsgebühren für die Erteilung von Genehmigungen für U-Bahn-Bauten u. dgl.	600	844	530
111.11	Benutzungsgebühren	-	-	1
119.01	Ersatzleistungen für Schäden an Brücken, Tunneln und sonstigen Ing.-Bauwerken	26	26	81
	Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 521.09			
119.05	Schadenersatzleistungen für Wegebeschädigungen und Schäden an Wegezubehör	-	-	
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 521.14			
119.09 (431)	Einnahmen aus Schadenersatzleistungen (öffentliche Beleuchtung und Verkehrssteuerungseinrichtungen)	1.500	1.500	1.378
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 542.01			
121.57 (721)	Einnahmen aus Abführungen des Wirtschaftsplans Autobahn- und Tunnelbetrieb	-	-	

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
6300				
124.01	Einnahmen aus Vermietung von Fahrzeugen und Geräten 50 % der Einnahmen sind zweckgebunden Die Einnahmen (soweit zweckgebunden) dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 521.09	-	-	47
124.91 (741)	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken	-	-	
125.94	Arbeiten für fremde Rechnung Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 546.94	-	-	589
131.91	Verkauf von Grundstücken Anordnungsbefugnis Finanzbehörde	1.500	1.023	2.032
231.01 (721)	Erstattungen des Bundes für die Auftragsverwaltung von Bundesfernstraßen sowie Prüfung von Bauwerken in der Unterhaltungslast des Bundes	1.856	1.764	3.109
261.01 (711)	Verwaltungskostenentgelte für die Planung und Durchführung von Bauaufträgen	-	-	93
261.03 (711)	Verwaltungsgemeinkostenzuschläge für Arbeiten für fremde Rechnung	46	46	10
281.01 (432)	Erstattung von Rohrnetz- und Baukostenzuschüssen durch Dritte Anordnungsbefugnis Finanzbehörde Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 517.01	-	-	35 1.884R
281.02	Erstattungen Dritter für Unterhaltungskosten Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 521.14	-	-	14
281.03	Erstattungen Dritter für Betriebskosten der Öffentlichen Beleuchtung einschließlich Lichtsignalanlagen Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 542.01	50	50	101
281.04 (431)	Kostenerstattungen für Unterhaltungsmaßnahmen sowie Einnahmen aus der Beleuchtung von Unternehmerstraßen und dgl.	55	30	60
331.01	Zuweisungen des Bundes aus dem Mehraufkommen an Mineralölsteuer für den kommunalen Straßenbau	7.230	7.230	7.230
331.04	Zuweisungen des Bundes aus dem Mehraufkommen an Mineralölsteuer für den Umbau und die Modernisierung der Busumsteiganlage Wandsbek Markt Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 742.10	-	-	537
331.11	Kostenbeiträge des Bundes und der DB AG für die Aufhebung der Bahnübergänge in Wandsbek Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 891.20	-	-	4.978

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
6300				
331.12	Kostenbeiträge des Bundes für die Aufhebung der Bahnübergänge Chrysanderstraße und Möörkenweg (Weggefallener Ansatz)		-	
331.20 (741)	Zuweisungen des Bundes aus dem Mehraufkommen an Mineralölsteuer für die Aufhebung der Bahnübergänge in Wandsbek Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 891.20	-	-	2.045
331.21 (741)	Einnahmen für flankierende Maßnahmen beim Ausbau der AKN in Eidelstedt Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 891.21	-		
341.01	Einnahmen von Bauträgern für allgemeine Erschließungen (Grunderwerb) Anordnungsbefugnis Finanzbehörde Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 821.03	-	-	
341.02	Einnahmen von Bauträgern für allgemeine Erschließungen Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 788.01	1.530	2.000	68
341.04	Einnahmen für die Neugestaltung des Spielbudenplatzes Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 750.01	2.560	-	
341.06	Einnahmen von Bauträgern für die Erschließung von Großprojekten im Rahmen des Wohnungsbauprogrammes Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 789.01	1.500	2.000	99
341.10	Zuschuss Dritter zum Bau von Lichtsignalanlagen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 741.10	-	-	5
341.31	Allgemeine Wegebaubeiträge Anordnungsbefugnis Finanzbehörde 2,5 % der Einnahmen sind zweckgebunden Die Einnahmen (soweit zweckgebunden) dienen zur Deckung der Ausgaben bei 8700.891.02	4.300	4.600	3.981
	<u>Gesamteinnahmen</u>	<u>22.843</u>	<u>21.173</u>	
	<u>Ausgaben</u>			
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	21.770	21.897	22.170
KRN	Beihilfen, Unterstützg. u. dgl. lt. Kontenrahmen	-	-	187
KRN	Personalbezogene Sachausgaben lt. Kontenrahmen	-	-	5

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
6300				
511.22 (711)	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Gebrauchsgegenstände, Fahrgelder und vermischte Verwaltungsausgaben Deckungsfähig im Deckungskreis 16	125	60	117 9R
514.22 (711)	Haltung von Fahrzeugen, Verbrauchsmittel, Dienst- und Schutzkleidung und dgl Deckungsfähig im Deckungskreis 16	2	59	58 5R
517.01	Zahlung von Rohrnetz- und Baukostenzuschüssen bei der Erschließung stadteigener Gewerbeflächen und Einzelbauplätze Anordnungsbefugnis Finanzbehörde Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 281.01	-	-	11
517.22 (711)	Bewirtschaftung der Grundstücke Deckungsfähig im Deckungskreis 16 Behörde für Bau und Verkehr 1 Behörde für Wirtschaft und Arbeit 71	72	76	48 4R
518.22 (711)	Mieten und Pachten Deckungsfähig im Deckungskreis 16 Behörde für Bau und Verkehr 1 Behörde für Wirtschaft und Arbeit 312	313	291	290 2R
519.01 (711)	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen Anordnungsbefugnis Behörde für Wirtschaft und Arbeit Deckungsfähig im Deckungskreis 16	24	23	8 1R
521.01 (729)	Betrieb der Parkuhren und Parkscheinautomaten einschl. Zubehör Grundbewilligung 90 Deckungsfähig im Deckungskreis 16 Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe von 4% der Einnahmen bei 1230.111.12	358 300VE	371 250VE	332 38R

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
6300				
521.09	Unterhaltung und Instandsetzung sowie Betriebsausgaben für Brücken, Tunnel und sonstige Ingenieurbauwerke	5.100 4.000VE	5.100 4.000VE	3.985 411R
	Deckungsfähig im Deckungskreis 16			
	Behörde für Bau und Verkehr 5.100			
	Verpflichtungsermächtigung 4.000			
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe von 50% der Einnahmen bei 124.01			
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 119.01			
521.14	Aufwendungen für öffentliche Straßen und Wege	98 250VE	98 250VE	85-
	Deckungsfähig im Deckungskreis 16			
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 119.05 und 281.02			
521.81	Betriebsausgaben für öffentliche Straßen und Wege, Brücken, Tunnel und sonstige Ingenieurbauwerke, Rahmenzuweisungen an die Bezirke	7.410 4.000VE	8.659 4.000VE	(14.210) (140R)
	Deckungsfähig im Deckungskreis 16			
527.22 (711)	Dienstreisen	15	15	15 7R
	Deckungsfähig im Deckungskreis 16			
542.01 (431)	Betriebsausgaben öffentliche Beleuchtung einschließlich Lichtsignalanlagen	22.500 3.500VE	22.500 3.500VE	21.545 153R
	Grundbewilligung 20.950			
	Deckungsfähig im Deckungskreis 16			
	Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 119.09 und 281.03 sowie 1230.119.09, 1330.119.09, 1430.119.09, 1530.119.09, 1630.119.09, 1730.119.09 und 1830.119.09			
546.86	Beseitigung unbefugt abgestellter Kfz sowie Arbeiten für fremde Rechnung, Zweckzuweisungen an die Bezirke	- 2.000VE	2.556 1.000VE	(4.757) (881R)
	Gegenseitig deckungsfähig mit 546.94			
546.94	Arbeiten für fremde Rechnung	- 250VE	- 250VE	167 646R
	Gegenseitig deckungsfähig mit 546.86			
	Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 125.94			
632.91 (018)	Zuweisungen für Versorgungszuschläge an Wirtschaftspläne	490	513	505
	Übertragbar			
	Deckungsfähig im Deckungskreis 16			

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
6300				
671.01 (741)	Erstattung von Unterhaltungskosten im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau Übertragbar Deckungsfähig im Deckungskreis 16	- 10VE	-	
671.55 (711)	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs, -Sondernetz-	2.403	2.403	2.403
682.57 (721)	Zuschuss an den Wirtschaftsplan Autobahn- und Tunnelbetrieb Deckungsfähig im Deckungskreis 16	2.099	1.992	1.868
741.01	Neu-, Um- und Ausbau von Straßen Deckungsfähig im Deckungskreis 20 Behörde für Bau und Verkehr 2.400 Verpflichtungsermächtigung 2.900	2.400 2.900VE	4.750 2.400VE	4.443 283R
741.02 (729)	Förderung des Radverkehrs Gegenseitig deckungsfähig mit 741.82 und 742.08 ** Auch Zuwendungen (§§ 23/44 LHO) Behörde für Bau und Verkehr 600 Verpflichtungsermächtigung 600	600 600VE	600 600VE	1.079 677R
741.04 (741)	Maßnahmen zur Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs auf der Straße Deckungsfähig im Deckungskreis 40 Behörde für Bau und Verkehr - Verpflichtungsermächtigung 1.300	- 1.300VE	198 1.300VE	364 1.506R
741.08	Maßnahmen in Verbindung mit dem Bau von Entlastungsstraßen und dem Bauprogramm der Bundesfernstraßen Deckungsfähig im Deckungskreis 20 Behörde für Bau und Verkehr 700 Verpflichtungsermächtigung 1.300	700 1.300VE	460 1.000VE	322 127R
741.09	Grundinstandsetzung von Brücken, Tunneln und sonstigen Ingenieurbauwerken sowie Neu-, Um- und Erweiterungsbau Deckungsfähig im Deckungskreis 20 Behörde für Bau und Verkehr 5.300 Verpflichtungsermächtigung 8.100	5.300 8.100VE	1.800 2.178VE	6.401 221R

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
6300				
741.10 (431)	Bau von Lichtsignalanlagen und Anlagen der öffentlichen Beleuchtung, soweit nicht im Zusammenhang mit anderen Straßenbaumaßnahmen veranschlagt Deckungsfähig im Deckungskreis 20 Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 341.10	1.400 3.000VE	1.300 1.200VE	1.139 64R
741.11 (431)	Grundinstandsetzung und Ersatz von Anlagen der Lichtsignalsteuerung und der öffentlichen Beleuchtung Deckungsfähig im Deckungskreis 20	7.600 10.000VE	6.100 6.900VE	6.094 2R
741.13	Herrichtung von Übergangsplätzen nach dem Wohnungsgesetz			74 299R
741.14	Grundinstandsetzung von Straßen Deckungsfähig im Deckungskreis 20 Behörde für Bau und Verkehr 4.900 Verpflichtungsermächtigung 6.000	4.900 6.000VE	6.900 7.400VE	8.148 367R
741.15	Sonderprogramm zur Grundinstandsetzung von Fahrbahnflächen (Weggefallener Ansatz)		18.000	
741.81	Neu-, Um- und Ausbau sowie Grundinstandsetzung von Straßen, Rahmenzuweisungen an die Bezirke Deckungsfähig im Deckungskreis 20	6.600 6.600VE	3.500 3.500VE	(3.632) (1.639R)
741.82 (729)	Förderung des Radverkehrs, Rahmenzuweisungen an die Bezirke Gegenseitig deckungsfähig mit 741.02 ** Auch Zuwendungen (§§ 23/44 LHO)	500 500VE	500 500VE	(1.117) (168R)
742.03 (741)	Bau und Erweiterung von öffentlichen P+R-Anlagen Behörde für Bau und Verkehr -	-	-	158 41R
742.05 (729)	Bau einer Veloroute in Eimsbüttel			0 95R
742.06 (729)	Erweiterung und Modernisierung des Parkleitsystems Innenstadt			83 44R
742.08 (729)	Bau von Velorouten (Weggefallener Ansatz)		-	2.229 909R
742.09	Busbeschleunigung Linie 25 Deckungsfähig im Deckungskreis 40	-	-	552 2.559R

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
6300				
742.10	Umbau und Modernisierung der Busumsteigeanlage Wandsbek Markt	-	133	2.391 38R
	Deckungsfähig im Deckungskreis 40			
	Behörde für Bau und Verkehr -			
	Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 331.04			
750.01	Neugestaltung des Spielbudenplatzes	2.560	1.790 2.560VE	
	Deckungsfähig im Deckungskreis 20			
	Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 341.04			
750.23	Ortsumgehung Finkenwerder -Teilbetrag-	1.000VE	1.000VE	
	Deckungsfähig im Deckungskreis 20			
760.23	Ausbau der Straße "Am Stadtrand" -Teilbetrag-	3.000 1.400VE		
	Deckungsfähig im Deckungskreis 20			
770.23	Grundinstandsetzung und Umbau des Krohnstiegs -Teilbetrag-	2.800	3.000 2.800VE	
	Deckungsfähig im Deckungskreis 20			
773.23	Verlängerung Friedrich-Ebert-Damm -Teilbetrag-	3.500 900VE	2.050 3.700VE	2.326 1.180R
	Deckungsfähig im Deckungskreis 20			
	Behörde für Bau und Verkehr 3.500			
	Verpflichtungsermächtigung 900			
775.23	Grundinstandsetzung des Heidenkampswegs -Teilbetrag-	2.500 9.000VE		
	Deckungsfähig im Deckungskreis 20			
780.23	Neugestaltung des Jungfernstiegs	- 500VE		
785.01	Grundinstandsetzung Brücke des 17.Juni			665 309R
785.02	Grundinstandsetzung Tiefstacker Brücke	1.132	1.250 500VE	1.858 35R
	Deckungsfähig im Deckungskreis 20			
	Behörde für Bau und Verkehr 1.132			
785.03	Grundinstandsetzung der Altenwallbrücke -Teilbetrag-	1.050 497VE	1.500 1.547VE	
	Deckungsfähig im Deckungskreis 20			

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel- Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
6300				
785.04	Grundinstandsetzung der Wagnerstraßenbrücke -Teilbetrag- Deckungsfähig im Deckungskreis 20	1.375	1.300 1.375VE	
785.06	Grundinstandsetzung der Billbrookkanalbrücke -Teilbetrag- Deckungsfähig im Deckungskreis 20	1.000 2.420VE		

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel- Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
6300				
788.01	Allgemeine Erschließungen	9.763 23.700VE	13.990 20.500VE	14.876 1.627R
	Grundbewilligung insgesamt 8.233			
	Gegenseitig deckungsfähig mit 741.13, 788.02, 789.01, 821.03, 821.05 und 862.01			
	** Auch Zuwendungen (§§ 23/44 LH0)			
	Behörde für Bau und Verkehr 9.763			
	Grundbewilligung 8.233			
	Verpflichtungsermächtigung 23.700			
	Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 341.02			
	Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 1230.341.02, 1330.341.02, 1430.341.02, 1530.341.02, 1630.341.02, 1730.341.02 und 1830.341.02			
	Bezirksamt Hamburg-Mitte -			
	Grundbewilligung 0			
	Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 1230.341.02			
	Bezirksamt Altona -			
	Grundbewilligung 0			
	Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 1330.341.02			
	Bezirksamt Eimsbüttel -			
	Grundbewilligung 0			
	Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 1430.341.02			
	Bezirksamt Hamburg-Nord -			
	Grundbewilligung 0			
	Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 1530.341.02			
	Bezirksamt Wandsbek -			
	Grundbewilligung 0			
	Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 1630.341.02			
	Bezirksamt Bergedorf -			
	Grundbewilligung 0			
	Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 1730.341.02			

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
6300				
	Bezirksamt Harburg -			
	Grundbewilligung 0			
	Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 1830.341.02			
788.02	Erschließung Hafencity	- 2.000VE	- 300VE	
	Gegenseitig deckungsfähig mit 788.01 und 789.01			
	Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 6500.331.01			
789.01	Erschließung von Großprojekten im Rahmen des Wohnungsbauprogrammes	5.100 21.000VE	5.650 21.000VE	3.533 978R
	Grundbewilligung insgesamt 3.600			
	Gegenseitig deckungsfähig mit 741.13, 788.01, 788.02, 821.03, 821.05 und 862.01			
	Die Deckungsfähigkeit darf bei 789.01 zugunsten 6610.882.01 bis zur Höhe von insgesamt 200 Tsd. EUR in Anspruch genommen werden			
	Behörde für Bau und Verkehr 5.100			
	Grundbewilligung 3.600			
	Verpflichtungsermächtigung 21.000			
	Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 341.06 sowie 1230.341.06, 1330.341.06, 1430.341.06, 1530.341.06, 1630.341.06, 1730.341.06 und 1830.341.06			
799.01 (729)	Vergütungen an Vertragsarchitektinnen, -architekten, -ingenieurinnen, -ingenieure, Sachverständige u.dgl. sowie sächliche Bauaufsichtskosten	9.200 9.200VE	9.200 9.200VE	10.345 286R
	Deckungsfähig im Deckungskreis 20			
	Behörde für Bau und Verkehr 9.200			
	Verpflichtungsermächtigung 9.200			
811.01	Beschaffung von Fahrzeugen	200		31R
	Deckungsfähig im Deckungskreis 20			
811.86	Investitionsmaßnahmen für Betriebsplätze, Hochbaumaßnahmen sowie Beschaffungen von Fahrzeugen, Zweckzuweisungen an die Bezirke	470 800VE	350 500VE	57R (154) (365R)
	Deckungsfähig im Deckungskreis 20			
821.01	Grunderwerb für Straßen- und Brückenbaumaßnahmen	500 1.000VE	500 500VE	113 415R
	Anordnungsbefugnis Finanzbehörde			

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
6300				
821.02 (422)	Entschädigungen, Verlagerungskosten und Billigkeitszahlungen im Zusammenhang mit Grunderwerb Anordnungsbefugnis Finanzbehörde	50 50VE	50 50VE	
821.03	Allgemeine Erschließungen (Grunderwerb) Anordnungsbefugnis Finanzbehörde Gegenseitig deckungsfähig mit 741.13, 788.01, 789.01 und 862.01 Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 341.01	4.100 2.550VE	4.100 4.100VE	1.917 2.201R
821.04	Grunderwerb für Maßnahmen zur Förderung des ÖPNV (Weggefallener Ansatz)		-	113 17R
821.05	Erschließung von Großprojekten im Rahmen des Wohnungsbauprogrammes (Grunderwerb) Anordnungsbefugnis Finanzbehörde Gegenseitig deckungsfähig mit 741.13, 788.01, 789.01 und 862.01	2.050 1.525VE	5.100 2.000VE	1.735 1.819R
821.06 (741)	Grunderwerb für P+R-Anlagen Anordnungsbefugnis Finanzbehörde	-		101R
821.11 (741)	Grunderwerb für U-Bahn-Folgemaßnahmen Anordnungsbefugnis Finanzbehörde	- 50VE	10 100VE	102R
821.13 (741)	Entschädigungen für die Begründung von Dienstbarkeiten für Tunnelanlagen Anordnungsbefugnis Finanzbehörde	- 500VE	- 50VE	1 411R
821.15	Grunderwerb für die Verlängerung Friedrich-Ebert-Damm			23 642R
821.16	Grunderwerb für den Ausbau der Straße Am Stadtrand zwischen Friedrich-Ebert-Damm und Walddörferstraße Anordnungsbefugnis Finanzbehörde	300 620VE		
862.01 (422)	Darlehen an Dritte zum Ausgleich von Nachteilen bei Erschließungsmaßnahmen Anordnungsbefugnis Finanzbehörde Gegenseitig deckungsfähig mit 741.13, 788.01, 789.01, 821.03 und 821.05	- 70VE	70 100VE	
881.05 (722)	Kostenanteile zum Um-, Aus- und Neubau von Bundesfernstraßen Deckungsfähig im Deckungskreis 20	2.100 12.000VE	75 10.150VE	210- 216R

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
6300				
891.01 (721)	Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan Autobahn- und Tunnelbetrieb für Geräte und Fahrzeuge Deckungsfähig im Deckungskreis 20	10 10VE	-	
891.04 (741)	Zuwendungen an Verkehrsunternehmen für den behindertengerechten Ausbau von Schnellbahnhaltestellen (Weggefallener Ansatz)		-	2- 639R
891.07 (741)	Zuschuss an die DB AG für die Errichtung von S-Bahnhaltestellen			833- 900R
891.09 (741)	Zuwendungen an die Verkehrsunternehmen für den Bau von neuen Zugängen zu Schnellbahnhaltestellen			12- 212R
891.10	Kostenbeiträge zu verschiedenen Baumaßnahmen der Verkehrsunternehmen Deckungsfähig im Deckungskreis 40 ** Auch Zuwendungen (§§ 23/44 LHO)	33 5.600VE	- 5.000VE	251 4.101R
891.12	Aufhebung der Bahnübergänge Chrysanderstraße und Möörkenweg (Weggefallener Ansatz)		-	
891.18 (741)	Kostenanteil Hamburgs am Bau der Schnellbahn-anbindung Flughafen Deckungsfähig im Deckungskreis 40	12.880 4.500VE	8.718 500VE	1.317- 14.791R
891.20	Kostenanteil Hamburgs an der Aufhebung der Bahnübergänge in Wandsbek Deckungsfähig im Deckungskreis 40 Behörde für Bau und Verkehr 1.500 Verpflichtungsermächtigung 60.000 Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 331.11 und 331.20	1.500 60.000VE	1.400 25.000VE	2.536 8.417R
891.21 (741)	Kostenanteil Hamburgs am Ausbau der AKN in Eidelstedt Deckungsfähig im Deckungskreis 40 Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 331.21	3.045 3.700VE	- 5.200VE	5.293 331R
891.56 (721)	Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan Autobahn- und Tunnelbetrieb für IuK-Maßnahmen Deckungsfähig im Deckungskreis 11	125 125VE	102	

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
6300				
893.01	Erstattungen für Maßnahmen zum Schutz gegen Straßenlärm (passiver Lärmschutz bei Neubau oder wesentlicher Änderung von Straßen) Deckungsfähig im Deckungskreis 20 Behörde für Bau und Verkehr 500 Verpflichtungsermächtigung 1.500	500 1.500VE	500 1.500VE	1.120 82R
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen	163.622 220.827VE	171.559 159.460VE	
6420	Wasserwirtschaft			
(623)	<u>Einnahmen</u>			
111.01 (625)	Verwaltungsgebühren	20	20	13
111.12	Schleusen- und andere Gebühren	83	82	84
119.92	Schadenersatzleistungen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 521.02 und 521.03	-	-	
131.91	Verkauf von Grundstücken Anordnungsbefugnis Finanzbehörde	40	51	35
281.01	Erstattungen Dritter für Mehrunterhaltungsaufwand an Hamburger Gewässern Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 521.02	-	-	
282.01	Spenden für den Betrieb und die Unterhaltung des Schwanenquartiers Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 521.02	-	-	0
331.01 (625)	Zuweisungen des Bundes für die Verbesserung des Hochwasserschutzes einschließlich der Binnenentwässerung	18.600	18.600	10.476
341.01 (625)	Kostenbeiträge Dritter zur Anpassung an den Hochwasserschutz Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 746.01	-		290

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
6420				
341.04	Kostenbeiträge Dritter für Planung Umgestaltung und Neubau von Hamburger Gewässern Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 741.01	-	-	112
	<u>Gesamteinnahmen</u>	<u>18.743</u>	<u>18.753</u>	
	<u>Ausgaben</u>			
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	6.413	6.391	6.188
KRN	Beihilfen, Unterstützg. u. dgl. lt. Kontenrahmen	-	-	14-
KRN	Personalbezogene Sachausgaben lt. Kontenrahmen	-	-	4
511.22 (610)	Geschäftsbedarf, Kommunikation, Geräte und Ausstattungsgegenstände sowie vermischte Verwaltungsausgaben Deckungsfähig im Deckungskreis 17 Behörde für Bau und Verkehr 37 Bezirksamt Hamburg-Mitte 1	38	33	50 3R
514.22 (610)	Haltung von Fahrzeugen, Dienst- und Schutzkleidung Deckungsfähig im Deckungskreis 17	14	22	18 1R
517.02	Bewirtschaftung der Grundstücke (Gewässer und Nebenanlagen) Deckungsfähig im Deckungskreis 17	163	161	183
517.03 (625)	Bewirtschaftung der Grundstücke (Hochwasserschutzanlagen) Deckungsfähig im Deckungskreis 17 Behörde für Bau und Verkehr 76	76	51	57 0R
517.22 (610)	Bewirtschaftung der Grundstücke Deckungsfähig im Deckungskreis 17 Behörde für Bau und Verkehr 48 Bezirksamt Hamburg-Mitte 11	59	48	37 9R
518.22 (610)	Mieten und Pachten Deckungsfähig im Deckungskreis 17	352	352	372 2R
519.02	Unterhaltung der Grundstücke (Gewässer und Nebenanlagen) Deckungsfähig im Deckungskreis 17	315	310	312
519.03 (625)	Unterhaltung der Grundstücke (Hochwasserschutzanlagen) Deckungsfähig im Deckungskreis 17	207	204	139 6R

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
6420				
521.02	Betriebsausgaben Gewässer und Nebenanlagen Deckungsfähig im Deckungskreis 17 Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 281.01 und 282.01 Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 119.92	410	404	411 1R
521.03 (625)	Betriebsausgaben Hochwasserschutzanlagen und Deichverteidigung Deckungsfähig im Deckungskreis 17 Behörde für Bau und Verkehr 1.540 Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 119.92	1.540	1.445	728 0R
521.81	Betriebsausgaben für Gewässer II. Ordnung, Rahmenzuweisungen an die Bezirke Deckungsfähig im Deckungskreis 17	1.872 486VE	1.763 486VE	(1.099) (25R)
521.86 (625)	Betriebsausgaben Hochwasserschutz, Arbeiten für fremde Rechnung sowie Beiträge u.ä. an wasserwirtschaftliche Verbände, Zweckzuweisungen a.d. Bezirke Deckungsfähig im Deckungskreis 17	662 128VE	634 128VE	(1.393) (27R)
527.22 (610)	Dienstreisen Deckungsfähig im Deckungskreis 17	2	2	2 1R
681.02 (625)	Entschädigungsleistungen für Überflutungsschäden Übertragbar Deckungsfähig im Deckungskreis 17	-	-	
685.02 (625)	Beiträge, Kostenanteile und -erstattungen an wasserwirtschaftliche Verbände und Einrichtungen Übertragbar Deckungsfähig im Deckungskreis 17	20	20	22 0R
741.01	Wasserwirtschaftliche Baumaßnahmen Behörde für Bau und Verkehr 5.920 Verpflichtungsermächtigung 3.600 Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 341.04	5.920 3.600VE	4.773 4.200VE	5.729 2R

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
<u>6420</u>				
746.01 (625)	Verbesserung des Hochwasserschutzes einschließlich der Binnenentwässerung Gegenseitig deckungsfähig mit 893.01 Behörde für Bau und Verkehr 35.051 Verpflichtungsermächtigung 60.000 Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 341.01	35.051 60.000VE	36.813 67.000VE	55.465 4.447V
811.01	Ersatz- und Neubeschaffung von Fahrzeugen und Geräten	-	47	83 19R
812.56 (625)	Neu- und Ersatzbeschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen für IuK-Technik			28 30R
821.01 (625)	Grunderwerb für die Verbesserung des Hochwasserschutzes einschließlich der Binnenentwässerung Anordnungsbefugnis Finanzbehörde	1.250 1.250VE	1.534 1.534VE	762 1.046R
821.02	Grunderwerb für sonstige wasserwirtschaftliche Maßnahmen Anordnungsbefugnis Finanzbehörde	153	153	61 92R
893.01 (625)	Erstattung von Vorsorgeaufwendungen für den Hochwasserschutz Gegenseitig deckungsfähig mit 746.01	-	-	
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen	54.517 65.464VE	55.160 73.348VE	
<u>6500</u>	<u>Verkehr</u>			
(741)	<u>Einnahmen</u>			
111.01 (043)	Verwaltungsgebühren der Verkehrsverwaltung Behörde für Bau und Verkehr 377 Strom- und Hafenbau 15	392	356	374
112.01 (043)	Zwangs- und Bußgelder Behörde für Bau und Verkehr 200 Behörde für Wirtschaft und Arbeit -	200	36	52

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
6500				
121.01 (729)	Gewinnbeteiligung bei Garagenbauten Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 863.01	-	-	493
162.01 (729)	Zinsen für Darlehen zu Garagenbauten Anordnungsbefugnis Finanzbehörde	1	1	
182.01 (729)	Tilgung von Darlehen zu Garagenbauten Anordnungsbefugnis Finanzbehörde Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 863.01	-	-	9
231.01	Zuweisungen des Bundes gem. § 8 Regionalisierungsgesetz Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 581.01, 632.01, 633.01, 682.01, 682.13 und 682.17	105.265	84.537	103.310
231.02	Zuweisung des Bundes gem. § 8 Regionalisierungsgesetz zur Minderung des Zuschußbedarfes an die HGV für Verlustausgleiche der Verkehrsunternehmen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 9590.682.10	4.734	-	
232.01	Beteiligung Schleswig-Holsteins an den Sicherheitsleistungen im Schnellbahnnetz des HVV Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 682.17	593	593	
233.01	Beteiligung des Umlandes an den Kosten des des Verkehrs im HVV-Verbundraum	10.000	11.846	13.009
272.01 (729)	Einnahmen aus Zuschüssen der EU Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 526.04	-	-	367 84R
331.01	Zuweisungen des Bundes gem. § 8 Regionalisierungsgesetz für Investitionen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 891.01 sowie 6300.788.02 Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 891.24	-	-	20.817
331.02	Finanzhilfen des Bundes aus dem Mehraufkommen an Mineralölsteuer zum Bau oder Ausbau von Anlagen des öffentlichen Personennahverkehrs durch Dritte Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 891.02	13.500	13.500	16.150
331.03	Finanzhilfen des Bundes aus dem Mehraufkommen an Mineralölsteuer zum Bau oder Ausbau von Anlagen des öffentl. Personennahverkehrs durch Hamburg	1.023	1.023	1.023
331.04	Finanzhilfen des Bundes aus dem Mehraufkommen an Mineralölsteuer zur Beschaffung von Linienomnibussen und Schienenfahrzeugen durch Dritte Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 891.04	-	-	8.068

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
6500				
342.02 (729)	Ausgleichsbeträge zur Erfüllung der Stellplatzverpflichtung Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 863.01	-	-	
	<u>Gesamteinnahmen</u>	<u>135.708</u>	<u>111.892</u>	
	<u>Ausgaben</u>			
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	3.740	3.736	4.245
KRN	Beihilfen, Unterstützg. u. dgl. lt. Kontenrahmen	-	-	6
KRN	Personalbezogene Sachausgaben lt. Kontenrahmen	-	-	2
511.22	Geschäftsbedarf, Kommunikation, Geräte und Ausstattungsgegenstände sowie vermischte Verwaltungsausgaben	12	4	7 1R
	Deckungsfähig im Deckungskreis 18			
514.22	Haltung von Fahrzeugen, Dienst- und Schutzkleidung	1	6	7
	Deckungsfähig im Deckungskreis 18			
526.03	Wissenschaftliche Beratungsleistungen und Gut- achten auf den Gebieten der Verkehrspolitik und der öffentlichen Verkehrswirtschaft	136 50VE	153 51VE	73 51R
	Deckungsfähig im Deckungskreis 18			
526.04 (729)	Gutachten über Verkehrstelematik in Nordeuropa	-	-	435
	Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 272.01			
527.22	Dienstreisen	8	8	8 OR
	Deckungsfähig im Deckungskreis 18			
537.01 (729)	Verkehrsdatenerfassung und -aufbereitung sowie Einrichtung einer Verkehrsdatenbank	250 50VE	150 51VE	379 41R
	Deckungsfähig im Deckungskreis 18			
581.01	Rückzahlung des Darlehens des Bundes im Zusammen- hang mit der Errichtung des S-Bahnhaltepunktes Allermöhe	-	-	222R
	Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 231.01			
632.01	Zahlungen aufgrund von Vereinbarungen zwischen Hamburg und den Nachbarländern auf dem Gebiet des ÖPNV	230	8.980	9.551
	Gegenseitig deckungsfähig mit 682.01			
	Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 231.01			

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
6500				
633.01	Zahlungen aufgrund von Vereinbarungen zwischen Hamburg und kommunalen Gebietskörperschaften auf dem Gebiet des ÖPNV Gegenseitig deckungsfähig mit 682.01 Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 231.01	1.000	820	816
682.01	Betriebskostenzuschüsse für den ÖPNV (ohne DB AG) Gegenseitig deckungsfähig mit 632.01, 633.01, 682.13 und 682.17 Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 231.01 ** Überwiegend Zuwendungen (§§ 23/44 LH0)	8.435	7.401	8.818 2R
682.03	Ausgleichszahlungen nach dem Personenbeförderungsgesetz und dem Allgemeinen Eisenbahngesetz für Belastungen aus dem Ausbildungsverkehr Übertragbar	49.084	49.084	49.084
682.04 (831)	Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich (zentral veranschlagt bei 9590.682.10), fachpolitische Zuständigkeit im Kapitel 6500: Verlustausgleich HHA ** Ausschließlich Zuwendungen (§§ 23/44 LH0)	-	-	
682.05 (859)	Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich (zentral veranschlagt bei 9590.682.10), fachpolitische Zuständigkeit im Kapitel 6500: Verlustausgleich P+R ** Ausschließlich Zuwendungen (§§ 23/44 LH0)	-	-	
682.06 (832)	Zuschuss an die Eisenbahn-Aktiengesellschaft Altona-Kaltenkirchen-Neumünster zur Abdeckung von Verlusten aus dem Güterverkehr Übertragbar ** Ausschließlich Zuwendungen (§§ 23/44 LH0)	2.215 730VE	1.608 2.378VE	1.624
682.07 (831)	Dividendengarantie für die A-Aktien der Hamburger Hochbahn AG Deckungsfähig im Deckungskreis 18	64	64	63
682.08 (832)	Ausgleichszahlung nach § 16 Allgemeines Eisenbahngesetz für betriebsfremde Aufwendungen der nicht-bundeseigenen Eisenbahnen Übertragbar	227	227	219 35R
682.09	Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich (zentral veranschlagt bei 9590.682.10), fachpolitische Zuständigkeit im Kapitel 6500: Verlustausgleich VHH Übertragbar ** Ausschließlich Zuwendungen (§§ 23/44 LH0)	-	-	
682.11 (839)	Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich (zentral veranschlagt bei 9590.682.10), fachpol. Zuständigkeit im Kapitel 6500: Verlustausgleich HADAG ** Ausschließlich Zuwendungen (§§ 23/44 LH0)	-	-	

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
6500				
682.13 (832)	Betriebskostenzuschüsse für die DB AG Gegenseitig deckungsfähig mit 682.01 Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 231.01 ** Ausschließlich Zuwendungen (§§ 23/44 LH0)	90.000 92.700VE	62.829 62.829VE	60.739 30.103R
682.17	Sonstige Zuschüsse aus Regionalisierungsmitteln für den ÖPNV Gegenseitig deckungsfähig mit 682.01 Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 232.01 Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 231.01 ** Überwiegend Zuwendungen (§§ 23/44 LH0)	6.193	5.100	5.377 2.978R
682.30 (831)	Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich (zentral veranschlagt bei 9590.682.10), fachpolitische Zuständigkeit im Kapitel 6500: Verlustausgleich PVG ** Ausschließlich Zuwendungen (§§ 23/44 LH0)	-	-	
682.41 (839)	Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich (zentral veranschlagt bei 9590.682.10), fachpolitische Zuständigkeit im Kapitel 6500: Verlustausgleich BHH ** Auch Zuwendungen (§§ 23/44 LH0)	-	-	
684.02 (729)	Zuschuss an die Landesverkehrswacht e.V. (Weggefallener Ansatz)		99	99
742.01	Rückstellung für Maßnahmen des öffentlichen Personennahverkehrs Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	72	3.235	
799.01 (729)	Vergütungen an Vertragsarchitektinnen, -architekten, -ingenieurinnen, -ingenieure, Sachverständige und dgl. Deckungsfähig im Deckungskreis 40 Behörde für Bau und Verkehr 300 Verpflichtungsermächtigung 100	300 100VE	500 500VE	2.575 676R

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
6500				
863.01 (729)	Zuschüsse und Darlehen aus Ausgleichsbeträgen für Zwecke nach § 49 Absatz 2 der Hamburgischen Bauordnung Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 121.01, 182.01 und 342.02 sowie 1230.342.03, 1330.342.03, 1430.342.03, 1530.342.03, 1630.342.03, 1730.342.03 und 1830.342.03 Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen ** Überwiegend Zuwendungen (§§ 23/44 LH0)	- 10.000VE	- 10.000VE	2.031 81.654R
891.01	Zuschüsse gem. § 8 Regionalisierungsgesetz für Investitionen Deckungsfähig im Deckungskreis 40 Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 331.01 ** Überwiegend Zuwendungen (§§ 23/44 LH0)	-	-	710 24.931R
891.02	Zuschüsse zum Bau oder Ausbau von Anlagen des öffentlichen Personennahverkehrs Deckungsfähig im Deckungskreis 40 Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 331.02 ** Ausschließlich Zuwendungen (§§ 23/44 LH0)	13.500	13.500	16.150
891.04	Zuschüsse zur Beschaffung von Linienomnibussen und Schienenfahrzeugen Deckungsfähig im Deckungskreis 40 Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 331.04 ** Ausschließlich Zuwendungen (§§ 23/44 LH0)	-	-	8.068
891.05	Investitionszuschüsse an die Hamburger Hochbahn AG Deckungsfähig im Deckungskreis 40 ** Ausschließlich Zuwendungen (§§ 23/44 LH0)	10.315	10.016	10.409 980R
891.06	Telematik - Förderung von Projekten zur Verkehrsinformation in Hamburg Deckungsfähig im Deckungskreis 40 ** Überwiegend Zuwendungen (§§ 23/44 LH0)	500 500VE	500 500VE	
891.24	Zuweisungen an die Hamburger Hochbahn AG für den Ausbau des Hafenbahntunnels Altona Deckungsfähig im Deckungskreis 40 Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 331.01 ** Ausschließlich Zuwendungen (§§ 23/44 LH0)	1.790 4.234VE	766 1.790VE	

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel- Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
6500				
892.01	Zuschuss für den Neubau des Zentralen Omnibus- bahnhofs (ZOB) Hauptbahnhof Deckungsfähig im Deckungskreis 40 ** Ausschließlich Zuwendungen (§§ 23/44 LH0)	-	-	3.463 4.411R
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen	188.072 108.364VE	168.786 78.099VE	
6610	Landes- und Landschaftsplanung			
(422)	<u>Einnahmen</u>			
125.01	Einnahmen aus der Abgabe von Planunterlagen an Private	2	2	1
232.01	Zweckgebundene Einnahmen für den Arbeitsstab der Gemeinsamen Landesplanung Hamburg/Niedersachsen/ Schleswig-Holstein Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehr- ausgaben bei 526.02	-	-	181
272.20	Zuschüsse der EU für Vorhaben/Projekte der EU-Ge- meinschaftsinitiative INTERREG II/III in Hamburg Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 547.20	-	-	10
282.01	Beteiligung Dritter an Wettbewerben und Planverfahren Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehr- ausgaben bei 526.01	-	-	110
341.01	Einnahmen aus Beteiligung von Planungsbegünstigten an durch Bauleitplan-Verfahren ausgelösten Kosten Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 791.01	-	-	
	Gesamteinnahmen	2	2	
	<u>Ausgaben</u>			
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	5.073	5.051	5.489
KRN	Beihilfen, Unterstützg. u. dgl. lt. Kontenrahmen	-		19
KRN	Personalbezogene Sachausgaben lt. Kontenrahmen	-	-	3

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
6610				
511.22	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte und Ausstattungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände Deckungsfähig im Deckungskreis 19	20	20	19 17R
526.01	Planungsmittel auf den Gebieten der Landes- und Landschaftsplanung sowie des Städtebaus Deckungsfähig im Deckungskreis 19 Behörde für Bau und Verkehr 1.073 Verpflichtungsermächtigung 1.050 Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 282.01	1.073 1.050VE	1.073 1.150VE	1.367 1.062R
526.02 (440)	Arbeitsstab der Gemeinsamen Landesplanung Hamburg/Niedersachsen/Schleswig-Holstein Deckungsfähig im Deckungskreis 19 Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 232.01	51 26VE	51 26VE	209 94R
526.81	Planungsleistungen, Beteiligung der Öffentlichkeit, Karten und drucktechnische Arbeiten Rahmenzuweisung an die Bezirke Deckungsfähig im Deckungskreis 19	700 700VE	700 723VE	15 (1.015) (662R)
526.84	Bebauungspläne in den Vier- und Marschlanden. Einzelzuweisung an den Bezirk Bergedorf (Weggefallener Ansatz)		153	
527.22	Dienstreisen Deckungsfähig im Deckungskreis 19	4	4	4 7R
546.01	Aufwendungen für Karten und drucktechnische Arbeiten Deckungsfähig im Deckungskreis 19	85 80VE	85 100VE	485 204R
547.20	Aufwendungen zur Durchführung von Projekten der EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG II/III in Hamburg Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 272.20	-	-	42 1R
791.01	Ausgaben im Zusammenhang mit der Beteiligung von Planungsbegünstigten an Kosten in Folge oder als Voraussetzung von Bauleitplanung Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 341.01 Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	-	-	

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
6610				
882.01 (692)	Kostenbeitrag zu Fördermaßnahmen von überregionaler Bedeutung mit Schleswig-Holstein	900 1.075VE	570 1.374VE	1.399 758R
882.02 (692)	Kostenbeitrag zu Fördermaßnahmen von überregionaler Bedeutung mit Niedersachsen	416 716VE	680 1.000VE	554 427R
	Gesamtausgaben	8.322	8.387	
	Summe Verpflichtungsermächtigungen	3.647VE	4.373VE	
6620 (440)	Stadterneuerung und Bodenordnung			
	<u>Einnahmen</u>			
134.01 (422)	Kapital- und Rentenbeiträge aus Bodenordnungsmaßnahmen sowie sonstige Rückzahlungen (BauGB)	500	1.023	778
	Behörde für Bau und Verkehr 500			
	Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 821.01			
	Finanzbehörde -			
134.03 (422)	Kapitalrückzahlungen einschließlich Zinsen sowie Ausgleichsbeträge aus Maßnahmen außerhalb von Bodenordnungsgebieten (Sanierung)	-	-	
272.30 (422)	Zuschüsse der EU für das Projekt EUROCRRAFT - Recite II	-	-	
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 971.01			
331.02	Zuweisungen des Bundes für das Sanierungsprogramm	2.467	1.573	1.220
331.03 (422)	Zuweisungen des Bundes für das Hamburgische Stadtteilentwicklungsprogramm	1.393	1.089	744
342.01	Zuschüsse für Maßnahmen der sozialen Stadtteilentwicklung	-	-	143
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 893.11			
	Gesamteinnahmen	4.360	3.685	
	<u>Ausgaben</u>			
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	3.283	3.265	3.536
KRN	Beihilfen, Unterstützg. u. dgl. lt. Kontenrahmen	-		16

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
6620				
511.22	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte und Ausstattungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände Deckungsfähig im Deckungskreis 21	11	11	10 9R
527.22	Dienstreisen Deckungsfähig im Deckungskreis 21	2	2	2 4R
546.86 (422)	Erstattungen von Gebühren für Leistungen des Gutachterausschusses im Rahmen förmli. Sanierungsverfahren, Zweckzuweisung an die Bezirke (Weggefallener Ansatz)		31	((21) 34R)
547.10 (422)	Aufwendungen für die soziale Stadtteilentwicklung Deckungsfähig im Deckungskreis 21 Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen Behörde für Bau und Verkehr 103 Verpflichtungsermächtigung 103	103 103VE	783 1.000VE	851 337R
547.30 (422)	Aufwendungen zur Durchführung des Projektes EURO-CRAFT - Recite II in Hamburg Ausgaben dürfen geleistet werden aus den bei Titel 6620.971.01 verfügbaren Mitteln	-	-	237 156R
571.01 (920)	Zinsausgaben an die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt zur Finanzierung investiver Zuschüsse in Sanierungsgebieten Anordnungsbefugnis Finanzbehörde	1.770	1.820	1.698
676.30 (422)	Auszahlungen von EU-Zuschüssen zur Durchführung des Projektes EURO-CRAFT - Recite II an die europäischen Partnerstädte Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden aus den bei Titel 6620.971.01 verfügbaren Mitteln	-	-	178 45R
682.01 (422)	Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich (zentral veranschlagt bei 9590.682.10), fachpolitische Zuständigkeit im Kapitel 6620: Ergebnis STEG	-	-	
741.04 (411)	Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes und der sozialen Infrastruktur (Revitalisierung)			1.098 181R
812.30 (422)	Aufwendungen für Investive Vorhaben zur Durchführung des Projektes EURO-CRAFT - Recite II in Hamburg (Weggefallener Ansatz)		-	

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
6620				
821.01 (422)	Geldleistungen und sonstige Aufwendungen bei Bodenordnungsmaßnahmen einschl. Grunderwerb in Entwicklungsgebieten (BauGB) Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 134.01	1.201 4.000VE	1.100 4.000VE	886 1.073R
821.02	Kosten der Ordnungsmaßnahmen sowie Grunderwerb (Stadterneuerung) Anordnungsbefugnis Finanzbehörde Deckungsfähig im Deckungskreis 22	2.629 2.400VE	2.230 2.629VE	1.484 146R
821.03	Werterstattung an den Grundstock für Grunderwerb in Sanierungsgebieten (Stadterneuerung) Anordnungsbefugnis Finanzbehörde Deckungsfähig im Deckungskreis 22	207	200	41 155R
821.04 (422)	Förderung von Stadtentwicklungs- und Erneuerungsaktivitäten vornehmlich in innerstädtischen Gebieten Anordnungsbefugnis Finanzbehörde Deckungsfähig im Deckungskreis 22	374 811VE	450 674VE	30 272R
891.02	Zuschuss an die STEG f. Modernisierungs-/Gründerneuerungsmaßnahmen an in Treuhandvermögen übertragenen Gebäuden sowie Maßnahmen nach § 17 II WoBauG Deckungsfähig im Deckungskreis 22	2.512 5.120VE	2.500 5.113VE	4.170 12R
892.01	Investitionszuschuss an Hagenbecks Tierpark für den Bau eines Menschenaffenhauses	-	4.600	
893.05	Soziale Stadtteilentwicklung in Sanierungsgebieten Deckungsfähig im Deckungskreis 22 Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen ** Auch Zuwendungen (§§ 23/44 LH0) Behörde für Bau und Verkehr 10.403 Verpflichtungsermächtigung 15.500	10.403 15.500VE	9.973 15.606VE	8.237 1.032R

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
6620				
893.11	Soziale Stadtteilentwicklung in STEP-Gebieten (Hamburgisches Stadtteilentwicklungsprogramm) Deckungsfähig im Deckungskreis 22 Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen ** Auch Zuwendungen (§§ 23/44 LHO) Behörde für Bau und Verkehr 11.833 Verpflichtungsermächtigung 15.500 Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 342.01	11.833 15.500VE	14.630 15.339VE	7.160 1.188R
971.01 (422)	Zahlungen aus EU-Mitteln zur Durchführung des Projektes EUROCRAFT - Recite II Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 272.30 Die Mittel werden auf die Titel 6620.547.30 und 6620.676.30 übertragen	-	-	279R
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen	34.328 43.434VE	41.595 44.361VE	

Kontenrahmen für Dienstbezüge - in Tsd. EUR - (KRD)

Stand 11.12.2002

6 Behörde für Bau und Verkehr

- Haushaltsjahr 2003 -

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel	421.91	422.91
		Gesamt- betrag	Amtsbezüge der Mitglieder des Senats	Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
6000	Allgemeine Verwaltung Behörde für Bau und Verkehr Personalamt -ZPD-	22 10.044	- -	0 3.787
6100	Wohnungswesen Personalamt -ZPD-	2.312	-	653
6200	Bauordnung und Hochbau Personalamt -ZPD-	5.872	-	1.980
6300	Tiefbau Personalamt -ZPD-	21.770	-	7.082
6420	Wasserwirtschaft Personalamt -ZPD-	6.413	-	873
6500	Verkehr Personalamt -ZPD-	3.740	-	1.295
6610	Landes- und Landschaftsplanung Personalamt -ZPD-	5.073	-	1.355
6620	Stadterneuerung und Bodenordnung Personalamt -ZPD-	3.283	-	1.151
Summe 2003		58.529	-	18.176
Summe 2002		76.587	-	21.692
Ergebnis 2001 Ist Rest		78.054 0	- -	22.779 0

Kontenrahmen für Dienstbezüge - in Tsd. EUR - (KRD)

Stand 11.12.2002

6 Behörde für Bau und Verkehr

- Haushaltsjahr 2003 -

Titel	425.91	426.91	427.91	432.91	435.91	436.91	441.91
Kap. Nr.	Vergütungen der Angestellten	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	Beschäftigungs- entgelte, Auf- wendungen für nebenamtlich u. nebenberuflich Tätige	Kostenanteil an den Versor- gungsbezügen der Beamtinnen, Richterinnen und Richter	Kostenanteil an den Versor- gungsbezügen der Angestellten	Kostenanteil an den Versor- gungsbezügen der Arbeiterinnen und Arbeiter	Kostenanteil an den Beihilfen
6	7	8	9	10	11	12	13
6000	0 3.929	0 1.206	22 12	- 681	- 244	- 93	- 92
6100	1.318	0	0	196	119	-	26
6200	2.973	0	0	576	267	-	76
6300	11.051	213	2	2.125	995	19	283
6420	3.989	806	17	262	359	72	35
6500	1.838	0	1	389	165	-	52
6610	2.987	-	-	407	269	-	55
6620	1.597	-	-	345	144	-	46
	29.682	2.225	54	4.981	2.562	184	665
	42.231	3.921	63	5.058	2.731	23	868
	42.693 0	3.428 0	152 0	5.303 0	2.762 0	23 0	914 0

Erläuterungen zu den Kapiteln

6000 Allgemeine Verwaltung

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

– Vgl. Produktinformation – Produktbereich 01 – Allgemeine Verwaltung/Recht –

2. Zuwendungen

In diesem Bereich sind Zuwendungen an die Deutsche Verkehrswissenschaftliche Gesellschaft e. V. (DVWG), an den Fachnormenausschuß Bauwesen und an das Institut für Bautechnik veranschlagt.

Die DVWG wird durch Bund und Länder gefördert. Die Höhe der Zuweisungen wird nach dem sog. Königsteiner Schlüssel durch die Verkehrsabteilungsleiterkonferenz festgelegt. Die Zuwendung an den Fachnormenausschuß Bauwesen erfolgt über eine anteilige Finanzierung aufgrund vertraglicher Regelung. Berlin erläßt zentral für alle Bundesländer einen Zuwendungsbescheid. Der Gesamtverwendungsnachweis erfolgt gegenüber Berlin. Die Zuwendung an das Institut für Bautechnik wird über eine anteilige Finanzierung aufgrund des abgeschlossenen Abkommens zwischen dem Bund und den Ländern geregelt. Der Zuwendungsbescheid erfolgt durch die Behörde für Bau und Verkehr. Die Prüfung der zweckentsprechenden Verwendung obliegt Berlin.

Vgl. Anlage 3 „Übersicht über Zuwendungen“.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Die Einnahmen werden insbesondere bestimmt durch:

- Erstattungen der Wirtschaftspläne „Geoinformation und Vermessung“; „Staatlicher Hochbau“ sowie „Autobahn und Tunnelbetrieb“ (Titel 261.01).

Die bisher bei den Titeln 111.12 und 119.01 veranschlagten Einnahmen der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses für Grundstückswerte in Hamburg sind im Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung veranschlagt.

Ausgaben

Personalausgaben

Siehe Vorwort zum Einzelplan 6.

Sach- und Fachausgaben

Die Sach- und Fachausgaben in diesem Bereich umfassen im Wesentlichen:

- Ausgaben für den allgemeinen Dienstbetrieb der Behörde für Bau und Verkehr in Höhe von 6,7 Mio. EUR
- Kosten für die Inanspruchnahme des LIT in Höhe von 1,7 Mio. EUR,
- Ausgaben im Zusammenhang mit dem Einsatz von IuK-Technik insgesamt 0,8 Mio. EUR.
- Ausgaben für die Inanspruchnahme von Leistungen des Landesbetriebes für Geoinformation und Vermessung in Höhe von 3,2 Mio. EUR.
- Zuweisungen an den Wirtschaftsplan Geoinformation und Vermessung in Höhe von 16,3 Mio. EUR

Im Einzelnen wird erläutert:

- 546.86 – Erstattungen für Leistungen des Landesbetriebes für Geoinformation und Vermessung, Zweckzuweisung an die Bezirke –

Erstmalige Veranschlagung im Zusammenhang mit der Errichtung eines Landesbetriebes „Geoinformation und Vermessung“. Veranschlagt sind Entgelte für die Inanspruchnahme von Leistungen des Landesbetriebes für Geoinformation und Vermessung durch die Bezirke.

- 632.91 – Zuweisungen für Versorgungszuschläge an den Wirtschaftsplan Geoinformation und Vermessung –

Erstmalige Veranschlagung im Zusammenhang mit der Errichtung eines Landesbetriebes „Geoinformation und Vermessung“. Veranschlagt ist ein Zuschuss in Höhe von 2.825 Tsd. EUR.

- 671.01 – Erstattungen an den Landesbetrieb für Geoinformation und Vermessung –

Erstmalige Veranschlagung im Zusammenhang mit der Errichtung eines Landesbetriebes „Geoinformation und Vermessung“. Veranschlagt sind Entgelte für die Inanspruchnahme von Leistungen des Landesbetriebes für Geoinformation und Vermessung.

681.86 – Ersatzvornahmen sowie Schadenersatzleistungen, Zweckzuweisungen an die Bezirke –

In diesem Zuweisungstitel gemäß § 27 Abs. 3 Nr. 2 BezVG werden die bezirklichen Anteile für Ersatzvornahmen und Schadenersatzleistungen zusammengefasst. Veranschlagt sind die Kosten zur Abwendung einer drohenden Gefahr an baulichen Anlagen, wenn der Verfügungsberechtigte die angeordneten Sicherungsmaßnahmen nicht durchführt, sowie Schadenersatzleistungen auf dem allgemeinen Bausektor.

Die Aufteilung auf die Bezirke erfolgt gem. § 27 Abs. 8 BezVG nach dem erwarteten nächstjährigen Bedarf. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2003 Tsd. EUR		Ansatz 2002 Tsd. EUR	
	KM	VE	KM	VE
Hamburg-Mitte	3	3	5	3
Altona	11	3	11	3
Eimsbüttel	13	3	14	3
Hamburg-Nord	11	3	9	3
Wandsbek	9	3	9	3
Bergedorf	8	3	7	3
Harburg	4	3	4	3
Gesamt	59	21	59	21

682.58 – Betriebszuschuss an den Wirtschaftsplan Geoinformation und Vermessung –

Erstmalige Veranschlagung im Zusammenhang mit der Errichtung eines Landesbetriebes „Geoinformation und Vermessung“. Veranschlagt ist ein Zuschuss in Höhe von 13.464 Tsd. EUR.

Investitionen

Das Investitionsvolumen für diesen Bereich wird geprägt durch:

- Ausgaben für Baumaßnahmen im Zusammenhang mit der IuK-Infrastruktur (Titel 701.56).
- Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan Geoinformation und Vermessung (Titel 891.01)
- Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan Geoinformation und Vermessung für IuK-Maßnahmen (Titel 891.56)

Im Einzelnen werden die Investitionsausgaben wie folgt erläutert:

812.54/ 812.56 Investitionsausgaben für Informations- und Kommunikationstechnik sind global beim Titel 9090.812.56 veranschlagt. Die Mittel werden per Sollübertragung auf diese Investitionstitel übertragen und von der Behörde für Bau und Verkehr bewirtschaftet.

891.01 – Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan Geoinformation und Vermessung –

Erstmalige Veranschlagung im Zusammenhang mit der Errichtung eines Landesbetriebes „Geoinformation und Vermessung“. Veranschlagt ist ein Investitionszuschuss in Höhe von 1.041 Tsd. EUR.

891.56 – Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan Geoinformation und Vermessung für IuK-Maßnahmen –

Erstmalige Veranschlagung im Zusammenhang mit der Errichtung eines Landesbetriebes „Geoinformation und Vermessung“. Veranschlagt ist ein Investitionszuschuss für IuK-Maßnahmen in Höhe von 857 Tsd. EUR.

894.01 – Erstattungen an den Landesbetrieb für Geoinformation und Vermessung –

siehe

671.01

6100 Wohnungswesen

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Vgl. Produktinformationen – Produktbereich 03 – Wohnungswesen und im Finanzbericht „Entwicklung in ausgewählten Aufgabenfeldern der Mittelfristigen Aufgaben- und Investitionsplanung 2002-2006 (2007)“.

Der Mittel- / Stellenbedarf wird insbesondere durch folgende Rahmendaten bestimmt:

- Entwicklung der Haushalte Hamburgs und der Wohnungsnachfrage,
- Wirtschaftsentwicklung (Arbeitslosenzahlen, Einkommens- und Mietpreisentwicklung, Finanzierungsengagement der Investoren),
- auslaufende Belegungsbindungen im Sozialwohnungsbestand,
- Zinsentwicklung auf dem Kapitalmarkt,
- Bedarfslage im Bereich der Instandsetzung und der Modernisierung von Mietwohnungen,
- gesetzliche Vorgaben (z.B. für Wohngeld),
- politische Programmvorgaben (durch Regierungserklärungen) sowie
- Anteil des Bundes an der Mitfinanzierung von Aufgaben des Wohnungswesens.

2. Zuwendungen

entfällt

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Die Einnahmen in diesem Bereich bestehen im Wesentlichen aus den:

- Zuweisungen des Bundes für Wohngeld (231.02)
- Darlehen des Bundes zur Förderung des Wohnungsbaues (311.02)
- Zuschüsse des Bundes zur Förderung des Wohnungsbaus und zur sozialen Wohnraumförderung (331.02)

Ausgaben

Personalausgaben

siehe Vorwort zum Einzelplan 6.

Sach- und Fachausgaben

Der Minderbedarf bei den Betriebsausgaben in Höhe von rd. 2,2 Mio. EUR gegenüber 2002 wird insbesondere verursacht durch die Entwicklung beim Zins- und Verlustausgleich an die WK (- 1,8 Mio. EUR).

Nachstehende Titel werden wegen ihrer Bedeutung bzw. erheblicher Veränderungen im Einzelnen erläutert:

526.01 – Mietenspiegel und Wohnlagenverzeichnis –

Der Hamburger Mietenspiegel und das Wohnlagenverzeichnis werden alle zwei Jahre neu erstellt bzw. fortgeschrieben. Vorbereitende und ergänzende gutachterliche Tätigkeiten sowie mit der Veröffentlichung im Zusammenhang stehende Sachkosten fallen jedoch auch zwischen den jeweiligen Erscheinungsjahren an. Die Veranschlagungsweise der Kassenmittel und Verpflichtungsermächtigungen bei diesem Titel berücksichtigt diese Tatsache entsprechend. Der Ansatz 2003 ist für die 2. Rate des Mietenspiegels 2003 sowie für die Aktualisierung des Wohnlagenverzeichnisses vorgesehen. Die Verpflichtungsermächtigung wurde in Höhe von 78.000 EUR zu Lasten 2004, 260.000 EUR zu Lasten 2005 und 26.000 EUR zu Lasten 2006 veranschlagt.

571.01 – Zinsausgaben an die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt –

Die Förderung von Instandsetzungsmaßnahmen an Wohngebäuden in Hamburg (ehemals „500 Mio. DM-Instandsetzungsprogramm“ bzw. Nachfolgeprogramm), welche 2002 ausgelaufen ist, wurde über die WK abgewickelt. Hierfür war eine kreditäre Finanzierung vorgesehen, deren Annuitäten der WK aufgrund der zehnjährigen Tilgungen noch bis zum Jahr 2012 aus dem FHH-Haushalt zu erstatten sind (vgl. Art. 16 Nr. 1 Haushaltsbeschluss und Bürgerschaftsdrucksachen 13/3636 und 15/3663). Die Mittel des Instandsetzungsprogramms konnten auch mit den Fördermitteln aus dem Wohnungsbauprogramm für Maßnahmen nach § 17 II. Wohnungsbaugesetz verknüpft werden.

571.02 – Zinsausgaben an die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt zur Finanzierung investiver Zuschüsse –

Analog zur Finanzierungsregelung für das „500-Mio.-DM-Instandsetzungsprogramm“ (Titel 571.01) erstattet die FHH den Schuldendienst für die von der WK zur Gewährung investiver Zuschüsse aufgenommenen Darlehen

(vgl. Art. 16 Nr. 2 Haushaltsbeschluss). Es handelt sich um bestehende Verpflichtungen aus Vorjahren bis einschließlich 2002.

- 661.50 – Zinsausgleichszahlungen an die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt –
 663.50 – Verlustausgleich an die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt –

Die staatliche Förderung des Wohnungsbaus, der Modernisierung und der Instandsetzung von Wohnraum sowie die Nachsubventionierung öffentlich geförderter Mietwohnungen durch die WK umfasst die Gewährung von Baudarlehen, Aufwendungsdarlehen, Annuitätshilfen und Zuschüssen. Die Mittel werden, soweit sie nicht durch Rückflüsse aus Wohnungsbaudarlehen, Bundesmittel und sonstige Erträge der WK aufgebracht werden können, von ihr auf dem Kapitalmarkt beschafft. Das Kreditvolumen wird jährlich im Beschluss über die Feststellung des Haushaltsplans durch die Bürgerschaft festgesetzt.

Die der WK aus der Subventionierung der o.a. Aufgaben entstehenden Verluste sind nach § 16 Abs. 2 des Gesetzes über die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt vom 06.03.1973 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt, Seite 41), zuletzt geändert am 25.06.1997 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt, Seite 280), aus dem Haushalt der FHH zu decken. Die endgültige Höhe der Verluste ergibt sich nach Ablauf des Wirtschaftsjahres aus dem vom Verwaltungsrat der WK nach § 13 Abs. 3 des o. a. Gesetzes festgestellten jeweiligen Jahresabschlusses.

Die Entwicklung der Verlustausgleichszahlungen ist im Wesentlichen eine Folge der Haushalts- und Veranschlagungssystematik für die Förderungen über die WK. Sie ergibt sich vor allem daraus, dass die Subventionsbedarfe von der FHH zu tragen sind, soweit sie nicht aus Zinsen, Bundesmitteln und sonstigen Erträgen der WK gedeckt werden können. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Subventionen je nach Förderprogramm über mehrere Jahrzehnte laufen, was zu einer Kumulierung der Subventionsleistungen vieler Programmjahre führt.

Der Gesamtverlust der WK wird differenziert nach

- Verlust aufgrund niedrigverzinsster oder bezuschusster Kreditvergaben (Zinsausgleich) und
- allgemeinem Verlust aus sonstiger Geschäftstätigkeit (Verlustausgleich).

Unter Anwendung des üblichen Zahlungsmodus ergab sich zunächst auf der Grundlage der im November 2001 erstellten WK-Mifirifi für 2003 ein Zins- und Verlustausgleich von 112,3 Mio. EUR. (vgl. Kennziffer 222 der folgenden Tabelle).

Übersicht der Ausgaben und Einnahmen der WK:

Kenn- ziffer	Einnahme-/ Ausgabearten	Voraus- schätzung 2003	Wirtschafts- plan 2002	Jahres- abschluss 2001
	Einnahmen		in Mio. EUR	
425	Personalausgaben	12,5	12,0	11,8
511	Sächliche Verwaltungsausgaben	7,7	8,1	1,7
575	Zinsen für Kreditmarktmittel	193,1	183,4	177,3
595	Tilgung von Kreditmarktmitteln	225,0	217,3	202,0
663	Annuitätshilfen und Nachsubvention	93,1	108,4	113,9
683	Zuschüsse zur Instandsetzung	2,4	2,5	2,5
701	Baumaßnahmen	0,0	0,0	0,0
812	Erwerb von beweglichen Sachen	1,2	2,1	0,7
852	Darlehen an die FHH aus der Finanzierung des 500-Mio.- Instandsetzungsprogramms und der investiven Zuschüsse	29,6	27,6	26,6
863	Wohnungsbaudarlehen	501,9	460,6	258,6
893	Kostenerstattungen nach BauGB i.V.m. §§ 39/43 StBauFG	7,2	7,2	7,5
893	Zuschüsse aus dem Bereich der Umweltbehörde	0,0	0,1	3,0
893	Zuschüsse für Vertragswohnungsbau	0,4	0,5	0,6
893	Aufwendungszuschüsse für den sozialen und sonstigen Woh- nungsbau	71,4	72,4	61,9
893	Zuschüsse für Modernisierung, Instandsetzung, roll- stuhlgerichte Wohnungen, Umlandbebauung u.a.m.	19,3	16,9	14,5
981	Nettostellungen (Verrechnungen u.ä.)	25,3	6,9	52,0
	Gesamtausgaben	1.190,1	1.126,0	934,6
	Einnahmen			
152	Zinsen von der FHH aus der Finanzierung des 500-Mio-DM- Instandsetzungsprogramms und der investiven Zuschüsse	9,3	9,4	9,6

Kenn- ziffer	Einnahme-/ Ausgabeart	Voraus- schätzung 2003	Wirtschafts- plan 2002	Jahres- abschluss 2001
	Ausgaben		in Mio. EUR	
162	Zinseinnahmen, Kostenbeiträge u.ä. abzgl. zu verrechnender Annuitätshilfen	258,5	251,2	245,9
162	Fehlförderungsabgaben	0,0	7,7	13,5
172	Tilgungseinnahmen von der FHH aus der Finanzierung des 500-Mio-DM-Instandsetzungsprogramms und der investiven Zuschüsse	29,1	28,7	25,6
182	Darlehensrückflüsse	179,2	163,1	218,4
221	Sonstiges	0,0	0,0	0,0
222	Schuldendiensthilfen der FHH			
	davon:			
	• Zins- und Verlustausgleich Vorjahr	32,9	26,6	27,9
	• Zins- und Verlustausgleich laufendes Jahr	79,4	83,2	72,8
242	Ertrag aus der Übernahme der Zuschüsse aus dem 500-Mio-DM-Instandsetzungsprogramm und investiver Zuschüsse durch die FHH	29,6	27,6	26,6
325	Schuldenneuaufnahme am Kapitalmarkt (einschließlich Umschuldung)	565,4	522,0	280,2
331	Zuschüsse des Bundes und der FHH für Kostenerstattungen nach BauGB i.V.m. §§ 39/43 StBauFG	2,0	2,0	2,4
331	Zuschüsse des Bundes für Vertragswohnungsbau	0,4	0,7	0,7
331	Aufwendungszuschüsse des Bundes für den sonstigen geförderten Mietwohnungsbau	0,2	0,4	0,6
332	Zuweisungen aus dem Bereich der Umweltbehörde	0,0	0,2	3,1
359	Entnahme aus Rücklagen	3,1	2,7	2,0
381	Nettostellungen (Verrechnungen u.ä.)	0,0	0,0	0,0
919	Zuführung zum Reservefonds	1,0	0,5	5,3
	Gesamteinnahmen	1.190,1	1.126,0	934,6

Aus Konsolidierungsgründen sind Eingriffe vorgenommen worden u.a. beim Programmvolumen des Mietwohnungsbaus und durch Einstellung der Förderung des Austauschs von Bleileitungen, die zu Einsparungen in Höhe von 10,3 Mio. EUR und damit zu einem Zins- und Verlustausgleich von 102,0 Mio. EUR führen werden.

681.86 – Wohngeld, Zweckzuweisungen an die Bezirke –

In diesem Zuweisungstitel gem. § 27 Abs. 3 Nr. 2 BezVG wird der Ansatz für Wohngeldzahlungen veranschlagt. Nach dem Wohngeldgesetz in der jeweils geltenden Fassung wird zur wirtschaftlichen Sicherung angemessenen und familiengerechten Wohnens ein Miet- oder Lastenzuschuss zu den Aufwendungen für den Wohnraum gewährt. Die Höhe des Wohngeldes wird nach dem Einkommen und der Anzahl der im Haushalt lebenden Familienangehörigen sowie der Höhe der Miete bzw. der Belastung berechnet. Der Ansatz wurde gegenüber dem Vorjahr mit 154 Mio. Euro konstant gehalten. Dabei wurde die allgemeine Entwicklung berücksichtigt. Der Bund trägt 50 v.H. der Ausgaben; der Bundesanteil wird über den Titel 231.02 vereinnahmt.

Die Aufteilung auf die Bezirke erfolgt gem. § 27 Abs. 8 BezVG nach dem erwarteten nächstjährigen Bedarf. Der Ansatz des Bezirksamtes Hamburg-Mitte enthält darüber hinaus einen Betrag von 600,6 Tsd. EUR zur Abdeckung des Bedarfs der Behörde für Soziales und Familie für besonderes Wohngeld. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirke übertragen:

Bezirksamt	Besonderes Wohngeld		Allgemeines Wohngeld	
	Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ansatz 2003	Ansatz 2002
	Mio. EUR			
Hamburg-Mitte	23	26	9	6
Altona	14	16	7	5
Eimsbüttel	13	15	4	3
Hamburg-Nord	14	17	6	4
Wandsbek	22	24	9	7
Bergedorf	7	7	4	3
Harburg	15	16	7	5
Gesamt	108	121	46	33

681.87 – Wohnungspolitische Maßnahmen der Bezirke und Ausgaben für die Wohnanlage Georgswerder Ring, Zweckzuweisungen an die Bezirke –

In diesem Zuweisungstitel gem. § 27 Abs. 3 Nr. 2 BezVG werden Mittel für die Wohnanlage am Georgswerder Ring in Wilhelmsburg und freiwillige Leistungen der FHH, mit denen die Situation der Mieter auf dem Wohnungsmarkt verbessert werden soll, veranschlagt. Bei den wohnungspolitischen Maßnahmen handelt es sich um Mietverbilligungen für kinderreiche Familien in großen Sozialwohnungen und Umzugsprämien zur Freimachung von Rollstuhlfahrerwohnungen. Die Verpflichtungsermächtigung ist notwendig, weil die Mietverbilligungen für bis zu zwei Jahre im Voraus gewährt werden. Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigung von 920 Tsd. EUR teilt sich auf in Raten von 510.967 EUR zu Lasten 2004, 306.775 EUR zu Lasten 2005 und 102.258 EUR zu Lasten 2006. Die Aufteilung auf die Bezirke erfolgt gem. § 27 Abs. 8 BezVG nach dem erwarteten nächstjährigen Bedarf. Aufgrund der Anrechnung der Reste 2001 wurde hier nur ein Ansatz von 268 Tsd. EUR veranschlagt. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksamter übertragen:

Bezirksamt	Ansatz 2003	Ansatz 2002
	Tsd. EUR	
Hamburg-Mitte	51	123
Altona	25	176 ¹
Eimsbüttel	18	49
Hamburg-Nord	9	33
Wandsbek	55	146
Bergedorf	33	92
Harburg	77	238 ²
Gesamt	268	857

¹ einschließlich Pilotprojekt Wohnraumanpassung

² einschließlich Wohnanlage Georgswerder Ring

682.06 – Ergebnis GWG –

Das im HGV-Komplex für die GWG zu berücksichtigende Ergebnis ergibt sich aus der nachstehenden Übersicht:

Erfolgsplan GWG Gesellschaft für Wohnen und Bauen
(mit der HGV besteht ein Beherrschungsvertrag)

	Vorschau GJ 2003 Tsd. EUR	Erfolgsplan GJ 2002 Tsd. EUR	Ergebnis GJ 2001 Tsd. EUR
1	2	3	4
1. Erträge			
1.1 Mieterträge	140.030	137.455	131.641
1.2 Umlagen	59.510	58.325	53.707
1.3 Sonstige betriebliche Erträge	6.981	8.263	9.208
Summe der Erträge	206.521	204.043	194.556
2. Aufwendungen			
2.1 Materialaufwand			
2.1.1 Betriebskosten	55.724	54.563	50.936
2.1.2 Instandhaltungskosten	41.998	45.258	37.082
2.2 Personalaufwand			
2.2.1 Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand	15.676	15.119	14.942
2.2.2 Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen	1.624	1.485	1.510
2.3 Abschreibungen	24.337	22.890	23.302
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	7.198	6.959	10.970
Summe der Aufwendungen	146.557	146.274	138.742
3. Beteiligungsergebnis	1.548	1.485	1.934
4. Finanzergebnis	- 57.677	- 55.419	- 53.772
5. Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
6. Unternehmensergebnis	3.835	3.835	3.977
7. Rücklagenzuführung	3.835	3.835	3.977
8. Gewinnausschüttung an die HGV	0	0	116¹

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2002
(haushaltswirksam 2003) gegenüber 2001
(Veränderungen Spalte 3 gegenüber Spalte 4)

	<u>Tsd. EUR</u>
1.1 Mieterträge	
Steigerung der Nettokaltmieten durch Mietanhebungen, Mietensteigerung aus Investitionstätigkeit, Reduktion von Erlösschmälerungen.	+ 5.814
1.2 Umlagen	
Zuwachs abzurechnender Bestände aus Betriebskosten.	+ 4.618

¹⁾ Steuergutschrift wegen vororganschafflicher Mehrabführungen aus Vorjahren.

	<u>Tsd. EUR</u>
1.3 Sonstige betriebliche Erträge	
Sinkende Zuschüsse für Instandhaltungen	- 945
2.1.1 Betriebskosten	
Erhöhung der Betriebs– und Heizkosten.	+ 3.627
2.1.2 Instandhaltungskosten	
Steigerung der Instandhaltung durch Aufwandsmodernisierung.	+ 8.176
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	
Abnahme der Abschreibung von Mietforderungen und Wertberichtigungen. Reduktion der Verluste aus dem Abgang von Immobilien.	- 4.011
4. Finanzergebnis	
Auslaufen von Annuitäten, Zinsdegression. Neuverschuldung durch Finanzierung des Bestandszuwachs.	- 1.647

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2003
(haushaltswirksam 2004) gegenüber 2002
(Veränderungen Spalte 2 gegenüber Spalte 3)

	<u>Tsd. EUR</u>
1.1 Mieterträge	
Steigerung der Nettokaltmiete durch Mietanhebungen. Mietensteigerung aus Investitionstätigkeit sowie Reduktion von Erlösschmälerungen.	+ 2.575
1.2 Umlagen	
Zuwachs abzurechnender Bestände aus Betriebskosten.	+ 1.185
1.3 Sonstige betriebliche Erträge	
Verringerung der Zuschüsse. Höhere aktivierte Eigenleistung.	- 1.282
2.1.1 Betriebskosten	
Erhöhung der Betriebs– und Heizkosten	+ 1.161
2.1.2 Instandhaltungskosten	
Reduktion der Aufwandsmodernisierung.	- 3.260
2.2.1 Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand	
Tarifliche Steigerung und Personalreduktion in örtlicher Wohnungsverwaltung.	+ 557
2.3 Abschreibungen	
Erhöhung infolge Investitionen .	+ 1.447
4. Finanzergebnis	
Aufaufen von Annuitäten, Zinsdegression. Neuverschuldung durch Finanzierung des Bestandszuwachses.	- 2.258

Investitionen

Das Investitionsvolumen wird geprägt durch Darlehen und Zuschüsse des Bundes zur Förderung des Wohnungsbaus; die Ausgaben reduzieren sich gegenüber 2002 analog zu den entsprechenden Einnahmen (Titel 311.02 und 331.02) um rd. 2,2 Mio. EUR.

Nachstehende Titel werden wegen ihrer Bedeutung bzw. erheblicher Veränderungen im Einzelnen erläutert:

799.02 – Vergütungen an Architektinnen und Architekten im Rahmen von Bauträgerwettbewerben –

Aus diesem Titel werden die Architektenhonorare bei Ausschreibungsverfahren vorfinanziert. Die im Voraus gezahlten Honorarpauschalen werden auf die zu bauenden Häuser umgelegt, von den ausgewählten Bauträgern bei Baubeginn wieder abgefordert und beim Titel 342.02 vereinnahmt. Da nicht absehbar ist, ob und in welcher Höhe Zahlungen bei 342.02 vereinnahmt werden können, und die Ausgaben bei 799.02 von den Einnahmen abhängig sind, wird in beiden Fällen ein Leertitel ausgebracht.

863.02 – Darlehen des Bundes zur Förderung des Wohnungsbaues –

893.02 – Zuschüsse des Bundes zur Förderung des Wohnungsbaus und zur sozialen Wohnraumförderung –

Über diese beiden Titel werden alle Finanzhilfen zur sozialen Wohnraumförderung, die der Bund auf Grund von Verwaltungsvereinbarungen nach Artikel 104a Absatz 4 des Grundgesetzes im Investitionsbereich leistet, an die WK weitergeleitet. Es handelt sich um Darlehen (Einnahmen bei 311.02) und Zuschüsse (Einnahmen bei 331.02). Für das Beteiligungsverhältnis, die Verwendung der Mittel und ihre Abrechnung gilt die Verwaltungsvereinbarung über die Förderung des Wohnungswesens, deren Inhalt zum Zeitpunkt der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs 2003 noch nicht feststand. Daher wurden zunächst die Beträge und Regelungen der Verwaltungsvereinbarung für das Programmjahr 2002 zugrunde gelegt. Die Bundesmittel werden abgerufen, sobald die Bewilligungsbedingungen des Bundes erfüllt sind, und an die WK weitergeleitet. Die Darlehen sind von der WK als Refinanzierungsmittel einzusetzen, soweit sie nicht der Verrechnung von Tilgungsleistungen der Finanzbehörde an den Bund dienen (vgl. Bürgerschaftsdrucksache 14/2611). Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich durch die gestreckten Zahlungen des Bundes Zwischenfinanzierungskosten für Hamburg ergeben.

Der Gesamtbetrag der Darlehen teilt sich auf in:

- Baudarlehen des Bundes (55,8 v.H.),
- Aufwendungsdarlehen des Bundes (44,2 v.H.)

Der Gesamtbetrag der Zuschüsse teilt sich auf in:

- Aufwendungszuschüsse des Bundes (ca. 4 v.H.),
- Aufwendungszuschüsse des Bundes aus dem Sonderprogramm zur Belebung des Sozialen Wohnungsbaus und der Baunachfrage (< 1 v.H.)
- Zuschüsse des Bundes für den Vertragswohnungsbau bzw. die vereinbarte Förderung (ca. 96 v.H.).

6200 Bauordnung und Hochbau

1. Allgemeines

entfällt

2. Zuwendungen

entfällt

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Die Einnahmen werden bestimmt durch:

- die Verwaltungsgebühren aufgrund der Gebührenordnungen für das Bauwesen (Titel 111.03),
- den Kostenersatz für die Prüfung statischer Berechnungen durch Vertragsingenieurinnen und -ingenieure (Titel 281.01).

Ausgaben

Personalausgaben

Siehe Vorwort zum Einzelplan 6.

Sach- und Fachausgaben

Die Sach- und Fachausgaben umfassen die Kosten für die Prüfung von statischen Unterlagen und die Überwachung von Baustellen (Titel 537.01) i. H. v. 607.000 EUR sowie die Kosten für den allgemeinen Dienstbetrieb i.H.v. 67.000 EUR.

Investitionen

799.01 Berücksichtigt sind die Kosten:

- für Leistungen freiberuflich Tätiger im Zusammenhang mit der Erfüllung zentraler fachlicher Aufgaben des Amtes für Bauordnung und Hochbau - Öffentlicher Hochbau - für Bestandsaufnahmen und Gutachten an der Bausubstanz, für den Bautenschutz und für Statiksonderaufgaben einschließlich aller Nebenkosten,
- für projektbezogene Realisierungswettbewerbe (Architektenwettbewerbe) bei staatlichen Hochbauten,
- für die Durchführung von fachbezogenen Aus- und Fortbildungsveranstaltungen mit externen Fachleuten für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Baudienststellen sowie Bauherrenfunktionen bei den Bedarfsträgerbehörden einschließlich der Nebenkosten.

Die Verpflichtungsermächtigung ist zu Lasten 2004 veranschlagt.

Erläuterungen zu den Kapiteln

6300 Tiefbauamt

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

vgl. Produktinformationen – Produktbereich 05 - Tiefbau

2. Zuwendungen

entfällt

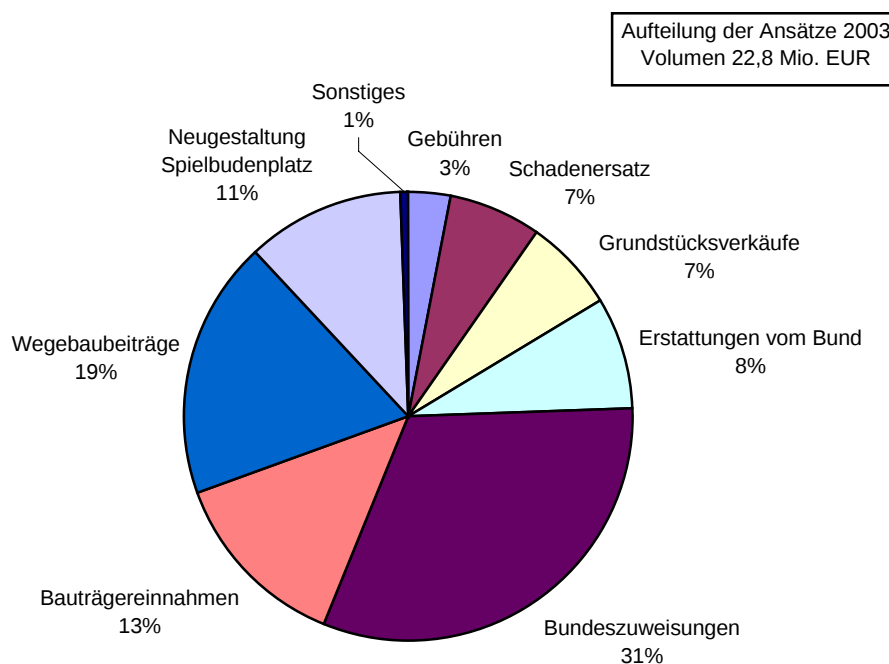
3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Die Einnahmen sind insbesondere geprägt durch:

- Kostenerstattungen und Schadenersatzleistungen nach dem Hamburgischen Wegegesetz vom 22.1.1974 (GVBl. 1974, S. 41, 83), zuletzt geändert am 4.3.1997 (GVBl. 1997, S. 35) sowie Gemeinkostenzuschläge aufgrund der Verordnung über die Gemeinkostenzuschläge nach dem Hamburgischen Wegegesetz und dem Sielabgabengesetz vom 8.12.1981 (GVBl. 1981, S. 353), zuletzt geändert am 10.12.1991 (GVBl. 1991, S. 421) (Titel 119.01, 119.09, 281.04),
- Verwaltungsgebühren nach der Gebührenordnung für die Verwaltung und Benutzung der öffentlichen Wege, Grün- und Erholungsanlagen vom 6.12.1994 (GVBl. 1994, S. 385) zuletzt geändert am 22.12.1999 (GVBl. 1999, S. 310) (Titel 111.03),
- das Gebührenaufkommen nach der Gebührenordnung für die Verkehrsverwaltung vom 5.3.1965 i.d.F. vom 23.6.1998 (GVBl. 1965, S. 51 / 1998, S. 102) (Titel 111.04),
- Erstattungen des Bundes u.a. für die Planung und Durchführung von Bauvorhaben (Titel 231.01),
- Zuweisungen des Bundes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG), (Titel 331.01, 331.20 und 331.21) - vgl. auch Titel 6500.331.02 bis 04 - und nach dem Gesetz über Kreuzungen von Eisenbahnen und Straßen (Eisenbahnkreuzungsgesetz, EKrG) i.d.F. vom 9.9.1998 (BGBl. I, S. 2858) (Titel 331.11, 331.12),
- Allgemeine Wegebaubeiträge gem. Baugesetzbuch und Hamburgischem Wegegesetz (Titel 341.31),
- Einnahmen von Bauträgern für allgemeine Erschließungen und Erschließungen von Großprojekten im Rahmen des Wohnungsbauprogramms (Titel 341.01, 341.02, 341.06) – vgl. Titel 788.01, 789.01.

Nachstehende Titel werden im Einzelnen erläutert:



6300

- 111.04 – Verwaltungsgebühren für die Erteilung von Genehmigungen für U-Bahn-Bauten u. dgl. –
Weniger gegenüber dem Vorjahr in Anlehnung an das Ergebnis und das Bauprogramm der HHA.
- 131.91 – Verkauf von Grundstücken –
Mehr gegenüber dem Vorjahr in Anlehnung an den langjährigen Durchschnitt.
- 231.01 – Erstattungen des Bundes für die Auftragsverwaltung von Bundesfernstraßen sowie Prüfung von Bauwerken in der Unterhaltungslast des Bundes –
Veranschlagt sind Erstattungen des Bundes für die
- Planung und Durchführung von Bauvorhaben einschl. Lärmschutz an Bundesstraßen und Bundesautobahnen in der Auftragsverwaltung des Bundes im Rahmen der sog. UA III-Pauschale,
 - Prüfung von Bauwerken in der Unterhaltungslast des Bundes.
- Mehr gegenüber dem Vorjahr u. a. durch den sechsspurigen Ausbau der A 1.
- 331.01 – Zuweisungen des Bundes aus dem Mehraufkommen an Mineralölsteuer für den kommunalen Straßenbau –
Veranschlagt sind bei diesem Titel die für den kommunalen Straßenbau vorgesehenen Finanzhilfen für Investitionen (vgl. Erläuterungen zu 6500.891.02/04). Dabei sind auch Finanzhilfen für Straßenbaumaßnahmen aus anderen Bereichen und Kapiteln, z. B. Schnellbahnbau (Eisenbahnkreuzungen), Erschließungen, Strom- und Hafenbau berücksichtigt.
- 341.02 – Einnahmen von Bauträgern für allgemeine Erschließungen –
Vgl. 788.01. Weniger gegenüber dem Vorjahr, weil mit einer geringeren Anzahl von privaten Erschließern zu rechnen ist. Der Anteil der Liegenschafterschließungen steigt gegenüber den Privaterschließungen an (z.B. ARENA, Neumühlen).
- 341.04 – Einnahmen für die Neugestaltung des Spielbudenplatzes –
Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 750.01; sie sind nach Höhe und Zeitpunkt von der Gewinnung privater Sponsoren abhängig.
- 341.06 – Einnahmen von Bauträgern für die Erschließung von Großprojekten im Rahmen des Wohnungsbauprogramms –
Vgl. 789.01. Weniger gegenüber dem Vorjahr, weil mit einer geringeren Anzahl privater Erschließungen zu rechnen ist.
- 341.31 – Allgemeine Wegebaubeiträge –
Weniger gegenüber dem Vorjahr in Anlehnung an das Ergebnis.

Ausgaben

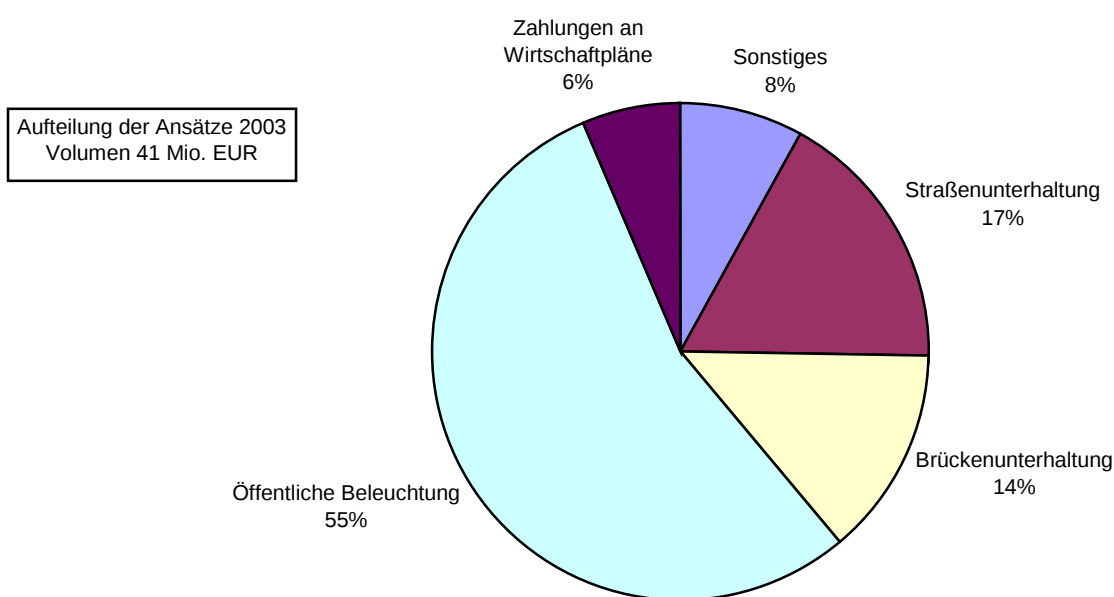
Personalausgaben

Siehe Vorwort zum Einzelplan 6.

Sach- und Fachausgaben

Die Sach- und Fachausgaben werden im Bereich Tiefbau im Wesentlichen durch folgende Aufgabenbereiche bestimmt:

- Unterhaltung und Instandsetzung der öffentlichen Straßen und Wege (521.14 und anteilig 521.81),
- Unterhaltung, Instandsetzung und Betrieb der Brücken, Tunnel und sonst. Ingenieurbauwerke (521.09 und anteilig 521.81),
- Betrieb, Unterhaltung und Instandsetzung der Anlagen der öffentlichen Beleuchtung und der Verkehrssteuerungseinrichtungen sowie die Beseitigung von Sachschäden an diesen Anlagen (542.01).



Allgemeines zu den Sach- und Fachausgaben:

Soweit Ingenieurleistungen, Gutachten, Untersuchungen oder Leistungen von Sachverständigen im unmittelbaren Zusammenhang mit Betrieb sowie Unterhaltung und Instandsetzung stehen, werden sie aus den entsprechenden Titeln (521.01, 521.09, 521.14, 521.81, 542.01) finanziert.

Nachstehende Titel werden wegen ihrer besonderen Bedeutung bzw. erheblichen Veränderungen im Einzelnen erläutert:

521.01 – Betriebsausgaben Parkuhren und Parkscheinautomaten –

Veranschlagt sind die Kosten für Wartung, Unterhaltung und Betrieb der Parkuhren und Parkscheinautomaten. In Anlehnung an das Ergebnis 2001 wurde der Ansatz reduziert.

4 v.H. der Einnahmen aus Parkgebühren (1230.111.12) fließen diesem Titel zu. Da die zweckgebundenen Einnahmen erst im Laufe des Jahres zuwachsen und wirtschaftliche Wartungsaufträge einen längeren Zeitraum abdecken müssen, ist eine Verpflichtungsermächtigung zu Lasten 2004 veranschlagt.

521.09 – Betriebsausgaben für Brücken, Tunnel und sonstige Ingenieurbauwerke –

Bei diesem Titel werden die Aufwendungen für Unterhaltung, Instandsetzung und Betrieb der öffentlichen Brücken, Tunnel und sonstigen Ingenieurbauwerke (ohne Kostengrenze) einschließlich Allwetterfahrtreppen und Aufzüge sowie Betrieb und Unterhaltung des Brückenlagerplatzes, Prüfungen nach DIN 1076 (einschl. der hierfür erforderlichen Hilfsmittel, wie z.B. Geräte, Gerüste, Werkzeuge etc.) veranschlagt. Investitionsanteile sind im Rahmen dieser Maßnahmen im Einzelfall bis zu 20 v.H. der Baukosten und höchstens 250.000 EUR zulässig. Unterhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten mit einem darüber hinausgehenden Investitionsanteil sind bei den jeweiligen Investitionstiteln veranschlagt.

Nicht veranschlagt sind die Kosten, die durch die Überlassung der Brückenprüfschiffe an Dritte zusätzlich entstehen. Diesen Kosten stehen Einnahmen bei 124.01 gegenüber, die zur Hälfte diesem Titel zufließen.

Soweit bei Sachbeschädigungen an Bauwerken und Anlagen Verursacher feststellbar sind und zu Leistungen herangezogen werden können, fließen die entsprechenden Einnahmen bei 119.01 diesem Titel zu.

Die Verpflichtungsermächtigung ist zu Lasten 2004 veranschlagt.

Die Mittel sind vorgesehen für:

Ziffer	Aufgabenbereiche	Ansatz 2003 Tsd. EUR	Ansatz 2002 Tsd. EUR	Ergebnis 2001 (R = Rest) Tsd. EUR
1	Haltung von Fahrzeugen	45 VE 50	30 VE 70	44
2	Prüfungen nach DIN 1076, Betrieb und Unterhaltung des Brückenlagerplatzes, Untersuchungen an Brücken und Tunneln sowie Ergänzung der Brückenbücher	450 VE 150	450 VE 120	604
3	Instandhaltung, Instandsetzung und Betrieb von Brücken, Tunneln und sonstigen Ingenieurbauwerken einschl. Brücken in Grün- und Erholungsanlagen	3.600 VE 3.250	3.580 VE 3.260	2.349
4	Betrieb der Allwetterfahrtreppen und Aufzüge	1.000 VE 500	1.038 VE 500	973
5	Betriebstechnische Anlagen, die im Zusammenhang mit dem Schnellbahnbau entstanden sind	5 VE 50	2 VE 50	15
	Zusammen	5.100 VE 4.000	5.100 VE 4.000	3.985 R 411
<u>Nachrichtlich:</u>				
	bei 521.81 veranschlagte bezirkliche Anteile (ausschließlich Aufgabenbereich 3)	510	510	1.154 R 62

521.14 – Aufwendungen für öffentliche Straßen und Wege –

Die veranschlagten Mittel decken besondere Aufwendungen außerhalb der Rahmenzuweisung (521.81) und Vorarbeiten für größere Objekte ab. Die Unterhaltung umfasst alle Maßnahmen der Instandhaltung, Instandsetzung und Erneuerung. Investitionsanteile sind im Rahmen dieser Maßnahmen im Einzelfall bis zu 20 v.H. der Baukosten und höchstens 250.000 EUR zulässig. Unterhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten mit einem darüber hinausgehenden Investitionsanteil sind bei den jeweiligen Investitionstiteln veranschlagt.

Einnahmen aus Schadenersatzleistungen für Wegebeschädigungen und Schäden an Wegebauwerken (119.05) sowie die Einnahmen aus Ablösebeträgen für Kosten der Unterhaltung der öffentlichen Straßen und Wege, die von Dritten aufgrund öffentlich-rechtlicher Verträge erhoben werden (281.02), fließen diesem Titel zu.

Die Verpflichtungsermächtigung ist zu Lasten 2004 veranschlagt.

Nachrichtlich:

Die bei 521.81 veranschlagten Kassenmittel sind für folgende Aufgabenbereiche vorgesehen:

Ziffer	Aufgabenbereich	Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ergebnis 2001 ¹
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	(R = Rest) Tsd. EUR
1	Haltung von Fahrzeugen	163	163	206
2	Verkehrszeichen, Geräte, Ausstattungsgegenstände	957	957	1.225
3	Bewirtschaftung der Grundstücke	481	481	491
4	Mieten und Pachten	-	-	-
5	Unterhaltung der Grundstücke	319	319	197
6	Fahrbahnflächen	2.653	2.653	4.528
6.1	Beseitigung Straßenschäden (Verstärkung)	0	1.249	2.514
7	Geh-, Radweg- und Bankettflächen	1.790	1.790	3.351
8	Stellplatzflächen, Wohnwagenplätze	77	77	61
9	Straßengräben	460	460	483
	Zusammen	6.900	8.149	13.056
				R 94

521.81 – Betriebsausgaben öffentliche Straßen und Wege, Brücken, Tunnel und sonstige Ingenieurbauwerke, Rahmenzuweisung an die Bezirke –

Veranschlagt sind die Aufwendungen für die Unterhaltung der öffentlichen Straßen und Wege (insbesondere Fahrbahnflächen, Geh-, Radweg und Bankettflächen, Straßengräben), für Verkehrszeichen, Geräte und Ausstattungsgegenstände sowie für Unterhaltung und Betrieb der öffentlichen Brücken, Tunnel und sonstigen Ingenieurbauwerke in der Zuständigkeit der Bezirke. Die Unterhaltung umfasst Maßnahmen der Instandhaltung und Instandsetzung und Prüfungen nach DIN 1076 (einschl. der hierfür erforderlichen Hilfsmittel, wie z.B. Geräte, Gerüste, Werkzeuge etc.). Gegenüber dem Vorjahr wurde der Ansatz in diesem Bereich bei gleichzeitiger Aufstockung im investiven Bereich für die großflächige Erneuerung von Fahrbahndecken reduziert (vgl. hierzu Titel 741.14 und 741.81).

Investitionen im Rahmen der Unterhaltungsmaßnahmen sind im Einzelfall bis zu 20 v.H. der veranschlagten Baukosten und höchstens 250.000 EUR zulässig. Für Arbeiten mit einem darüber hinausgehenden Investitionsanteil sind die Titel 741.01, 741.02, 741.09, 741.14, 741.81 und 741.82 vorgesehen.

Die Summe der Straßen- und Wegeflächen hat sich in den vergangenen Jahren kaum verändert. Neue Flächen kommen fast ausschließlich im Rahmen von Erschließungen hinzu. Der Umfang notwendiger Unterhaltung und Instandsetzung wird jedoch nicht nur durch die Flächen, sondern im Wesentlichen durch die Verkehrsbelastung und dabei besonders den Lkw-Anteil bestimmt. Dieser hat deutlich zugenommen, allein die Zahl in Hamburg zugelassener Lkw hat sich im Zeitraum 1990 – 2001 um rd. 34,4 v.H. erhöht. Ein weiterer Faktor ist die besondere Beanspruchung der Fahrbahnen durch den Witterungsverlauf im Winter mit den Frost- und Tauwechseln.

Für das Haushaltsjahr 2003 erfolgt die Verteilung der Rahmenzuweisung entsprechend dem Verteilungsschlüssel nach § 27 Abs. 4 BezVG. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2003		Ansatz 2002	
	Tsd. EUR		Tsd. EUR	
	KM	VE	KM	VE
Hamburg-Mitte	1.083	569	1.013	488
Altona	1.131	616	1.257	580
Eimsbüttel	1.039	566	1.234	555
Hamburg-Nord	984	528	944	461
Wandsbek	1.646	897	2.075	950
Bergedorf	827	447	1.028	458
Harburg	700	377	1.108	508
Gesamt gem. Verteilungsschlüssel	7.410	4.000	8.659	4.000

Die Verpflichtungsermächtigung ist zu Lasten 2004 veranschlagt.

¹ Zusammenfassung der in den jeweiligen Bezirkskapiteln erwirtschafteten Ergebnisse bzw. Reste/Vorgriffe

542.01 – Betriebsausgaben öffentliche Beleuchtung einschließlich Lichtsignalanlagen –

Die Mittel sind vorgesehen für den Betrieb der öffentlichen Beleuchtung einschl. Leuchtverkehrszeichen, den Betrieb der Verkehrssteuerung einschließlich der Bewirtschaftung und Unterhaltung sowie sonstiger Kosten für die 8 Zentralsteuerungsämter und die Beseitigung von Sachschäden an den Anlagen.

Diesem Titel fließen die Einnahmen bei 281.03 aus Erstattungen Dritter für die Betriebskosten öffentlicher Beleuchtung einschließlich Lichtsignalanlagen zu. Soweit bei Sachbeschädigungen Verursacher feststellbar sind und zu Leistungen herangezogen werden können, fließen auch die entsprechenden Einnahmen bei 119.09 diesem Titel zu.

Veranschlagt sind:

Ziffer	Aufgabenbereich	Ansatz 2003 Tsd. EUR	Ansatz 2002 Tsd. EUR	Ergebnis 2001 R = Rest Tsd. EUR
1	Betrieb und Energie			
	• HEW-Contractingpreis	18.153	18.153	17.649
	• Sonstige Leistungen	56	56	44
2	Betrieb Zentralsteuerungsämter	1.048	1.048	800
3	Betrieb Sondermaßnahmen	716	716	636
4	Sachschädenbeseitigung	977	977	938
Zwischensumme Grundbewilligung		20.950	20.950	20.067
5	Zweckgebundene Einnahmen aus Schadenersatz	1.550	1.550	1.478
Gesamt		22.500 VE 3.500	22.500 VE 3.500	21.545 R 153

Die Verpflichtungsermächtigung ist zu Lasten 2004 veranschlagt.

546.86 – Beseitigung unbefugt abgestellter Kfz. sowie Arbeiten für fremde Rechnung, Zweckzuweisung an die Bezirke

Veranschlagt sind die Kosten, die für die Durchführung von Aufträgen Dritter entstehen. Diese Kosten werden von den Auftraggebern erstattet und bei den Titeln 1230.125.95 bis 1830.125.95 vereinnahmt. Die anfallenden Verwaltungsgemeinkostenzuschläge werden bei den Titeln 1230.271.03 bis 1830.271.03 vereinnahmt. Ferner sind veranschlagt die Aufwendungen für den Abtransport und die Verwahrung unbefugt abgestellter, nicht zugelassener und nicht fahrbereiter Fahrzeuge. Die dort entstandenen Kosten werden, soweit möglich, vom Fahrzeughalter eingezogen, bei den Titeln 1230.119.02 bis 1830.119.02 vereinnahmt und fließen den Ausgabemitteln wieder zu.

Unter Berücksichtigung von Haushaltsresten wird für 2003 ein Leertitel veranschlagt. Im Gegenzug wird die Verpflichtungsermächtigung zu Lasten 2004 erhöht. Die Aufteilung auf die Bezirke erfolgt gem. § 27 Abs. 8 BezVG nach dem erwarteten nächstjährigen Bedarf. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2003 Tsd. EUR		Ansatz 2002 Tsd. EUR	
	KM	VE	KM	VE
Hamburg-Mitte	-	400	460	200
Altona	-	400	478	200
Eimsbüttel	-	200	307	100
Hamburg-Nord	-	200	255	100
Wandsbek	-	600	665	300
Bergedorf	-	100	179	50
Harburg	-	100	212	50
Gesamt	-	2.000	2.556	1.000

Die Verpflichtungsermächtigungen sind zu Lasten 2004 veranschlagt.

546.94 – Arbeiten für fremde Rechnung –

Veranschlagt sind bei diesem Titel Kosten für die Durchführung von Aufträgen zu Lasten Dritter insbesondere in den Aufgabenbereichen öff. Beleuchtung, Lichtsignalsteuerung sowie Parkuhren und Parkscheinautomaten.

Die Einnahmen werden für die durchgeführten Arbeiten bei 125.94 und für die Verwaltungsgemeinkostenzuschläge bei 261.03 nachgewiesen. Da die zweckgebundenen Einnahmen erst im Laufe des Jahres zuwachsen, Aufträge aber für größere Zeiträume im Voraus erteilt werden müssen, ist eine Verpflichtungsermächtigung erforderlich, die zu Lasten 2004 veranschlagt ist.

671.55 – Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs –

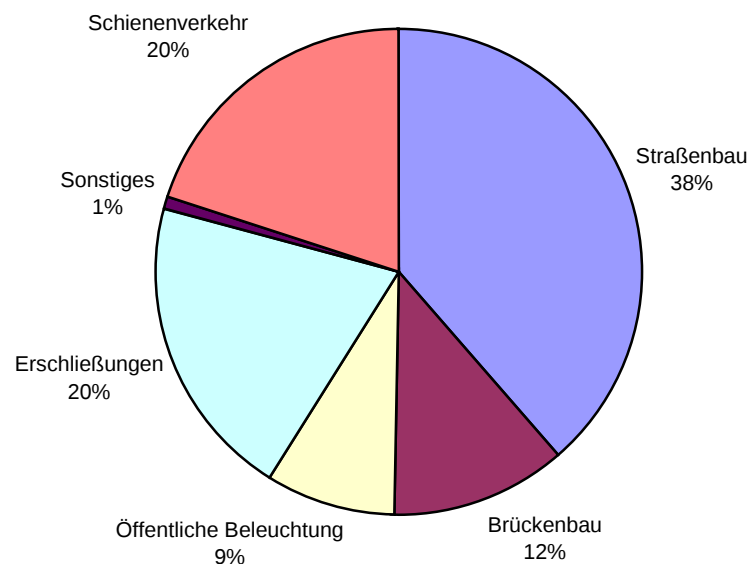
Die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonnetzes erstreckt sich auch auf die Nutzung des sog. Sondernetzes, über das die Verkehrssignalanlagen und Parkleitsysteme gesteuert werden. Die Veranschlagung der hierdurch entstehenden Kosten im Kapitel 6300 erfolgte in Abgrenzung zur Kostenerstattung für die Inanspruchnahme des sonstigen behördeninternen Telefonverkehrs (vgl. Titel 6000.671.55).

Investitionen

Das Investitionsvolumen in diesem Bereich wird insbesondere geprägt durch

- den allgemeinen Straßenbau mit den Schwerpunkten
 - Substanzerhaltung von Straßen und Brücken einschl. Anlagen der Lichtsignalsteuerung und der öffentlichen Beleuchtung und
 - Einzelmaßnahmen: Spielbudenplatz (750.01), Am Stadtrand (760.23), Krohnstieg (770.23), Friedrich-Ebert-Damm (Titel 773.23), Heidenkampsweg (775.23), Tiefstacker Brücke (Titel 785.02), Altenwallbrücke (785.03), Wagnerstraßenbrücke (785.04), Billbrookkanalbrücke (785.06);
- den Schnellbahnbau mit Schwerpunkt auf den Einzelmaßnahmen
 - Kostenanteile Hamburgs am Bau der Schnellbahnanbindung Flughafen (Titel 891.18),
 - am Ausbau der AKN in Eidelstedt (Titel 891.21) und
 - an der Aufhebung der Bahnübergänge in Wandsbek (Titel 891.20) sowie
- die Erschließungsmaßnahmen für den Wohnungsbau sowie für den Gewerbe- und Gemeinbedarf einschließlich dazugehörigem Grunderwerb (Titel 788.01, 788.02 (Erschließung HafenCity), 789.01, 821.03, 821.05, 862.01).

Aufteilung der Ansätze 2003 Volumen 104,3 Mio. EUR



Allgemeines zu den Investitionen:

Aus den Mitteln der Titel 741.04, 741.13, 742.03, 742.08, 742.09, 742.10, 788.01, 788.02, 789.01, 891.10 bis 891.21 und 893.01 dürfen auch Vergütungen an Gutachter, Vertragsingenieurinnen, -ingenieure, -architektinnen, -architekten und Sonderfachleute für Planungsleistungen, sonstige Baunebenkosten (Aufwendungen für Broschüren, Faltblätter, Vervielfältigungen, Lichtpausen und Ähnliches) gezahlt werden. Für noch nicht veranschlagte Maßnahmen werden Planungsmittel aus 799.01 finanziert.

Aus den Titeln 741.01 bis 799.01 und 891.04 bis 891.21 können auch Kredithilfen, Entschädigungen, Kosten für Folgemaßnahmen und Zahlungen aus Billigkeitsgründen geleistet werden. Entscheidungen über Billigkeitszahlungen bzw. Darlehensvergabe bei Nachteilen infolge von Erschließungsmaßnahmen werden durch die Kommission für Bodenordnung getroffen (Titel 821.02, 862.01).

Der Grunderwerb für Straßen- und Brückenbaumaßnahmen, Radverkehr sowie für Maßnahmen in Verbindung mit dem Bau von Entlastungsstraßen und dem Bauprogramm der Bundesfernstraßen ist beim Titel 821.01, für Straßenbaumaßnahmen zur Förderung des ÖPNV beim Titel 821.04, für allgemeine Erschließungen beim Titel 821.03 und für die Erschließung von Großprojekten beim Titel 821.05 veranschlagt.

Im Einzelnen werden die Investitionsausgaben wie folgt erläutert:

741.01 – Neu-, Um- und Ausbau von Straßen –

Veranschlagt sind Maßnahmen des Neu-, Um- und Ausbaues von Straßen mit Baukosten von bis zu 2.500.000 EUR. Aus diesen Mitteln können auch Maßnahmen mit einem Unterhaltungs- und Instandsetzungs-kostenanteil von bis zu 20 v.H. der Gesamtbaukosten finanziert werden.

Die Mittel in 2003 sind für folgende Aufgabenbereiche vorgesehen:

Ziffer	Aufgabenbereiche	KM in Tsd. EUR	VE in Tsd. EUR
1	Einzelmaßnahmen	1.600	1.700
2	Baumaßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit	400	600
3	Unternehmerstraßen	150	150
4	Maßnahmen an Stellplätzen	100	150
5	noch nicht festgelegte Arbeiten	150	300
Zusammen		2.400	2.900

Die Verpflichtungsermächtigung ist zu Lasten 2004 veranschlagt.

Zu 1.:

Vorgesehen sind u.a. der Umbau der Sengelmanstraße (im Bereich der Einmündung Hebebrandstraße) und der Seehafenstraße (im Bereich der Einmündung Blohmstraße). Änderungen bleiben vorbehalten.

Zu 2.:

Im Rahmen eines Mehrjahresprogramms werden in Abstimmung mit der Polizei Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit durchgeführt. Vor Beginn entsprechender Maßnahmen muss sichergestellt sein, dass ggf. erforderlicher Grunderwerb finanziert werden kann.

Zu 3.:

Das Hamburgische Wegegesetz sieht die Übernahme der Wegebaulast an Unternehmerstraßen durch die Freie und Hansestadt Hamburg vor.

Zu 4.:

Veranschlagt sind Mittel für das Herrichten, Ändern und Aufheben der bewirtschafteten Parkflächen (z.B. Einbau / Ausbau von Standrohren, Markieren von Stellplätzen) sowie die Neu- und Ersatzbeschaffung von Parkscheinautomaten und Parkuhren.

Zu 5.:

Die veranschlagten Mittel sind für noch nicht bekannte Sofortmaßnahmen im Rahmen der Ziffern 1 – 4 vorgesehen. Über den Einsatz der Mittel wird nach aktuellen Kriterien entschieden.

741.02 – Förderung des Radverkehrs –

Veranschlagt sind Maßnahmen mit Baukosten bis zu 2.500.000 EUR. Die Mittel werden im Wesentlichen dafür eingesetzt, den Zustand der Radwege zu verbessern und die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Dazu zählen

- der Neu-, Um- und Ausbau und die Erneuerung von Radwegen zur Verbesserung des baulichen und verkehrlichen Zustandes insbesondere durch Verbreiterung und unbehinderte, gradlinige Führung im Streckenbereich sowie sichere und attraktive Führung in Knoten- und Einmündungsbereichen;
- die Herstellung von Fahrradabstellanlagen im öffentlichen Straßenraum, insbesondere an Haltestellen des ÖPNV einschließlich "bike & ride" sowie
- die Förderung der Aufstellung von Fahrradboxen; dafür können aus diesem Titel auch Zuschüsse an Dritte gewährt werden.

Vorgesehen ist u.a. der Radwegbau in der Bebelallee, der Meiendorfer Straße, der Tangstedter Landstraße und bei den St. Pauli – Landungsbrücken. Änderungen bleiben vorbehalten.

Die Verpflichtungsermächtigung ist zu Lasten 2004 veranschlagt.

741.04 – Maßnahmen zur Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs auf der Straße –

Der Einsatz der Mittel erfolgt nach einem mit den Hamburger Verkehrsunternehmen abgestimmten fachbehördlichen Programm. Dabei werden vorrangig solche Maßnahmen umgesetzt, die neben der Förderung des ÖPNV auch geeignet sind, das wirtschaftliche Betriebsergebnis der Verkehrsunternehmen zu verbessern. Veranschlagt sind Maßnahmen mit Baukosten von bis zu 2.500.000 EUR.

Die Verpflichtungsermächtigung ist zu Lasten 2004 (500.000 EUR) und 2005 (800.000 EUR) veranschlagt.

- 741.08 – Maßnahmen in Verbindung mit dem Bau von Entlastungsstraßen und dem Bauprogramm der Bundesfernstraßen –

Das Netz der Stadtstraßen und Bundesfernstraßen ist als Einheit zu betrachten. Der Bau von städtischen Entlastungsstraßen ermöglicht flankierende Maßnahmen vorrangig in den entlasteten Straßen. Ebenso führt das Bauprogramm für die Bundesfernstraßen zu Folgemaßnahmen (Anpassung des Stadtstraßennetzes an die veränderten Verkehrsströme) und flankierenden Maßnahmen (z.B. Rückbau in den entlasteten Straßen).

Veranschlagt sind Maßnahmen mit Baukosten von bis zu 2.500.000 EUR im Einzelfall, soweit sie nicht im Zusammenhang mit anderen Straßenbaumaßnahmen veranschlagt werden. Die Mittel werden im Wesentlichen für Maßnahmen im Zusammenhang mit der Umgehung Fuhsbüttel, dem Friedrich-Ebert-Damm (Berner Heerweg), dem Autobahndreieck Nord-West (Holsteiner Chaussee) eingesetzt. Änderungen bleiben vorbehalten.

Die Verpflichtungsermächtigung ist zu Lasten 2004 veranschlagt.

- 741.09 – Grundinstandsetzung von Brücken, Tunneln und sonst. Ingenieurbauwerken sowie Neu-, Um- und Erweiterungsbau –

Vorgesehen sind Maßnahmen an Brücken, Tunneln und sonstige Ingenieurbauwerken außerhalb des Hafens mit Baukosten bis zu 2.500.000 EUR im Einzelfall, soweit sie nicht im Zusammenhang mit anderen Straßenbaumaßnahmen veranschlagt werden. Aus diesen Mitteln können auch Maßnahmen mit einem Unterhaltungs- und Instandsetzungskostenanteil von bis zu 20 v.H. der Gesamtbaukosten finanziert werden.

Ein großer Teil der hamburgischen Brücken hat ein Alter erreicht, in dem durch Zeitschäden, Überbelastungen usw. ihre Funktionsfähigkeit erheblich eingeschränkt ist. Die Schäden sind durch reine Instandsetzungsmaßnahmen nicht zu beheben, so dass die Bauwerke in wesentlichen Teilen erneuert werden müssen, um sie den gesteigerten Belastungen anzupassen. Erhöhte verkehrliche Anforderungen machen es teilweise erforderlich, Brücken umzubauen, zu erweitern oder sie in ihrer Tragfähigkeit zu erhöhen. Neue Verkehrsbeziehungen erfordern in einigen Fällen die erstmalige Erstellung neuer Brückenbauwerke. Aus diesen Titel darf auch der Abbau von Anlagen finanziert werden, soweit dies zur Betriebskosteneinsparung von Erhaltungskosten oder aus anderem Anlass notwendig ist.

Neben der Fortsetzung laufender Maßnahmen sind die Grundinstandsetzungen der Brücken Bei den Rauen Bergen und Öp'n Möhlrad sowie die Erneuerung von Fahrtreppen vorgesehen. Änderungen bleiben vorbehalten.

Die Verpflichtungsermächtigung ist zu Lasten 2004 (4.300.000 EUR) sowie 2005 (3.800.000 EUR) veranschlagt.

- 741.10 – Bau von Lichtsignalanlagen und Anlagen der öffentlichen Beleuchtung –

Die Mittel sind vorgesehen für:

- Neu-, Um und Ausbau von Lichtsignalanlagen im vorhandenen Straßennetz sowie kleinere Anpassungen im Zusammenhang mit der Lichtsignalsteuerung, soweit nicht im Zusammenhang mit Straßenneubau oder bei anderen Baumaßnahmen veranschlagt.
- Ergänzung der Anlagen der Öffentlichen Beleuchtung einschließlich der Leuchtverkehrszeichen, soweit sie nicht im Zusammenhang mit Straßenneubau oder anderen Baumaßnahmen veranschlagt sind. Sie sind insbesondere erforderlich, um die Sicherheit auf allen Straßen und Wegen zu verbessern. Dazu gehören insbesondere die Umrüstung bzw. der Ersatz von abgängigen Leuchten, die Beleuchtung von Fußgängerüberwegen, die Erweiterung und Verbesserung von Beleuchtungsanlagen an Wegeflächen, die gemäß § 6 HWG für den öffentlichen Verkehr gewidmet sind, an Fußgängerüberwegen und im Zuge von Maßnahmen an Unternehmerstraßen, deren Wegebaulast Hamburg übernimmt, der Bau von Beleuchtungsanlagen in vorhandenen Verbindungswegen in öffentlichen Grün- und Erholungsanlagen und der Bau von innenbeleuchteten oder retroreflektierenden Verkehrszeichen.

Aus diesem Titel darf auch der Abbau von Anlagen finanziert werden, soweit dies zur Betriebskosteneinsparung oder aus anderem Anlass notwendig ist.

Die Verpflichtungsermächtigung ist zu Lasten 2004 (1.500.000 EUR) sowie 2005 (1.500.000 EUR) veranschlagt.

- 741.11 – Grundinstandsetzung und Ersatz von Anlagen der Lichtsignalsteuerung und der öffentlichen Beleuchtung –

Die Mittel sind vorgesehen für die Grundinstandsetzung und den Ersatz der

- Anlagen zur Lichtsignalsteuerung, um den bestehenden Leistungsstand der Verkehrssicherung zu erhalten und das vorhandene Straßennetz optimal auszunutzen. Dazu gehören Ersatz abgängiger und Nachrüstung noch verwendbarer Schaltgeräte und Verkehrsrechner, Ergänzungen an Lichtsignalanlagen und Einrichtung von Koordinierungsschaltungen zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit, Erweiterungen und Ergänzungen in den Verkehrsrechnerzentralen. In einem Sonderprogramm werden insgesamt rd. 1.664 Lichtsignalanlagen gem. den geltenden VDE-Vorschriften auf sog. Sternverkabelung nachgerüstet werden. Ende 2001 waren bereits rd. 1.154 Anlagen sternverkabelt.

- Anlagen der öffentlichen Beleuchtung und Leuchtverkehrszeichen einschl. abgängiger Stahlmasten und Leuchten. Dazu gehören auch der Austausch von Freileitungsanlagen mit Holzmasten durch erdverkabelte Beleuchtungsanlagen mit Stahlmasten.

Aus Gründen der Sicherheit und Wirtschaftlichkeit des Betriebes der Anlagen sind diese Maßnahmen zwingend erforderlich. Aus Mitteln dieses Titels können auch Kostenanteile/Zuschüsse zu Baumaßnahmen Dritter geleistet werden.

Die Verpflichtungsermächtigung ist zu Lasten 2004 (7.600.000 EUR) sowie 2005 (2.400.000 EUR) veranschlagt.

741.14 – Grundinstandsetzung von Straßen –

Um die Funktionsfähigkeit des Straßennetzes zu sichern, wird bei einer Anzahl von Straßen die Durchführung von Grundinstandsetzungsarbeiten erforderlich. Wesentliche Ursachen des schlechten Straßenzustandes sind die gestiegenen Verkehrsbelastungen (Verkehrsmengen und Achslasten), die von den vorhandenen Straßenkonstruktionen bei den bestehenden Untergrundverhältnissen nicht aufgenommen werden können.

Veranschlagt werden bei diesem Titel Mittel für Maßnahmen mit Baukosten bis zu 2.500.000 EUR im Einzelfall. Aus diesen Mitteln können auch Maßnahmen mit einem Unterhaltungs- und Instandsetzungskostenanteil von bis zu 20 v. H. der Gesamtbaukosten finanziert werden. Es sollen insbesondere Schäden am Hauptverkehrsstraßennetz von überbezirklicher Bedeutung beseitigt werden.

Neben der Fortsetzung laufender Maßnahmen sind Grundinstandsetzungen der Eißendorfer Straße, der Großmannstraße, der Moorfleeter Straße und der Steinstraße vorgesehen.

Die Verpflichtungsermächtigung ist zu Lasten 2004 (3.400.000 EUR) sowie 2005 (2.600.000 EUR) veranschlagt.

741.81 – Neu-, Um- und Ausbau sowie Grundinstandsetzung von Straßen, Rahmenzuweisung an die Bezirke –

Veranschlagt sind die Mittel für Neu-, Um- und Ausbaumaßnahmen sowie für die Grundinstandsetzung von Straßen in der Zuständigkeit der Bezirke mit Baukosten von bis zu 2.500.000 EUR. Hierzu zählen u.a. Baumaßnahmen nach Erstbesielungen und Schulwegsicherung sowie Absenkungen von Bordsteinen. Die Aufstockung gegenüber dem Vorjahr soll für die großflächige Erneuerung von Fahrbahnflächen im Gesamtnetz eingesetzt werden. Aus diesen Mitteln können auch Maßnahmen mit einem Unterhaltungs- und Instandsetzungskostenanteil von bis zu 20 v. H. der Gesamtbaukosten finanziert werden.

Für das Haushaltsjahr 2003 erfolgt die Verteilung der Rahmenzuweisung entsprechend dem Verteilungsschlüssel nach § 27 Abs. 4 BezVG unter Berücksichtigung evtl. Einzelmaßnahmen. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2003 Tsd. EUR		Ansatz 2002 Tsd. EUR	
	KM	VE	KM	VE
Hamburg-Mitte	786	786	315	315
Altona	891	891	512	512
Eimsbüttel	709	709	399	399
Hamburg-Nord	776	776	354	354
Wandsbek	1.559	1.559	846	846
Bergedorf	998	998	614	614
Harburg	881	881	460	460
Gesamt	6.600	6.600	3.500	3.500

Die Verpflichtungsermächtigung ist zu Lasten 2004 veranschlagt.

741.82 – Förderung des Radverkehrs, Rahmenzuweisung an die Bezirke –

In diesem Zuweisungstitel gem. § 27 Abs. 3 Nr. 1 BezVG werden die bezirklichen Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs (vgl. Erläuterungen zu 741.02) mit Kosten von bis zu 2.500.000 EUR veranschlagt. Aus diesen Mitteln können auch Maßnahmen mit einem Unterhaltungs- und Instandsetzungskostenanteil von bis zu 20 v. H. der Gesamtbaukosten finanziert werden.

Für das Haushaltsjahr 2003 erfolgt die Aufteilung der Rahmenzuweisung entsprechend dem Verteilungsschlüssel nach § 27 Abs. 4 BezVG nach den Bedarfen und besonderen Kriterien, die sich aus der am

1.9.1997 in Kraft getretenen Änderung der StVO ergeben. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2003 Tsd. EUR		Ansatz 2002 Tsd. EUR	
	KM	VE	KM	VE
Hamburg-Mitte	48	48	48	48
Altona	37	37	37	37
Eimsbüttel	70	70	70	70
Hamburg-Nord	73	73	73	73
Wandsbek	100	100	100	100
Bergedorf	129	129	129	129
Harburg	43	43	43	43
Gesamt	500	500	500	500

Die Mittel sind im Wesentlichen vorgesehen für die durch die neue StVO möglichen und gewünschten Verbesserungen und Veränderungen im Fahrradverkehr. Dementsprechend dienen die Mittel schwerpunktmäßig

- dem Neu-, Um- und Ausbau von Radwegen zur Verbesserung des baulichen und verkehrlichen Zustandes insbesondere durch Verbreiterung und unbehinderte, geradlinige Führung im Streckenbereich sowie sichere und attraktive Führung in Knoten- und Einmündungsbereichen;
- der Herstellung von Fahrradabstellanlagen im öffentlichen Straßenraum, insbesondere an Haltestellen des ÖPNV einschließlich "bike & ride" sowie
- der Förderung der Aufstellung von Fahrradhäuschen; dafür können aus diesem Titel auch Zuschüsse an Dritte gewährt werden.

Die Verpflichtungsermächtigung ist zu Lasten 2004 veranschlagt.

742.03 – Bau und Erweiterung von öffentlichen P+R-Anlagen –

Die Finanzierung der Investitionsmaßnahmen (einschl. Grundinstandsetzung, Modernisierung und Grunderwerb) erfolgt über Ausgleichsbeträge für Stellplätze (vgl. Erläuterungen zu Titel 6500.863.01). Der Grunderwerb für P+R-Anlagen wird bei 821.06 eingestellt. Entscheidungen über den Bau oder Ausbau von P+R-Anlagen werden bei Gesamtkosten von über 800.000 EUR der Bürgerschaft mit besonderer Drucksache zur Kenntnis gegeben. Eine Prioritätensetzung für Maßnahmen in 2003 steht noch aus.

742.09 – Busbeschleunigung Linie 25 –

Die Verwendung von Ausgleichsbeträgen für verschiedene Investitionsmaßnahmen wurde der Bürgerschaft mit der Drucksache 16/4394 vom 20.6.2000 mitgeteilt, so unter anderem auch die Finanzierung der Maßnahme „Busbeschleunigung Linie 106“ (neu: 25), die über Ausgleichsbeträge für Stellplätze (vgl. Erläuterungen zu 6500.863.01) erfolgt.

742.10 – Umbau und Modernisierung der Busumsteigeanlage Wandsbek Markt –

Veranschlagt sind bei diesem Titel die Umbau- und Modernisierungskosten für den Busumsteigeplatz Wandsbek Markt. (Vgl. hierzu Drs. 16/5715 vom 6.3.2001).

750.01 – Neugestaltung des Spielbudenplatzes –

Die Finanzierung der Maßnahme erfolgt über die zuwachsenden Einnahmen bei 341.04, die durch private Sponsoren zur Finanzierung der Figuren und Brunnen für den Spielbudenplatz eingehen.

Gesamtkosten 4.350.000 EUR

Veranschlagt sind bis 2002 1.790.000 EUR
Ansatz 2003 2.560.000 EUR 4.350.000 EUR

750.23 – Ortsumgehung Finkenwerder –

Der Senat hat im April 2002 entschieden, die Planung und den Bau der Ortsumgehung Finkenwerder auf der Grundlage der deichfernen Südtrasse mit dem Ziel eines Abstandes von 10 m zum Naturschutzgebiet Finkenwerder Süderelbe unter Beachtung der für die planerische Abwägung maßgebenden Gesichtspunkte zügig voranzutreiben.

Voraussichtliche Gesamtkosten (geschätzt)	25.600.000 EUR
davon entfallen auf	
- den zentralen Titel (799.01-Vergütungen an Vertragsingenieure)	<u>1.300.000 EUR</u>
- Baukosten und Grunderwerb	24.300.000 EUR
Ansatz 2003	<u>0 EUR</u>
Vorbehalten bleiben	24.300.000 EUR

Die Verpflichtungsermächtigung ist zu Lasten 2004 veranschlagt.

760.23 – Ausbau der Straße Am Stadtrand –

Im Zusammenhang mit der Verkehrsplanung „Verlängerung Friedrich-Ebert-Damm“, die den Berner Heerweg vom Verkehr entlastet, soll auch die Walddörferstraße zwischen den Knotenpunkten „Am Stadtrand“ und „Tegelweg“ verkehrsberuhigt werden. Dies bedeutet, dass der Verkehr, der bisher über die Walddörferstraße geführt wurde, zukünftig über die Straße „Am Stadtrand“ und den Friedrich-Ebert-Damm geleitet wird. Die Verkehrsbelastung in der Straße „Am Stadtrand“ wird sich verdoppeln. Die vorhandenen zwei Fahrstreifen reichen hierfür nicht mehr aus; daher ist ein vierstreifiger Ausbau der Straße „Am Stadtrand“ einschließlich der Knotenpunkte vorgesehen.

Gesamtkosten gemäß Kostenunterlage nach §§ 24/ 54 LHO vom 14.4.2002	6.020.000 EUR
davon entfallen auf	
- den zentralen Titel (799.01-Vergütungen an Vertragsingenieure)	700.000 EUR
- Grunderwerb (821.16)	<u>920.000 EUR</u>
- Baukosten (ohne zentrale Titel)	4.400.000 EUR
Ansatz 2003	<u>3.000.000 EUR</u>
Vorbehalten bleiben	1.400.000 EUR

Die Verpflichtungsermächtigung ist zu Lasten 2004 veranschlagt.

770.23 – Grundinstandsetzung und Umbau des Krohnstiegs –

Der Krohnstieg ist Teilabschnitt des Ring 3. Die ursprünglich in Abschnitten vorgesehene Grundinstandsetzung des Krohnstieges zwischen Niendorfer Straße und Langenhorner Chaussee sowie der Umbau des Knotens Ring 3 mit der Langenhorner Chaussee in Anpassung an die veränderten Verkehrsströme nach Inbetriebnahme der Umgehung Fuhlsbüttel sollen nunmehr zusammengefasst realisiert werden. Durch Verkürzung der Bauzeit werden die Beeinträchtigungen während der Bauzeit minimiert.

Gesamtkosten gemäß Kostenunterlage nach §§ 24/ 54 LHO vom 18.12.2001	6.665.000 EUR
davon entfallen auf	
- den zentralen Titel (799.01-Vergütungen an Vertragsingenieure)	665.000 EUR
- Grunderwerb (821.01)	100.000 EUR
- passiven Lärmschutz (893.01)	<u>100.000 EUR</u>
- Baukosten (ohne zentrale Titel)	5.800.000 EUR

Veranschlagt sind bis 2002 3.000.000 EUR

Ansatz 2003 2.800.000 EUR 5.800.000 EUR

773.23 – Verlängerung Friedrich-Ebert-Damm –

Der Friedrich-Ebert-Damm wird zwischen den bereits vierspurig ausgebauten Abschnitten westlich Tegelweg und nördlich Ivo-Hauptmann-Ring verlängert. Mit dem Lückenschluss im Friedrich-Ebert-Damm soll die neue Straße die Funktion des Berner Heerweges als Hauptverbindung in Richtung Farmsen übernehmen. Für die Wohnbebauung am Berner Heerweg wird eine deutliche Verkehrsberuhigung durch die Abnahme der Verkehrsbelastung erreicht.

Gesamtkosten gemäß Kostenunterlage nach § 24 LHO vom 4.5.1999	11.248.421 EUR
davon entfallen auf	
- den zentralen Titel (799.01-Vergütungen an Vertragsingenieure)	511.292 EUR
- Grunderwerb (821.15)	<u>664.679 EUR</u>
- Baukosten (ohne zentrale Titel)	10.072.450 EUR

Veranschlagt sind bis 2002 5.634.157 EUR

Dabei ist berücksichtigt, dass 2001 im Wege der gegenseitigen Deckungsfähigkeit insgesamt rd. 710.696 EUR zu Gunsten diverser anderer Titel in Anspruch genommen worden sind.

Ansatz 2003	<u>3.500.000 EUR</u>	<u>9.134.157 EUR</u>
Vorbehalten bleiben		938.293 EUR
Als Verpflichtungsermächtigung sind veranschlagt		900.000 EUR
und zwar zu Lasten 2004		500.000 EUR
2005		400.000 EUR

775.23 – Grundinstandsetzung des Heidenkampswegs –

Der Straßenzug Heidenkampsweg/Billhorner Brückenstraße weist erhebliche Fahrbahnschäden wie Spurrinnen, Längs-, Quer- oder Netzrisse auf. Das Gesamtgefüge des Straßenaufbaus ist auf weiter Strecke zerstört, so dass eine Grundinstandsetzung der Fahrbahnen erforderlich wird. Der Ausbau erfolgt zwischen Gotenstraße und der Eisenbahnbrücke südlich der Amsinckstraße. In diesem Zusammenhang ist die Funktion des Straßenzuges den geänderten Anforderungen sowie neuen Richtlinien anzupassen.

Gesamtkosten gemäß Kostenunterlage nach § 24 LHO vom 12.4.2002	12.600.000 EUR
davon entfallen auf	
- den zentralen Titel (799.01-Vergütungen an Vertragsingenieure)	<u>1.100.000 EUR</u>
- Baukosten (ohne zentrale Titel)	11.500.000 EUR
Ansatz 2003	<u>2.500.000 EUR</u>
Vorbehalten bleiben	9.000.000 EUR
Als Verpflichtungsermächtigung sind veranschlagt	9.000.000 EUR
und zwar zu Lasten 2004	3.500.000 EUR
2005	3.500.000 EUR
2006	1.500.000 EUR
2007	500.000 EUR

785.02 – Grundinstandsetzung Tiefstacker Brücke –

Im Rahmen von Voruntersuchungen zu einer ursprünglich geplanten Verstärkung der Tiefstacker Brücke wurde festgestellt, dass der bei den Querträgern verwendete Stahl sehr inhomogen, aufgrund hoher Konzentrationen an Phosphor, Schwefel und Sauerstoff für die vorhandene Schweißkonstruktion nicht geeignet und äußerst sprödebruchempfindlich ist. Die gravierenden Schäden im Bereich der Stahlkonstruktionen sowie umfangreiche Schäden an dem Überbau und den gemauerten Widerlagern machen eine Erneuerung der Tiefstacker Brücke zwingend notwendig.

Gesamtkosten gemäß Kostenunterlage nach § 24 LHO vom 12.4.1999	5.010.660 EUR
davon entfallen auf	
- den zentralen Titel (799.01-Vergütungen an Vertragsingenieure)	<u>153.387 EUR</u>
- Baukosten (ohne zentrale Titel)	4.856.273 EUR
Veranschlagt sind bis 2002	3.724.653 EUR
Dabei ist berücksichtigt, dass 2001 im Wege der gegenseitigen Deckungsfähigkeit insgesamt rd. 163.614 EUR zu Gunsten 741.09 und 785.01 in Anspruch genommen worden sind. 2002 werden 620 EUR wieder zurückgeführt.	

Ansatz 2003	<u>1.132.000 EUR</u>	<u>4.856.653 EUR</u>
-------------	----------------------	----------------------

785.03 – Grundinstandsetzung der Altenwallbrücke –

Die aus mehreren nebeneinander liegenden Bauwerken bestehende Straßenbrücke wurde zwischen 1840 und 1910 erbaut. Im Rahmen der regelmäßigen Bauwerksprüfungen nach DIN 1076 wurden erhebliche Schäden festgestellt, die eine Erneuerung des Bauwerkes unumgänglich machen. Die neue Brücke wird für die Brückenklasse 60/30 dimensioniert.

Gesamtkosten gemäß Kostenunterlage nach §§ 24 / 54 LHO vom 6.8.2001 und 11.12.2001	3.308.139 EUR
davon entfallen auf	
- den zentralen Titel (799.01-Vergütungen an Vertragsingenieure)	<u>260.759 EUR</u>
- Baukosten (ohne zentrale Titel)	3.047.380 EUR

Veranschlagt sind bis 2002	1.500.000 EUR
----------------------------	---------------

Ansatz 2003	<u>1.050.000 EUR</u>	<u>2.550.000 EUR</u>
Vorbehalten bleiben		497.380 EUR

Die Verpflichtungsermächtigung ist zu Lasten 2004 veranschlagt.

785.04 – Grundinstandsetzung der Wagnerstraßenbrücke –

Die Wagnerstraßenbrücke ist eine wichtige Hauptverkehrsstraße zwischen den Hauptverkehrsadern Wandsbeker Chaussee und Hamburger Straße. Die Tragfähigkeit der 1915 erbauten Brücke über den Eilbekkanal musste bereits auf die Brückenklasse 16/16 herabgestuft werden. Im Rahmen der regelmäßigen Bauwerksprüfungen nach DIN 1076 wurden erhebliche Schäden festgestellt, die eine Erneuerung des Bauwerkes unumgänglich machen. Die neue Brücke wird für die Brückenklasse 60/30 dimensioniert.

Gesamtkosten gemäß Kostenunterlage nach §§ 24 / 54 LHO vom 18.12.2001	2.797.500 EUR
davon entfallen auf	
- den zentralen Titel (799.01-Vergütungen an Vertragsingenieure)	110.000 EUR
- Grunderwerb (821.01)	<u>12.500 EUR</u>
- Baukosten (ohne zentrale Titel)	2.675.000 EUR

Veranschlagt sind bis 2002 1.300.000 EUR

Ansatz 2003 1.375.000 EUR 2.675.000 EUR

785.06 – Grundinstandsetzung der Billbrookkanalbrücke –

Die Billbrookkanalbrücke überspannt im Zuge der Moorfleeter Straße den Billbrookkanal. Unter Beibehaltung der Spannweite von etwa 50 m wird zukünftig ein Stahlüberbau den Billbrookkanal überspannen. Äußere Geometrie und Querschnitte werden nicht verändert.

Gesamtkosten gemäß Kostenunterlage nach §§ 24 / 54 LHO vom 10.4.2002	3.535.000 EUR
davon entfallen auf	
- den zentralen Titel (799.01-Vergütungen an Vertragsingenieure)	<u>115.000 EUR</u>
- Baukosten (ohne zentrale Titel)	3.420.000 EUR

Ansatz 2003 1.000.000 EUR
Vorbehalten bleiben 2.420.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind veranschlagt	2.420.000 EUR
und zwar zu Lasten 2004	1.300.000 EUR
2005	990.000 EUR
2006	130.000 EUR

788.01 – Allgemeine Erschließungen –

Die Mittel sind für sämtliche Aufwendungen der äußeren und inneren Erschließung für Wohnungsbau, Gemeinbedarf und Gewerbeflächen bestimmt. Dazu gehören der Neu-, Um- und Ausbau öffentlicher Straßen, Brücken, Siele und Gewässer einschließlich der Kosten – auch Dritter – für Planung, Entwurf, Statik, Bauvorbereitung, Baudurchführung und Sonderleistungen einschl. Vermessungskosten. Weiterhin fällt darunter die Erstattung von Kosten für Erschließungsaufwendungen, die durch private Bauträger als Vorleistungen erbracht wurden (z. B. Ingenieurkosten). Ein Teil der Aufwendungen aus Haushaltsmitteln geht später in Form von Wegbau- und Sielbaubeiträgen bei den Titeln 6300.341.31 und 8700.341.36 wieder ein.

Zur Beschleunigung der einzelnen Wohnungsbauvorhaben sind vorzeitige Besitzeinweisungen / vorgezogene Baumaßnahmen erforderlich. Das mögliche Risiko aus dann noch nicht beendeten Rechtsverfahren (Planfeststellung / Ausbaugenehmigung / Gerichtsverfahren) ist für einen eventuellen Rück- bzw. Umbau hier finanziell abgesichert.

Bei der Vielzahl der jährlich zu finanzierenden Maßnahmen und der Abhängigkeit vom Beginn der Hochbauprojekte können Erschließungsmaßnahmen nur exemplarisch genannt werden. U.a. sollen nachstehende laufende bzw. neue Maßnahmen finanziert werden (Änderungen bleiben vorbehalten):

Private Erschließungen:

a) Gewerbeflächen	Krohnstieg Kohlentwiete	(Stadtteil Langenhorn) (Stadtteil Bahrenfeld)
b) Wohnbauflächen	Kirchwerder 17 / Ochsenwerder 8 nördlich Twietenknick	(Stadtteil Kirchwerder) (Stadtteil Bergstedt)

Erschließung vonGemeinbedarfsflächen:

Justizvollzugsanstalt (JVA)	(Stadtteil Billwerder)
Sportplatz Meiendorfer Str.	(Stadtteil Rahlstedt)

Bebauungsplan-Folgemaßnahmen:

Kakenhauer Weg	(Stadtteil Duvenstedt)
Große Elbstr. / Kaistraße	(Stadtteil Altona-Altstadt)
Hinsbeker Berg	(Stadtteil Poppenbüttel)

Endgültige Herstellung:

	Am Waldschlößchen	(Stadtteil Harburg)
<u>Liegenschaftserschließungen:</u>		
a) Gewerbeflächen	Pepermölenbek Lübecker Straße / Landwehr	(Stadtteil St. Pauli) (Stadtteil Hohenfelde)
b) Wohnbauflächen	Schwarzbuchenweg Kornweg Ebeersreye	(Stadtteil Wellingsbüttel) (Stadtteil Ohlsdorf) (Stadtteil Farmsen - Berne)

Über diesen Titel werden auch die Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen für das Vorhaben „ARENA“ im Volkspark einschließlich des Herrichtens der Stellplatzanlagen finanziert.

Ansatz 2003 9.763.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind veranschlagt	23.700.000 EUR
und zwar zu Lasten 2004	7.700.000 EUR
2005	7.700.000 EUR
2006	7.700.000 EUR
2007	600.000 EUR

Grunderwerb ist bei 821.03 veranschlagt.

Einnahmen (Titel 341.02)

Die Einnahmen von Bauträgern für allgemeine Erschließungen fließen dem Titel 788.01 zu. Bauträgereinnahmen für Maßnahmen der Hamburger Stadtentwässerung im Zusammenhang mit allgemeinen Erschließungen sind hier auch veranschlagt.

788.02 – Erschließung HafenCity –

Für die Erteilung erster Aufträge zur Bestandsaufnahme sowie der Anpassung von Verkehrsanlagen ist eine Verpflichtungsermächtigung zu Lasten 2005 veranschlagt.

789.01 – Erschließung von Großprojekten im Rahmen des Wohnungsbauprogrammes –

Bei diesem Titel sind die Mittel für die Erschließung von Großprojekten im Rahmen des Wohnungsbauprogrammes mit mehr als 400 Wohneinheiten (WE) veranschlagt. Die Mittel sind für sämtliche Aufwendungen der äußeren und inneren Erschließung bestimmt. Dazu gehören der Neu-, Um- und Ausbau öffentlicher Straßen, Brücken, Siele und Gewässer einschließlich der Kosten – auch Dritter – für Planung, Entwurf, Statik, Bauvorbereitung, Baudurchführung und Sonderleistungen einschl. Vermessungskosten. Die Finanzierung erfolgt bei privaten Baumaßnahmen aus Haushaltsmitteln und Beiträgen der Bauträger, die beim Titel 341.06 vereinnahmt werden; bei Veranlassung durch die FHH (Liegenschaftserschließungen) ausschließlich aus Haushaltsmitteln.

Zur Beschleunigung der einzelnen Wohnungsbauvorhaben sind vorzeitige Besitzeinweisungen/vorgezogene Baumaßnahmen erforderlich. Das mögliche Risiko aus dann noch nicht beendeten Rechtsverfahren (Planfeststellung / Ausbaugenehmigung / Gerichtsverfahren) ist für einen eventuellen Rück- bzw. Umbau hier finanziell abgesichert.

Maßnahmen in 2003	WE	Mio. EUR
Allermöhe II	5.700	92,0
Farmsen (Trabrennbahn)	1.000	7,7
Rahlstedter Höhe (Boehn-Kaserne)	1.600	7,7
Reinbeker Redder	750	6,7
Boltwiesen (Graf-Goltz-Kaserne)	420	6,1
Neugraben-Fischbek	1.500	25,0
Zusammen	10.970	145,2

Der geschätzte Erschließungsaufwand beträgt für die o. g. Maßnahmen insgesamt 145,2 Mio. EUR.

Ansatz 2003 5.100.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind veranschlagt	21.000.000 EUR
und zwar zu Lasten 2004	7.500.000 EUR
2005	7.600.000 EUR
2006	5.900.000 EUR

Grunderwerb (Titel 821.05)

Für die Großprojekte Allermöhe II und Rahlstedter Höhe (Boehn-Kaserne) werden weitere Werterstattungen für die benötigten Bodenflächen erwartet.

Einnahmen (Titel 341.06)

In 2003 werden Bauträgereinnahmen für die Großprojekte Boltwiesen (Graf-Goltz-Kaserne) und Reinbeker Redder erwartet, die 789.01 zufließen. Bauträgereinnahmen für Maßnahmen der Hamburger Stadtentwässerung im Zusammenhang mit Großprojekterschließungen sind auch bei diesem Titel veranschlagt.

- 799.01 – Vergütungen an Vertragsarchitektinnen, -architekten, -ingenieurinnen, -ingenieure, Sachverständige u. dgl. sowie sächliche Bauaufsichtskosten –

Die bei diesem Titel veranschlagten Mittel decken alle Aufgabenbereiche des Tiefbauamtes einschl. der Auftragsverwaltung des Bundes ab, soweit nicht entsprechende Mittel bei anderen Titeln bereitstehen (vgl. Allgemeines zu den Investitionen). Sie werden eingesetzt für Planung, Entwurf, Statik, Bauvorbereitung, Projektconsulting, Baudurchführung, Sonderleistungen und Projektsteuerung einschließlich den Instrumenten des NSM sowie für Voruntersuchungen von Baugrund und Bauvorhaben, sächliche Bauaufsichtskosten (einschl. Beschaffung, Anmietung, Unterhaltung, Bewirtschaftung und Ausstattung von Baubüros, bauvertraglicher Beweis-sicherung), Informationsveranstaltungen, Lichtpausen, Fotoarbeiten, Broschüren, Faltblätter und sonstige Architekten- und Ingenieurleistungen sowie die damit verbundenen DV-Leistungen und den ggf. von Hamburg zu tragenden Sachkosten der Eröffnung von Verkehrsbauwerken. Dazu gehören auch die Durchführung von Wettbewerben sowie Herstellung von Arbeitsmodellen und Demonstrationsmaterial für städtebaulich schwierige Objekte der Planung von Straßen, Brücken, Ingenieur- und Ingenieurhochbauten, sonstige Kosten im Zusammenhang mit der 4. Röhre des Elbtunnels soweit sie nicht von Dritten getragen werden einschließlich Haftpflicht- und Bauleistungsversicherungen gem. Vereinbarung mit dem BMVBW.

Den Aufwendungen für Bundesfernstraßen stehen Einnahmen vom Bund (UA-III-Mittel) gegenüber, die nach Baufortschritt gezahlt und beim Titel 231.01 vereinnahmt werden.

Die Verpflichtungsermächtigung ist zu Lasten 2004 veranschlagt.

- 811.01 – Beschaffung von Fahrzeugen –

Veranschlagt sind die Kosten für die Beschaffung eines Ersatzfahrzeuges einschl. Hubsteiger mit ergänzender Ausstattung für die Brückenprüfung.

- 811.86 – Investitionsmaßnahmen für Betriebsplätze, Hochbaumaßnahmen sowie Beschaffungen von Fahrzeugen, Zweckzuweisungen an die Bezirke –

Veranschlagt sind die Kosten für die Ersatz- und Neubeschaffung von Fahrzeugen und Geräten, die von den Straßenbaurevieren der Bezirke oder auf den Betriebsplätzen eingesetzt werden und die Aufwendungen für die Sanierung und Grundinstandsetzung von Gebäuden auf den Betriebsplätzen. Die Entscheidung über die Aufteilung der veranschlagten Mittel auf die einzelnen Bezirke erfolgt bedarfsgerecht kurz vor Beginn des Haushaltsjahres; die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter übertragen.

Ansatz 2003	470.000 EUR
Als Verpflichtungsermächtigung sind veranschlagt	800.000 EUR
und zwar zu Lasten 2004	506.000 EUR
2005	294.000 EUR

- 862.01 – Darlehen an Dritte zum Ausgleich von Nachteilen bei Erschließungsmaßnahmen –

Aus den Mitteln dieses Titels werden Eigentümern und Nutzungsberechtigten von Grundstücken, die bei Erschließungsmaßnahmen in Anspruch genommen werden, Darlehen gewährt, soweit dieses neben Entschädigungen für die Aufgabe von Rechten oder aus Billigkeitsgründen notwendig ist, um den Betroffenen einen Wiederaufbau an anderer Stelle zu ermöglichen. Ferner werden Darlehen vergeben, um Grundeigentümer in die Lage zu versetzen, in Neubaugebieten liegende Flächen mit minderwertiger Bausubstanz planungsmäßig neu zu bebauen. Die Kommission für Bauordnung entscheidet über die Gewährung von Darlehen und über die Festsetzung von Konditionen. Für 2003 sind keine konkreten Maßnahmen bekannt, die Verpflichtungsermächtigung zu Lasten 2004 ist vorsorglich veranschlagt.

- 881.05 – Kostenanteile Bundesfernstraßen –

Bei Baumaßnahmen in der Baulast des Bundes ist der Bund der Initiativträger. Höhe und Zeitpunkt der fälligen Kostenanteile werden aufgrund von Verträgen festgelegt. Veranschlagt sind von Hamburg zu tragende Kostenanteile zu Fernstraßenbaumaßnahmen sowie damit zusammenhängende Verwaltungskosten der Deutschen Bahn AG. Hierunter fallen auch Verwaltungskosten von Eisenbahnunternehmen bei Baumaßnahmen in der Baulast des Bundes, sofern diese vom Land zu tragen sind.

2003 ist neben der Fortsetzung laufender Maßnahmen der sechsstreifige Ausbau der A 1 von AS HH-Billstedt bis AD HH-Südost und gleichzeitig die Anbindung der Amandus-Stubbe-Straße an die AS Hamburg-Moorfleet vorgesehen. Im Laufe des Haushaltsjahres können sich Änderungen der bisher bekannten Bauprogramme des Landes, des Bundes oder der Deutschen Bahn AG ergeben, die es notwendig machen, im Rahmen der bereitstehenden Haushaltsmittel Kostenanteile für weitere Bundesfernstraßen zu leisten.

Ansatz 2003	2.100.000 EUR
Als Verpflichtungsermächtigung sind veranschlagt	12.000.000 EUR
und zwar zu Lasten	
2004	2.100.000 EUR
2005	2.100.000 EUR
2006	2.100.000 EUR
2007	2.100.000 EUR
später	3.600.000 EUR

891.01 – Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan Autobahn- und Tunnelbetrieb für Geräte und Fahrzeuge –

Aus den Mitteln dieses Titels werden Investitionszuschüsse an den Wirtschaftsplan für die Beschaffung von Geräten und Fahrzeugen (soweit diese nicht vom Bund bereitgestellt werden) entsprechend den betrieblichen Erfordernissen, die sich häufig kurzfristig ergeben, gewährt (vgl. Wirtschaftsplan des Autobahn- und Tunnelbetriebs (§15 Abs. 2 LHO), Anlage 2.3).

Ansatz 2003	10.000 EUR
-------------	------------

Die Verpflichtungsermächtigung ist zu Lasten 2004 veranschlagt.

891.10 – Kostenbeiträge zu verschiedenen Baumaßnahmen der Verkehrsunternehmen –

Die bei diesem Titel veranschlagten Kostenbeiträge leistet Hamburg gemäß Eisenbahnkreuzungsgesetz (EKrG) in der Fassung vom 9.9.1998 (BGBl. I, S. 2858) oder aufgrund von vertraglichen Verpflichtungen. Hierzu gehören:

- Verwaltungskosten,
- Kostenbeiträge, die nicht im Zusammenhang mit hamburgischen Baumaßnahmen stehen,
- Sicherungseinrichtungen und Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit an Bahnübergängen und Eisenbahnüberführungen einschl. kleiner Baumaßnahmen, die von Hamburg im Zusammenhang mit den Baumaßnahmen der Bahnunternehmen durchgeführt werden,
- Zuschüsse gem. § 17 EKrG,
- Ablösebeiträge.

Aus diesem Titel erfolgt auch die Restabwicklung der Maßnahme S-Bahn Harburg.

Ansatz 2003	33.000 EUR
Als Verpflichtungsermächtigung sind veranschlagt	5.600.000 EUR
und zwar zu Lasten	
2004	1.100.000 EUR
2005	1.100.000 EUR
2006	1.300.000 EUR
2007	1.500.000 EUR
später	600.000 EUR

Folgekosten:

Es entstehen keine Folgekosten.

891.18 – Kostenanteil Hamburgs am Bau der Schnellbahnanbindung Flughafen –

Über den Bau und die Finanzierung der Flughafen-S-Bahn wurden am 4.9., 24.10. und 31.10.2000 Verträge mit der DB Netz AG und der DB Station & Service AG geschlossen. Mit dem Bau ist 2001 begonnen worden, die Inbetriebnahme der neuen S-Bahn-Strecke ist voraussichtlich 2007 vorgesehen.

Gesamtkosten inkl. Vorwegbauwerk und Sachkosten Hamburgs gem. Kostenunterlagen nach §§ 24/54 LHO vom 6.11.2000	225.479.720 EUR
---	-----------------

davon sind zur Netto-Veranschlagung abzusetzen (voraussichtliche GVFG-Zuwendungen)	<u>112.995.506 EUR</u>
---	------------------------

Der bei diesem Titel zu veranschlagende Kostenanteil Hamburgs beträgt einschl. Vorwegbauwerk und Sachkosten	112.484.214 EUR
--	-----------------

Veranschlagt sind bis 2002	48.233.704 EUR
Ansatz 2003	<u>16.380.000 EUR</u> <u>64.613.704 EUR</u>

Vorbehalten bleiben

47.870.510 EUR

Die Verpflichtungsermächtigung von ist zu Lasten 2004 veranschlagt.

Folgekosten:

Die Folgekosten des Betriebes können im Wesentlichen über Kombitickets für Fluggäste und zusätzliche Großkundenabonnements für das Flughafenpersonal getragen werden. Die Einzelheiten werden in einem besonderen Vertrag mit der S-Bahn Hamburg GmbH geregelt.

891.20 – Kostenanteil Hamburgs an der Aufhebung der Bahnübergänge in Wandsbek –

Mit der Drucksache 13/5583 – Aufhebung der beschränkten Bahnübergänge an der Bundesbahnstrecke Hamburg-Lübeck im Bezirk Wandsbek – wurde die Bürgerschaft am 5.4.1990 über die bauliche Konzeption unterrichtet. Sie hat dem Abschluss einer Rahmenvereinbarung über die Aufhebung der Bahnübergänge mit der Deutschen Bundesbahn zugestimmt.

Zur Ausführung kommen Einzellösungen, für die jeweils Kostenunterlagen aufgestellt und Eisenbahnkreuzungsvereinbarungen abgeschlossen werden. Eine Fortschreibung der Kostenunterlage nach der 1. EkrV ist nicht vorgesehen, da der Bund als Kreuzungsbeteiligter für jede Einzelmaßnahme eine Kreuzungsvereinbarung fordert.

Bereits fertiggestellt und dem Verkehr übergeben werden konnten die Straßenüberführung Holstenhofweg, die Eisenbahnüberführung Tonndorfer Weg und Luetkensallee (jeweils Geh- und Radweg). Mit den Baumaßnahmen zur Aufhebung des Bahnübergangs Oldenfelder Straße ist begonnen worden. Bis zum Beginn des Jahres 2003 soll mit der bereits planfestgestellten Baumaßnahme Tonndorfer Hauptstr. / Sonnenweg / Dammwiesenstraße begonnen werden.

Gesamtkosten gem. fortgeschriebener HU – Bau vom 22.5.2001	201.184.152 EUR
--	-----------------

davon durch andere Kostenträger gedeckt:	<u>184.548.760 EUR</u>
--	------------------------

Kostenanteil Hamburgs, der aus dem Haushalt zu finanzieren ist	16.635.392 EUR
--	----------------

Veranschlagt sind bis 2002	9.621.573 EUR
Ansatz 2003	<u>1.500.000 EUR 11.121.573 EUR</u>

Vorbehalten bleiben	5.513.819 EUR
---------------------	---------------

Zur Durchführung größerer Baumaßnahmen ist eine Brutto-Verpflichtungsermächtigung in Höhe von veranschlagt, die überwiegend durch zweckgebundene Einnahmen anderer Kostenträger (Titel 331.11 und 331.20) abgedeckt wird.	60.000.000 EUR
---	----------------

Die auf den hamburgischen Anteil entfallende Verpflichtungsermächtigung wird wie folgt abgedeckt

zu Lasten	2004	1.600.000 EUR
	2005	1.500.000 EUR
	2006	1.800.000 EUR
	2007	613.000 EUR

Folgekosten:

Die jährlichen Unterhaltungs- und Betriebskosten der von Hamburg zu übernehmenden Bauwerke belaufen sich gem. der bei Abwicklung von Kreuzungsmaßnahmen zu Grunde zu legenden Bestimmungen auf 797.104 EUR.

891.21 – Kostenanteil Hamburgs am Ausbau der AKN in Eidelstedt –

Mit der Drucksache 15/5726 – Zweigleisiger Ausbau der Eisenbahn-Aktiengesellschaft Altona-Kaltenkirchen-Neumünster (AKN) in Eidelstedt – wurde die Bürgerschaft am 17./18.6.1996 über die grundlegenden Planungen und Konzeptionen hinsichtlich der Ausbaumaßnahmen des Streckenabschnitts zwischen Eidelstedt und Schnelsen unterrichtet. Der zweigleisige Ausbau der AKN in Eidelstedt ist Teil des Gesamtkonzepts zum Ausbau der Linie A 1 von Eidelstedt bis Kaltenkirchen. Das Gesamtprojekt soll durch das GVFG-Bundesprogramm, ergänzt durch das GVFG-Landesprogramm, bezuschusst werden.

Gesamtkosten gem. Kostenunterlage nach § 24 LHO vom 21.5.1999	65.956.653 EUR
---	----------------

davon durch andere Kostenträger gedeckt:	<u>53.552.200 EUR</u>
--	-----------------------

Kostenanteil Hamburgs, der aus dem Haushalt zu finanzieren ist:	12.404.453 EUR
---	----------------

Veranschlagt sind bis 2002	5.624.211 EUR
----------------------------	---------------

Dabei ist berücksichtigt, dass 2001 bei diesem Titel 511.292 EUR abgesetzt worden sind (Drucksache 16/6045).

Ansatz 2003	3.045.000 EUR	8.669.211 EUR
Vorbehalten bleiben		3.735.242 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind veranschlagt		3.700.000 EUR
und zwar zu Lasten	2004	2.000.000 EUR
	2005	1.285.000 EUR
	2006	415.000 EUR

Folgekosten ab Inbetriebnahme der ausgebauten Strecke:

Als Gesellschafter der AKN ist Hamburg mittelbar an den jährlichen Folgekosten für Finanzierung und Betrieb der erweiterten Strecke beteiligt (Titel 6500.682.01). Nach einer Absprache mit Schleswig-Holstein als weiteren Gesellschafter werden die durch den Ausbau bedingten Mehrkosten von dem Gesellschafter getragen, auf dessen Gebiet die Mehrbelastung entsteht. Die jährlichen Folgewirkungen werden wie folgt kalkuliert:

- Mehrausgaben für Abschreibung und Zinsen des AKN-Anteils	rd. 0,75 Mio. EUR
- Mehrausgaben für Instandhaltung der erweiterten Infrastruktur sowie die zusätzlichen Betriebsleistungen infolge der Mehrfahrten	rd. 0,72 Mio. EUR
- Minderausgaben	- EUR
- Mehreinnahmen aus dem HVV	rd. 0,30 Mio. EUR
Netto-Mehrbelastung	rd. 1,17 Mio. EUR

891.56 – Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan Autobahn und Tunnelbetrieb für IuK-Maßnahmen –

Aus den Mitteln dieses Titels werden Investitionszuschüsse an den Wirtschaftsplan für IuK - Technik gemäß Bedarfsanmeldung gewährt. (vgl. Wirtschaftsplan des Autobahn- und Tunnelbetriebs (§15 Abs. 2 LHO), Anlage 2.3.)

Ansatz 2003	125.000 EUR
-------------	-------------

Die Verpflichtungsermächtigung ist zu Lasten 2004 veranschlagt.

893.01 – Erstattungen für Maßnahmen zum Schutz gegen Straßenlärm (passiver Lärmschutz bei Neubau oder wesentlicher Änderung von Straßen) –

Veranschlagt sind Erstattungen von Kosten für Maßnahmen zum Schutz gegen Straßenlärm (passiver Lärmschutz bei Neubau oder wesentlicher Änderung von Straßen). Rechtsansprüche auf passiven Lärmschutz bestehen nach § 42 Bundes-Immissionsschutzgesetz / 16. BImSchV (Verkehrslärmschutzverordnung). Sie werden auf der Grundlage lärmtechnischer Untersuchungen nach Anlage 1 der 16. BImSchV ermittelt. Kosten des aktiven Lärmschutzes (Wände, Wälle) werden bei der jeweiligen Baumaßnahme veranschlagt.

Finanzhilfen des Bundes nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz können in Anspruch genommen werden (vgl. 331.01).

Ansatz 2003	500.000 EUR
-------------	-------------

Als Verpflichtungsermächtigung sind veranschlagt		1.500.000 EUR
und zwar zu Lasten	2004	500.000 EUR
	2005	500.000 EUR
	2006	500.000 EUR

6420 Wasserwirtschaft

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Vgl. Produktinformation – Produktbereich 06 – Wasserwirtschaft

2. Zuwendungen

entfällt

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Die Einnahmen setzen sich zusammen aus:

- dem Gebührenaufkommen nach der:
- Umweltgebührenordnung vom 05.12.1995 i.d.F. vom 04.12.2001 (GVBl. S. 563) (Titel 111.01, 111.12),
- Gebührenordnung für die Hafen- und Schifffahrtsverwaltung i.d.F. vom 04.12.2001 (GVBl. S. 499) (Titel 111.12);
- Grundstücksverkäufen (Titel 131.91),
- Bundeszuweisungen für die Verbesserung des Hochwasserschutzes einschl. der Binnenentwässerung (Titel 331.01),

Ausgaben

Personalausgaben

Siehe Vorwort zum Einzelplan 6

Sach- und Fachausgaben

Die Sach- und Fachausgaben in diesem Bereich umfassen u.a.:

- Betriebsausgaben für Gewässer und Nebenanlagen, Hochwasserschutzanlagen und Deichverteidigung (Titel 517.02, 517.03, 519.02, 519.03, 521.02, 521.03, 521.81, 521.86 teilw.),
- Beiträge, Kostenanteile und -erstattungen Hamburgs an wasserwirtschaftliche Verbände und Einrichtungen (Titel 685.02, 521.86 teilw.).

Allgemeines zu den Sach- und Fachausgaben:

Soweit Ingenieurleistungen, Gutachten, Untersuchungen oder Leistungen von Sachverständigen im unmittelbaren Zusammenhang mit den Betriebs- sowie Unterhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen stehen, werden sie aus den entsprechenden Titeln (519.02, 519.03, 521.02, 521.03, 521.81, 521.86) finanziert.

Nachstehende Titel werden wegen ihrer besonderen Bedeutung bzw. erheblichen Veränderungen im Einzelnen erläutert:

521.02 – Betriebsausgaben für Gewässer und Nebenanlagen –

Bei diesem Titel werden die Aufwendungen für die Unterhaltung der Gewässer und Nebenanlagen (ohne die bei 517.02 und 519.02 veranschlagten Bewirtschaftungs- und Unterhaltungskosten der Grundstücke) und die Beseitigung der durch andere oder höhere Gewalt verursachten Schäden nachgewiesen. Einnahmen auf Grund von Regressansprüchen bei 119.92, Erstattungen Dritter für Mehrunterhaltungsaufwand bei 281.01 beziehungsweise Spenden für den Betrieb und die Unterhaltung des Schwanenquartiers bei 282.02 fließen den Ausgabemitteln zu.

Veranschlagt sind:			
Aufgabenbereiche	Ansatz 2003	Ansatz 2002 in Tsd. EUR	Ergebnis 2001
1. Haltung von Fahrzeugen	60	60	83
2. Geräte u. Ausstattungsgegenstände	40	40	33
3. Unterhaltung der Gewässer und Nebenanlagen	310	304	295
insgesamt	410	404	411
Nachrichtlich:			
bei 521.81 veranschlagte bezirkliche Anteile	1.872	1.763	1.830
bei 521.86 veranschlagte bezirkliche Anteile für Kostenerstattungen an wasserwirtschaftliche Verbände	190	168	172
Gesamter Unterhaltungsaufwand an Gewässern	2.472	2.335	2.413

521.03 – Betriebsausgaben für Hochwasserschutzanlagen und Deichverteidigung –

Bei diesem Titel werden die Aufwendungen für die Unterhaltung der Hochwasserschutzanlagen (ohne die bei 517.03 u. 519.03 veranschlagten Bewirtschaftungs- und Unterhaltungskosten der Grundstücke), die Aufwendungen für die Deichverteidigung sowie die Beseitigung der durch andere oder höhere Gewalt verursachten Schäden nachgewiesen. Einnahmen auf Grund von Regressansprüchen bei 119.92 fließen den Ausgabemitteln zu.

Veranschlagt sind			
Aufgabenbereiche	Ansatz 2003	Ansatz 2002 in Tsd. EUR	Ergebnis 2001
1. Haltung von Fahrzeugen	14	14	4
2. Geräte und Ausstattungsgegenstände	8	8	2
3. Mieten und Pachten	1	1	
4. Unterhaltung der Hochwasserschutzanlagen	1.400	1.344	653
5. Beschaffung, Wartung, Transport u. Unterhaltung von Deichverteidigungsmaterial sowie der Deichverteidi- gungsstützpunkte einschl. der Kommunikationsmittel und Schutzbekleidung	77	38	39
6. Sachkosten und Pauschalentschädigungen für Übungen, Einsätze und Rufbereitschaft der Deichverteidigung	20	20	21
7. Herstellungskosten der jährlichen Neuauflage des Deich- verteidigungsplanes und anderer Arbeitsunterlagen so- wie Aus- und Fortbildung	20	20	9
Insgesamt	1.540	1.445	728
Nachrichtlich:			
bei 521.86 veranschlagte bezirkliche Teilansätze zur Unter- haltung der Deichstraßen u. Deichverteidigung	472	466	1.221 ¹
Gesamter Unterhaltungsaufwand für Hochwasserschutz- Anlagen und Deichverteidigung	2.012	1.911	1.949

521.81 – Betriebsausgaben für Gewässer II. Ordnung, Rahmenzuweisung an die Bezirke –

In diesem Zuweisungstitel gem. § 27 Abs. 3 Nr. 1 BezVG werden die bezirklichen Anteile für die Bewirtschaftung und Unterhaltung der Grundstücke, der Gewässer und Nebenanlagen sowie die sonstigen bezirklichen Betriebsausgaben für den Betrieb und die Unterhaltung der Gewässer II. Ordnung und deren Nebenanlagen zusammengefasst.

Neben den Betriebsausgaben werden auch die Aufwendungen für die Beseitigung der an den Gewässern und deren Nebenanlagen durch andere oder höhere Gewalt verursachten Schäden nachgewiesen.

Für das Haushaltsjahr 2003 erfolgt die Verteilung der Rahmenzuweisung entsprechend dem Verteilungsschlüssel nach § 27 Abs. 4 BezVG. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt verteilt:

¹ Im Ergebnis sind die Ausgaben der Zuweisung an die Bezirke aus den Maßnahmen 1,2,3 u. 4 enthalten.

Bezirksamt	Ansatz 2003 Tsd. EUR	VE 2003 Tsd. EUR	Ansatz 2002 Tsd. EUR
Hamburg-Mitte	150	39	141
Altona	88	23	83
Eimsbüttel	150	39	141
Hamburg-Nord	135	35	127
Wandsbek	322	84	303
Bergedorf	733	190	691
Harburg	294	76	277
Gesamt	1.872	486	1.763

521.86 – Betriebsausgaben Hochwasserschutz, Arbeiten für fremde Rechnung sowie Beiträge u.ä. an wasserwirtschaftliche Verbände, Zweckzuweisung a.d. Bezirke –

In diesem Zuweisungstitel gem. § 27 Abs. 3 Nr. 2 BezVG werden die bezirklichen Anteile an den Betriebsausgaben Hochwasserschutz, bei den Arbeiten für fremde Rechnung und an den Beiträgen, Kostenanteilen und -erstattungen an wasserwirtschaftliche Verbände und Einrichtungen zusammengefasst.

Die Aufwendungen für den Betrieb und die Unterhaltung der Hochwasserschutzanlagen, insbesondere der Deichverteidigungsstraßen, für die Deichverteidigung sowie die Beseitigung der in diesem Bereich durch andere oder höhere Gewalt verursachten Schäden werden hier veranschlagt.

Ferner ist der auf vertraglicher Vereinbarung beruhende Beitrag an den Wasserverband Wilhelmsburger Osten (Teilansatz Bez. Harburg 188 Tsd. EUR) sowie der Anteil Hamburgs an den Betriebskosten des Seevewehrs und des Seevekanalwehres veranschlagt (Teilansatz Bez. Harburg 2 Tsd. EUR).

Die Aufteilung auf die Bezirke gem. § 27 Abs. 8 BezVG erfolgt nach dem erwarteten nächstjährigen Bedarf. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksamter wie folgt übertragen:

Bezirksamt	Ansatz 2003 Tsd. EUR	VE 2003 Tsd. EUR	Ansatz 2002 Tsd. EUR
Hamburg-Mitte	58	16	57
Altona	1		1
Eimsbüttel	1		1
Hamburg-Nord	1		1
Wandsbek	1		1
Bergedorf	236	66	233
Harburg	364	46	340
Gesamt	662	128	634

Investitionen

Das Investitionsvolumen für diesen Bereich (42,4 Mio. EUR) wird bestimmt durch:

- Planung, Bau bzw. Ausbau von Hochwasserschutzanlagen einschließlich Grunderwerb (Titel 746.01, Grunderwerb bei 821.01),
- Planung, Bau bzw. Ausbau von wasserwirtschaftlichen Bauwerken bzw. Anlagen zur Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit der Gewässer (Titel 741.01, Grunderwerb bei 821.02) sowie Ersatzbeschaffungen von Wasserfahrzeugen (Titel 811.01).

Im Einzelnen werden die Investitionsausgaben wie folgt erläutert:

741.01 – Wasserwirtschaftliche Baumaßnahmen –

Der Ansatz 2003 gliedert sich wie folgt:		KM	VE
1. Ingenieurleistungen		665.000 EUR	300.000 EUR
2. Einzelmaßnahmen		2.335.000 EUR	1.500.000 EUR
3. Kleine wasserbauliche Maßnahmen		470.000 EUR	200.000 EUR
4. Kostenanteile an Niederschlagswasserbehandlungsanlagen (Absetzteich Schlankweggraben)		200.000 EUR	200.000 EUR
5. Entschlammungsmaßnahmen		750.000 EUR	500.000 EUR
6. Grundinstandsetzung von Ufermauern		1.500.000 EUR	900.000 EUR
Für 2003 sind zusammen veranschlagt		5.920.000 EUR	3.600.000 EUR
davon zu Lasten			
	2004		2.600.000 EUR
	2005		1.000.000 EUR

zu 1.:

Veranschlagt sind Mittel für die Vergütung von Ingenieur-, Architektur- und Landschaftsarchitekturleistungen (einschließlich Nebenkosten, Vervielfältigungen sowie Lichtpausen), u.a. für:

- Erarbeitung von Planungen für wasserwirtschaftliche Maßnahmen an Gewässern, Hochwasserrückhaltebecken und Absetzteichen;
- Aufstellungen von Beweissicherungen;
- statische Berechnungen für die Maßnahmen an Gewässern I. und II. Ordnung;
- Kontrolle von Ingenieurbauwerken nach DIN 1076 (Stand sicherheitsprüfungen für Bauwerke);
- Untersuchungen für die Bestimmung von Schadstoffen im Gewässerschlam;
- Landschaftsbegleitpläne;
- Umweltverträglichkeitsuntersuchungen;
- Baugrunduntersuchungen;
- Gewässerpflegepläne;
- Gewässerentwicklungspläne;
- Regionalpläne;
- Erarbeitung von Arbeitsrichtlinien, fachspezifischen Datensystemen einschließlich Erhebung und Aufbereitung der Daten.

zu 2.u.3.:

Veranschlagt sind Mittel für die Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit der Gewässer und deren Nebenanlagen (Staubauwerke, Schleusen, Schöpfwerke, Ufermauern etc.), einschl. sächlicher Bauaufsichtskosten (Beschaffung, Anmietung, Unterhaltung, Bewirtschaftung und Ausstattung von Baubüros). Dazu zählen die Beseitigung von Ablagerungen in den Abflussquerschnitten, die Erneuerung von Durchlässen, Brücken und Auslaufbauwerken, der Ausbau von Gewässern aus hydraulischen Gründen und die Grundinstandsetzungen von Uferbefestigungen und sonstigen Bauwerken. Zusätzliche Folgekosten entstehen nicht.

2003 sollen folgende Maßnahmen fortgesetzt werden:

• Erneuerung des Staubauwerkes am Kupferteich in Farmsen	240.000 EUR
• Umbau des Rückhaltebeckens Flughafenstr. Westteil	400.000 EUR
• Umgestaltung der Tarpenbek (Schmuggelstieg/Twisselwisch)	25.000 EUR
• Ausbau Ohlstedter Dorfgraben 3. Bauabschnitt	50.000 EUR
• Reaktivierung Steendieksiel	300.000 EUR
• Instandsetzung eines Durchlasses an der Finkenwerder Landscheide	105.000 EUR
Zwischensumme	1.120.000 EUR

2003 sollen folgende Einzelmaßnahmen begonnen werden:

• Ausbau der Kollau von Niendorfer Gehege bis Wehmerweg	100.000 EUR
• Erneuerung Durchlass Neßdeichgraben / Rudolf-Kinau-Allee	110.000 EUR
• Reitschleuse, Sanierung des Außenhauptes	200.000 EUR
• Grundinstandsetzung der Flottbek 2. Bauabschnitt	200.000 EUR
• Umbau Rückhaltebecken u. Neubau Auslaufbauwerk an der Minsbek	300.000 EUR
• Ausbau südlich Wilhelmsburger Wettern östlich Katenweg	100.000 EUR
• Erneuerung Gewässerkreuzung Schönenfelder Wettern / Dorfanger	45.000 EUR
• Erneuerung der Mittel- und Niederspannungsanlage Schöpfwerk Moorburg	160.000 EUR
Zwischensumme	1.215.000 EUR
Gesamt:	2.335.000 EUR

Zu 4.:

Es besteht aufgrund des Kooperationsvertrages der Behörde für Bau und Verkehr mit der Hamburger Stadt-entwässerung eine Verpflichtung der FHH, sich mit einem Kostenanteil von 82% am Bau von Niederschlags-wasserbehandlungsanlagen zu beteiligen. Der Kostenanteil der Stadtentwässerung wird über den Titel 341.04 dem Ausgabetitel zugeführt.

Zu 5.:

Entschlammung von Gewässern zur Wiederherstellung beziehungsweise Erhaltung der Leistungsfähigkeit um Überschwemmungen und Vernässungen und somit eventuellen Regressansprüchen Dritter gegen die FHH entgegenzuwirken sowie zur Sicherstellung der Schiffbarkeit in der Alster und Bille.

Zu 6.:

Die Uferwände des Alsterlaufs und der Kanäle des Alsterreviers stammen weitgehend aus der Zeit der Erschließung dieser Stadtteile. Inzwischen sind viele Wände über 100 Jahre alt und häufig nicht mehr stand-sicher. Sie gefährden dadurch die gewässernahen Nutzungen (z.B. Standsicherheit von Uferstraßen) bzw. stellen eine Gefährdung der Bevölkerung bei Gewässernutzungen dar (z.B. Ausflugschifffahrt, Wassersport).

Im Laufe des Haushaltsjahres können sich Verschiebungen ergeben, wenn es notwendig werden sollte, unab-weisbare Planungsänderungen bei veranschlagten Maßnahmen vorzunehmen sowie nicht voraussehbare drin-gendere oder zusätzliche Maßnahmen im Rahmen der bereitstehenden Haushaltsmittel durchzuführen.

Grunderwerb (Titel 821.02)

Als Grunderwerbskosten im Zusammenhang mit den wasserwirtschaftlichen Maßnahmen sind für 2003 veranschlagt

153.000 EUR

Einnahmen (Titel 341.04)

Bei diesem Titel werden Kostenbeiträge Dritter für Planung, Umgestaltung und Neubau von Hamburger Ge-wässern vereinnahmt, die dem Ausgabetitel 741.01 zur Deckung von Mehrausgaben zugeführt werden.

746.01 – Verbesserung des Hochwasserschutzes einschließlich der Binnenentwässerung –

Bei diesem Titel sind die Mittel für alle Maßnahmen zur Verbesserung der vorhandenen öffentlichen Hoch-wasserschutzlinie einschließlich der zugehörigen Binnenentwässerung veranschlagt. Dazu gehören in erster Linie die Erhöhung und Verstärkung der öffentlichen Hochwasserschutzanlagen im Rahmen des „Baupro-gramms Hochwasserschutz“. Dieses Bauprogramm sieht eine Erhöhung der Hochwasserschutzanlagen nach Dringlichkeitsstufen vor. Die erste Dringlichkeitsstufe – Erhöhung besonders gefährdeter Erddeiche – wurde in-zwischen abgeschlossen. Zunehmend werden nunmehr die restlichen Deichstrecken und die Hochwasser-schutzwände verstärkt erhöht.

Außerdem werden bei diesem Titel (lfd. Nr. 2 u. 3) die kleineren Maßnahmen zur Verbesserung und Grund-instandsetzung in verschiedenen Abschnitten der vorhandenen Hochwasserschutzlinie, die Kosten für Ge-bäudeabbrüche, Kleigewinnung sowie die Vergütungen für Vertragsingenieure veranschlagt.

Im Jahr 2003 werden vor allem folgende Maßnahmen realisiert:

In der Innenstadt werden die Arbeiten am Sperrwerk Billwerder Bucht abgeschlossen. Ebenfalls abgeschlossen wird die Baumaßnahme Billwerder Neuer Deich/Beim Haken. Der Neubau der Hochwasserschutzwand Stadt-deich/Deichtor wird fortgesetzt. Im Bereich des St. Pauli Fischmarkts erfolgen die ersten Vorarbeiten.

Die Arbeiten an den Hochwasserschutzwänden im Westen von Veddel werden weitgehend abgeschlossen. Der Neubau der Hochwasserschutzwand am Zollhafen im Süden von Veddel wird fortgesetzt.

Im Norden von Wilhelmsburg wird mit dem Neubau der Hochwasserschutzwand Muggenburger Hauptdeich der 2. Bauabschnitt begonnen. Im Osten wird mit dem Rückbau des Vorlandes vor dem neuen Kreetzander Haupt-deich begonnen. Im Westen Wilhelmsburgs werden die Arbeiten zur Verstärkung des Sperrwerks Veringkanal abgeschlossen und die Arbeiten an der hier anschließenden Hochwasserschutzwand Schlusgrover Hauptdeich fortgesetzt.

Am südlichen Elbufer werden die Bauarbeiten am Neuländer Hauptdeich und Finkenwerder Hauptdeich fortgesetzt. Am Bostelbeker Hauptdeich, Drewer Hauptdeich und Dradenauer Hauptdeich wird mit der Verstärkung der Hochwasserschutzanlagen begonnen.

In den Vier- und Marschlanden werden die Arbeiten für den Neubau des Borghorster/Altengammer Hauptdeichs fortgesetzt.

Verschiedene Hochwasserschutzmaßnahmen werden aus dem Programm zur Entwicklung des ländlichen Raumes von der Europäischen Kommission gem. EU-Verordnung Nr. 1257/1999 mit 50 % der förderungsfähigen Kosten bezuschusst. In 2003 beteiligt sich die EU voraussichtlich mit 2,7 Mio. EUR an den Ausgaben der genannten Maßnahmen.

Zur Realisierung der Maßnahmen des Hochwasserschutzes sind veranschlagt:

Ansatz 2003		35.051.000 EUR
Verpflichtungsermächtigung		60.000.000 EUR
davon zu Lasten	2004	30.000.000 EUR
	2005	20.000.000 EUR
	2006	10.000.000 EUR

Mit dem Ansatz 2003 sollen folgende Maßnahmen durchgeführt werden:

	KM	VE
1. Bauprogramm Hochwasserschutz		
– Deiche in den Vier- und Marschlanden	3.500.000 EUR	6.000.000 EUR
– Hochwasserschutzanlagen in der Innenstadt (einschl. Sperrwerk Billwerder Bucht)	8.000.000 EUR	20.000.000 EUR
– Hochwasserschutzwände in Wilhelmsburg und Veddel	10.800.000 EUR	9.000.000 EUR
– Hochwasserschutzanlagen am südlichen Elbufer (ohne Finkenwerder)	6.300.000 EUR	20.000.000 EUR
– Hochwasserschutzwände Finkenwerder	3.200.000 EUR	2.500.000 EUR
2. Kleine Verbesserungen und Grundinstandsetzungen in verschiedenen Abschnitten der Hochwasserschutzlinie, Gebäudeabbrüche	750.000 EUR	– EUR
3. Kleigewinnung, Vergütungen für Vertragsingenieure usw.	2.501.000 EUR	2.500.000 EUR
Summe:	<u>35.051.000 EUR</u>	<u>60.000.000 EUR</u>

Aus den Mitteln dieses Titels können auch Vergütungen von Gutachten-, Ingenieur-, Architektur- und Landschaftsarchitekturleistungen, sächliche Bauaufsichtskosten (einschl. Beschaffung, Anmietung, Unterhaltung, Bewirtschaftung und Ausstattung von Büros), sonstige Baunebenkosten (Aufwendungen für Broschüren, Faltblätter, Vervielfältigungen, Lichtpausen und Ähnliches), Kredithilfen, Entschädigungen und Zahlungen aus Billigkeitsgründen geleistet werden. Außerdem dürfen Zuschüsse an Dritte gezahlt werden.

Im Laufe des Haushaltsjahres können sich Änderungen ergeben, wenn es notwendig werden sollte, unabwiesbare Planungsänderungen bei veranschlagten Maßnahmen vorzunehmen sowie nicht voraussehbare dringende oder zusätzliche Maßnahmen im Rahmen der bereitstehenden Haushaltsmittel durchzuführen.

Grunderwerb (Titel 821.01)

Aus den Mitteln dieses Titels dürfen u. a. gezahlt werden:

- Darlehen an Dritte zum Ausgleich von Nachteilen bei Aufbaumaßnahmen,
- Entschädigungen nach dem Deichordnungsgesetz,
- Abbruchkosten und Grunderwerbskosten im Zusammenhang mit im Deichgrund oder Sicherheitsbereich des Hauptdeiches stehenden Gebäuden.

Als Grunderwerbskosten im Zusammenhang mit der Verbesserung des Hochwasserschutzes einschließlich der Binnenentwässerung sind für 2003 veranschlagt

1.250.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung zu Lasten 2004

1.250.000 EUR

Einnahmen (Titel 331.01)

Nach dem Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ vom 21.07. 1988 (BGBl. I, S. 1055) beteiligt sich der Bund im Rahmen der verfügbaren Mittel im Bundeshaushalt an den Aufwendungen des Hochwasserschutzes mit bis zu 70 v. H. der förderungsfähigen Kosten bei Küstenschutzmaßnahmen und 60 v. H. bei wasserwirtschaftlichen und kulturbautechnischen Maßnahmen. Für 2003 sind Einnahmen in Höhe von 18.600.000 EUR veranschlagt. Sollte der Bund dieser Einnahmeerwartung nicht entsprechen können, besteht gemäß Artikel 2 Nr. 4 des Haushaltsbeschlusses 2003 die Möglichkeit der Kompensation durch Darlehensaufnahme.

6500 Verkehr**1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten**

Vgl. Produktinformation, Produktbereich 07: – Verkehr – und Darstellung im Finanzbericht „ausgewählte Aufgabenfelder“.

2. Zuwendungen

Zuwendungen werden gewährt für die institutionelle Förderung sowie für die Projektförderung, u.a. an Verkehrsunternehmen und als Darlehen und Zuschüsse für Sammeleinstellplätze.

Die Zuwendungen an die Verkehrsunternehmen unterliegen einer Erfolgskontrolle insbesondere im Rahmen der Unternehmenssteuerung, über die mit den Teilgebungsberichten informiert wird. Planung, Zielvereinbarung und Erfolgskontrolle gehören zu den ständigen Aufgaben.

Daneben werden einzelne Projekte durch Darlehen und Zuschüsse gefördert. Richtlinien, in denen Standards, Wirtschaftlichkeit, Eigenfinanzierungen usw. festgelegt sind, werden angewendet, so dass ein effizienter Mitteleinsatz gewährleistet ist. Erfolgskontrollen werden sachgerecht auf die jeweiligen Einzelfälle bezogen durchgeführt. Weitere Erläuterungen sind bei den nachfolgenden Einzeltiteln aufgeführt.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben**Einnahmen**

Die Einnahmen sind insbesondere geprägt durch:

- Zuweisungen des Bundes nach dem Regionalisierungsgesetz (Titel 231.01, 231.02 und 331.01),
- Beteiligungen des Umlandes an den Kosten des Verkehrs im HVV-Verbundraum (Titel 233.01),
- Finanzhilfen des Bundes nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (Titel 331.02, 331.03 und 331.04),

Nachstehende Titel werden im Einzelnen erläutert:

- 231.01 – Zuweisung des Bundes gemäß § 8 Regionalisierungsgesetz –
 231.02 – Zuweisung des Bundes gemäß § 8 Regionalisierungsgesetz zur Minderung des Zuschussbedarfes an die HGV für Verlustausgleiche der Verkehrsunternehmen –

Den Ländern stehen nach den §§ 5 und 8 des Gesetzes zur Regionalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs (Artikel 4 des Eisenbahnneuordnungsgesetzes vom 27.12.1993, BGBl. I Seite 2378) Mittel für den ÖPNV aus dem Mineralölsteueraufkommen des Bundes zu.

- 232.01 – Beteiligung Schleswig-Holsteins an den Sicherheitsleistungen im Schnellbahnnetz des HVV –

Ergänzend zur Vereinbarung zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein vom 22.3.1999 (s.a. Erläuterungen zu 233.01) hat Schleswig-Holstein für die Jahre 1999 bis 2003 eine Beteiligung an den Sicherheitsleistungen im HVV von bis zu 593 Tsd. EURO p.a. zugesagt. Die endgültige Höhe der Beteiligung ist abhängig von den Aufwendungen der Hamburger U-Bahn Wache (HUW) für die Sicherheitsleistungen.

- 233.01 – Beteiligung des Umlandes an den Kosten des Verkehrs im HVV-Verbundraum –

In den Verhandlungen über die Neuorganisation des ÖPNV ist vereinbart worden, dass die Aufgabenträger Schleswig-Holsteins (beginnend 1996) und Niedersachsens (beginnend 1997) die Defizite für Nahverkehrsleistungen auf ihren Gebieten tragen. Bis zur Festlegung einer endgültigen Berechnungsmethode zur Ermittlung der künftigen Kostenbeteiligung für den HVV-Verkehr sind mit den schleswig-holsteinischen Gebietskörperschaften für die Jahre 1996 bis 1998 und mit dem Landkreis Harburg für die Jahre 1997 bis 1999 jeweils pauschale Kostenbeiträge vereinbart worden (vgl. Drucksache 15/3947 „Strukturveränderungen im ÖPNV in Hamburg und in der Region“ vom 12.9.1995 und Drucksache 15/6662 „Strukturveränderungen im ÖPNV aufgrund von Vereinbarungen zwischen Niedersachsen und Hamburg“ vom 10.12.1996).

Für die Zeit ab 1.1.1999 haben sich die Partner der öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen Hamburg und Schleswig-Holstein am 22.3.1999 sowohl über die Methode der Kostenermittlung als auch über die Methode der Aufteilung der Fahrgeldeinnahmen jeweils auf der Grundlage von Gutachten geeinigt. Die Aufgabenträger (Schleswig-Holstein) leisten entsprechend der bisherigen pauschalen Zahlungsvereinbarung ihre Defizitanteile weiterhin an Hamburg auf der Basis von Abschlagszahlungen. Ab dem Jahr 2001 haben die Aufgabenträger des Umlandes die Option, die Verkehre in einem Fünfjahreszeitraum in Teilnetzen anderweitig zu vergeben. Im Umfang der vertraglich geregelten Verkehrsleistungen im Umland reduzieren sich die Ausgleichszahlungen an Hamburg.

Mit dem Landkreis Harburg ist für den Bereich Niedersachsen am 7.4./2.5.2000 eine entsprechende Vereinbarung geschlossen worden.

Der Ansatz auf Basis des von der HVV GmbH für das Jahr 2003 geschätzten Kostenbeitrags ermittelt sich wie folgt (in Tsd. EUR):

• Schleswig-Holstein/Hamburg-Randkreise	9.000
• Landkreis Harburg	1.000
	10.000

Bei den Beträgen handelt es sich um vorläufige Werte auf der Basis von Hochrechnungen des HVV zur Einnahmeaufteilung, die endgültige Abrechnung erfolgt auf der Grundlage der Jahresabschlüsse der Verkehrsunternehmen sowie in Abhängigkeit von den vertraglichen Regelungen für Verkehrsleistungen.

Ausgaben

Personalausgaben

Siehe Vorwort zum Einzelplan 6.

Sach- und Fachausgaben

Die Sach- und Fachausgaben in diesem Bereich umfassen im Wesentlichen:

- Betriebskostenzuschüsse für die DB AG in Höhe von 90,0 Mio. EUR (Titel 682.13).
- Ausgleichszahlungen für Belastungen aus dem Ausbildungsverkehr in Höhe von 49,1 Mio. EUR (Titel 682.03).
- Betriebskostenzuschüsse für den ÖPNV (ohne DB AG) in Höhe von 8,4 Mio. EUR (Titel 682.01).
- Sonstige Zuschüsse aus Regionalisierungsmitteln für den ÖPNV in Höhe von 6,2 Mio. EUR (682.17)
- Zahlungen aufgrund von Vereinbarungen zwischen Hamburg und kommunalen Gebietskörperschaften auf dem Gebiet des ÖPNV in Höhe von 1,0 Mio. EUR (Titel 633.01).
- Zuschuss an die AKN zur Abdeckung von Verlusten aus dem Güterverkehr in Höhe von 2,2 Mio. EUR (Titel 682.06).

Nachstehende Titel werden wegen ihrer besonderen Bedeutung bzw. erheblicher Veränderungen im Einzelnen erläutert:

526.03 – Wissenschaftliche Beratungsleistungen und Gutachten –

Aus diesem Titel werden wissenschaftliche Beratungsleistungen und Gutachten für Konzepte, Planungen und aktuelle Maßnahmen auf dem Gebiet der Verkehrsplanung als Grundlage für verkehrspolitische Entscheidungen finanziert, die konzeptionelle und programmatische Ansätze erfordern.

Hierzu gehören die

- Erstellung von Prognosedaten und Erarbeitung verkehrswissenschaftlicher Konzepte,
- Erarbeitung von Konzepten für eine differenzierte Bedienungsweise im öffentlichen Personennahverkehr in Ergänzung oder als Alternative zum Linienverkehr in verkehrsschwachen Zeiten und Regionen zur Stärkung der Wirtschaftlichkeit,
- Neuorganisation des ÖPNV (Regionalisierung), Entwicklung von Modellen zur territorialen und linienbezogenen Einnahmeaufteilung und Kostenzuordnung, Überplanung der Nahverkehrsregion Hamburg,
- Durchführung von Untersuchungen von Schienenkapazitäten der Region Hamburg.

Die Verpflichtungsermächtigung ist zu Lasten 2004 veranschlagt.

526.04 – Gutachten über Verkehrstelematik in Nordeuropa –

Der Titel dient der Abwicklung des EU-Forschungsprojekts VIKING, das in Machbarkeitsstudien die Einsatzmöglichkeiten von Verkehrstelematik in Nordeuropa untersucht und deren Anwendung fördert. Die Förderung erfolgt im Rahmen des TEN-T Programms (Trans-European Network for Transport) der EU und dient der Entwicklung transeuropäischer Netze.

Unter der Federführung Schwedens führen die nordischen Staaten Dänemark, Finnland und Norwegen gemeinsam mit den norddeutschen Bundesländern Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Bremen, Niedersachsen und Hamburg ein Projekt zur Entwicklung der Koordination von nationalen Verkehrsinformationssystemen, insbesondere von Telematikanwendungen, durch. Hamburg hat die Projektabwicklung federführend für die norddeutschen Bundesländer übernommen. Aus den Haushaltsmitteln, die beim Titel 272.01 vereinbart werden und diesem Titel zufließen, wird die Projektbeteiligung (Gutachten und entsprechende Anwendungen) der fünf norddeutschen Bundesländer finanziert.

537.01 – Verkehrsdatenerfassung und -aufbereitung sowie Einrichtung einer Verkehrsdatenbank –

Aus diesem Titel wird die Durchführung von Verkehrszählungen, die Neu- und Ersatzbeschaffung von Zählanlagen und -geräten sowie Ausbau und die Programmpflege der Verkehrsdatenbank und die Aktualisierung von

Daten finanziert. Die Verkehrsdatenbank sowie die Ergebnisse aus der kontinuierlichen Erfassung des Verkehrs liefern Grundlagen für Verkehrsplanungen und verkehrspolitische Entscheidungen.

Die Verpflichtungsermächtigung ist zu Lasten 2004 veranschlagt.

- 581.01 Den Ländern stehen nach den §§ 5 und 8 des Gesetzes zur Regionalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs (Artikel 4 des Eisenbahnneuordnungsgesetzes vom 27.12.1993, BGBl. I Seite 2378) Mittel für den
 632.01 ÖPNV aus dem Mineralölsteueraufkommen des Bundes zu.
 633.01 Die nachfolgend erläuterten Ausgaben werden jeweils aus Regionalisierungsmitteln, die über den Einnahmetitel 231.01 den Ausgabetiteln zufließen, finanziert:
 682.01
 682.17

1. Rückzahlung des Darlehens des Bundes im Zusammenhang mit der Errichtung des S-Bahnhaltepunktes Allermöhe (581.01)

Über diesen Titel wird die Rückzahlung eines zinslosen Darlehens abgewickelt, das der Bund im Zusammenhang mit der Errichtung des S-Bahnhaltepunktes Allermöhe nach dem Bundesschienenwegeausbaugesetz zur Verfügung gestellt hat (vgl. Drucksache 15/6166 vom 01.10.1996).

2. Zahlungen aufgrund von Vereinbarungen zwischen Hamburg und den Nachbarländern auf dem Gebiet des ÖPNV (632.01)

Über diesen Titel werden Zahlungen aufgrund der mit Schleswig-Holstein abgeschlossenen Rahmenvereinbarung vom 25.5.1984 geleistet. Gemäß dieser Vereinbarung hat Hamburg sich verpflichtet, nach der Inbetriebnahme der U-Bahn-Verlängerung nach Norderstedt-Mitte (September 1996) für die Entbindung der AKN von der Betriebspflicht für diesen von ihr ehemals betriebenen Streckenabschnitt (Betriebsteil Alster-Nord-Bahn – ANB) an das Land Schleswig-Holstein für die Dauer von zwölf Jahren einen Festbetrag von jährlich 0,23 Mio. EUR zu leisten.

3. Zahlungen aufgrund von Vereinbarungen zwischen Hamburg und kommunalen Gebietskörperschaften auf dem Gebiet des ÖPNV (633.01)

Es werden u.a. die Kostenbeiträge gezahlt (beginnend 1997), die zwischen Hamburg und den Aufgabenträgern Niedersachsens im Zusammenhang mit der Neuorganisation des ÖPNV für HVV-Verkehrsleistungen vereinbart worden sind, die von auswärtigen Verkehrsunternehmen (KVG Stade) auf hamburgischem Gebiet erbracht werden (vgl. Drucksache 15/6662 „Strukturveränderungen im ÖPNV aufgrund von Vereinbarungen zwischen Niedersachsen und Hamburg“ vom 10.12.1996). Es ist der von der HVV GmbH für 2003 kalkulierte Kostenbeitrag von 1,0 Mio. EUR veranschlagt.

4. Betriebskostenzuschüsse für den ÖPNV (ohne DB AG) (682.01)

Überblick über die Veranschlagung:

	Kassenmittel Tsd. EUR
Betriebskostenzuschuss Bahnhofstoiletten	588
Zuschuss AKN (Personenverkehr)	3.605
Zuschuss HVV GmbH	4.242
Summe	8.435

Im Einzelnen:

◆ **Betriebskostenzuschuss Bahnhofstoiletten:**

Der Betrieb der Toilettenanlagen ist zum 1.1.1999 von der Umweltbehörde auf die HHA übertragen worden. Grundlage der Veranschlagung ist der mit der HHA abgestimmte Bedarf zur Umsetzung des Reinigungskonzepts.

◆ **Zuschuss an die AKN Eisenbahn AG zur Abdeckung von Verlusten im Personenverkehr (Güterverkehr siehe 6500.682.06)**

Grundlage der Veranschlagung ist der vom Aufsichtsrat der AKN genehmigte Wirtschaftsplan 2002 sowie die mittelfristige Planung für den Bereich Personenverkehr (Stand Dez. 2001). Die Verluste bis einschließlich Geschäftsjahr 1998 wurden grundsätzlich je zur Hälfte von den Ländern Hamburg und Schleswig-Holstein gedeckt. Mit der Vereinbarung vom 22.3.1999 (vgl. Erläuterung zu 233.01) sowie der ergänzenden Regionalisierungsvereinbarung zur AKN vom 24./25.2.2000 werden ab Geschäftsjahr 1999 die Verluste nach regionalen Anteilen übernommen. Hamburg und Schleswig-Holstein tragen somit jeweils die Verluste, die dem jeweiligen Territorium zuzuordnen sind. Die Zuordnung erfolgt auf der Grundlage einer Spartenrechnung der AKN.

Der Ausgleich wird im laufenden Geschäftsjahr entsprechend dem Liquiditätsbedarf der Gesellschaft geleistet.

Erfolgsplan AKN Eisenbahn AG (nur Personenverkehr)

	Vorschau GJ 2003 Tsd. EUR	Erfolgsplan GJ 2002 Tsd. EUR	vorl. Ergebnis GJ 2001 Tsd. EUR
1	2	3	4
1. Erträge			
1.1 Erträge Eigenverkehre	5.257	5.173	5.443
1.2 Erträge Auftragsverkehre	5.684	5.671	5.489
1.3 Sonstige Erträge	3.456	3.563	3.251
Summe der Erträge	14.397	14.407	14.183
2. Aufwendungen des Betriebs			
2.1 Materialaufwand	7.123	7.004	6.144
2.2 Personalaufwand	7.283	6.958	7.689
2.3 Abschreibungen	1.982	1.629	1.336
2.4 Finanzaufwand	690	581	543
2.5 Sonstige Aufwendungen	566	699	770
Summe der Aufwendungen	17.644	16.871	16.482
3. Umlagen			
3.1 Verwaltungs- u. Versorgungsumlage	2.973	2.990	2.245
3.2 Fahrwegumlage	10.423	10.688	10.437
Summe der Umlagen	13.396	13.678	12.682
4. Ergebnis	-16.643	-16.142	-14.981
Kostendeckungsgrad	46,4 %	47,2 %	48,6 %
5. Anteil Hamburgs	3.419	2.489	2.222
zzgl. Zinsausgleich für Investitionszuschüsse gem. Vereinbarung	186	198	210
6. Zuschussbedarf	3.605	2.687	2.432

Erläuterungen zu den wichtigsten Einzelpositionen 2003 gegenüber 2002 (Veränderungen Spalte 2 gegenüber Spalte 3):

1. **Erträge**
Es wird insgesamt von etwa gleichen Ertragsstrukturen ausgegangen.
- 2.1 **Materialaufwand**
Anstieg insbesondere aufgrund der Entwicklung der Treibstoffkosten in 2001.
- 2.2 **Personalkosten**
Anstieg aufgrund aperiodischer Entwicklungen des Pensionsrückstellungsbedarfs (Auflösung in 2002).
- 2.3 **Abschreibungen und 2.4 Zinsen**
Anstieg entsprechend Neuinvestitionen Fahrzeuge.
- 3.2 **Fahrwegumlage**
Jährliche Schwankungen der Instandhaltungsaufwendungen entsprechend Erneuerungsbedarf.
5. **Anteil Hamburgs**
Anstieg aufgrund der in der Regionalisierungsrechnung Hamburg direkt zugerechneten Finanzierungskosten für den Streckenausbau im Bereich Eidelstedt.

Die Abdeckung der Verluste im Bereich Güterverkehr erfolgt bei 682.06.

◆ **Zuschuss an die Hamburger Verkehrsverbund GmbH**

Grundlage für die Veranschlagung ist der vom Aufsichtsrat der HVV GmbH genehmigte Wirtschaftsplan 2002 sowie die mittelfristige Planung (Stand Dez. 2001).

Der jährliche Aufwand der Gesellschaft wird entsprechend den Gesellschafteranteilen von den beteiligten Gebietskörperschaften getragen (Hamburg 83,5 %, schleswig-holsteinische Gebietskörperschaften 15 %, Niedersachsen 1,5 % – vgl. Drucksache 15/3947 „Strukturveränderungen im

ÖPNV in Hamburg und in der Region" vom 12.09.1995 und Drucksache 15/6662 „Strukturveränderungen im ÖPNV aufgrund von Vereinbarungen zwischen Niedersachsen und Hamburg" vom 10.12.1996).

Der Ausgleich wird von den Gesellschaftern im laufenden Geschäftsjahr entsprechend dem Liquiditätsbedarf der Gesellschaft geleistet.

Erfolgsplan Hamburger Verkehrsverbund GmbH

	Vorschau GJ 2003 Tsd. EUR	Erfolgsplan GJ 2002 Tsd. EUR	vorl. Ergebnis GJ 2001 Tsd. EUR
1	2	3	4
1. Erträge			
Sonstige Erträge	129	129	147
Summe der Erträge	129	129	147
2. Aufwendungen			
2.1 Personalaufwand	3.022	2.733	2.545
2.2 Abschreibungen	110	99	87
2.3 Materialaufwand	56	56	47
2.4 Fremdleistungen	844	833	600
2.5 Raumkosten	251	238	208
2.6 Sonstige Aufwendungen	926	875	830
Summe der Aufwendungen	5.209	4.834	4.317
3. Ergebnis	5.080	4.705	4.170
4. Anteil Hamburgs/Zuschuss	4.242	3.929	3.482

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2003 gegenüber 2002
(Veränderungen Spalte 2 gegenüber Spalte 3):

1. **Erträge**
Der HVV erzielt prinzipiell keine eigenen Erträge; der Ansatz enthält im Wesentlichen interne Leistungsverrechnungen für Aufgabenerfüllungen außerhalb der Kernaufgaben der HVV GmbH.
- 2.1 **Personalaufwand**
Der Aufwand steigt insbesondere aufgrund der ganzjährigen Auswirkung des Personalbedarfs für die vorgesehene Verbundraumausweitung (Fahrplanwechsel 2002/2003).
- 2.4 **Fremdleistungen**
Der Ansatz enthält im Wesentlichen Mittel für die Durchführung von Projekten durch Dritte (insbesondere Gutachten).
- 2.6 **Sonstige Aufwendungen**
Der Ansatz enthält neben Prüfungs- und Beratungskosten insbesondere die auf die HVV-Leistungen anfallende Umsatzsteuer.

5. Sonstige Zuschüsse aus Regionalisierungsmitteln für den ÖPNV (682.17)

Über diesen Titel werden sonstige Zuschüsse an Unternehmen des ÖPNV (soweit nicht bei 682.01 veranschlagt) abgewickelt (z.B. Zuwendung zur Projektförderung zur Erhöhung der Sicherheit im ÖPNV, sonstige zusätzliche Leistungen im Schienenpersonennahverkehr).

682.03 – Ausgleichszahlungen nach dem Personenbeförderungsgesetz und dem Allgemeinen Eisenbahngesetz für Belastungen aus dem Ausbildungsverkehr –

Bei diesem Titel werden alle Ausgleichszahlungen veranschlagt, die aufgrund des § 45 a Personenbeförderungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. August 1990 (BGBl. I S. 1691), zuletzt geändert am 15. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3762, 3765), und § 6 a bis g Allgemeines Eisenbahngesetz vom 29. März 1951 (BGBl. III 930-1), zuletzt geändert am 29. Oktober 2001 (BGBl. I S. 2785, 2842), an die Verkehrsunternehmen HHA, PVG, VHH, AKN, KVG und Stadtwerke Norderstedt (SN) für ihre Aufwendungen für den Ausbildungsverkehr auf Hamburger Gebiet zu leisten sind.

Der gesetzliche Ausgleichsanspruch der Verkehrsunternehmen beträgt 50 % der nicht durch Verkehrserträge gedeckten Kosten des Ausbildungsverkehrs. Die jährlichen Ausgleichszahlungen setzen sich zusammen aus der Endabrechnung des Vorjahres und einer Vorauszahlung für das laufende Jahr.

Die Ausgleichszahlung für die Belastungen aus dem Ausbildungsverkehr vermindern die Verluste der Verkehrsunternehmen. Zahlungen aus dem Titel 6500.682.03 verringern somit die Mittelbedarfe für die Verlustabdeckung bei den Titeln

9590.682.10 (HHA, VHH und PVG) im folgenden Jahr, sowie

6500.682.01 (AKN, Bereich ÖPNV) und 6500.633.01 (KVG) im selben Jahr.

682.04 – Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich – (HHA)

Der im HGV-Komplex für die HHA zu berücksichtigende Verlustausgleich wird nachstehend erläutert.

Hamburger Hochbahn Aktiengesellschaft

(mit der HGV besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag)

	Vorschau GJ 2003 Tsd. EUR	Erfolgsplan GJ 2002 Tsd. EUR	Ergebnis GJ 2001 Tsd. EUR
1	2	3	4
1. Erträge			
1.1 Verkehrseinnahmen	254.695	256.815	258.406
1.2 Miet- und Pachteinnahmen	9.860	9.950	10.116
1.3 Sonstige betriebliche Erträge	36.350	40.319	51.200
Summe der Erträge	300.905	307.084	319.722
2. Aufwendungen			
2.1 Materialaufwand			
2.1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	30.635	31.256	33.196
2.1.2 Aufwendungen für bezogenen Leistungen	77.416	82.217	83.493
2.2 Personalaufwand			
2.2.1 Vergütungen und gesetzlicher Sozialaufwand	175.958	180.377	176.253
2.2.2 Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen	7.002	6.839	7.728
2.3 Abschreibungen	55.500	51.943	51.618
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	24.985	25.648	33.827
Summe der Aufwendungen	371.496	378.280	386.115
3. Beteiligungsergebnis	4.091	4.296	2.520
4. Finanzergebnis	- 11.300	- 9.400	- 6.652
5. Außerordentliches Ergebnis			
6. Verlustübernahme durch die HGV	- 77.800	- 76.300	- 70.525
Kostendeckungsgrad	79,7%	80,3%	82,1%

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2002 (haushaltswirksam 2003) gegenüber 2001
(Veränderungen Spalte 3 gegenüber Spalte 4)

	<u>Tsd. EUR</u>
1.1 Verkehrseinnahmen	
Beim HVV-Pool ergeben sich im IST 2001 Mehrerlöse aus einer um 1,6% gestiegenen Nachfrage sowie aus der Vollausswirkung der zum Sommerfahrplan 2000 in Kraft getretenen HVV-Tarifierhebung.	
In der Entwicklung im Jahr 2002 wird mit rückläufigen HVV-Poolerlösen gerechnet. Der Rückgang der Verkehrseinnahmen im Jahr 2002 gegenüber 2001 resultiert aus aperiodischen Einnahmen in 2001.	
Insgesamt ergibt sich für 2002 eine Reduzierung um	- 1.591

1.3 Sonstige betriebliche Erträge

Die Position ist im Jahr 2001 stark durch folgende Sondereinflüsse geprägt:

- Erträge aus Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil (§6b-Rücklage).
- Zahlung einer Vertragsstrafe wegen verzögerter Einführung des U-Bahn-Leit-systems auf der U 1.
- Buchgewinne aus Anlagenverkäufen
- Auflösung von nicht mehr erforderlichen Rückstellungen.
- Diesen Erträgen stehen im Jahr 2002 keine dementsprechenden Positionen gegenüber.

- 10.881

2.1. Materialaufwand

Im Vergleich zur Planung 2001 ergeben sich im IST Mehrbelastungen aus Maßnahmen, die sich nach interner Prüfung als nicht aktivierungsfähiger Erhaltungsaufwand herausgestellt haben und deshalb in den Aufwand gebucht wurden. Für das Planjahr 2002 wird im Vergleich zum IST 2001 mit einer Absenkung kalkuliert.

- 3.216

2.2 Personalaufwand

Die steigenden Personalkosten haben folgende Ursachen:

- Leichter Aufbau des Personalbestandes wegen Verstärkung des Sicherheits- und Prüfdienstes und der Expansionsaktivitäten im Schienenpersonennahverkehr (SPNV).
- Ganzjährige Auswirkung der Tarifierung vom 01.04.2001 und steigende Sozialabgaben.
- Temporär höhere Kosten für Altersteilzeitvereinbarungen zwecks Austausch von Alt- gegen (kostengünstigere) neue Mitarbeiter.

+ 3.235

2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die Position wurde im Jahr 2001 durch aperiodische Einflüsse belastet. Von wesentlicher Bedeutung war die Reduzierung des Kostensatzes im Ausbildungsverkehr nach § 45a PBefG mit dem aperiodischen Anteil für das Jahr 2000. Diese Sondereinflüsse entfallen im Jahr 2002.

- 8.179

3. Beteiligungsergebnis

Das Beteiligungsergebnis wurde im Jahr 2001 durch die Gewinnthesaurierung der Tochter HSG und die Verlustübernahme für die Hamburg-Consult (Tsd. EUR 193) belastet. Primär durch die erwartete Ausschüttung der HSG im Jahr 2002 an die HOCHBAHN wird sich das Beteiligungsergebnis 2002 verbessern.

+ 1.776

4. Finanzergebnis

Das Finanzergebnis wird sich durch die erwartete stark gestiegene Zinsbelastung im Jahr 2002 nachhaltig verschlechtern.

- 2.748

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2003
(haushaltswirksam 2004) gegenüber 2002
(Veränderungen Spalte 2 gegenüber Spalte 3)

Tsd. EUR

1.3 Sonstige betriebliche Erträge

Im Jahr 2003 wird mit rückläufigen Drittverrechnungserlösen, u.a. wegen des Auslaufens des Tunnelsanierungsprogramms gerechnet. Weiterhin wird von rückläufigen Buchgewinnen ausgegangen.

- 3.969

2.1. Materialaufwand

Tendenziell wird der Materialaufwand sinken, da wegen des Auslaufens der Tunnelsanierungen die Allgemeinen Unternehmerleistungen rückläufig sein werden und die Gesellschaft von sinkenden Aufwendungen für den Materialaufwand (Ersatz- und Tauschteile) für Fahrzeuge infolge der Änderungen der Altersstruktur ausgeht.

- 5.422

2.2 Personalaufwand

Ab dem Jahr 2003 wird mit kontinuierlich sinkendem Personalaufwand aufgrund der Maßnahmen, die mit dem Tarifvertrag vom 24.11.1998 vereinbart wurden, geplant. Im Jahr 2003 wirkt sich insbesondere die Reduzierung des Urlaubsgeldes aus.

- 4.256**2.3 Abschreibungen**

Steigende Abschreibungen aufgrund des mittelfristigen Investitionsprogramms.

+ 3.557**4. Finanzergebnis**

Steigender Zinsaufwand aufgrund des mittelfristigen Investitionsprogramms.

- 1.900

682.05 – Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich – (P+R)

Der im HGV-Komplex für die P+R Betriebsgesellschaft mbH zu berücksichtigende Verlustausgleich ergibt sich aus der nachstehenden Übersicht:

P+R-Betriebsgesellschaft mbH

(mit der HGV besteht ein Gewinnabführungsvertrag)

	Vorschau GJ 2003 Tsd. EUR	Erfolgsplan GJ 2002 Tsd. EUR	Ergebnis GJ 2001 Tsd. EUR
1	2	3	4
1. Erträge			
1.1 Umsatzerlöse	441	439	445
1.2 Sonstige betriebliche Erträge	152	101	90
Summe der Erträge	593	540	535
2. Aufwendungen			
2.1 Materialaufwand			
2.1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	154	141	181
2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen	755	715	635
2.2 Personalaufwand			
2.2.1 Vergütungen und gesetzlicher Sozialaufwand	163	160	159
2.2.2 Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen	–	–	–
2.3 Abschreibungen	104	101	99
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	162	155	131
Summe der Aufwendungen	1.338	1.272	1.205
3. Finanzergebnis	4	4	12
4. Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
5. Verlustübernahme durch HGV	- 741	- 728	- 658

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2002
(haushaltswirksam 2003) gegenüber 2001
(Veränderungen Spalte 3 gegenüber Spalte 4)

Tsd. EUR**1.2 Sonstige betriebliche Erträge**

Hierin sind neben den sonstigen Erträgen der voraussichtliche Erlös aus dem Verkauf des Dienstfahrzeugs sowie die Parkgeldeinnahmen des Parkhauses Hagenbecks Tierpark enthalten.

Nicht enthalten sind die Zuschüsse der FHH für Grundinstandsetzungsmaßnahmen aus 2001. Diese Zuschüsse werden erst nach der vollständigen Fertigstellung und Abrechnung der Maßnahmen gezahlt (im Jahr 2002).

+ 11**2.1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe**

Minderung, da Wegfall von Material für Grundinstandsetzungsmaßnahmen. - 40

2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen

Erhöhung durch die Inbetriebnahme des Parkhauses Hagenbecks Tierpark und des P+R-Hauses Rahlstedt + 80

2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen

Erhöhung der Verwaltungspauschale der Hochbahn im Bereich Buchhaltung. + 24
Zusätzliche Versicherungsprämien für das Parkhaus Hagenbecks Tierpark und für das P+R-Haus Rahlstedt. Eine allgemeine Erhöhung der Versicherungsprämien um 27% für die Gebäudeversicherung.

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2003 (haushaltswirksam 2004) gegenüber 2002 (Veränderungen Spalte 2 gegenüber Spalte 3)

	<u>Tsd. EUR</u>
1.2 Sonstige betriebliche Erträge	
Ganzjährige Parkgeldeinnahmen des Parkhauses Hagenbecks Tierpark	+ 51
2.1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	
Enthalten sind allgemeine Preissteigerungen von 2%.	+ 13
2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen	
Außerdem wirken sich die Aufwendungen für Hagenbecks Tierpark und Rahlstedt ganzjährig aus.	+ 40
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	
Erhöhung der Versicherung durch Hagenbecks Tierpark und Rahlstedt sowie Erhöhung der Hochbahnpauschale für Geschäftsbesorgung.	+ 7

682.06 – Zuschuss an die Eisenbahn AG AKN zur Abdeckung von Verlusten im Güterverkehr –

Grundlage der Veranschlagung ist der vom Aufsichtsrat der AKN genehmigte Wirtschaftsplan 2002 für den Bereich Güterverkehr sowie die mittelfristige Planung (Stand Dez. 2001).

Die Verluste bis einschließlich Geschäftsjahr 1998 wurden grundsätzlich je zur Hälfte von den Ländern Hamburg und Schleswig-Holstein gedeckt. Mit der Vereinbarung vom 22.03.1999 werden ab Geschäftsjahr 1999 die Verluste nach regionalen Anteilen übernommen. Hamburg und Schleswig-Holstein tragen somit jeweils die Verluste, die dem jeweiligen Territorium zuzuordnen sind. Die Zuordnung erfolgt auf der Grundlage einer Spartenrechnung der AKN.

Der Ausgleich der Defizite wird künftig zeitgleich (bisher im jeweiligen Folgejahr) vorgenommen werden. Die Umstellung wird in 2 Etappen erfolgen. Im Haushaltsjahr 2003 wird neben dem Ausgleich für das Geschäftsjahr 2002 die Hälfte des Defizit-Anteils im Geschäftsjahr 2003 veranschlagt.

Erfolgsplan AKN Eisenbahn AG (nur Güterverkehr)

	Vorschau GJ 2003 Tsd. EUR	Erfolgsplan GJ 2002 Tsd. EUR	vorl. Ergebnis GJ 2001 Tsd. EUR
1	2	3	4
1. Erträge			
1.1 Erträge Eigenverkehre	614	614	542
1.2 Erträge Auftragsverkehre	1.000	1.161	1.391
1.3 Sonstige Erträge	397	272	135
Summe der Erträge	2.011	2.047	2.068
2. Aufwendungen			
2.1 Materialaufwand	566	569	813
2.2 Personalaufwand	1.260	1.289	1.298
2.3 Abschreibungen	183	175	136
2.4 Finanzaufwand	64	62	55
2.5 Sonstige Aufwendungen	62	62	78

Summe der Aufwendungen	2.135	2.157	2.380
3. Umlagen			
Verwaltungs- u. Versorgungsumlage	385	411	362
Fahrtwegumlage	1.374	1.397	1.557
Summe der Umlagen	1.759	1.808	1.919
4. Ergebnis	-1.883	-1.918	-2.231
5. Anteil Hamburgs/Zuschussbedarf	1.459	1.485	1.607
Kostendeckungsgrad	51,6 %	51,6 %	48,1 %

Erläuterungen zu den wichtigsten Einzelpositionen 2002 (haushaltswirksam 2003) gegenüber 2001 (haushaltswirksam 2002; Veränderungen Spalte 3 gegenüber Spalte 4):

- Erträge**
Verminderung der Erträge durch Kündigungen im Bereich der Auftragsverkehre; teilweise Kompensation durch Anstieg der Erträge im Eigenverkehr sowie durch höhere „sonstige Erträge“.
- Aufwendungen**
Verminderung entsprechend dem Auftragsbestand.
- Umlagen**
Geringer Anstieg der Verwaltungskosten aufgrund von Kostensteigerungen bei gleichzeitigem Rückgang von Verwaltungserträgen; Rückgang der Fahrtwegumlage aufgrund von Schwankungen im Instandhaltungsbereich sowie Rückgang der Abschreibungen.

682.09 – Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich – (VHH)

Der im HGV-Komplex für die VHH AG zu berücksichtigende Verlustausgleich ergibt sich aus der nachstehenden Übersicht.

Verkehrsbetriebe Hamburg-Holstein AG

(mit der HGV besteht ab dem 1.1.2000 ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag)

	Vorschau GJ 2003 Tsd. EUR	Erfolgsplan GJ 2002 Tsd. EUR	Ergebnis GJ 2001 Tsd. EUR
1	2	3	4
1. Erträge			
1.1 Linienverkehr	30.620	27.896	25.463
1.2 Auftragsverkehr	13.643	13.408	12.959
1.4 Sonstige Umsatzerlöse/betriebliche Erträge	5.440	5.352	6.083
Summe der Erträge	49.703	46.656	44.505
2. Aufwendungen			
2.1 Materialaufwand			
2.1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	8.793	8.541	8.104
2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen	13.374	13.482	14.133
2.2 Personalaufwand			
2.2.1 Vergütungen und gesetzlicher Sozialaufwand	29.228	28.758	27.574
2.2.2 Versorgungsbezüge und Zuführungen zu Pensionsrückstellungen			
2.3 Abschreibungen	3.126	2.791	2.389
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	8.929	9.155	8.351
	4.612	4.399	4.610
Summe der Aufwendungen	68.062	67.129	65.161
3. Beteiligungsergebnis)	647	667	917
4. Finanzergebnis	324	324	258
5. Außerordentliches Ergebnis	350	488	353
6. Verlustübernahme durch HGV	- 17.038	- 18.994	- 19.128¹
Kostendeckungsgrad	74,97%	71,71%	70,65%

¹ gemindert um vororganschaftliche Mehrabführung um 81 Tsd. EUR.

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2002 (haushaltswirksam 2003) gegenüber 2001
(Veränderungen Spalte 3 gegenüber Spalte 4)

	<u>Tsd. EUR</u>
1.1 Linienverkehr	
Ganzjährige Auswirkung der Busnetzplanung (Metro Bus ab Sommerfahrplan 2001) Bei den HVV-Einnahmen wirkt die Tarifierpassung zum 16.06.2002 in Höhe von durchschnittlich 3,8 %. Aus der Abrechnung von mehr Teilnetzen aus den Verkehrsverträgen mit den Umlandkreisen zu erwarten.	+ 2.433
1.2 Auftragsverkehr/Vermietungen	
Die Einnahmen aus den Auftragsverkehren mit der HHA und PVG steigen aufgrund einer ab Sommerfahrplan 2000 sich nunmehr ganzjährig auswirkenden Leistungsausweitung im Hamburger Busnetz (MetroBus). Außerdem führt die Abrechnung von zusätzlichen Komponenten mit den Stadtwerken Neumünster zu höheren Einnahmen.	+ 449
1.3 Sonstige Umsatzerlöse/betriebliche Erträge	
Reduzierung der sonstigen betrieblichen Erträge auf einen kaufmännisch vorsichtigen Ansatz.	- 731
2.1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	
Im Wesentlichen mehr durch Preisanstieg beim Dieselmkraftstoff und bei den Ersatzteilen.	+ 437
2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen	
Mehrkosten aus einer höheren Auftragsvergabe; jedoch geringere Aufwendungen aus Instandhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen, für die zum 31.12.2001 in Höhe von rd. 1,2 Mio EUR Rückstellungen gebildet worden sind.	- 651
2.2.1 Vergütungen und gesetzlicher Sozialaufwand	
Hier sind im Wesentlichen die ganzjährigen Auswirkungen des durch die Leistungsausweitung und des durch den Ausgleich einer Unterdeckung erforderlich gewordenen Mehrbedarfs beim Fahrpersonal und für 2002 geplante Tarifmaßnahmen enthalten.	+ 1.184
2.2.2 Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen	
Anpassung der Versorgungsbezüge an die Tarifierentwicklung und Erhöhung der Zuführung zu den Pensionsrückstellungen.	+ 402
2.3 Abschreibungen	
Mehrbedarf durch Abschreibungen für neue Fahrzeuge und durch eine außerplanmäßige Abschreibung für Fahrscheindrucker, die durch einen neuen Typ ersetzt werden müssen.	+ 804
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	
Im Wesentlichen Wegfall von Einmalkosten aus 2001.	- 211
3. Beteiligungsergebnis	
Für den Reiserling Hamburg GmbH wurde ein kaufmännisch vorsichtiger Ansatz gewählt.	- 250

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2003 (haushaltswirksam 2004) gegenüber 2002
(Veränderungen Spalte 2 gegenüber Spalte 3)

		<u>Tsd. EUR</u>
1.1	Linienverkehr	
	Höhere Nachfrage und ganzjährige Auswirkung der Tarifierhöhung aus 2002 führen zu höheren HVV-Zuscheidungen. Bei den Erträgen aus den Verkehrsverträgen mit den Umlandkreisen sind mehr Verrechnungen von zusätzlichen „Leistungspaketen“ zu erwarten.	+ 2.724
1.2	Auftragsverkehr	
	Im Wesentlichen Mehrerträge aus der Abrechnung des Auftragsverkehrs mit den Stadtwerken Neumünster und aus der Busvermietung an ORD.	+ 235
2.1.1	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	
	Preisadjustierungen bei Dieselmotorkraftstoff und Ersatzteilen.	+ 252
2.2.1	Vergütungen und gesetzlicher Sozialaufwand	
	Mehrkosten durch Einrechnung von Tarifmaßnahmen.	+ 470
2.2.2	Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen	
	Anpassung von Versorgungsbezügen und leicht erhöhte Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen.	+ 335
2.3	Abschreibungen	
	Geringere Abschreibungen auf Altbestand der Fahrzeuge und Wegfall der außerplanmäßigen Abschreibungen aus 2002.	- 226
2.5	Sonstige betriebliche Aufwendungen	
	Höhere Kosten u.a. bei den Fahrzeug-Versicherungen, bei Kommunikationskosten und DV-Dienstleistungen lassen einen Anstieg der sonstigen betrieblichen Aufwendungen erwarten.	+ 213
682.11	– Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich – (HADAG)	

Der im HGV-Komplex für die HADAG zu berücksichtigende Verlustausgleich ergibt sich aus der nachstehenden Übersicht:

HADAG – Seetouristik und Fährdienst AG

(mit der HGV besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag)

	Vorschau GJ 2003 Tsd. EUR	Erfolgsplan GJ 2002 Tsd. EUR	Ergebnis GJ 2001 Tsd. EUR
	1	2	3
1. Erträge			
1.1 Hafenfähr- u. Berufsverkehr	2.828	2.948	2.511
1.2 Touristik	1.085	1.085	1.007
1.3 Sonstige Umsatzerlöse	77	77	170
1.3 Sonstige betriebliche Erträge	25	25	358
Summe der Erträge	4.015	4.135	4.046
2. Aufwendungen			
2.1 Materialaufwand			
2.1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.303	1.277	1.222
2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.599	2.337	1.977
2.2 Personalaufwand			
2.2.1 Vergütungen und gesetzlicher Sozialaufwand	2.310	2.505	2.732
2.2.2 Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen	1.404	1.377	1.598
2.3 Abschreibungen	935	935	799
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.213	1.179	1.204
2.5 Steuern	1	1	3

	Summe der Aufwendungen	9.765	9.611	9.535
3.	Beteiligungsergebnis	55	44	26
4.	Finanzergebnis	20	20	105
5.	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
6.	Verlustübernahme durch HGV	- 5.675	- 5.412	- 5.358

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2002
(haushaltswirksam 2003) gegenüber 2001
(Veränderungen Spalte 3 gegenüber Spalte 4)

		Tsd. EUR
1.1	Hafenfäh- und Berufsverkehr	
	Es ist ein erweitertes Leistungsangebot vorgesehen. Mehreinnahmen werden im Bereich Musical-Shuttle durch den ganzjährigen Zubringerdienst zum Musical „König der Löwen“ erzielt.	+ 437
1.3	Sonstige Umsatzerlöse	
	Das Vorjahr wurde im Wesentlichen durch HVV-Zuscheidungen für das Geschäftsjahr 2000 in Höhe von Tsd. EUR 90 positiv beeinflusst.	- 93
1.4	Sonstige betriebliche Erträge	
	2001 wird das Ergebnis insbesondere durch Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von Tsd. EUR 135, Erlöse aus der Veräußerung des DES „Niendorf“ in Höhe von Tsd. EUR 56 sowie Weiterberechnungen in Höhe von Tsd. EUR 91 verbessert.	- 333
2.1.2	Aufwendungen für bezogene Leistungen	
	Die Aufwendungen für bezogene Leistungen liegen im Wesentlichen durch die Anmietung von Personal der HADAG Verkehrsdienste GmbH um Tsd. EUR 392 (Erhöhung des Personalbestands um durchschnittlich 10 Mitarbeiter) höher.	+ 360
2.2.1	Vergütungen und gesetzlicher Sozialaufwand	
	Die Minderkosten sind auf die Reduzierung des Personalbestands um durchschnittlich 7 Mitarbeiter zurückzuführen (Einsatz kostengünstigeren Personals der Tochtergesellschaft Verkehrsdienste GmbH).	- 227
2.2.2	Versorgungsbezüge und Pensionsrückstellungen	
	Das Ergebnis 2001 wird insbesondere durch Zuführung zu den Pensionsrückstellungen in Höhe von Tsd. EUR 249 belastet. Für 2002 prognostiziert der Versicherungsmathematiker eine Auflösung in Höhe von Tsd. EUR 32.	- 221
2.3	Abschreibungen	
	Erhöhung aufgrund der ganzjährigen Abschreibung durch den Ende 2002 abgelieferten Schiffsneubau sowie durch Zugang von zwei „Wasser-Taxi“.	+ 136

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2003 (haushaltswirksam 2004) gegenüber 2002
(Veränderungen Spalte 2 gegenüber Spalte 3)

		Tsd. EUR
2.1.2	Aufwendungen für bezogene Leistungen	
	Es wurde eine Erhöhung des Personalbestands um 5,5 Mitarbeiter bei der HADAG Verkehrsdienste GmbH sowie eine allgemeine Kostensteigerung von 2% berücksichtigt.	+ 262
2.2.1	Vergütungen und gesetzlicher Sozialaufwand	
	Es wurde eine Reduzierung des Personalbestands um 5,5 Mitarbeiter sowie eine allgemeine Kostensteigerung von 2% berücksichtigt.	- 195

682.13 – Betriebskostenzuschüsse für die DB AG –

Den Ländern stehen nach den §§ 5 und 8 des Gesetzes zur Regionalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs (Artikel 4 des Eisenbahnneuordnungsgesetzes vom 27.12. 1993, BGBl. I S. 2378) Mittel für den ÖPNV aus dem Mineralölsteueraufkommen des Bundes zu.

Die bei dem Titel veranschlagten und für die Vereinbarung von Verkehrsleistungen im Schienenpersonennahverkehr notwendigen Zahlungen entsprechen dem gutachterlich ermittelten Saldo aus Kosten und Fahrgeldeinnahmen der DB AG. Sie beruhen auf der zum 1.1.2002 rückwirkend in Kraft tretenden Neufassung des Regionalisierungsgesetzes, zuzüglich geplanter Mehrverkehre. Der tatsächliche Mittelbedarf ergibt sich aus den Vereinbarungen mit der DB AG über die Verkehrsleistungen im SPNV.

Dem Titel stehen in gleicher Höhe Einnahmen aus den Zuweisungen des Bundes beim Titel 231.01 gegenüber, die dem Ausgabetitel zufließen.

Die Verpflichtungsermächtigung von 92,7 Mio. EUR geht vollständig zu Lasten des Haushaltsjahres 2004, um für 2004 entsprechende Leistungen vereinbaren zu können.

682.30 – Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich – (PVG)

Der im HGV-Komplex für die PVG zu berücksichtigende Verlustausgleich ergibt sich aus der nachstehenden Übersicht:

Pinneberger Verkehrsgesellschaft mbH

(mit der HGV besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag)

	Vorschau GJ 2003 Tsd. EUR	Erfolgsplan GJ 2002 Tsd. EUR	Ergebnis GJ 2001 Tsd. EUR
1	2	3	4
1. Erträge			
1.1 Verkehrseinnahmen	28.285	28.450	27.689
1.2 Sonstige betriebliche Erträge	1.640	1.540	1.760
Summe der Erträge	29.925	29.990	29.449
2. Aufwendungen			
2.1 Materialaufwand			
2.1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	4.915	4.820	4.765
2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen	8.795	8.480	6.961
2.2 Personalaufwand			
2.2.1 Vergütungen und gesetzlicher Sozialaufwand	15.365	15.530	16.130
2.2.2 Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen	320	310	391
2.3 Abschreibungen	3.860	3.810	3.454
2.4 Sonstige Aufwendungen	2.530	2.470	2.240
Summe der Aufwendungen	35.785	35.421	33.941
3. Beteiligungsergebnis	230	220	199
4. Finanzergebnis	- 25	- 25	56
5. Außerordentliches Ergebnis	250	565	318
6. Verlustübernahme durch HGV	- 5.405	- 4.671	- 3.919
Kostendeckungsgrad	86,5%	86,8%	88,5%

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2002 (haushaltswirksam 2003) gegenüber 2001 (Veränderungen Spalte 3 gegenüber Spalte 4)

	Tsd. EUR
1.1 Verkehrseinnahmen	
Ganzjährige Auswirkung der Busnetzplanung (MetroBus ab Sommerfahrplan 2001) sowie Ausweitung des Geschäftsfeldes „Schüler-Schwerbehinderten Beförderung“ Bei den HVV-Einnahmen wirkt die Tarifierungsanpassung zum 16.06.2002 in Höhe von durchschnittlich 3,8%. Außerplanmäßige Mehrerlöse aus dem Schienenersatzverkehr und dem Anmietverkehr sind für das Jahr 2002 nicht veranschlagt.	+ 761
1.2 Sonstige betriebliche Erträge	

	<u>Tsd. EUR</u>
Im Wesentlichen Wegfall der 2001er Sondereinflüsse. (Außerplanmäßige Erträge aus dem Drittgeschäft sowie über dem Plan liegende Erträge für Versicherungsentschädigungen).	- 220
2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen	
Lt. abgestimmter Leistung zwischen PVG/VHH und der HHA ganzjährige Auswirkung der Busnetzüberplanung (MetroBus ab Sommerfahrplan 2001). Weitere Leistungsvergabe an die GLOBUS 24 entsprechend Steigerung des Leistungsvolumens und der Fluktuation bei der PVG.	+ 1.519
2.2.1 Vergütungen und gesetzlicher Sozialaufwand	
Der durch die Fluktuationsrate reduzierte Personalaufwand bei der PVG wird durch die Leistungsvergabe an die GLOBUS 24 abgedeckt. Dort kommt der günstigere Tarifvertrag (SHO) zum Tragen. Außerplanmäßige Mehraufwendungen für Schienenersatzverkehr und Anmietverkehr sind für das Jahr 2002 nicht veranschlagt.	- 600
2.3 Abschreibungen	
Ganzjährige Auswirkung der verspäteten Auslieferung der Fahrzeugbeschaffungsrate 2001, Erhöhung des Fahrzeugbestands wegen Ausweitung des Geschäftsfeldes „Schüler Schwerbehinderten Beförderung“, Neubau einer Lackier- und Prüfhalle sowie weitere Einrichtung des Betriebsleitsystems.	+ 356
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	
Im Wesentlichen Mehraufwendungen für den Beitritt zum „Hamburger Ausbildungszentrum“ (HAZ), verstärkte Aus- und Weiterbildung, erhöhter Beratungsbedarf, Imagekampagne „Busfahrer“ sowie Abschluss von Wartungsverträgen der neuen elektronischen Systeme.	+ 230
5. Außerordentliches Ergebnis	
Aufgrund der verspäteten Fahrzeugauslieferung des Jahres 2001 erfolgt die geplante Ausmusterung der Altfahrzeuge zeitversetzt im Jahr 2002.	+ 247

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2003 (haushaltswirksam 2004) gegenüber 2002
(Veränderungen Spalte 2 gegenüber Spalte 3)

	<u>Tsd. EUR</u>
1.2 Sonstige betriebliche Erträge	
Anpassung der Verwaltungspauschale für die GLOBUS 24. Angenommen wird eine durchschnittliche Preissteigerung von 2%.	+ 100
2.1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	
Angenommen wird eine durchschnittliche Preissteigerung von 2%.	+ 95
2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen	
Weitere Leistungsvergabe an GLOBUS 24 entsprechend der Fluktuation bei der PVG. Planmäßige Erhöhung des Verrechnungssatzes aufgrund erwarteter Tarifanpassung in Höhe von 2,5% bei der GLOBUS 24.	+ 315
2.2.1 Vergütungen und gesetzlicher Sozialaufwand	
Der durch die Fluktuationsrate reduzierte Personalaufwand bei der PVG wird durch die Leistungsvergabe an die GLOBUS 24 abgedeckt. Dadurch kommt der günstigere Tarifvertrag (SHO) zum Tragen. Planerisch wird eine leichte Tarifanpassung von 1% erwartet.	- 165
2.3 Abschreibungen	
Planmäßige Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen.	+ 50
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	

Angenommen wird eine durchschnittliche Preissteigerung von 2%.

+ 60

5. Außerordentliches Ergebnis

Planmäßiger Verkauf von Altfahrzeugen. Wegfall der 2002er Sondereinflüsse.

- 315

682.41 – Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich – (BHH)

Der im HGV-Komplex für die Betreuungsgesellschaft für den Hamburger Hauptbahnhof mbH (BHH) zu berücksichtigende Verlustausgleich ergibt sich aus der nachstehenden Übersicht:

BHH Betreuungsgesellschaft für den Hamburger Hauptbahnhof mbH (mit der HGV besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag)

	Vorschau GJ 2003 Tsd. EUR	Erfolgsplan GJ 2002 Tsd. EUR	Ergebnis GJ 2001 Tsd. EUR
1	2	3	4
1. Erträge			
1.1 Zahlungen der Vertragspartner	2.046	2.032	1.754
1.2 Sonstige betriebliche Erträge	23	24	30
Summe der Erträge	2.069	2.056	1.784
2. Aufwendungen			
2.1 Materialaufwand			
2.1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	–	–	–
2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.814	2.899	2.652
2.2 Personalaufwand			
2.2.1 Vergütungen und gesetzlicher Sozialaufwand	369	361	360
2.2.2 Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen	–	–	–
2.3 Abschreibungen	2	3	5
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	84	80	76
Summe der Aufwendungen	3.269	3.343	3.093
3. Finanzergebnis	–	–	–
4. Außerordentliches Ergebnis	–	–	–
5. Verlustübernahme durch HGV	- 1.200	- 1.287	- 1.309

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2002 (haushaltswirksam 2003) gegenüber 2001
(Veränderungen Spalte 3 gegenüber Spalte 4)

	Tsd. EUR
1.1 Zahlungen der Vertragspartner	
Deutliche Zunahme der Erträge durch tarifliche Preisanpassungen und durch einen zusätzlichen Großauftrag der DB AG.	+ 278
2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen	
Zunahme der Aufwendungen durch einen zusätzlichen Großauftrag der DB AG.	+ 247

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2003
(haushaltswirksam 2004) gegenüber 2002
(Veränderungen Spalte 2 gegenüber Spalte 3)

	Tsd. EUR
1.1 Zahlungen der Vertragspartner	
Zunahme der Erträge durch tarifliche Preisanpassungen.	+ 14

2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen

Rückgang trotz tariflicher Preisanpassung durch Reduzierung der Kosten für Reinigungsleistungen - 85

2.2.1 Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand

Steigerung aufgrund der erwarteten tariflichen Erhöhungen. + 8

Investitionen

Die Investitionen für diesen Bereich setzen sich zusammen aus

- der Rückstellung für Maßnahmen des öffentlichen Personennahverkehrs (Titel 742.01),
- den Planungsmitteln für verschiedene Verkehrsuntersuchungen (Titel 799.01),
- den Zuschüssen und Darlehen aus Ausgleichsbeträgen für Zwecke nach § 49 Abs. 2 der Hamburgischen Bauordnung (Titel 863.01),
- den Zuschüssen gem. § 8 Regionalisierungsgesetz an Verkehrsunternehmen für Investitionen (891.01),
- den vom Bund gewährten GVFG-Finanzhilfen für Zuschüsse zum Bau oder Ausbau von Anlagen des ÖPNV (Titel 891.02) und zur Beschaffung von Linienomnibussen und Schienenfahrzeugen (Titel 891.04),
- den Investitionszuschüssen an die Hamburger Hochbahn AG (Titel 891.05)
- den Zuschüssen zur Förderung von Projekten zur Verkehrsinformation in Hamburg (Titel 891.06) und
- den Zuweisungen an die HHA für den Ausbau des Hafenbahntunnels (Titel 891.24).

Im Einzelnen werden die Investitionsmaßnahmen wie folgt erläutert:

742.01 – Rückstellung für Maßnahmen des öffentlichen Personennahverkehrs –

Aus der Rückstellung werden Maßnahmen Hamburgs und der Verkehrsunternehmen zur Verbesserung der Attraktivität und Leistungsfähigkeit des öffentlichen Personennahverkehrs finanziert bzw. bezuschusst. Der Einsatz der Mittel erfolgt u.a. nach einem mit dem Hamburger Verkehrsverbund und den Verkehrsunternehmen abgestimmten Programm.

Die Rückstellung dient ferner dazu, zur GVFG-Finanzierung des Bundes hamburgische Komplementärmittel bereitzustellen.

Die Rückstellung wird entweder mit den jährlichen Haushaltsplänen oder, soweit für eine Einzelmaßnahme Mittel in Höhe von über 800 Tsd. EUR erforderlich werden, mit maßnahmebezogenen Bürgerschaftsdrucksachen aufgelöst. Die für die jeweilige Einzelmaßnahme erforderlichen Haushaltsmittel werden dabei auf vorhandene oder einzurichtende Haushaltstitel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen.

799.01 – Vergütungen an Vertragsarchitektinnen, -architekten, -ingenieurinnen, -ingenieure, Sachverständige und dgl. –

Die bei diesem Titel veranschlagten Mittel sollen insbesondere für folgende Aufgaben verwendet werden:

1. Untersuchungen für einzelne Trassenalternativen und Beschleunigungsmaßnahmen für den öffentlichen Nahverkehr (Busse, Schnellbahnen) zur Überprüfung bzw. Begründung der Durchführbarkeit von Teilkonzeptionen und einzelnen Verkehrsplanungen einschließlich Klärung der verkehrsrechtlichen, betrieblichen und städtebaulichen Aspekte bei der Integration neuer Verkehrstrassen und/oder neuer Verkehrsmittel im öffentlichen Raum.
2. Planung von Verkehrsordnungs- und Verkehrsberuhigungsmaßnahmen für die innere Stadt, speziell für die City.
Hier sind über die eigentliche Verkehrskonzeption hinaus auch Aufträge zur Entwicklung von Gestaltungen des öffentlichen Raumes zu erteilen. Derartige Untersuchungen sind auch für andere Gebiete, wie z.B. Altona/Ottensen, Rotherbaum/Harvestehude, Winterhude/Uhlenhorst sowie für einzelne Stadtteilzentren durchzuführen.
3. Untersuchungen zum ruhenden Verkehr sowie über die Standorte, Größe und Erschließung von P+R-Anlagen im Rahmen von ÖPNV-Konzepten für Hamburg und sein Umland.
4. Überprüfung und Ausformulierung einzelner geplanter alternativer Straßenführungen und Knotenpunktausbildung im Rahmen der Verkehrsentwicklungsplanung.
5. Ingenieursonderleistungen z.B. zur Schaffung verkehrsrelevanter und projektbezogener Grundlagendaten.
6. Sonstige Untersuchungen und Planungsaufträge mit unmittelbar investivem Bezug.
7. Fachliche Prüfungen durch Externe im Zusammenhang mit der Verwendung von Zuwendungen.

Aus diesem Titel sollen auch fachspezifische Informationsveranstaltungen und -tätigkeiten sowie Broschüren, Lichtpausen und Faltblätter für Betroffene u.a. finanziert werden.

Die Verpflichtungsermächtigung ist zu Lasten 2004 veranschlagt. Sie wird für die Vergabe langfristiger Aufträge benötigt.

863.01 – Zuschüsse und Darlehen aus Ausgleichsbeträgen für Zwecke nach § 49 Abs. 2 der Hamburgischen Bauordnung –

Die bei den Titeln 342.02 im Kapitel 6500 sowie 342.03 in den Kapiteln 1230 bis 1830 eingehenden Gelder (Ausgleichsbeträge) sind gemäß § 49 Abs. 2 der Hamburgischen Bauordnung (HBauO) vom 1.1.1986 (GVBl. S. 202) zuletzt geändert am 14.5.2002 (GVBl. S. 76) zu verwenden. Vorgesehen ist u.a. eine Verwendung von Ausgleichsbeträgen für verschiedene Investitionsmaßnahmen (s. a. Drucksache 16/4394 vom 20.6.00 und Drucksache 16/5715 vom 6.3.01).

Gleichermaßen wird mit den beim Titel 121.01 (Gewinnbeteiligung bei Garagenbauten) sowie beim Titel 182.01 (Tilgung von Darlehen zu Garagenbauten) eingehenden Geldern verfahren.

Da die Höhe der Einnahmen und Ausgaben nicht feststeht, sind jeweils Leertitel ausgebracht. Die angesammelten Beträge können eingesetzt werden:

- a) für den Erwerb von Flächen sowie die Herstellung, Unterhaltung, Grundinstandsetzung und Modernisierung von Stellplätzen durch die Stadt oder
- b) zur Vergabe von Darlehen oder Zuschüssen an natürliche oder juristische Personen, die entsprechende Flächen erwerben und die Herstellung, Unterhaltung, Grundinstandsetzung, Modernisierung und Bewirtschaftung von Stellplatzanlagen betreiben;
- c) für Maßnahmen zur Verbindung zwischen Parkeinrichtungen und Haltestellen des ÖPNV durch die Stadt oder
- d) als Zuschüsse an natürliche oder juristische Personen, die entsprechende Flächen erwerben und die Herstellung, Unterhaltung, Grundinstandsetzung, Modernisierung und Bewirtschaftung von Verbindungen zwischen Parkeinrichtungen und Haltestellen des ÖPNV betreiben;
- e) für Einrichtungen zur Verringerung des Parksuchverkehrs sowie für sonstige Maßnahmen zugunsten des ruhenden Verkehrs sowie
- f) für Einrichtungen des ÖPNV und von öffentlichen Fahrradwegen.

Aus den Mitteln dieses Titels dürfen auch Vergütungen an Vertragsingenieurinnen, -ingenieure, -architektinnen, -architekten sowie für Sachverständige für Planung, Entwurf und Baudurchführung sowie Baunebenkosten und Schadenersatzzahlungen aus Billigkeitsgründen geleistet werden, soweit diese mit den Maßnahmen zur zweckgebundenen Verwendung der angesammelten Beträge zusammenhängen. Für den Grunderwerb, die Herstellung, Unterhaltung, Grundinstandsetzung und Modernisierung von Stellplätzen, Fahrradwegen sowie von Verbindungen zwischen Parkeinrichtungen und Haltestellen durch die Stadt und von P + R-Anlagen werden die Mittel auf vorhandene oder neu einzurichtende Titel übertragen.

Soweit aus den angesammelten Beträgen Mittel in Höhe von über 800 Tsd. EUR für eine Einzelmaßnahme in Anspruch genommen werden, wird der Bürgerschaft mit einer Einzelvorlage berichtet.

Finanzhilfen des Bundes nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) werden – soweit möglich – in Anspruch genommen.

Aus diesem Titel werden auch Mittel an Stellen außerhalb der Verwaltung als Zuwendung nach §§ 23/44 LHO gegeben. Das Volumen der als Zuwendung zur Verfügung gestellten Beträge ist durch die Vielzahl unterschiedlicher Maßnahmen nicht vorhersehbar, der Finanzierungsanteil ist nicht quantifizierbar.

Die Verpflichtungsermächtigung ist zu Lasten 2004 veranschlagt.

891.01 – Zuschüsse gemäß § 8 Regionalisierungsgesetz für Investitionen –

Bei dem Titel werden die gemäß § 8 des neugefassten Regionalisierungsgesetzes Hamburg zustehenden Mittel aus dem Mineralölsteueraufkommen des Bundes abgewickelt, die nicht für Betriebskostenzuschüsse u.ä. eingesetzt werden. Die Mittel können sowohl für Zuschüsse an Verkehrsunternehmen als auch für Maßnahmen Hamburgs verwendet werden. Da die Höhe der verbleibenden Bundesmittel nach Abzug der Mittel für Betriebskostenzuschüsse u.ä. nicht feststeht, sind jeweils Leertitel veranschlagt.

Es ist vorgesehen, die Mittel u.a. für die Aufarbeitung von S-Bahnfahrzeugen älterer Baureihe auf den aktuellen technischen Standard (Redesign S-Bahn), die Umrüstung der S-Bahnfahrzeuge auf die Selbstabfertigung durch den Triebfahrzeugführer sowie vorbereitende Maßnahmen für die S-Bahn-Verlängerung Neugraben-Buxtehude/Stade einzusetzen.

Aus dem Titel dürfen auch Vergütungen an Vertragsingenieurinnen, -ingenieure, -architektinnen, -architekten und Sachverständige für Planung, Entwurf und Baudurchführung geleistet werden, soweit diese mit den Maßnahmen zur zweckgebundenen Verwendung der Regionalisierungsmittel zusammenhängen.

Aus diesem Titel werden auch Mittel an Stellen außerhalb der Verwaltung (z.B. DB AG) als Zuwendung nach §§ 23 u.44 LHO gegeben.

Dem Titel stehen in gleicher Höhe Einnahmen aus den Zuweisungen des Bundes gemäß § 8 Regionalisierungsgesetz für Investitionen beim Titel 331.01 gegenüber, die dem Ausgabetitel zufließen.

- 891.02 – Finanzhilfen des Bundes aus dem Mehraufkommen an Mineralölsteuer –
- 891.04 Nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) in der Fassung vom 28.1.1988 (BGBl. I S. 100), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27.12.1993 (BGBl. I S. 2378/2417), gewährt der Bund den Ländern Finanzhilfen für Vorhaben zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden, und zwar für den „Kommunalen Straßenbau“ und den „Öffentlichen Personennahverkehr“ (ÖPNV). Den Altländern stehen für die von ihnen aufzustellenden Förderprogramme Finanzhilfen in Höhe von rd. 1,011 Mrd. EUR zur Verfügung. Die Verteilung auf die Länder erfolgt entsprechend § 6 Abs. 2 GVFG auf der Basis des gewichteten Kfz-Bestandes des vorangegangenen Jahres (Kfz-Schlüssel). Das ergibt für Hamburg im Jahre 2003 einen quotalen Anteil an den vorgenannten Finanzhilfen von
- | | |
|--------|---------------|
| 3,07 % | 31,0 Mio. EUR |
|--------|---------------|
- Es ist vorgesehen:
- ♦ rd. 25 % der Förderquote für Vorhaben des kommunalen Straßenbaus (vgl. 6300.331.01) 7,2 Mio. EUR
 - ♦ rd. 75 % der Förderquote für Vorhaben des ÖPNV einzusetzen 23,8 Mio. EUR
 - davon veranschlagt beim Titel 6500.331.02/891.02 – Finanzhilfen 13,5 Mio. EUR
 - für bauliche ÖPNV-Maßnahmen Dritter (HHA, DB AG u.a.)
 - beim Titel 6500.331.03 – Finanzhilfen für bauliche ÖPNV-Maßnahmen Hamburgs 1,0 Mio. EUR
- Der verbleibende Betrag von 9,3 Mio. EUR wird über folgende Leertitel abgewickelt:
- | | |
|--------------------|--|
| 6500.331.04/891.04 | Zuschüsse zur Beschaffung von Linienomnibussen und Schienenfahrzeugen |
| 6300.331.04/742.10 | Zuweisungen des Bundes für den Umbau und die Modernisierung der Busumsteigeanlage Wandsbek Markt |
| 6300.331.20/891.20 | Zuweisungen des Bundes zur Aufhebung der Bahnübergänge in Wandsbek |
| 6300.331.21/891.21 | Einnahmen für flankierende Maßnahmen beim Ausbau der AKN in Eidelstedt |
- 891.05 – Investitionszuschüsse an die Hamburger Hochbahn AG –
- Veranschlagt sind Investitionszuschüsse an die Hamburger Hochbahn AG zur Erneuerung von Anlagen des U-Bahn-Verkehrsweges (vgl. Bürgerschaftsdrucksache 16/1361 vom 29./30.06.1998).
- 891.06 – Telematik - Förderung von Projekten zur Verkehrsinformation in Hamburg –
- Für die Verkehrsinformation stellt die Telematik eine besondere Bedeutung dar. Nach Vorarbeiten z.B. durch das Projekt „Verkehrsinfo-hamburg.de“ im Internet sollen die Telematik-Anwendungen ausgeweitet werden, wobei weitere Systemkomponenten und -partner eingebunden werden sollen. Hierzu sind Anschubfinanzierungen und Zuwendungen für Projektleistungen erforderlich. Aus dem Titel sollen u.a. folgende Maßnahmen finanziert werden: Förderung von Ersteinrichtungen von Verkehrsinformationssystemen, Entwicklungsaufträge für derartige Projekte, Aktualisierung von Inhalten und Programmen, Kommunikationskosten zur Verknüpfung von Informationsbasen.
- 891.24 – Zuweisungen an die HHA für den Ausbau des Hafenbahntunnels Altona –
- Veranschlagt ist der Kostenanteil für die Planung und Durchführung der baulichen Maßnahmen zur Sicherung des Hafenbahntunnels sowie die Herrichtung zur Nutzung durch ein neues Bussystem für eine ÖPNV-Verbindung der Elbuferregion in Altona. Aufgrund von Grobschätzungen betragen die Gesamtkosten hierfür rd.10 Mio. EUR.
- Die ursprünglich nur für Sicherungsmaßnahmen vorgesehenen Mittel in Höhe von rd. 2,56 Mio. EUR waren im Einzelplan 7 veranschlagt und sind auf den Einzelplan 6 übertragen worden. Zur weiteren Finanzierung sind Zuweisungen des Bundes gemäß § 8 Regionalisierungsgesetz vorgesehen, die beim Titel 331.01 vereinnahmt werden und diesem Titel zuwachsen sollen.
- Für den Tunnelbetrieb (u.a. Sicherungseinrichtungen, Entlüftung, Beleuchtung) und den Betrieb eines neuen Bussystems entstehen jährliche Mehrkosten in noch nicht feststehender Höhe, die von der Hamburger Hochbahn AG als Betreiber in den jährlichen Wirtschaftsplan eingestellt und im Wege des jährlichen Verlustausgleichs ausgeglichen werden.
- Die Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 4.234 Tsd. EUR ist zu Lasten 2004 veranschlagt.
- 892.01 – Zuschuss für den Neubau des Zentralen Omnibusbahnhofs (ZOB) Hauptbahnhof –
- Mit Drucksache 16/4395 vom 20.06.2000 hat die Bürgerschaft den Bau eines neuen Zentralen Omnibusbahnhofs (ZOB) beschlossen. Nach der vorläufigen Kostenermittlung sollten die Gesamtkosten der Baumaßnahme insgesamt ca. 15,3 Mio. EUR betragen, wovon die ZOB GmbH einen Eigenanteil in Höhe von 2,6 Mio. EUR trägt. Nach der aktuell vorliegenden Kostenermittlung werden sich die Gesamtkosten der Maßnahme um rd. 1,0 Mio. EUR auf 16,3 Mio. EUR erhöhen. In den Haushaltsjahren 2000 und 2001 wurden vom Titel 6500.742.01 (ÖPNV-Rückstellung) insgesamt rd. 7,9 Mio. EUR auf diesen Titel übertragen. Die Finanzierung der restlichen 8,4 Mio. EUR wird aus Regionalisierungsmitteln über den Titel 6500.891.01 erfolgen.

6610 Landes- und Landschaftsplanung

1. Allgemeines

Im Kapitel 6610 sind wesentliche Planungsleistungen der Landes- und Landschaftsplanung erfasst. Zum einen handelt es sich um laufende Aufgaben, die sich unmittelbar aus den Fachplanungsgesetzen wie BauGB und HmbNatSchG ableiten, zum anderen um Grundsatz- und Querschnittsaufgaben wie das Entwickeln von räumlichen Konzepten für die Gesamtstadt, das Aufbereiten und die Bereitstellung von raumrelevanten Strukturdaten, um thematische und teilsräumliche Entwicklungsplanungen sowie ferner um die Vorbereitung und Durchführung von städtebaulichen und landschaftsplanerischen Vorhaben.

Das Landesplanungsamt ist zuständig für die Stadtentwicklungsplanung mit der vorbereitenden und verbindlichen Bauleitplanung sowie der Stadtordnung und Stadtbildgestaltung, für bedeutsame Stadtentwicklungsprojekte einschließlich der Wettbewerbe; das Amt für Landschaftsplanung für die vorbereitende und verbindliche Landschaftsplanung sowie für landschaftsplanerische Projekte und Wettbewerbe.

2. Zuwendungen

Es sind keine Zuwendungen veranschlagt.

3. Erläuterung der wesentlichen Ausgaben

Personalausgaben

Siehe Vorwort zum Einzelplan 6.

Sach- und Fachausgaben

526.01 – Planungsmittel auf den Gebieten der Landes- und Landschaftsplanung sowie des Städtebaus –

Veranschlagt sind Kosten für Planungsaufträge an Externe, wissenschaftliche Beratungsleistungen und Gutachten auf den Gebieten der Stadt-, Landes- und Landschaftsplanung:

Landesplanung

- Untersuchungen zur gesamtstädtischen Entwicklung
- Vorbereitende Bauleitplanung und Entwicklungsplanung
- Städtebauliche Entwürfe und Wettbewerbe insbesondere im Rahmen der Inneren Entwicklung
- Städtebauliche Entwürfe für übergeordnete Schwerpunkte der Stadt- und Landesentwicklung
- Pilotprojekte
- Gutachten und Untersuchungen im Rahmen der Aufstellung von verbindlichen Bauleitplänen von gesamtstädtischer Bedeutung

Landschaftsplanung

- Landschaftsplanerische Grundsatzfragen und Fachbeiträge, themenspezifische Ausarbeitungen der Landschaftsplanung
- Landschaftsprogramm, Entwicklungsplanungen für Teilräume, Ausgleichskonzeptionen, Freiraumkonzepte und Landschaftsrahmenpläne
- Grünordnungs- und Landschaftsplanung für übergeordnete Schwerpunktbereiche der Stadtentwicklung bzw. von gesamtstädtischer Bedeutung, für neue Stadtteilgebiete und Wohngebiete
- Wettbewerbe, Projekte, Einzelvorhaben, Funktionspläne

Die einzelnen Maßnahmen in den o. g. Bereichen werden nach Dringlichkeit ausgewählt.

Ansatz 2003

1.073.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind zu Lasten 2004 veranschlagt

1.050.000 EUR

526.02 – Arbeitsstab der Gemeinsamen Landesplanung Hamburg/Niedersachsen/Schleswig-Holstein –

Vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus der langjährigen Arbeit der bilateralen Gemeinsamen Landesplanung und aus fünf Jahren REK-Prozess hat die trilaterale Kabinettsausschusssitzung 1996 in Kiel die Neuorganisation der Gemeinsamen Landesplanung Hamburg/Niedersachsen/Schleswig-Holstein beschlossen. Dazu gehörte auch der formelle Beschluss zur Einrichtung eines Arbeitsstabs. Ihm gehören – entsprechend der Praxis des vorangegangenen REK-Prozesses – drei Länder- und zwei Kommunalkoordinatoren an, die Länderkoordinatoren aus den für Raumordnung zuständigen Ressorts.

Der Arbeitsstab betreut die Gremien, koordiniert die beteiligten Dienststellen in den drei Ländern, erarbeitet Vorlagen, vergibt ggf. Gutachten in Abstimmung mit dem Lenkungsausschuss und sichert die aktuelle Information aller an der die Landesgrenzen überschreitenden Zusammenarbeit beteiligten Institutionen und Gremien. Zentrale Anlaufstelle ist die Dienststelle des Koordinators in Hamburg, die auch die laufenden Geschäfte führt.

Die drei Landesregierungen haben beschlossen, den Arbeitsstab mit einem Budget von 153 Tsd. EUR pro Jahr auszustatten, das zu gleichen Teilen aus Haushaltsmitteln der für Raumordnung zuständigen Ressorts der drei Länder zur Verfügung gestellt wird. Mit den Mitteln sollen u.a. Kosten für Gutachten, Veröffentlichungen, Workshops und andere Informationsveranstaltungen abgedeckt werden.

Ansatz 2003 (Hamburger Anteil)	51.000 EUR
Als Verpflichtungsermächtigung sind zu Lasten 2004 veranschlagt	26.000 EUR

526.81 – Planungsleistungen, Beteiligung der Öffentlichkeit, Karten und drucktechnische Arbeiten, Rahmenzuweisung an die Bezirke –

Die Mittel werden für die im Gesetz zur Reform der Verwaltung definierten Aufgaben der Bezirksämter auf dem Gebiet der verbindlichen Bauleit- und Landschaftsplanung den Bezirken als Rahmenzuweisungen übertragen. Im Rahmen dieser Aufgaben sind Mittel erforderlich für die Vergabe von Planungsleistungen an Dritte, die Durchführung der Bürgerbeteiligung und für Aufwendungen für karten- und drucktechnische Arbeiten.

Ansatz 2003	700.000 EUR
Als Verpflichtungsermächtigung sind zu Lasten 2004 veranschlagt	700.000 EUR

Rahmenzuweisungen

Der folgende Verteilungsschlüssel ist zwischen der Bezirksverwaltung und der Behörde für Bau und Verkehr abgestimmt; er wurde zwischen der Bezirksverwaltung und der damaligen Stadtentwicklungsbehörde einvernehmlich entwickelt und erstmals zum Haushalt 2000 angewendet:

50% der Gesamtsumme werden als Sockelbetrag gleichmäßig auf die Bezirke aufgeteilt, 25% werden entsprechend ihrer Einwohnerzahl und 25% entsprechend ihrer Fläche auf die Bezirke verteilt.

Danach werden die Mittel für 2003 im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2002 Tsd. EUR		Ansatz 2003 Tsd. EUR	
	KM	VE	KM	VE
Hamburg-Mitte	98,7	102	98,64	98,64
Altona	92,9	96	93,28	93,28
Eimsbüttel	86,7	89	86,51	86,51
Hamburg-Nord	91,7	95	91,96	91,96
Wandsbek	125,4	129	125,24	125,24
Bergedorf	97,5	101	97,43	97,43
Harburg	107,1	111	106,93	106,93
Gesamt	700,00	723,00	700,00	700,00

546.01 – Aufwendungen für Karten und drucktechnische Arbeiten –

Veranschlagt für Mittel für Karten und drucktechnische Arbeiten im Bereich der Landes-, Landschafts- und Regionalplanung (u.a. für Bebauungspläne und Grünordnungspläne) für Vergabearbeiten an Dritte.

Ansatz 2003	85.000 EUR
Als Verpflichtungsermächtigung sind zu Lasten 2004 veranschlagt	80.000 EUR

Investitionen**882.01 – Kostenbeitrag zu Fördermaßnahmen von überregionaler Bedeutung mit Schleswig-Holstein –**

Der Ansatz dient zur Mitfinanzierung von Maßnahmen im schleswig-holsteinischen Gebiet der Metropolregion Hamburg (Kreise Pinneberg, Segeberg, Stormarn, Herzogtum Lauenburg, Steinburg und der Wirtschaftsraum Brunsbüttel).

Das Volumen des Förderungsfonds Hamburg/Schleswig-Holstein beträgt in 2003 1,764 Mio. EUR, die von beiden Ländern zu 50 v. H. finanziert werden. Der Hamburger Anteil beträgt somit 882 Tsd. EUR für neue Maßnahmen im Planungsraum.

Darüber hinaus kann über Rückflüsse aus gewährten Darlehen und Zinserträgen zusätzlich verfügt werden.

Ansatz 2003	900.000 EUR
Als Verpflichtungsermächtigung sind veranschlagt	1.075.000 EUR
und zwar zu Lasten 2004	900.000 EUR
und zu Lasten 2005	175.000 EUR

882.02 – Kostenbeitrag zu Fördermaßnahmen von überregionaler Bedeutung mit Niedersachsen –

Der Ansatz dient der Mitfinanzierung von Maßnahmen im niedersächsischen Gebiet der Metropolregion Hamburg (Landkreise Cuxhaven, Harburg, Lüchow-Dannenberg, Lüneburg, Rotenburg (Wümme), Soltau-Fallingb., Stade und Uelzen) durch den Förderungsfonds Hamburg/Niedersachsen.

Das Volumen des Förderungsfonds Hamburg/Niedersachsen beträgt in 2003 1,432 Mio. EUR, die von beiden Ländern zu 50 v. H. finanziert werden. Der Hamburger Anteil beträgt somit 716 Tsd. EUR für neue Maßnahmen im Planungsraum.

Ansatz 2003	416.000 EUR
Als Verpflichtungsermächtigung sind veranschlagt	716.000 EUR
und zwar zu Lasten 2004	416.000 EUR
und zu Lasten 2005	300.000 EUR

6620 Stadterneuerung und Bodenordnung

1. Allgemeines

Zu den Zielen der Stadterneuerung und der Bodenordnung sowie zur Entwicklung der beiden Aufgabenbereiche siehe die allgemeinen Erläuterungen im Vorwort zum Einzelplan 6 sowie die Produktinformationen zu Produktbereich 10.

2. Zuwendungen

Im Rahmen der Stadterneuerung erfolgt keine institutionelle, sondern eine rein projektbezogene Förderung durch Zuwendungen. Mittel werden in der Regel nur als Anteilsfinanzierung nach dem Subsidiaritätsprinzip zur Deckung unrentierlicher Kosten eingesetzt. Die erforderlichen Baumaßnahmen werden von privaten Eigentümern / Investoren durchgeführt. Eine Förderung durch Zuwendungen in Form von Zuschüssen oder Darlehen erfolgt nur dann, wenn das geplante Vorhaben den Erneuerungs- und Entwicklungszielen und -konzepten entspricht und die im öffentlichen Interesse liegende Maßnahme sonst nicht realisiert werden kann.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

134.01 – Kapital- und Rentenbeiträge aus Bodenordnungsmaßnahmen sowie sonstige Rückzahlungen –

Veranschlagt sind die nach dem BauGB in Umlegungs- und Grenzregelungsverfahren (außerhalb und innerhalb von Sanierungsgebieten) zu vereinnahmenden Geldausgleiche und Geldbeiträge sowie sonstige Rückzahlungen im Zusammenhang mit Bodenordnungsmaßnahmen wie z.B. aus der Darlehensgewährung. Die Geldbeiträge in Umlegungsverfahren können auf Antrag der Leistungspflichtigen auch bis zu längstens 10 Jahren verrentet werden. Dabei entstehen aus Stundungs- und Darlehensgewährung zu vereinnahmende Zins- und Tilgungsraten. Erwartet werden ferner Einnahmen aus dem Verkauf von Grundstücken im Rahmen der Veräußerungspflicht in städtebaulichen Entwicklungsbereichen.

Ansatz 2003

500.000 EUR

331.02 – Zuweisungen des Bundes für das Sanierungsprogramm –

Vereinnahmt werden die vom Bund zu erwartenden Finanzhilfen für das Sanierungsprogramm. Der Bund beteiligt sich im Rahmen seines Programms der städtebaulichen Sanierung an den förderungsfähigen Kosten aufgrund von Verwaltungsvereinbarungen nach Art. 104 a Abs. 4 Grundgesetz. Die Bundesfinanzhilfen werden entsprechend den Ausgaben vom Bund abgerufen.

Förderungsgegenstand ist die Sanierungsmaßnahme als Einheit (Gesamtmaßnahme), also das jeweilige Sanierungsgebiet.

Ansatz 2003

2.467.000 EUR

331.03 – Zuweisungen des Bundes für das Hamburgische Stadtteilentwicklungsprogramm –

Vereinnahmt werden die vom Bund zu erwartenden Finanzhilfen für das Hamburgische Stadtteilentwicklungsprogramm (STEP). Der Bund beteiligt sich im Rahmen seines Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die soziale Stadt“ an den förderungsfähigen Kosten aufgrund von Verwaltungsvereinbarungen nach Art. 104 a Abs. 4 Grundgesetz. Die Bundesfinanzhilfen werden entsprechend den Ausgaben in den in das Bundesprogramm aufgenommenen Gebieten vom Bund abgerufen.

Förderungsgegenstand ist die Stadtentwicklungsmaßnahme als Einheit (Gesamtmaßnahme), also das jeweilige Programmgebiet.

Ansatz 2003

1.393.000 EUR

Ausgaben

Personalausgaben

Siehe Vorwort zum Einzelplan 6.

Sach- und Sachausgaben

547.10 – Aufwendungen für die soziale Stadtteilentwicklung –

Zu den aus diesem Titel zu finanzierenden Maßnahmen gehören folgende Komponenten der Programme der sozialen Stadtteilentwicklung:

- die Erarbeitung und Beauftragung von übergreifenden Untersuchungen von Projekten der sozialen Stadtteilentwicklung einschließlich der Erfassung, Ermittlung und Aufbereitung entsprechender Bestandsdaten;
- gebietsübergreifende Öffentlichkeitsarbeitsprojekte zur Intensivierung der Bürgerpartizipation im Rahmen der sozialen Stadtteilentwicklung (Veranstaltungen, Ausstellungen, Foren, Broschüren, Informationen über das Internet).

Ansatz 2003	103.000 EUR
Als Verpflichtungsermächtigung sind zu Lasten 2004 veranschlagt	103.000 EUR

571.01 – Zinsausgaben an die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt zur Finanzierung investiver Zuschüsse in Sanierungsgebieten –

Nach den Haushaltsbeschlüssen ist der Senat ermächtigt, gegenüber der Wohnungsbaukreditanstalt (WK) Verbindlichkeiten in Höhe der investiven Zuschüsse der WK zur Förderung des Wohnungsneubaus und der Wohnungsmodernisierung zu übernehmen. Die FHH erstattet den Schuldendienst für die von der WK für diesen Zweck aufgenommenen Darlehen.

Ansatz 2003	1.770.000 EUR
-------------	---------------

682.01 – Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich (zentral veranschlagt bei 9590.682.10), fachpolitische Zuständigkeit im Kapitel 6620: Ergebnis STEG –

Die HGV ist mit 90% des Gesellschaftskapitals an der STEG beteiligt. Einen Geschäftsanteil von 10% hält die HaGG – Hamburger Gesellschaft für Gewerbebauförderung mbH. Zwischen der HGV und der STEG besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag; der HaGG wird auf ihren Geschäftsanteil eine Garantiedividende gezahlt.

Die von der STEG erzielten Gewinne werden im HGV-Konzern mit Verlusten anderer Unternehmen saldiert, um die Steuerbelastung zu minimieren. Damit reduziert sich der Zuschussbedarf der HGV entsprechend (siehe auch Bürgerschaftsdrucksache 15/7513).

STEG Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungsgesellschaft Hamburg mbH

(mit der HGV besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag)

	Vorschau GJ 2003 Tsd. EUR	Erfolgsplan GJ 2002 Tsd. EUR	Ergebnis GJ 2001 Tsd. EUR
1	2	3	4
1. Erträge			
1.1 Umsatzerlöse	3.742	3.866	3.966
1.2 Sonstige betriebliche Erträge	148	135	139
Summe der Erträge	3.890	4.001	4.105
2. Aufwendungen			
2.1 Materialaufwand			
2.1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	–	–	–
2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen	–	–	–
2.2 Personalaufwand			
2.2.1 Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand	2.550	2.578	2.585
2.2.2 Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen	–	–	–
2.3 Abschreibungen	144	151	119
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.099	1.151	1.286
Summe der Aufwendungen	3.793	3.880	3.990
3. Finanzergebnis	4	0	+ 36
4. Außerordentliches Ergebnis	–	–	–
5. Gewinnabführung an die HGV	101	121	151

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2002 (haushaltswirksam 2003) gegenüber 2001
(Veränderungen Spalte 3 gegenüber Spalte 4)

	<u>Tsd. EUR</u>
1.1 Umsatzerlöse	
Das Sanierungsverfahren Altona-Nord sowie die Betreuung der Sicherheitskonferenz sind im Jahr 2001 beendet worden. Rückläufige Baupreise sowie effizientes Baustellenmanagement im Treuhandvermögen führen zu geringeren Erträgen nach HOAI.	- 100
2.3 Abschreibungen	
Im Jahr 2002 stehen Investitionen zur Aktualisierung der Standardsoftware an.	+ 32
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	
Die rückläufige Beauftragung im klassischen Sanierungsträgerbereich ermöglicht Einsparungen im Aufwand.	- 135
3. Finanzergebnis	
Mit Rückführung der Kapitalrücklage werden die Zinserträge entsprechend verringert sein.	- 36

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2003 (haushaltswirksam 2004) gegenüber 2002
(Veränderungen Spalte 2 gegenüber Spalte 3)

1.1 Umsatzerlöse

Das Sanierungsverfahren St. Pauli Nord S 1 – Schilleroper wird voraussichtlich 2002 beendet.
Der Vertrag für das Projekt „Quartiersmanagement Schanzenviertel“ läuft im Jahr 2002 aus.

- 124**2.2.1 Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand**

Durch natürliche Fluktuation wird eine Entlastung im Personalaufwand erwartet.

- 28**2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen**

Analog zu den rückläufigen Erträgen werden sich die Aufwendungen ebenfalls reduzieren.

- 52**3. Finanzergebnis**

Es wird eine Erhöhung der Zinserträge erwartet.

+ 4**Investitionen**

821.01 – Geldleistungen und sonstige Aufwendungen bei Bodenordnungsmaßnahmen einschl. Grunderwerb in Entwicklungsgebieten (BauGB) –

Die Bodenordnung dient der Bildung von neuen und zweckmäßig gestalteten Grundstücken, z.B. für

- mehrgeschossigen Wohnungsbau und sonstige Gebäude
- Einfamilienhausbebauung
- neue oder zu verändernde Einkaufs- oder Ortszentren
- Gewerbebetriebe
- Gemeinbedarfszwecke.

Dabei werden gleichzeitig die entsprechenden Erschließungs-, Verkehrs- und Grünflächen für den Gemeingebrauch sowie Immissionsschutzflächen bereitgestellt.

Die veranschlagten Geldleistungen Hamburgs, die Beteiligte an hoheitlichen Bodenordnungsmaßnahmen erhalten, ergeben sich aus den Bestimmungen der §§ 45-79 (Umlegung) und 80-84 (Grenzregelung) ggf. in Verbindung mit den §§ 175 bis 179 BauGB.

Bei der hoheitlichen Bodenordnung innerhalb förmlich festgelegter Sanierungsgebiete erhalten Beteiligte Geldleistungen Hamburgs nach den Bestimmungen der §§ 147-156, 175-186, 239 und 245 BauGB. Ferner entstehen bei städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen nach den §§ 165-171 BauGB – zurzeit noch nicht quantifizierte – Aufwendungen durch Grunderwerb nach den §§ 166, 168 und 169 BauGB.

Außer Geldleistungen, die Beteiligte für die Aufhebung oder Änderung von Grundstücken oder Rechten an Grundstücken erhalten, sind auch Umzugskosten, Entschädigungen für Betriebsverlagerungen und Betriebsaufgabe sowie Nebenkosten (z.B. für sachlich gebotene Beratung im Umlegungsverfahren) zu Lasten dieses Titels zu übernehmen. Bei der Neubebauung zugeteilter Ersatzgrundstücke nach § 59 BauGB können zur Überbrückung von Finanzierungslücken auch Aufbaudarlehen gewährt werden. Vor und nach Zuweisung der Grundstücke an Umlegungsbeteiligte können auch Darlehen z.B. als Überbrückung für die Bau- und Ordnungsphase als Zwischen- und Nachfinanzierung anfallen.

Ferner entstehen Hamburg vor und nach Zuweisung der Grundstücke an Umlegungsbeteiligte Ausgaben für Bodenuntersuchungen, Baureifmachung, Erschließung, Besitzeinweisungen, Abbruch, bauliche Veränderungen, Architekten- und Ingenieurleistungen, Sachverständige, Erstattung von Mietausfall und dgl.. Aus diesen Mitteln dürfen auch Zahlungen zur Abgeltung von anderen Rechtsansprüchen und aus Billigkeitsgründen sowie zur Sicherung von wichtigen Unterlagen gegen Verlust (Mikroverfilmung), der Dokumentation und der Beweissicherung von Grundstücken geleistet werden. Weiterhin entstehen im Zusammenhang mit der Bodenordnung auch Kosten und Gebühren für die Inanspruchnahme von Amtshandlungen anderer Behörden oder von privaten Unternehmen etc., wie z.B. Vergabe drucktechnischer Arbeiten (z.B. Informationsmaterial für betroffene Bürger), Programmier- und Rechenaufträge, Beschaffung von Karten- und Luftbildmaterial, Plandaten, Vermessungs- und Katasterunterlagen, Grundbuchdaten, für Auskünfte zur Erschließung, Bebauung, Bodenbewertung, aus Melde- und Altlastenregistern u. ä..

Die Bodenordnung in den förmlich festgelegten Sanierungsgebieten berührt überwiegend bebaute Flächen, auf denen sich Altbauwohnungen und Gewerbebetriebe befinden. Es sind die gleichen Ausgaben zu bestreiten wie

bei der Bodenordnung außerhalb von Sanierung. Ferner kommen nach Beendigung von Sanierungsumlegungsverfahren evtl. Rückzahlungen nach § 154 BauGB in Betracht.

Die Entscheidung über die Gewährung von Geldleistungen in sämtlichen Umlegungsverfahren ebenso die Entscheidung über die Gewährung sowie über die Festsetzung der Konditionen eventueller Darlehen sowie über den Grunderwerb in Entwicklungsgebieten liegt bei der Kommission für Bodenordnung.

Ansatz 2003	1.201.000 EUR
Als Verpflichtungsermächtigung sind veranschlagt	4.000.000 EUR
und zwar zu Lasten 2004	1.201.000 EUR
und zu Lasten der Folgejahre	2.799.000 EUR

821.02 – Kosten der Ordnungsmaßnahmen sowie Grunderwerb (Stadterneuerung) –

Aus diesem Titel werden die in förmlich festgelegten Sanierungsgebieten erforderlichen Aufwendungen für Entschädigungen, Verlagerungen, Räumungs-, Abbruch- und ähnliche Kosten insbesondere im Zusammenhang mit der Umsetzung von Mietern und der Verlagerung von Betrieben sowie im Einzelfall für zwischenzeitlichen Grunderwerb im Rahmen der Bestimmungen des BauGB und dazu geltender Verwaltungsvorschriften bestritten.

Nach Abschluss der Sanierung sollen die durch Kauf erworbenen Grundstücke, sofern sie nicht dem öffentlichen Grund oder einem Verwaltungsvermögen zuzuführen sind, reprivatisiert werden, so dass die Grunderwerbsmittel später an den Haushalt zurückfließen werden. Das gleiche gilt bei der Reprivatisierung von Grundstücken bereits während des Sanierungsverfahrens, außer für Grundstücke im Treuhandvermögen eines Sanierungsträgers; im letztgenannten Fall fließen die Reprivatisierungserlöse zunächst dem Treuhandvermögen zu.

Aus diesem Titel können auch Darlehen gewährt werden, die in Sanierungsgebieten nach dem BauGB während der Ordnungs- und Bauphase anfallen.

Die Entscheidung über die Entschädigung und Geldleistungen an Dritte, über Grunderwerb sowie die Gewährung und die Festsetzung der Konditionen der Darlehen liegt bei der Kommission für Bodenordnung.

Der Bund beteiligt sich an den förderungsfähigen Kosten (vgl. 331.02).

Ansatz 2003	2.629.000 EUR
Als Verpflichtungsermächtigung sind zu Lasten 2004 veranschlagt	2.400.000 EUR

821.03 – Werterstattung an den Grundstock für Grunderwerb in Sanierungsgebieten (Stadterneuerung) –

Aus diesem Titel werden Werterstattungen an den Grundstock für Grunderwerb für Flächen finanziert, die im Rahmen der Sanierungsmaßnahmen benötigt werden und sich bereits im Eigentum der Stadt befinden.

Ansatz 2003	207.000 EUR
-------------	-------------

821.04 – Förderung von Stadtentwicklungs- und Erneuerungsaktivitäten vornehmlich in innerstädtischen Gebieten –

Die Mittel sind zur Förderung von Stadtentwicklungs- und Erneuerungsaktivitäten außerhalb förmlich festgelegter Sanierungsgebiete (s. 6620.821.02) entsprechend der Gebietsauswahl für das Hamburgische Stadtteilentwicklungsprogramm einschließlich der westlichen inneren Stadt bestimmt. In analoger Anwendung der §§ 147 BauGB (Ordnungsmaßnahmen) und 180 BauGB (Sozialplan) ist in diesen Gebieten in Einzelfällen sowohl die Erstattung von Aufwendungen für die Freimachung von Grundstücken als auch die Erstattung von Kosten für notwendige Mieterumsetzungen aus Anlass von Modernisierungsmaßnahmen und sonstigen Erneuerungsmaßnahmen erforderlich.

Über die Gewährung und die Höhe der Kostenerstattungen an Dritte zur Freimachung von Grundstücken entscheidet die Kommission für Bodenordnung.

Ansatz 2003	374.000 EUR
Als Verpflichtungsermächtigung sind veranschlagt	811.000 EUR
und zwar zu Lasten 2004	374.000 EUR
und zu Lasten der Folgejahre	437.000 EUR

891.02 – Zuschuss an die STEG für Modernisierungs-/Grunderneuerungsmaßnahmen an in Treuhandvermögen übertragenen Gebäuden sowie Maßnahmen nach § 17 II. WoBauG –

Die Zuschüsse sollen für Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen an Gebäuden und Neubau auf Grundstücken, die sich im Treuhandvermögen der Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungsgesellschaft (STEG) befinden, insbesondere zur Finanzierung des Eigentümeranteils der STEG im Rahmen öffentlicher Förderungsprogramme (insbesondere § 43 StBauFG, § 17 II. WoBauG) eingesetzt werden.

Ansatz 2003	2.512.000 EUR
Als Verpflichtungsermächtigung sind veranschlagt	5.120.000 EUR
und zwar zu Lasten 2004	2.512.000 EUR
und zu Lasten 2005	2.608.000 EUR

893.05 – Soziale Stadtteilentwicklung in Sanierungsgebieten –

Aus diesem Titel werden alle mit der Sanierung nach BauGB zusammenhängenden Maßnahmen finanziert (Säule I des Programms zur sozialen Stadtteilentwicklung: Sanierungsprogramm). Für Maßnahmen, die grundsätzlich in anderen Einzelplänen veranschlagt sind, dient er ggf. zur Anteilsfinanzierung.

Zu den aus diesem Titel zu finanzierenden Maßnahmen gehören:

- die Erarbeitung von Strategien und Quartiersentwicklungskonzepten für die Untersuchungs- und Sanierungsgebiete einschließlich der Erfassung, Ermittlung und Aufbereitung entsprechender Bestandsdaten sowie allgemeiner Sachkosten für die Vorbereitung, Durchführung und Evaluation der Maßnahmen;
- die Bereitstellung von Verfügungsfonds zum Gelingen der Bürgeraktivierung, mit denen die Realisierung kleinerer, schnell umzusetzender Projekte einschl. der erforderlichen Sachmittel und der anfallenden Vergütungen in die lokale Verantwortung gegeben werden;
- die Durchführung von Untersuchungen und die Vergabe von Gutachten im Rahmen der Aufstellung und Durchführung sozialer Erhaltungsverordnungen;
- der Einsatz von vor Ort arbeitenden Sanierungsträgern und anderen Beauftragten nach dem Baugesetzbuch auch im Hinblick auf die Vorbereitung und Durchführung von Einzelprojekten;
- Zuwendungen in Form von Zuschüssen oder Darlehen zur Finanzierung unrentierlicher Kosten bei der Realisierung von Maßnahmen (auch privater Investoren), die entsprechend der Quartiersentwicklungskonzepte Beschäftigung fördern, soziale Defizite sowie bauliche, städtebauliche und infrastrukturelle Mängel in den Sanierungs- und Untersuchungsgebieten entgegenwirken und zur Stärkung der lokalen Wirtschaft beitragen. Dabei sollen Stadtteilgremien die Bürgerbeteiligung sichern und den örtlichen Interessen zur Artikulation verhelfen;
- die nach BauGB von der Gemeinde zu tragenden Kosten für Erschließungen einschl. Wohnumfeldverbesserungen;
- die Erarbeitung von Gutachten, Untersuchungen, Planungen von städtebaulichen und Gebäudeentwürfen und dgl., die Durchführung von Wettbewerben und die Vergabe der erforderlichen technischen Arbeiten;
- die projektbezogene Öffentlichkeitsarbeit (Veranstaltungen, Broschüren, usw.);
- die Kosten der Stadteilbüros;
- die Vorbereitung und Durchführung von Erfolgskontrollen durch externe Beauftragte;
- Zuschüsse an die WK zur anteiligen Abdeckung unrentierlicher Kosten für Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen im Sinne des § 177 Abs. 4 und 5 BauGB zur Sicherung preiswerten Wohnraums;
- die Erhaltung preiswerten Wohnraums in Altbauten sowie die Neu-, Um- und Ausbauten von Projekten des Gemeinbedarfs auch unter Einsatz von alternativen Baubetreuern/Sanierungsträgern, um Gebäude vorrangig für Stadtteilgruppen unter Einbeziehung von Selbsthilfe und Selbstverwaltung in Stand zu setzen.

In Einzelfällen können Dritten als Maßnahmeträgern Zuschüsse für die Entwicklung und Planung von Vorhaben gewährt werden, wenn die im öffentlichen Interesse angestrebte Maßnahme sonst nicht realisiert werden kann. Des Weiteren kann die Beauftragung von Dritten zur Vorbereitung, Begleitung und Koordinierung der Durchführung von Maßnahmen der Sanierung nach BauGB aus diesem Titel finanziert werden.

Es werden nur solche Vorhaben gefördert, bei denen die Finanzierung der Folgekosten gesichert ist bzw. die für den Haushalt keine Folgekosten auslösen.

Die Verpflichtungsermächtigung dieses Titels sichert auch die Förderung der über mehrere Jahre laufenden Modernisierung von Wohnungen in Sanierungsgebieten ab, Kassenmittel für diese Maßnahmen werden nur anteilig aus diesem Titel finanziert. Für die Wohnungsmodernisierung in Sanierungsgebieten stehen darüber hinaus derzeit 5,113 Mio. EUR an Mitteln zur Verfügung, die von der Wohnungsbaukreditanstalt im Rahmen ihrer Ermächtigung zur Übernahme von Verbindlichkeiten zur Finanzierung investiver Maßnahmen bereitgestellt werden.

Neben den Mitteln des Bund-Länder-Programms für Städtebauförderung stellt Hamburg Komplementärmittel für städtebauliche Sanierungsmaßnahmen bei diesem Titel zur Verfügung.

Ansatz 2003	10.403.000 EUR
Als Verpflichtungsermächtigung sind veranschlagt	15.500.000 EUR
und zwar zu Lasten 2004	10.403.000 EUR
und zu Lasten 2005	5.097.000 EUR

893.11 – Soziale Stadtteilentwicklung in STEP-Gebieten (Hamburgisches Stadtteilentwicklungsprogramm) –

Aus diesem Titel werden alle mit der Stadterneuerung zusammenhängenden Maßnahmen außerhalb der Sanierung nach Baugesetzbuch finanziert (Säule II des Programms zur Sozialen Stadtteilentwicklung: Hamburgi-

sches Stadtteilentwicklungsprogramm – STEP –). Für Maßnahmen, die grundsätzlich in anderen Einzelplänen veranschlagt sind, dient er ggf. zur Anteilsfinanzierung.

Zu den aus diesem Titel zu finanzierenden Maßnahmen gehören:

- die Erarbeitung von Strategien und Quartiersentwicklungskonzepten für die Gebiete des Hamburgischen Stadtteilentwicklungsprogramms einschließlich der Erfassung, Ermittlung und Aufbereitung entsprechender Bestandsdaten sowie allgemeine Sachkosten für die Vorbereitung, Durchführung und Evaluation der Maßnahmen;
- die Durchführung von Untersuchungen und die Vergabe von Gutachten im Rahmen der Aufstellung und Durchführung sozialer Erhaltungsverordnungen;
- der Einsatz von vor Ort arbeitenden Quartiersentwicklern auch im Hinblick auf die Vorbereitung und Durchführung von Einzelprojekten;
- die Bereitstellung von Verfügungsfonds zum Gelingen der Bürgeraktivierung mit dem Ziel, die Realisierung kleiner, schnell umzusetzender Projekte einschl. der erforderlichen Sachmittel und anfallender Vergütungen in die lokale Verantwortung zu geben;
- Zuwendungen in Form von Zuschüssen oder Darlehen zur Finanzierung unrentierlicher Kosten bei der Realisierung von Maßnahmen (auch privater Investoren), die, entsprechend den Quartiersentwicklungskonzepten, Beschäftigung fördern, sozialen Defiziten sowie baulichen, städtebaulichen und infrastrukturellen Mängeln in den Gebieten des Hamburgischen Stadtteilentwicklungsprogramms entgegenwirken und zur Stärkung der lokalen Wirtschaft beitragen. Dabei sollen Stadtteilgremien die Bürgerbeteiligung sichern und den örtlichen Interessen zur Artikulation verhelfen;
- die Erarbeitung von Gutachten, Untersuchungen, Planungen, städtebaulichen und Gebäudeentwürfen und dgl., die Durchführung von Wettbewerben und die Vergabe der erforderlichen technischen Arbeiten;
- die projektbezogene Öffentlichkeitsarbeit (Veranstaltungen, Broschüren usw.);
- die Kosten der Stadtteilbüros;
- die Vorbereitung und Durchführung von Erfolgskontrollen durch externe Beauftragte;
- Zuschüsse an die WK zur anteiligen Abdeckung unrentierlicher Kosten zur Sicherung preiswerten Wohnraums;
- die Erhaltung preiswerten Wohnraums in Altbauten sowie der Neu-, Um- und Ausbau von Projekten des Gemeinbedarfs auch unter Einsatz von alternativen Baubetreuern/Sanierungsträgern, um Gebäude vorrangig für Stadtteilgruppen unter Einbeziehung von Selbsthilfe und Selbstverwaltung in Stand zu setzen.

In Einzelfällen können Dritten als Maßnahmeträger Zuschüsse für die Entwicklung und Planung von Vorhaben gewährt werden, wenn die im öffentlichen Interesse angestrebte Maßnahme sonst nicht realisiert werden kann. Des Weiteren kann die Beauftragung von Dritten zur Vorbereitung, Begleitung und Koordinierung der Durchführung von Projekten des Hamburgischen Stadtteilentwicklungsprogramms aus diesem Titel finanziert werden.

Es werden nur solche Vorhaben gefördert, bei denen die Finanzierung der Folgekosten gesichert ist bzw. die für den Haushalt keine Folgekosten auslösen.

Neben den Mitteln des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ stellt Hamburg Komplementärmittel für Stadterneuerungsmaßnahmen bei diesem Titel zur Verfügung.

Ansatz 2003	11.833.000 EUR
Als Verpflichtungsermächtigung sind veranschlagt	15.500.000 EUR
und zwar zu Lasten 2004	11.833.000 EUR
und zu Lasten 2005	3.667.000 EUR

**Haushaltsplan
Freie und Hansestadt Hamburg**

Haushaltsjahr 2003

Stellenplan und Stellenübersichten

Einzelplan 6

Behörde für Bau und Verkehr

Einzelplan 6 Behörde für Bau und Verkehr

I. Stellenbestand

kw 2003	kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw >2006	kw o.T.	Vermerke
3,00						Anzahl der kw-Stellen
2,00						19,00 Bereich der Beamtinnen/ Beamten
						55,00 Bereich der Angestellten
						3,49 Bereich der Arbeiterinnen/ Arbeiter
5,00	0,00	0,00	0,00	0,00	77,49	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

EPL	Bezeichnung	Jahr	Senatorinnen/ Senatoren Richterinnen/Richter Beamtinnen/ Beamte		Beamtinnen/ Beamte	Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer				Gesamt
			Planstellen	andere Amtsstellen		Angestellte	Nachwuchs Ang. *	Arbeiterin- nen/Arbeiter	Nachwuchs Arb. *	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
6000	Allgemeine Verwaltung	2003	98,50	3,00	23,00	66,10	6,00	26,35	6,00	193,95
		2002	91,00	3,00	23,00	86,60	6,00	26,35	6,00	206,95
6030	Geoinformation + Vermessg.	2003	0,00	0,00		0,00	0,00	0,00		0,00
		2002	105,00	1,00		261,52	24,00	66,00		433,52
6100	Amt für Wohnungswesen	2003	16,00			30,00				46,00
		2002	16,00			27,00				43,00
6200	Hochbauamt	2003	44,00			72,50				116,50
		2002	46,00			67,50				113,50
6300	Tiefbauamt	2003	182,00			229,00		4,00		415,00
		2002	178,00			229,00		4,00		411,00
6420	Wasserwirtschaft	2003	28,00			80,00		22,04		130,04
		2002	25,00			82,00		23,04		130,04
6500	Amt für Verkehr	2003	30,00			43,00				73,00
		2002	32,00			42,00				74,00
6600	Stadtentwicklung	2003	66,50			92,30				158,80
		2002	0,00			0,00				0,00
	gesamt:	2003	465,00	3,00	23,00	612,90	6,00	52,39	6,00	1.133,29
		2002	493,00	4,00	23,00	795,62	30,00	119,39	6,00	1.412,01

Einzelplan 6 Behörde für Bau und Verkehr

II. Erläuterungen

Stellenzugänge/Stellenabgänge

E P L	Kapitel	Anzahl der Stellen 2002	Vollzug kw	Art der Änderungen gegenüber dem Stellenplan des Haushaltsplans 2002				Stellenplan 2003	Diffe- renz
				Verlagerung		Neue Stellen	Stellen- abgänge	Anzahl der Stellen 2003	2003/ 2002
1	2	3	4	Zugang	Abgang	7	8	9	10
6	6000 Allgemeine Verwaltung	206,95		22,00	-35,00			193,95	-13,00
	6030 Geoinformation + Vermessg.	433,52		38,00	-468,02	0,50	-4,00	0,00	-433,52
	6100 Amt für Wohnungswesen	43,00		3,00				46,00	3,00
	6200 Hochbauamt	113,50		3,00	-6,00	6,00		116,50	3,00
	6300 Tiefbauamt	411,00		11,00	-6,00		-1,00	415,00	4,00
	6420 Wasserwirtschaft	130,04		4,00	-2,00		-2,00	130,04	0,00
	6500 Amt für Verkehr	74,00		4,00	-5,00			73,00	-1,00
	6600 Stadtentwicklung	0,00		180,80	-22,00			158,80	158,80
	Summe:	1412,01	+0,00	+265,80	-544,02	+6,50	-7,00	1133,29	-278,72

Einzelplan 6	Behörde für Bau und Verkehr
Kapitel 6000	Allgemeine Verwaltung

kw 2003	kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw >2006	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen 1,00 Bereich der Beamtinnen/ Beamten 3,00 Bereich der Angestellten 3,49 Bereich der Arbeiterinnen/ Arbeiter
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	7,49	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

I. Stellenbestand

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte Planstellen					
B 9	1,00			0,00	
B 6	2,00	1,00	1)	2,00	kw: 1,00 BesGr. B 6 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor nach Freiwerden der Stelle
B 3	1,00			1,00	
A 16	3,00			3,00	
A 15	12,00			12,00	
A 14	19,50			16,00	
A 13	6,00			7,00	
A 13	6,00			5,00	
A 12	16,00			15,00	
A 11	14,00			14,00	
A 10	6,00			6,00	
A 9	4,00	1,00	2)	3,00	ku: 1,00 BesGr. A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor nach VergGr. V c nach Freiwerden der Stelle
A 9	2,00			1,00	
A 8	3,00			3,00	
A 7	1,00			1,00	
A 6	2,00	1,00	3)	2,00	ku: 1,00 BesGr. A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär nach VergGr. IX b/VII nach Freiwerden der Stelle
Summe:	98,50			91,00	

B 9 Oberbaudirektorin/ Oberbaudirektor (1,00)
 B 6 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (1,00), Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
 B 3 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
 A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (3,00)
 A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (1,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (11,00)
 A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (2,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (17,50)
 A 13 Baurätin/ Baurat (1,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (5,00)
 A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (4,00), Technische Oberamtsrätin/ Technischer Oberamtsrat (2,00)
 A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (16,00)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (14,00)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (6,00), Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (0,00)
 A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (4,00)
 A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (2,00)
 A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (3,00)
 A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (1,00)
 A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (2,00)

Einzelplan 6 Kapitel 6000	Behörde für Bau und Verkehr Allgemeine Verwaltung
--	--

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6600; Aufgaben- und Stellenverlagerung aus der Zusammenführung BBV und STEB
A 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6600; Aufgaben- und Stellenverlagerung aus der Zusammenführung BBV und STEB
A 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6030; Verlagerung der Funktion Vorsitz des Gutachterausschusses für Grundstückswerte in Hamburg
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6600; Aufgaben- und Stellenverlagerung aus der Zusammenführung BBV und STEB
A 14				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6600; Aufgaben- und Stellenverlagerung aus der Zusammenführung BBV und STEB
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6100; Sachbearbeitung in der Koordinierungsstelle Soziale Stadt
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6600; Aufgaben- und Stellenverlagerung aus der Zusammenführung BBV und STEB
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6200; von Kapitel 6000 für die Sachbearbeitung in der Zentralen Vergabeaufsicht
A 12				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6600; Aufgaben- und Stellenverlagerung aus der Zusammenführung BBV und STEB
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6200; Verlagerung von Kap. 6200
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6600; Aufgaben- und Stellenverlagerung aus der Zusammenführung BBV und STEB
Summe Beamtinnen/ Beamte										
	0,00	0,00	0,00	10,00	-3,00	0,00	0,00	0,00	7,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	0,00	0,00	0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,50	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt										
	0,00	0,00	0,00	10,50	-3,00	0,00	0,00	0,00	7,50	

Einzelplan 6	Behörde für Bau und Verkehr
Kapitel 6000	Allgemeine Verwaltung

I. Stellenbestand

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 14	1,00			3,00	
A 13	1,00			0,00	
A 11	3,00			2,00	
A 10	1,00			1,00	
A 8	1,00			1,00	
Summe:	7,00			7,00	

A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,00)
 A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (3,00)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (1,00)
 A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (1,00)

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Andere Amtsstellen					
A 13	3,00			3,00	
Summe:	3,00			3,00	

A 13 Baurätin/ Baurat (3,00)

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Nachwuchskräfte (Beamtinnen/ Beamte)*					
Nachwuchs hD	18,00			18,00	
Nachwuchs gD	5,00			5,00	
Summe:	23,00			23,00	

Nachwuchs hD Baureferendarin/ Baureferendar (18,00)
 Nachwuchs gD Technische Oberinspektor-Anwärterin/ Technischer Oberinspektor-Anwärter (5,00)

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
I b	2,00	1,00	4)	3,00	kw: 1,00 VergGr. I b nach Beendigung der Maßnahme 4. Röhre Elbtunnel kw: 1,00 VergGr. II a hD nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz
II a hD	3,00	1,00	5)	2,00	
III	0,00			8,00	
IV a	4,00	1,00	6)	10,00	kw: 1,00 VergGr. IV a Freigestelltes Personalratsmitglied
IV b	1,00			1,00	
V b gD	4,50			3,00	
Richtl. Ang.gD	0,78			0,78	
V b mD	1,75	1,00	7)	1,75	Freigestelltes Personalratsmitglied
V c	15,00			22,00	
VI b	9,50			11,50	

Einzelplan 6 Kapitel 6000	Behörde für Bau und Verkehr Allgemeine Verwaltung
--	--

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2003			2002	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 14	0,00			2,00	Nr. 7	H.Beschl.
A 14	1,00			1,00	Nr. 6	
A 13	1,00			0,00	Nr. 7	
A 11	1,00			1,00		
A 11	1,00			1,00	Nr. 5	
A 11	1,00			0,00	Nr. 7	
A 10	1,00			1,00	Nr. 7	
A 8	1,00			1,00	Nr. 6	
gesamt:	7,00			7,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
I b					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6030; Verlagerung der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses für Grundstückswerte in Hamburg
II a hD				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6600; Aufgaben- und Stellenverlagerung aus der Zusammenführung BBV und STEB
III					-8,00				-8,00	Verlagerung an Kapitel 6030; Verlagerung der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses für Grundstückswerte in Hamburg
IV a					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6030; Neuzuschnitt der Aufgaben im IuK-Bereich
IV a					-6,00				-6,00	Verlagerung an Kapitel 6030; Verlagerung der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses für Grundstückswerte in Hamburg
IV a				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6500; Aufgabenzuwachs im Bereich Öffentlichkeitsarbeit
V b gD				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6600; Aufgaben- und Stellenverlagerung aus der Zusammenführung BBV und STEB
V c				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6600; Aufgaben- und Stellenverlagerung aus der Zusammenführung BBV und STEB
V c				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6600; Aufgaben- und Stellenverlagerung aus der Zusammenführung BBV und STEB
V c					-9,00				-9,00	Verlagerung an Kapitel 6030; Verlagerung der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses für Grundstückswerte in Hamburg
VI b				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Verlagerung aus Kap. 6300

Einzelplan 6 **Behörde für Bau und Verkehr**
Kapitel 6000 **Allgemeine Verwaltung**

I. Stellenbestand

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
VII	7,00			7,00	
IX b/VII	8,02	1,00	8)	8,02	kw: 1,00 VergGr. IX b/VII zum 31.12.2002 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen
VIII	6,08			5,08	
IX b	3,00			3,00	
Richtl. Ang.eD	0,47			0,47	
Summe:	66,10			86,60	
Nachwuchskräfte (Angestellte)*					
Nachwuchs mD	6,00			6,00	
Summe:	6,00			6,00	
Arbeiterinnen/ Arbeiter					
6	1,00	1,00	9)	1,00	kw: 1,00 Lohngr. 6 Freigestelltes Personalratsmitglied
5	5,00			0,00	
4	3,00			8,00	
3	1,00			1,00	
2	3,00	2,00	10)	3,00	kw: 2,00 Lohngr. 2 nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)
1	1,00			1,00	
1 (R)	11,71	0,49	11)	11,71	
Hmb-MTV	0,64			0,64	
Summe:	26,35			26,35	
Nachwuchskräfte (Arbeiterinnen/ Arbeiter)*					
Nachwuchs eD	6,00			6,00	
Summe:	6,00			6,00	
Summe (ohne *) insgesamt	193,95			206,95	

Einzelplan 6 Kapitel 6000	Behörde für Bau und Verkehr Allgemeine Verwaltung
--	--

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag				6,00	-25,00				-19,00	
VI b				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6600; Aufgaben- und Stellenverlagerungen aus der Zusammenführung BBV und STEB
VI b				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6600; Aufgaben- und Stellenverlagerung aus der Zusammenführung BBV und STEB
VI b					-6,00				-6,00	Verlagerung an Kapitel 6030; Verlagerung der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses für Grundstückswerte in Hamburg
VIII				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6600; Aufgabenzusammenlegung BB/STEB
VIII				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6600; Aufgaben- und Stellenverlagerung aus der Zusammenführung BBV und STEB
VIII					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6030; Verlagerung der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses für Grundstückswerte in Hamburg
Summe Angestellte										
	0,00	0,00	0,00	11,00	-32,00	0,00	0,00	0,00	-21,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	0,00	0,00	0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,50	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Summe Angestellte insgesamt										
	0,00	0,00	0,00	11,50	-32,00	0,00	0,00	0,00	-20,50	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter insgesamt										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Summe (ohne *) insgesamt										
	0,00	0,00	0,00	22,00	-35,00	0,00	0,00	0,00	-13,00	

Einzelplan 6	Behörde für Bau und Verkehr
Kapitel 6030	Amt für Geoinformation und Vermessung (alt)

I. Stellenbestand

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
Planstellen					
B 3	0,00			1,00	
A 16	0,00			4,00	
A 15	0,00			8,00	
A 14	0,00	1,00	1)	9,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 13	0,00	2,00	2)	8,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 13	0,00			8,00	
A 12	0,00			18,00	

B 3	Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (0,00)
A 16	Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (0,00)
A 15	Baudirektorin/ Baudirektor (0,00)
A 14	Oberbaurätin/ Oberbaurat (0,00)
A 13	Baurätin/ Baurat (0,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (0,00)
A 13	Technische Oberamtsrätin/ Technischer Oberamtsrat (0,00)
A 12	Amtsärztin/ Amtsarzt (0,00), Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt (0,00)

Einzelplan 6 Kapitel 6030	Behörde für Bau und Verkehr Amt für Geoinformation und Vermessung (alt)
--	--

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 3					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
A 16					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
A 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6500; für die Leitung der Abteilung Überregionale Koordinierung
A 15					-7,00				-7,00	Verlagerung an Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
A 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6200; für die Leitung Controlling
A 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Verlagerung der Funktion Vorsitz des Gutachterausschusses für Grundstückswerte in Hamburg
A 15					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6300; für die Leitung des Bereichs Baudurchführung Stadtstraßen
A 14					-8,00				-8,00	Verlagerung an Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6300; für das Bauprojekt Flughafen-S-Bahn
A 13					-6,00				-6,00	Verlagerung an Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
A 13					-8,00				-8,00	Verlagerung an Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
A 12					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6420; für den Bereich Hochwasserschutz und konstruktiver Wasserbau
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6300; für das Bauprojekt Flughafen-S-Bahn
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Stellentausch (Berichtigung einer Fehlbuchung)

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2003	alter Vermerk 2002
A 14	1) weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat nach Beendigung der Maßnahme 4. Röhre Elbtunnel, ku in Ang.VergGr. IIa hD ku: 2,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach VergGr. II a hD
A 13	2) weggefallen	

Einzelplan 6	Behörde für Bau und Verkehr
Kapitel 6030	Amt für Geoinformation und Vermessung (alt)

I. Stellenbestand

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 11	0,00	1,00	3)	35,00	Vermerk weggefallen
A 10	0,00			11,00	
A 9	0,00			1,00	
A 8	0,00			1,00	
A 7	0,00			1,00	
Summe:	0,00			105,00	

A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (0,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (0,00)
A 10 Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (0,00)
A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (0,00)
A 8 Technische Hauptsekretärin/ Technischer Hauptsekretär (0,00)
A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (0,00)

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 14	0,00			1,00	
A 11	0,00			2,00	
Summe:	0,00			3,00	

A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (0,00)
A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (0,00)

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Andere Amtsstellen					
A 13	0,00			1,00	
Summe:	0,00			1,00	

A 13 Baurätin/ Baurat (0,00)

Einzelplan 6
Kapitel 6030

Behörde für Bau und Verkehr
Amt für Geoinformation und Vermessung (alt)

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2003			Vermerk Nr.	2002 Anzahl	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon				§ 50a (1)	
A 14	0,00				1,00	Nr. 6	
A 11	0,00				1,00	Nr. 7	
A 11	0,00				1,00	Nr. 6	
gesamt:	0,00				3,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag				3,00	-44,00				-41,00	
A 12					-15,00				-15,00	Verlagerung an Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
A 11					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6300; Stellentausch (Berichtigung einer Fehlbuchung)
A 11					-31,00				-31,00	Verlagerung an Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
A 10					-11,00				-11,00	Verlagerung an Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
A 8					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
A 7					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
Summe Beamtinnen/ Beamte										
	0,00	0,00	0,00	3,00	-108,00	0,00	0,00	0,00	-105,00	
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
Summe Andere Amtsstellen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2003	alter Vermerk 2002
A 11	3) weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann zum 31.12.2002 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen

Einzelplan 6 Kapitel 6030	Behörde für Bau und Verkehr Amt für Geoinformation und Vermessung (alt)
--	--

I. Stellenbestand

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
I b	0,00			1,00	
II a hD	0,00	1,00	4)	2,00	Vermerk weggefallen
II a gD	0,00			2,00	
III	0,00	1,00	5)	26,00	Vermerk weggefallen
IV a	0,00			29,00	
IV b	0,00			17,00	
V b gD	0,00			0,00	

Einzelplan 6 Kapitel 6030	Behörde für Bau und Verkehr Amt für Geoinformation und Vermessung (alt)
--	--

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwand-lung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
I b				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Verlagerung der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses für Grundstückswerte in Hamburg
I b					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
II a hD					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
II a gD					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
III					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6300; für das Bauprojekt Flughafen-S-Bahn
III				8,00					8,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Verlagerung der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses für Grundstückswerte in Hamburg
III							1,00		1,00	für die Leitung des Sachgebiets Vermessungs- u. verwaltungstechnische Anwendungen
III					-34,00				-34,00	Verlagerung an Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
IV a				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Neuzuschnitt der Aufgaben im IuK-Bereich
IV a					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6300; Verstärkung der IuK-Projektsachbearbeitung
IV a				6,00					6,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Verlagerung der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses für Grundstückswerte in Hamburg
IV a							-1,00		-1,00	für die Leitung des Sachgebiets Vermessungs- u. verwaltungstechnische Anwendungen
IV a							2,00		2,00	für den Bereich Katastervermessung
IV a								-1,00	-1,00	für die zentrale IuK-Anwenderunterstützung
IV a								-1,00	-1,00	für den Bereich Flächeninformationssystem/Fortentwicklung Digitale Stadtgrundkarte
IV a					-34,00				-34,00	Verlagerung an Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
IV b				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6600; Aufgaben- und Stellenverlagerung aus der Zusammenführung BBV und STEB
IV b					-25,00				-25,00	Verlagerung an Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
V b gD				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6600; Aufgaben- und Stellenverlagerung aus der Zusammenführung BBV und STEB
V b gD					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2003	alter Vermerk 2002
II a hD	4) weggefallen	kw: 1,00 VergGr. II a hD nach Freierwerden der Stelle
III	5) weggefallen	kw: 1,00 VergGr. III nach Beendigung des Bauvorhabens Allermöhe

Einzelplan 6 Kapitel 6030	Behörde für Bau und Verkehr Amt für Geoinformation und Vermessung (alt)
--	--

I. Stellenbestand

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
V c	0,00	1,00	6)	155,52	Vermerk weggefallen
VI b	0,00			19,00	
VII	0,00			3,50	
IX b/VII	0,00			1,00	
VIII	0,00			5,50	
Summe:	0,00			261,52	
Nachwuchskräfte (Angestellte)*					
Nachwuchs mD	0,00			24,00	
Summe:	0,00			24,00	
Arbeiterinnen/ Arbeiter					
6	0,00			27,00	
4	0,00			33,00	

Einzelplan 6
Kapitel 6030
Behörde für Bau und Verkehr
Amt für Geoinformation und Vermessung (alt)
II. Erläuterungen
Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag				18,00	-102,00		2,00	-2,00	-84,00	
V c				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neuzuschnitt der Aufgaben im IuK-Bereich
V c					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6420; für den Bereich Hochwasserschutz und konstruktiver Wasserbau
V c				9,00					9,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Verlagerung der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses für Grundstückswerte in Hamburg
V c					-160,02				-160,02	Verlagerung an Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
VI b				6,00					6,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Verlagerung der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses für Grundstückswerte in Hamburg
VI b					-23,00				-23,00	Verlagerung an Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
VII					-4,50				-4,50	Verlagerung an Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
IX b/VII					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
VIII				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Verlagerung der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses für Grundstückswerte in Hamburg
VIII					-5,50				-5,50	Verlagerung an Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
Summe Angestellte										
	0,00	0,00	0,00	35,00	-297,02	0,00	2,00	-2,00	-262,02	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,50	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-2,00	2,00	0,00	
Summe Angestellte insgesamt										
	0,00	0,50	0,00	35,00	-297,02	0,00	0,00	0,00	-261,52	
Nachwuchs mD					-24,00				-24,00	Verlagerung an Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
Summe Nachwuchskräfte (Angestellte)*										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-24,00	0,00	0,00	0,00	-24,00	
6					-27,00				-27,00	Verlagerung an Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
4			-4,00						-4,00	zur Verstärkung des Sachgebiets Tariflohn- und Nachunternehmerkontrolle -ABH 234-

Einzelplan 6 Kapitel 6030	Behörde für Bau und Verkehr Amt für Geoinformation und Vermessung (alt)
--	--

I. Stellenbestand

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeiterinnen/ Arbeiter					
3	0,00			5,00	
2	0,00	1,00	7)	1,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
Summe:	0,00			66,00	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00			433,52	

Einzelplan 6	Behörde für Bau und Verkehr
Kapitel 6030	Amt für Geoinformation und Vermessung (alt)

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag			-4,00		-27,00				-31,00	
4					-29,00				-29,00	Verlagerung an Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
3					-5,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
2					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
<i>Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter</i>										
	0,00	0,00	-4,00	0,00	-62,00	0,00	0,00	0,00	-66,00	
Summe (ohne *) insgesamt										
	0,00	0,50	-4,00	38,00	-468,02	0,00	0,00	0,00	-433,52	

Einzelplan 6 Kapitel 6100	Behörde für Bau und Verkehr Amt für Wohnungswesen
--	--

kw 2003	kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw >2006	kw o.T.	Vermerke
					1,00	Anzahl der kw-Stellen Bereich der Angestellten
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

I. Stellenbestand

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte Planstellen					
B 3	1,00			1,00	ku: 1,00 BesGr. A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor nach BesGr. A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor nach Freiwerden der Stelle
A 16	2,00	1,00	1)	2,00	
A 15	1,00			1,00	
A 14	3,00			3,00	
A 13	0,00			0,00	
A 12	2,00			2,00	
A 11	3,00			3,00	
A 10	3,00			3,00	
A 8	1,00			1,00	
Summe:	16,00			16,00	

B 3 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
 A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (2,00)
 A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (1,00)
 A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (1,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (2,00)
 A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (2,00)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (3,00)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (3,00)
 A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (1,00)

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Leerstellen (kw) *					
A 10	1,00			1,00	
Summe:	1,00			1,00	

A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (1,00)

Einzelplan 6	Behörde für Bau und Verkehr
Kapitel 6100	Amt für Wohnungswesen

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2003			2002	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 10	1,00			1,00		H.Beschl.
gesamt:	1,00			1,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Sachbearbeitung in der Koordinierungsstelle Soziale Stadt
A 13						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
Summe Beamtinnen/ Beamte	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	

Einzelplan 6 Kapitel 6100	Behörde für Bau und Verkehr Amt für Wohnungswesen
--	--

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
I a	1,00			1,00	
I b	7,00			5,00	
II a hD	10,00	1,00	2)	9,00	kw: 1,00 VergGr. II a hD nach Freiwerden der Stelle
III	3,00			3,00	
IV a	1,00			1,00	
IV b	1,00			1,00	
V c	4,00			4,00	
VI b	1,00			1,00	
IX b/VII	2,00			2,00	
Summe:	30,00			27,00	
Summe (ohne *) insgesamt	46,00			43,00	

Einzelplan 6 Kapitel 6100	Behörde für Bau und Verkehr Amt für Wohnungswesen
--	--

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
I b				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6200; von Kapitel 6200 für die Erarbeitung von Entwicklungskonzepten für ausgewählte Wohnungsbestände
I b				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6500; Verlagerung von Kapitel 6500 für die Bearbeitung von Rechtsfragen
II a hD						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
<i>Summe Angestellte</i>	0,00	0,00	0,00	2,00	0,00	1,00	0,00	0,00	3,00	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00	0,00	0,00	3,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3,00	

Einzelplan 6 Kapitel 6200	Behörde für Bau und Verkehr Amt für Bauordnung und Hochbau
--	---

I. Stellenbestand

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 3	1,00			1,00	
B 2	1,00			1,00	
A 16	2,00			2,00	
A 15	9,00			9,00	
A 14	6,00			7,00	
A 13	5,00			5,00	
A 13	4,00			4,00	
A 12	12,00			11,00	
A 11	4,00			5,00	
A 9	0,00			1,00	
Summe:	44,00			46,00	

B 3 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
 B 2 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (1,00)
 A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (2,00)
 A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (8,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00)
 A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (5,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,00)
 A 13 Baurätin/ Baurat (5,00)
 A 13 Technische Oberamtsrätin/ Technischer Oberamtsrat (4,00)
 A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (2,00), Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt (10,00)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman (1,00), Technische Amtsfrau/ Technischer Amtmann (3,00)
 A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (0,00)

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 15	0,00			1,00	
A 14	2,00			1,00	
A 13	1,00			1,00	
Summe:	3,00			3,00	

A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (0,00)
 A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (2,00)
 A 13 Baurätin/ Baurat (1,00)

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
I a	1,00			1,00	
I b	5,00			6,00	
II a hD	1,00			1,00	
II a gD	1,00			1,00	

Einzelplan 6 Kapitel 6200	Behörde für Bau und Verkehr Amt für Bauordnung und Hochbau
--	---

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2003			2002	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.		§ 50a (1)	
A 15	0,00			1,00	Nr. 5	
A 14	2,00			1,00	Nr. 6	
A 13	1,00			1,00	Nr. 6	
gesamt:	3,00			3,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6500; Stellentausch mit Kapitel 6500
A 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6030; für die Leitung Controlling
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6500; Stellentausch mit Kapitel 6500
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6500; Stellentausch mit Kapitel 6200
A 13						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 3 Haushaltsbeschluss
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6000; von Kapitel 6000 für die Sachbearbeitung in der Zentralen Vergabeaufsicht
A 11						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Verlagerung von Kap. 6200
Summe Beamtinnen/ Beamte										
	0,00	0,00	0,00	3,00	-3,00	-2,00	0,00	0,00	-2,00	
I b					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6100; von Kapitel 6200 für die Erarbeitung von Entwicklungskonzepten für ausgewählte Wohnungsbestände
II a hD						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 3 Haushaltsbeschluss
II a hD					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6500; Stellentausch mit Kapitel 6500

Einzelplan 6 Kapitel 6200	Behörde für Bau und Verkehr Amt für Bauordnung und Hochbau
--	---

I. Stellenbestand

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
III	16,00			16,00	
IV a	5,00			5,00	
IV b	1,00			1,00	
V b gD	12,00			6,00	
V b mD	12,00			12,00	
V c	4,00			4,00	
VI b	7,00			7,00	
VII	2,50			2,50	
IX b/VII	4,00			4,00	
VIII	1,00			1,00	
Summe:	72,50			67,50	
Summe (ohne *) insgesamt	116,50			113,50	

Einzelplan 6 Kapitel 6200	Behörde für Bau und Verkehr Amt für Bauordnung und Hochbau
--	---

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag					-2,00	1,00			-1,00	
III					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6500; von Kapitel 6200 für die Sachbearbeitung Verkehrsangelegenheiten auf EU-Ebene
III						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
V b gD		6,00							6,00	Sachbearbeitung in der Tariflohn- und Nachunternehmerkontrolle
Summe Angestellte	0,00	6,00	0,00	0,00	-3,00	2,00	0,00	0,00	5,00	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00	6,00	0,00	3,00	-6,00	0,00	0,00	0,00	3,00	

Einzelplan 6	Behörde für Bau und Verkehr
Kapitel 6300	Tiefbauamt

kw 2003	kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw >2006	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen
					13,00	Bereich der Beamtinnen/ Beamten
					37,00	Bereich der Angestellten
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	50,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

I. Stellenbestand

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
Planstellen					
B 6	1,00			1,00	
B 3	3,00			3,00	
A 16	10,00	1,00	1)	9,00	kw: 1,00 BesGr. A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel
A 15	20,00	2,00	2)	21,00	kw: 2,00 BesGr. A 15 Baudirektorin/ Baudirektor nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel
		1,00	3)		kw: 1,00 BesGr. A 15 Baudirektorin/ Baudirektor zum 31.12.2002 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen
A 14	32,00	3,00	4)	30,00	kw: 3,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel
		1,00	5)		kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat nach Beendigung des Projekts 4. Röhre Elbtunnel
		1,00	6)		kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat zum 31.12.2002 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen
A 13	22,00	1,00	7)	22,00	ku: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach VergGr. II a hD
		2,00	8)		ku: 2,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach VergGr. II a hD nach Freiwerden der Stelle
		3,00	9)		kw: 3,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel
		1,00	10)		kw: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat zum 31.12.2002 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen
A 13	11,00	1,00	11)	11,00	kw: 1,00 BesGr. A 13 Technische Oberamtsrätin/ Technischer Oberamtsrat nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel
A 12	29,00			29,00	
A 11	35,00	1,00	12)	33,00	kw: 1,00 BesGr. A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel
		1,00	13)		kw: 1,00 BesGr. A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann zum 31.12.2002 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen
A 10	9,00	1,00	14)	10,00	kw: 1,00 BesGr. A 10 Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor zum 31.12.2002 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen
A 9	2,00			2,00	
A 9	2,00			1,00	
A 8	5,00	1,00	15)	5,00	kw: 1,00 BesGr. A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel
A 6	1,00			1,00	
Summe:	182,00			178,00	

B 6 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (1,00)
 B 3 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (3,00)
 A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (9,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
 A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (20,00)
 A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (31,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,00)
 A 13 Baurätin/ Baurat (22,00)
 A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (1,00), Technische Oberamtsrätin/ Technischer Oberamtsrat (10,00)
 A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (3,00), Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt (26,00)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (8,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (27,00)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (4,00), Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (5,00)
 A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (2,00)
 A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (2,00)

A 8	Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (5,00)
A 6	Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (1,00)

Einzelplan 6 Kapitel 6300	Behörde für Bau und Verkehr Tiefbauamt
--	---

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 16						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6305; Stellentausch für die Leitung des Wirtschaftsplans Autobahn- und Tunnelbetrieb
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6305; Stellentausch für die Leitung des Wirtschaftsplans Autobahn- und Tunnelbetrieb
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6030; für die Leitung des Bereichs Baudurchführung Stadtstraßen
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6420; Bereitstellung einer Stelle BR A 13 für WS 23
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6030; für das Bauprojekt Flughafen-S-Bahn
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6030; für das Bauprojekt Flughafen-S-Bahn
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6030; Stellentausch (Berichtigung einer Fehlbuchung)
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6600; Aufgaben- und Stellenverlagerung aus der Zusammenführung BBV und STEB
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6030; Stellentausch (Berichtigung einer Fehlbuchung)
A 10					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6420; Bereitstellung einer ROI A 10-Stelle für die Haushaltssachbearbeitung
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6420; Bereitstellung einer AI A9-Stelle für die Parkraumbewirtschaftung
Summe Beamtinnen/ Beamte										
	0,00	0,00	0,00	7,00	-4,00	1,00	0,00	0,00	4,00	

Einzelplan 6	Behörde für Bau und Verkehr
Kapitel 6300	Tiefbauamt

I. Stellenbestand

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 11	7,00			6,00	
A 10	1,00			1,00	
A 8	1,00			1,00	
Summe:	9,00			8,00	

A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (2,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (5,00)
A 10 Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (1,00)
A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (1,00)

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
I a	3,00	3,00	16)	3,00	kw: 3,00 VergGr. I a nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel
I b	16,00	6,00	17)	16,00	kw: 6,00 VergGr. I b nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel
		1,00	18)		kw: 1,00 VergGr. I b zum 31.12.2002 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen
II a hD	12,00	4,00	19)	11,00	kw: 4,00 VergGr. II a hD nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel
II a gD	14,00	5,00	20)	14,00	kw: 5,00 VergGr. II a gD nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel
III	50,00	3,00	21)	49,00	kw: 3,00 VergGr. III nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel
		1,00	22)		kw: 1,00 VergGr. III zum 31.12.2002 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen
IV a	38,00	3,00	23)	37,00	kw: 3,00 VergGr. IV a nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel
		6,00	24)		kw: 6,00 VergGr. IV a zum 31.12.2002 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen
IV b	9,00	1,00	25)	9,00	kw: 1,00 VergGr. IV b nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel
		2,00	26)		kw: 2,00 VergGr. IV b zum 31.12.2002 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen
V b gD	4,50			4,50	
V b mD	34,00	10,00	27)	34,00	kw: 10,00 VergGr. V b mD nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel
V c	24,50	7,50	28)	23,50	kw: 7,50 VergGr. V c zum 31.12.2002 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen

Einzelplan 6 Kapitel 6300	Behörde für Bau und Verkehr Tiefbauamt
--	---

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2003			2002	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 11	1,00			1,00	Nr. 6	H.Beschl.
A 11	1,00			0,00	Nr. 7	
A 11	2,00			2,00	Nr. 7	
A 11	3,00			3,00		
A 10	1,00			1,00	Nr. 6	
A 8	1,00			1,00	Nr. 6	
gesamt:	9,00			8,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
I a				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6500; für die Neuorganisation im Tiefbauwesen gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss Verlagerung von Kapitel 6420; Bereitstellung einer Stelle IIa (1a) für TP
I a						-1,00			-1,00	
II a hD				1,00					1,00	
III				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6030; für das Bauprojekt Flughafen-S-Bahn Verlagerung von Kapitel 6030; Verstärkung der IuK-Projektsachbearbeitung
IV a				1,00					1,00	
V c					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6030; Neuzuschnitt der Aufgaben im IuK-Bereich

Einzelplan 6 Kapitel 6300	Behörde für Bau und Verkehr Tiefbauamt
--	---

I. Stellenbestand

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
VI b	14,00	1,00	29)	17,00	kw: 1,00 VergGr. VI b nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel
VII	7,00			7,00	
IX b/VII	1,00			1,00	
VIII	2,00	1,00	30)	3,00	
Summe:	229,00			229,00	
Arbeiterinnen/ Arbeiter					
6	2,00			2,00	
4	2,00			2,00	
Summe:	4,00			4,00	
Summe (ohne *) insgesamt	415,00			411,00	

Einzelplan 6 Kapitel 6300	Behörde für Bau und Verkehr Tiefbauamt
--	---

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag				4,00	-1,00	-1,00			2,00	
VI b					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Verlagerung aus Kap. 6300
VIII			-1,00						-1,00	zur Verstärkung des Sachgebiets Tariflohn- und Nachunternehmerkontrolle -ABH 234-
Summe Angestellte	0,00	0,00	-1,00	4,00	-2,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Summe Angestellte insgesamt	0,00	0,00	-1,00	4,00	-2,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00	0,00	-1,00	11,00	-6,00	0,00	0,00	0,00	4,00	

Einzelplan 6	Behörde für Bau und Verkehr
Kapitel 6420	Wasserwirtschaft (ohne Strom- und Hafenbau)

kw 2003	kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw >2006	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen
					5,00	Bereich der Beamtinnen/ Beamten
					14,00	Bereich der Angestellten
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	19,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

I. Stellenbestand

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 4	1,00			1,00	
A 16	1,00			1,00	
A 15	1,00	1,00	1)	1,00	kw: 1,00 BesGr. A 15 Baudirektorin/ Baudirektor nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz
A 14	7,00	3,00	2)	7,00	kw: 3,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz
A 13	4,00	1,00	3)	2,00	kw: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz
A 13	1,00			1,00	
A 12	4,00			3,00	
A 11	4,00			4,00	
A 10	3,00			2,00	
A 9	1,00			1,00	
A 9	0,00			1,00	
A 7	1,00			1,00	
Summe:	28,00			25,00	

B 4 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (1,00)
 A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (1,00)
 A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (1,00)
 A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (7,00)
 A 13 Baurätin/ Baurat (4,00)
 A 13 Technische Oberamtsrätin/ Technischer Oberamtsrat (1,00)
 A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (1,00), Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt (3,00)
 A 11 Technische Amtsfrau/ Technischer Amtsmann (4,00)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (1,00), Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (2,00)
 A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (1,00)
 A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (0,00)
 A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (1,00)

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 9	1,00			1,00	
Summe:	1,00			1,00	

A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (1,00)

Einzelplan 6 Kapitel 6420	Behörde für Bau und Verkehr Wasserwirtschaft (ohne Strom- und Hafenbau)
--	--

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2003			2002	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 9	1,00			1,00	Nr. 6	
gesamt:	1,00			1,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 13						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 3 Haushaltsbeschluss
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Bereitstellung einer Stelle BR A 13 für WS 23
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6030; für den Bereich Hochwasserschutz und konstruktiver Wasserbau
A 10				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Bereitstellung einer ROI A 10-Stelle für die Haushaltssachbearbeitung
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6300; Bereitstellung einer AI A9-Stelle für die Parkraumbewirtschaftung
Summe Beamtinnen/ Beamte		0,00	0,00	0,00	3,00	-1,00	1,00	0,00	0,00	3,00

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2003	alter Vermerk 2002
A 13	3) kw: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz	

Einzelplan 6	Behörde für Bau und Verkehr
Kapitel 6420	Wasserwirtschaft (ohne Strom- und Hafenbau)

I. Stellenbestand

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
I b	0,00	1,00	4)	1,00	Vermerk weggefallen kw: 4,00 VergGr. II a hD nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz
II a hD	7,00	4,00	5)	8,00	
II a gD	0,00	1,00	6)	1,00	Vermerk weggefallen ku: 1,00 VergGr. III nach VergGr. IV a nach Freiwerden der Stelle kw: 4,00 VergGr. III nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz kw: 1,00 VergGr. IV a nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz
III	15,00	1,00	7)	15,00	
		4,00	8)		
IV a	3,00	1,00	9)	3,00	
IV b	2,00			2,00	kw: 5,00 VergGr. V b mD nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz
V b gD	2,00			2,00	
V b mD	14,00	5,00	10)	14,00	
V c	10,00			9,00	
VI b	24,00			24,00	
VII	2,00			2,00	
VIII	1,00			1,00	
Summe:	80,00			82,00	
Arbeiterinnen/ Arbeiter					
7	2,00			2,00	
6	7,00			7,00	
5	12,00			13,00	
2	1,00			1,00	
Richtl. Arb.	0,04			0,04	
Summe:	22,04			23,04	
Summe (ohne *) insgesamt	130,04			130,04	

Einzelplan 6 Kapitel 6420	Behörde für Bau und Verkehr Wasserwirtschaft (ohne Strom- und Hafenbau)
--	--

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
I b			-1,00			-1,00			-1,00	Vermerkvollzug
II a hD									-1,00	gem. Art. 8 Nr. 3 Haushaltsbeschluss
II a hD					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6300; Bereitstellung einer Stelle IIa (1a) für TP
II a hD							1,00		1,00	Aufgabenveränderung
II a gD							-1,00		-1,00	Aufgabenveränderung
V c				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6030; für den Bereich Hochwasserschutz und konstruktiver Wasserbau
Summe Angestellte										
	0,00	0,00	-1,00	1,00	-1,00	-1,00	0,00	0,00	-2,00	
5			-1,00						-1,00	zur Verstärkung des Sachgebiets Tariflohn- und Nachunternehmerkontrolle -ABH 234-
Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter										
	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	
Summe (ohne *) insgesamt										
	0,00	0,00	-2,00	4,00	-2,00	0,00	0,00	0,00	0,00	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2003	alter Vermerk 2002
I b	4) weggefallen	kw: 1,00 VergGr. I b zum 31.12.2001
II a hD	5) kw: 4,00 VergGr. II a hD nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz	kw: 4,00 VergGr. II a hD nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz
II a gD	6) weggefallen	kw: 1,00 VergGr. II a gD nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz

Einzelplan 6	Behörde für Bau und Verkehr
Kapitel 6500	Amt für Verkehr

I. Stellenbestand

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 4	1,00			1,00	
B 2	1,00			1,00	
A 16	2,00			2,00	
A 15	3,00			4,00	
A 14	5,00			5,00	
A 13	3,00	1,00	1)	5,00	Vermerk weggefallen
A 13	3,00			3,00	
A 12	5,00			5,00	
A 11	3,00			3,00	
A 10	2,00			1,00	
A 9	1,00			1,00	
A 8	1,00			1,00	
Summe:	30,00			32,00	

B 4 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (1,00)
 B 2 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
 A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (2,00)
 A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (2,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00)
 A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (4,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,00)
 A 13 Baurätin/ Baurat (2,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00)
 A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (2,00), Technische Oberamtsrätin/ Technischer Oberamtsrat (1,00)
 A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (3,00), Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt (2,00)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (2,00), Technische Amtsfrau/ Technischer Amtmann (1,00)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (1,00), Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (1,00)
 A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (1,00)
 A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (1,00)

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 14	1,00			1,00	
Summe:	1,00			1,00	

A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (1,00)

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
I a	3,00			3,00	
I b	3,00			3,00	
II a hD	4,00			2,00	
III	7,00			6,00	

Einzelplan 6
Kapitel 6500

Behörde für Bau und Verkehr
Amt für Verkehr

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2003			2002	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 14	1,00			1,00	Nr. 6	
gesamt:	1,00			1,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwand-lung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6030; für die Leitung der Abteilung Überregionale Koordinierung
A 15						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6200; Stellentausch mit Kapitel 6500
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6200; Stellentausch mit Kapitel 6500
A 14						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6200; Stellentausch mit Kapitel 6200
A 13						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 13						-2,00			-2,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
Summe Beamtinnen/ Beamte										
	0,00	0,00	0,00	2,00	-2,00	-3,00	0,00	0,00	-3,00	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	1,00	
Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt										
	0,00	0,00	0,00	2,00	-2,00	-2,00	0,00	0,00	-2,00	
I a					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6300; für die Neuorganisation im Tiefbauwesen
I a						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
I b						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
I b					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6100; Verlagerung von Kapitel 6500 für die Bearbeitung von Rechtsfragen
II a hD				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6200; Stellentausch mit Kapitel 6500
II a hD						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
II a hD						2,00			2,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
III				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6200; von Kapitel 6200 für die Sachbearbeitung Verkehrsangelegenheiten auf EU-Ebene

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2003	alter Vermerk 2002
A 13	1) weggefallen	ku: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach VergGr. II a hD

Einzelplan 6 Kapitel 6500	Behörde für Bau und Verkehr Amt für Verkehr
--	--

I. Stellenbestand

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
IV a	3,00			4,00	
IV b	2,00			3,00	
V b gD	2,00			2,00	
V b mD	1,00			1,00	
V c	9,00			9,00	
VI b	7,00			7,00	
VII	2,00			2,00	
Summe:	43,00			42,00	
Summe (ohne *) insgesamt	73,00			74,00	

Einzelplan 6 Kapitel 6500	Behörde für Bau und Verkehr Amt für Verkehr
--	--

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag				2,00	-2,00	3,00			3,00	
IV a					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Aufgabenzuwachs im Bereich Öffentlichkeitsarbeit
Summe Angestellte	0,00	0,00	0,00	2,00	-3,00	3,00	0,00	0,00	2,00	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	-1,00	
Summe Angestellte insgesamt	0,00	0,00	0,00	2,00	-3,00	2,00	0,00	0,00	1,00	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00	0,00	0,00	4,00	-5,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	

Änderung der Amtsbezeichnung

Wertigkeit	Anzahl	neue Bezeichnung	alte Bezeichnung	Begründungen
III	1,00			Änderung der Stellenbezeichnung

Einzelplan 6	Behörde für Bau und Verkehr
Kapitel 6600	Amt für Stadtentwicklung

I. Stellenbestand

kw 2003	kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw >2006	kw o.T.	Vermerke
3,00						Anzahl der kw-Stellen
2,00						Bereich der Beamtinnen/ Beamten
						Bereich der Angestellten
5,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 9	0,00			0,00	
B 4	2,00			0,00	
B 3	1,00			0,00	
A 16	5,00			0,00	
A 15	6,00			0,00	
A 14	17,50			0,00	

B 4	Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (1,00), Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
B 3	Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (1,00)
A 16	Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (4,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
A 15	Baudirektorin/ Baudirektor (5,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00)
A 14	Oberbaurätin/ Oberbaurat (15,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,50), Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat (1,00)

Einzelplan 6 Kapitel 6600	Behörde für Bau und Verkehr Amt für Stadtentwicklung
--	---

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 5000; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
B 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Aufgaben- und Stellenverlagerung aus der Zusammenführung BBV und STEB
B 4				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 5000; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
B 4				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 5000; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
B 3				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 5000; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 16				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 5000; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 5000; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 15				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 5000; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 15				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 5000; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Aufgaben- und Stellenverlagerung aus der Zusammenführung BBV und STEB
A 14				16,00					16,00	Verlagerung von Kapitel 5000; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Aufgaben- und Stellenverlagerung aus der Zusammenführung BBV und STEB
A 14				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 5000; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 14					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Aufgaben- und Stellenverlagerung aus der Zusammenführung BBV und STEB
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 5000; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)

Einzelplan 6
Kapitel 6600

Behörde für Bau und Verkehr
Amt für Stadtentwicklung

I. Stellenbestand

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte Planstellen					
A 13	11,00			0,00	
A 13	0,00			0,00	
A 13	2,00			0,00	
A 12	7,00	1,00	1)	0,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt zum 01.01.2003 Beschleunigung des Wohnungsbauprogramms</i>
A 11	10,00	1,00	2)	0,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman zum 01.01.2003 Beschleunigung des Wohnungsbauprogramms</i>
		1,00	3)		<i>kw: 1,00 BesGr. A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann zum 01.01.2003 Beschleunigung des Wohnungsbauprogramms</i>
A 10	3,00			0,00	
A 9	1,00			0,00	
A 9	1,00			0,00	
Summe:	66,50			0,00	

A 13 Baurätin/ Baurat (9,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (2,00)
A 13 Technische Oberamtsärztin/ Technischer Oberamtsarzt (2,00)
A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (2,00), Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt (5,00)
A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman (3,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (7,00)
A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (2,00), Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (1,00)
A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (1,00)
A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (1,00)

Einzelplan 6
Kapitel 6600

Behörde für Bau und Verkehr
Amt für Stadtentwicklung

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag				37,00	-5,00				32,00	
A 13				9,00					9,00	Verlagerung von Kapitel 5000; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 13				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 5000; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 5000; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Aufgaben- und Stellenverlagerung aus der Zusammenführung BBV und STEB
A 13				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 5000; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 12				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 5000; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 12					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Aufgaben- und Stellenverlagerung aus der Zusammenführung BBV und STEB
A 12				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 5000; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 11				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 5000; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6300; Aufgaben- und Stellenverlagerung aus der Zusammenführung BBV und STEB
A 11				7,00					7,00	Verlagerung von Kapitel 5000; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 10				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 5000; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 10				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 5000; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 5000; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 9				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 5000; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Aufgaben- und Stellenverlagerung aus der Zusammenführung BBV und STEB

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2003	alter Vermerk 2002
A 12	1) kw: 1,00 BesGr. A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt zum 01.01.2003 Beschleunigung des Wohnungsbauprogramms	
A 11	2) kw: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann zum 01.01.2003 Beschleunigung des Wohnungsbauprogramms	
A 11	3) kw: 1,00 BesGr. A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann zum 01.01.2003 Beschleunigung des Wohnungsbauprogramms	

Einzelplan 6 **Behörde für Bau und Verkehr**
Kapitel 6600 **Amt für Stadtentwicklung**

I. Stellenbestand

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 15	1,00			0,00	
A 14	2,00			0,00	
A 13	1,00			0,00	
A 11	0,50			0,00	
A 10	1,00			0,00	
A 9	1,00			0,00	
Summe:	6,50			0,00	

A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (1,00)
A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (1,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,00)
A 13 Baurätin/ Baurat (1,00)
A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (0,50)
A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (1,00)
A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (1,00)

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
I a	4,00			0,00	
I b	7,00			0,00	
II a hD	15,75			0,00	
II a gD	2,00	1,00	4)	0,00	Freigestelltes Personalratsmitglied
III	18,75	1,50	5)	0,00	kw: 1,50 VergGr. III zum 01.01.2003 Beschleunigung des Wohnungsbauprogramms

Einzelplan 6 Kapitel 6600	Behörde für Bau und Verkehr Amt für Stadtentwicklung
--	---

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2003			2002	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 15	1,00			0,00	Nr. 6	
A 14	1,00			0,00	Nr. 6	
A 14	1,00			0,00	Nr. 7	
A 13	1,00			0,00	Nr. 6	
A 11	0,50			0,00	Nr. 6	
A 10	1,00			0,00	Nr. 6	
A 9	1,00			0,00	Nr. 7	
gesamt:	6,50			0,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	0,00	0,00	0,00	77,00	-10,00	0,00	0,00	0,00	67,00	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,50	0,00	0,00	0,00	-0,50	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</i>										
	0,00	0,00	0,00	77,00	-10,50	0,00	0,00	0,00	66,50	
I a				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 5000; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
I a				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 5000; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
I b				7,00					7,00	Verlagerung von Kapitel 5000; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
II a hD				16,75					16,75	Verlagerung von Kapitel 5000; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
II a hD					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Aufgaben- und Stellenverlagerung aus der Zusammenführung BBV und STEB
II a gD				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 5000; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
III				17,75					17,75	Verlagerung von Kapitel 5000; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
III				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 5000; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2003	alter Vermerk 2002
II a gD	4) 1,00 Freigestelltes Personalratsmitglied	
III	5) kw: 1,50 VergGr. III zum 01.01.2003 Beschleunigung des Wohnungsbauprogramms	

Einzelplan 6	Behörde für Bau und Verkehr
Kapitel 6600	Amt für Stadtentwicklung

I. Stellenbestand

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
IV a	9,30	0,50	6)	0,00	<i>kw: 0,50 VergGr. IV a zum 01.01.2003 Beschleunigung des Wohnungsbauprogramms</i>
IV b	1,00			0,00	
V b gD	3,00			0,00	
V c	14,00			0,00	
VI b	12,00			0,00	
VII	0,50			0,00	
IX b/VII	3,00			0,00	
VIII	2,00			0,00	

Einzelplan 6
Kapitel 6600
Behörde für Bau und Verkehr
Amt für Stadtentwicklung
II. Erläuterungen
Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag				48,50	-1,00				47,50	
IV a				9,30					9,30	Verlagerung von Kapitel 5000; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
IV b				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 5000; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
IV b				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 5000; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
IV b					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6030; Aufgaben- und Stellenverlagerung aus der Zusammenführung BBV und STEB
V b gD				5,50					5,50	Verlagerung von Kapitel 5000; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
V b gD					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6030; Aufgaben- und Stellenverlagerung aus der Zusammenführung BBV und STEB
V b gD					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Aufgaben- und Stellenverlagerung aus der Zusammenführung BBV und STEB
V c				16,00					16,00	Verlagerung von Kapitel 5000; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
V c					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Aufgaben- und Stellenverlagerung aus der Zusammenführung BBV und STEB
V c					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Aufgaben- und Stellenverlagerung aus der Zusammenführung BBV und STEB
VI b				15,00					15,00	Verlagerung von Kapitel 5000; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
VI b					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Aufgaben- und Stellenverlagerungen aus der Zusammenführung BBV und STEB
VI b					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Aufgaben- und Stellenverlagerung aus der Zusammenführung BBV und STEB
IX b/VII				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 5000; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
VIII				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 5000; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
VIII					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Aufgabenzusammenlegung BB/STEB
VIII					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Aufgaben- und Stellenverlagerung aus der Zusammenführung BBV und STEB

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2003	alter Vermerk 2002
IV a	6) kw: 0,50 VergGr. IV a zum 01.01.2003 Beschleunigung des Wohnungsbauprogramms	

Einzelplan 6	Behörde für Bau und Verkehr
Kapitel 6600	Amt für Stadtentwicklung

I. Stellenbestand

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
Summe:	92,30			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	158,80			0,00	

Einzelplan 6
Kapitel 6600

Behörde für Bau und Verkehr
Amt für Stadtentwicklung

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
<i>Summe Angestellte</i>										
	0,00	0,00	0,00	103,30	-11,00	0,00	0,00	0,00	92,30	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,50	-0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Summe Angestellte insgesamt</i>										
	0,00	0,00	0,00	103,80	-11,50	0,00	0,00	0,00	92,30	
Summe (ohne *) insgesamt										
	0,00	0,00	0,00	180,80	-22,00	0,00	0,00	0,00	158,80	

Stellenveränderungen zum Stellenplan 2003

Lfd. Nr.	Kapitel	Stellenveränderung	Erläuterung ^{*)}
Stellenhebungen			
1	6300	1,0 Stelle Baurätin/Baurat A 13 wird gehoben nach Oberbaurätin/Oberbaurat A 14.	Anpassung an die Stellenrelation des Besoldungsrechts
2	6300	2,0 Stellen Technische Amtfrau/Technischer Amtmann A 11 werden gehoben nach Technische Amtsärztin/Technischer Amtsarzt A 12.	Anpassung an die Stellenrelation des Besoldungsrechts (Technischer Dienst)
3	6420	1,0 Stelle Oberbaurätin/Oberbaurat A 14 wird gehoben nach Baudirektorin/Baudirektor A 15.	für die Leitung des Abschnitts Planung, Entwurf und Bauvorbereitung Hochwasserschutzanlagen und konstruktiver Wasserbau
4	6500	1,0 Stelle Technische Amtfrau/Technischer Amtmann A 11 wird gehoben nach Technische Amtsärztin/Technischer Amtsarzt A 12.	Anpassung an die Stellenrelation des Besoldungsrechts (Technischer Dienst)
5	6600	1,0 Stelle Technische Amtfrau/Technischer Amtmann A 11 wird gehoben nach Technische Amtsärztin/Technischer Amtsarzt A 12.	Anpassung an die Stellenrelation des Besoldungsrechts (Technischer Dienst)
Sonstige Stellenveränderungen			
6	6000	Der Haushaltsvermerk „kw zum 31.12.2002 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen“ an 1,0 Stelle Angestellte/Angestellter IX b/VII wird geändert in „kw zum 31.12.2004 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen“.	
7	6030	Der Haushaltsvermerk „kw zum 31.12.2002 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen“ an 1,0 Stelle Technische Amtfrau/Technischer Amtmann A 11 wird geändert in „kw zum 31.12.2004 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen“.	Anpassung des Haushaltsvermerks an die voraussichtliche Dauer der Maßnahme

^{*)} bei Stellenhebungen und sonstigen Stellenveränderungen soweit Planstellen der Besoldungsgruppe A 11 und höher sowie der Besoldungsordnungen B, C und R oder Stellen der Vergütungsgruppe IV a und höher betroffen sind

Lfd. Nr.	Kapitel	Stellenveränderung	Erläuterung ^{*)}
8	6300	Der Haushaltsvermerk „kw zum 31.12.2002 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen“ an 1,0 Stelle Baudirektorin/Baudirektor A 15 1,0 Stelle Oberbaurätin/Oberbaurat A 14 1,0 Stelle Baurätin/Baurat A 13 1,0 Stelle Technische Amtfrau/Technischer Amtmann A 11 1,0 Stelle Technische Oberinspektorin/Technischer Oberinspektor A 10 1,0 Stelle Angestellte/Angestellter I b 1,0 Stelle Angestellte/Angestellter III 6,0 Stellen Angestellte/Angestellter IV a 2,0 Stellen Angestellte/Angestellter IV b 7,5 Stellen Angestellte/Angestellter V c wird geändert in „kw zum 31.12.2004 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen“.	Anpassung des Haushaltsvermerks an die voraussichtliche Dauer der Maßnahme
9	6305	Der Haushaltsvermerk „kw zum 31.12.2002 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen“ an 1,0 Stelle Angestellte/Angestellter V b 1,0 Stelle Angestellte/Angestellter VII wird geändert in „kw zum 31.12.2004 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen“.	
10	6500	1,0 Stelle Oberbaurätin/Oberbaurat A 14 wird umgewandelt in Oberregierungsrätin/Oberregierungsrat A 14.	für die Leitung des Sachgebiets „Unternehmensbelange ÖPNV“
11	6600	Der Haushaltsvermerk „kw 31.12.2002 Beschleunigung des Wohnungsbauprogramms“ an 1,0 Stelle Amtsrätin/Amtsrat A 12 1,0 Stelle Regierungsamtfrau/Regierungsamtmann A 11 1,0 Stelle Technische Amtfrau/Technischer Amtmann A 11 1,5 Stellen Angestellte/Angestellter III 0,5 Stellen Angestellte/Angestellter IV a wird geändert in „kw 31.12.2003 Beschleunigung des Wohnungsbauprogramms“.	aus personalwirtschaftlichen Gründen

^{*)} bei Stellenhebungen und sonstigen Stellenveränderungen soweit Planstellen der Besoldungsgruppe A 11 und höher sowie der Besoldungsordnungen B, C und R oder Stellen der Vergütungsgruppe IV a und höher betroffen sind

Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg

für das Haushaltsjahr 2003

Wirtschaftsplan

der staatlichen Hochbaudienststelle
der Behörde für Bau und Verkehr
(§ 15 Abs. 2 LHO)

Haushaltsrechtlicher Vermerk

1. Mehrerträge dürfen zur Deckung von Mehraufwendungen verwandt werden.
2. Die Ansätze für Aufwendungen (Personal- und Sachaufwand) und Investitionen sind je für sich gegenseitig deckungsfähig.
3. Mit Einwilligung der Finanzbehörde dürfen Mehraufwendungen im Erfolgsplan geleistet werden, wenn sie Voraussetzung für die Erzielung von Erträgen in mindestens gleicher Höhe sind.
4. Ansätze für Investitionen dürfen zur Deckung von Mehraufwendungen im Erfolgsplan verwandt werden. Die Einwilligung der Bürgerschaft ist erforderlich, wenn auf Investitionsmaßnahmen mit Gesamtkosten von über 500.000 EUR verzichtet und die Mittel in den Erfolgsplan übertragen werden sollen.
Kostenerhöhungen bei im Finanzierungsplan veranschlagten Maßnahmen bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme um mehr als 50.000 EUR steigen.
5. Neue Maßnahmen im Finanzierungsplan bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme 50.000 EUR übersteigen.
6. Verlustvorträge zur Abdeckung von Verlusten, die nicht durch Auflösung von Rücklagen gedeckt werden können, dürfen gebildet werden, wenn die Abdeckung der Verlustvorträge in den Folgejahren durch Jahresüberschüsse zu erwarten ist.

Anlage 2.1

Kontobezeichnung	Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ergebnis 2001	Erläuterung Nr.
	in Tsd. EUR			
1	2	3	4	5
A. ERFOLGSPLAN				
Erträge				
I. Leistungen bei investiven Maßnahmen (soweit nicht umsatzsteuerpflichtig)				
110 Architekten- und Ingenieurleistungen (ohne § 31 HOAI)	395	422	346,9	
120 Projektsteuerung / Bauherrnberatung / -betreuung	90	41	95,5	
Summe I	485	463	442,4	1
II. Leistungen bei Bauunterhaltungsmaßnahmen (soweit nicht umsatzsteuerpflichtig)				
210 Architekten- und Ingenieurleistungen (ohne § 31 HOAI)	62	118	35,1	
220 Projektsteuerung/Bauherrnberatung / -betreuung	7	10	3,1	
Summe II	69	128	38,2	1
Summe I + II	554	591	480,6	1
III. Umsatzsteuerpflichtige Leistungen				
300 Erträge aus umsatzsteuerpflichtigen Leistungen	360	266	370,8	
IV. Andere Erträge				
310 Sonstige betriebliche Erträge	0	0	0,0	
320 Entnahme aus Rücklagen	0	0	0,0	
Summe IV	0	0	0,0	
V. Gesamterträge (Summe I, II, III, IV)	914	857	851,4	

Kontobezeichnung	Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ergebnis 2001	Erläuterung Nr.
	in Tsd. EUR			
1	2	3	4	5
A. ERFOLGSPLAN				
Aufwendungen				
I. Personalaufwand				
410 Beamtenbezüge, Angestelltenvergütungen, Löhne der Arbeiter	549	495	483,3	2
420 Beschäftigungsentgelte für vorübergehend Beschäftigte	0	0	0,0	3
430 Sonstige Personalaufwendungen (Zulagen, Überstundenentgelte u.dgl.)	0	0	0,0	4
440 Zuschläge für Beihilfen u. dgl.	8	8	7,7	5
450 Versorgungszuschläge für Beamte, Angestellte und Arbeiter	93	88	84,1	6
Summe I	650	591	575,1	
II. Sachaufwand				
510 Geschäftsbedarf	14	11	13,8	7
520 Geräte u. Ausstattung	10	6	30,7	8
530 Aus- u. Fortbildung	1	1	0,0	9
540 Reisekosten	1	1	0,0	10
550 Fremdleistungen	5	4	24,3	11
560 Miete	31	30	23,9	12
570 Bewirtschaftung	9	9	6,6	12
580 Instandhaltung	1	2	1,0	12
600 Erstattung Verwaltungsgemeinkosten	97	88	82,3	13
Summe II	169	152	182,6	
III. Sonstiger Aufwand				
700 Umsatzsteuerzahllast	45	36	48,5	14
IV. Gesamtaufwendungen (Summe I, II, III)	864	779	806,2	
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (Saldo zwischen Gesamterträgen und Gesamtaufwendungen)				
989 Jahresüberschuss	50	78	45,2	

Anlage 2.1

Kontobezeichnung	Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ergebnis 2001	Erläuterung Nr.
	in Tsd. EUR			
1	2	3	4	5
B. FINANZIERUNGSPLAN				
Finanzbedarf				
I. Investitionen				
001 IuK - Ersatzbeschaffung	0	24	0,0	
002	0	0	0,0	
Summe I	0	24	0,0	
II. Sonstiger Finanzbedarf				
071 Zuführung an Rücklagen	25	39	22,6	15
078 Verlustabdeckung aus Vorjahr / en	0	0	0,0	16
182 Ablieferung an den Haushalt	25	39	22,6	17
620 Rückvergütung an Auftraggeber	0	0	0,0	
989 Jahresfehlbetrag	0	0	0,0	
Summe II	50	78	45,2	
Gesamtsumme Finanzbedarf (Summe I, II)	50	102	45,2	
Deckungsmittel				
071 Entnahme aus Rücklagen	0	24	0,0	
078 Verlustvortrag auf das Folgejahr	0	0	0,0	
181 Zuschuß aus dem Haushalt	0	0	0,0	
989 Jahresüberschuss	50	78	45,2	
Gesamtsumme Deckungsmittel	50	102	45,2	

Wirtschaftsplan der staatlichen Hochbaudienststelle der Behörde für Bau und Verkehr Haushaltsjahr 2003

Zu Nr.

Erläuterungen zu den Konten des Wirtschaftsplanes

Allgemeine Vorbemerkung zu den Wirtschaftsplänen der Hochbaudienststellen

Die in den Jahresabschlüssen für das abgelaufene Jahr von einigen Hochbaudienststellen ausgewiesenen Verluste (siehe Finanzierungsplan, Deckungsmittel, Konto 078 „Verlustvortrag auf das Folgejahr“) sind überwiegend darauf zurückzuführen, dass im Rahmen der kameralistischen Buchführung der Hochbaudienststellen offene Forderungen (noch) nicht zu Einnahmen führten (siehe im Einzelnen die Erläuterungen zu der Erläuterungsnummer 19 der Wirtschaftspläne, sofern ein Verlustvortrag auf das Folgejahr ausgewiesen wird).

- 1 Die honorarabhängigen Erträge (Teile I, II und III) werden nach der (voraussichtlichen) Entwicklung der Auftragslage und Veränderungen bei den Zahlungseingängen geschätzt.
Neben den Ist-Einnahmen (Spalte 4) bestanden am 31.12.2001 offene Sollstellungen i. H. v. 255 Tsd. EUR.
- 2 Die Basis für die Veranschlagung und Abrechnung der Personalkosten bilden die Ist-Kosten des Jahres 2001. Berücksichtigt sind lineare Erhöhungen für die Jahre 2002 und 2003 sowie Veränderungen bei Anzahl und Wertigkeit der voraussichtlich im Planjahr besetzten Stellen.
- 3 Veranschlagt sind Personalkosten zur Finanzierung unvorhergesehener, zeitlich befristeter zusätzlicher Personalbedarfe, die zur Erfüllung der vertraglich zugesicherten Leistungserstellung entstehen können (u. a. bei längeren krankheitsbedingten Personalausfällen).
- 4 Die zeitgerechte Erfüllung der vertraglich vereinbarten Leistungen kann - betriebsbedingt - die Leistung von Überstunden erforderlich machen, die (falls ein Zeitausgleich nicht in Betracht kommt) zu vergüten sind. Veranschlagt sind die Kosten für die Vergütung angeordneter Überstunden.
- 5 Entsprechend dem für die Veranschlagung der Kontenrahmen für Dienstbezüge geltenden Verfahren wird ein prozentualer Zuschlag für Beihilfen u. dgl. in den Wirtschaftsplan eingestellt. Der Zuschlag beträgt 4,0 % der Beamtenbezüge. Bei diesem Konto werden außerdem die personalbezogenen Sachkosten (Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung u.a.) veranschlagt.
- 6 Für Versorgungszuschläge werden prozentuale Zuschläge für Versorgungsleistungen veranschlagt. (vgl. Erläuterung zu Nr. 5). Die Zuschläge betragen für Beamtinnen und Beamte 30,0 % und für dauerhaft beschäftigte Angestellte, Arbeiterinnen und Arbeiter 9 % der Personalausgaben.
- 7 Veranschlagt sind die Aufwendungen für Schreib- und Zeichenbedarf, Ingenieur-Haftpflichtversicherung, Büro- und Verbrauchsmaterial, Post- und Fernmeldegebühren, Kopien, Lichtpausen, Bücher, Zeitschriften und sonstige Geschäftsbedürfnisse. Darüber hinaus sind Kosten für die Haltung von Dienstfahrzeugen und für Kilometergelder berücksichtigt.
- 8 Veranschlagt sind Kosten für die Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen bis 5 Tsd. EUR im Einzelfall sowie der Aufwand für ihre Wartung, Reparatur, Miete und dgl.
- 9 Berücksichtigt sind die Kosten für Aus- und Fortbildung; hierin eingeschlossen sind die Kosten für die Teilnahme an Veranstaltungen, die von der FHH selbst durchgeführt werden und deren Kosten zu erstatten sind.
- 10 Der Ansatz ist vorgesehen zur Finanzierung von Reisekosten, die insbesondere für auswärtige Aus- und Fortbildungsveranstaltungen sowie überregionale Erfahrungsaustausche / Fachtagungen entstehen.
- 11 Veranschlagt sind Kosten für die Beauftragung externer Servicedienste. Zum Abbau von Leistungsspitzen und um fachlich das gesamte Leistungsspektrum abdecken zu können, wurden das LIT und freiberuflich tätige Ingenieure im Wirtschaftsjahr 2001 eingeschaltet.
- 12 Veranschlagt werden grundsätzlich die voraussichtlichen Ist-Kosten für Miete, Bewirtschaftung und Instandhaltung.
Sofern die jeweilige Behörde diese Kosten verauslagt, werden sie am Jahresende durch Umbuchung an die entsprechenden Titel des jeweiligen Einzelplans erstattet. Die Erstattungen sind von den Behörden in Ergänzung von Nr. 1.2 der VV zu § 35 (1) LHO von den jeweiligen Ausgaben abzusetzen.
- 13 Veranschlagt sind die Verwaltungsgemeinkostenpauschale für die Inanspruchnahme der Service- und sonstigen Verwaltungsleistungen durch die Baudienststelle und die Gebühren für die Prüfung der Hochbaudienststellen durch die Prüfungsabteilung der Finanzbehörde.
- 14 Die Umsatzsteuerzahllast ergibt sich aus den Umsatzsteueranteilen der Honorareinnahmen beim Konto 300 abzüglich anrechenbarer Vorsteuer.

Anlage 2.1

- 15** Es werden grundsätzlich 50 % des Jahresüberschusses der Rücklage zugeführt (vgl. auch Nr. 17)
Die Höhe der zum 31.12.2001 bestehenden Rücklage beträgt 53,9 Tsd. EUR. Der Betrag enthält bisher noch nicht rückvergütete Beträge an die Auftraggeber i. H. v. 28,1 Tsd. EUR.)
- 16** Dargestellt ist in der Spalte 4 ggf. der aus Vorjahren (kumuliertes Ergebnis) abzudeckende Verlust.
- 17** Ab dem Geschäftsjahr 2001 werden grundsätzlich 50 % des Jahresüberschusses an den Haushalt abgeliefert und beim Titel 6000.121.57 im jeweiligen Folgejahr im Haushalt vereinnahmt.

Kennzahlen:

		2003	2002	2001
1.	Anzahl der im Jahresdurchschnitt besetzten Stellen:	10,0	9,0	9,6
2.	Kostendeckungsgrad (in %) :	106,0	110,0	137,3
3.	Jahres-Honorar pro Mitarbeiter/-in (- in Tsd. EUR -)	91,4	95,2	114,9
4.	Projektfaktor in %:	-----	-----	0,63

- zu 1. Für die Jahre „laufendes Haushaltsjahr“ und „Planjahr“ werden die voraussichtlich im Jahresdurchschnitt besetzten Stellen dargestellt.
- zu 2. Berechnungsformel: $\text{Gesamterträge (incl. Veränderungen der offenen Sollstellungen)} / \text{Gesamtaufwendungen} \times 100 = \text{Kostendeckungsgrad in \%}$
- zu 3. Bei der Berechnung des „Jahres-Honorars pro Mitarbeiter/-in“ werden die (ggf. voraussichtlichen) Stellenbesetzungen berücksichtigt, soweit diese aufgrund der geforderten Qualifikation unmittelbar der Leistungserstellung dienen. Hierzu gehören Stellen für Architekten und Ingenieure, Techniker, Technische Zeichner. Außerdem sind die Stellen für Leitungskräfte zu berücksichtigen. Stellen für Verwaltungskräfte bleiben dagegen unberücksichtigt.
- zu 4. $\text{Summe Projektzeiten} / \text{Gesamtarbeitszeit} \times 100 = \text{Projektfaktor in \%}$

I. Stellenbestand

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 15	1,00			1,00	
A 14	2,00			2,00	
A 13	1,00			1,00	
A 11	2,00			2,00	
Summe:	6,00			6,00	

A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (1,00)
 A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (2,00)
 A 13 Technische Oberamtsrätin/ Technischer Oberamtsrat (1,00)
 A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (2,00)

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
III	4,00			4,00	
IV a	1,00			1,00	
V c	1,00			1,00	
Summe:	6,00			6,00	
Summe (ohne *) insgesamt	12,00			12,00	

Einzelplan	WI	Wirtschaftspläne
Kapitel	6205	Staatl. Hochbau Hochbauamt

II. Erläuterungen

Frei aus redaktionellen Gründen

Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg

für das Haushaltsjahr 2003

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung (§ 26 Abs. 2 LHO)

zugleich auch als Erläuterung zu den Titeln

6000.261.01 Erstattung von Verwaltungsgemeinkosten

6000.632.91 Zuweisungen für Versorgungszuschläge an den Wirtschaftsplan GV

6000.682.58 Betriebszuschuss an den Wirtschaftsplan GV

6000.891.01 Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan GV

6000.891.56 Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan GV für IuK-Maßnahmen

Die Aufgaben des Amtes für Geoinformation und Vermessung haben, wie prognostiziert, durch die wachsenden und veränderten Anforderungen der Kunden sowie die sich ständig schneller vollziehenden technischen Innovationen sowohl qualitativ als auch quantitativ zugenommen. Dabei spielen der sich herausbildende Markt für Geodaten und die zugehörigen Dienstleistungen eine herausragende Rolle. Dies erfordert ein hohes Maß an Flexibilität und Innovationskraft beim Anbieter derartiger Leistungen.

Um sich diesen Herausforderungen wirtschaftlich erfolgreich stellen zu können, soll das Amt für Geoinformation und Vermessung der Behörde für Bau und Verkehr zukünftig als „Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung“ geführt werden, der sowohl für öffentlich-rechtliche als auch private Auftraggeber als Service- und Kompetenzzentrum nach § 26 LHO tätig wird.

Haushaltsrechtlicher Vermerk

1. Minderausgaben bei Investitionen dürfen nicht zur Deckung von Mehraufwendungen im Erfolgsplan verwandt werden.
2. Investitionsausgaben für Zwecke, für die im Finanzierungsplan keine Mittel veranschlagt sind, bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme 250 Tsd. EUR übersteigen.
3. Jahresfehlbeträge dürfen, soweit sie nicht durch nicht verbrauchte Deckungsmittel ausgeglichen werden können, als nicht gedeckter Finanzbedarf auf das Folgejahr vorgetragen werden, wenn die Abdeckung dieser Jahresfehlbeträge in den Folgejahren durch Jahresüberschüsse zu erwarten ist. Der nicht gedeckte Finanzbedarf ist in der Anlage zur Haushaltsrechnung darzustellen und zu erläutern.
4. Personenbezogene Einzelfallentscheidungen im Tarifbereich können getroffen werden, sofern die Kontrollmöglichkeit gewahrt wird und keine zusätzlichen Haushaltsmittel beansprucht werden.

Erfolgs- und Finanzierungsplan

(kameralistische Buchführung)

Kontenbezeichnung	Ansatz 2003	Ansatz 2002
	in Tsd. EUR	
1	2	3
A. ERFOLGSPLAN		
<u>Einnahmen</u>		
1. Betriebseinnahmen		
11111 Benutzungsgebühren Vermessungswesen	5.216	3.436
11112 Benutzungsgebühren SAPOS	10	10
11114 Benutzungsgebühren Gutachterausschuss	634	600
11901 Einnahmen aus Telefonauskünften des Gutachterausschusses	85	85
11992 Schadenersatzleistungen	-	-
11998 Vermischte Einnahmen	-	-
12501 Entgelte Druck / Repro und Erlaubnisse	1.523	523
12502 Entgelte Abgabe digitale Daten, Fachberatung	658	458
12503 Entgelte sonstige Leistungen	755	335
Summe 1.	8.881	5.447
<u>Gesamteinnahmen</u>	8.881	5.447

Kontenbezeichnung	Ansatz 2003	Ansatz 2002
	in Tsd. EUR	
1	2	3
A. ERFOLGSPLAN		
<u>Ausgaben</u>		
1. Materialausgaben		
53402 Sachaufwand für technische Arbeiten u. Einrichtungen	281	301
53556 Sachaufwand IuK	489	554
Summe 1.	770	855
2. Personalausgaben		
2.1 Gehälter und Löhne		
42291 Bezüge der Beamtinnen und Beamten	3.369	3.406
42591 Vergütungen der Angestellten	10.810	10.948
42691 Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	1.514	1.516
42791 Beschäftigungsentgelte, Aufwend. nebenamtl. nebenberufl.	12	12
Summe 2.1	15.705	15.882
2.2 soziale Abgaben und Ausgaben für Altersversorgung und für Unterstützung		
42590 Arbeitgeberanteil Sozialversicherung Angestellte	1.838	1.861
42690 Arbeitgeberanteil Sozialversicherung Arbeiter/Arbeiterinnen	257	258
43291 Versorgungsanteile –Beamte–	1.011	1.022
43591 Versorgungsanteile –Angestellte–	1.139	1.154
43691 Versorgungsanteile –Arbeiter–	159	160
44191 Beihilfen	135	136
53230 Beiträge zur Landesunfallkasse	61	61
Summe 2.2	4.600	4.652
Summe 2.	20.305	20.534
3. Sonstige betriebliche Ausgaben		
3.1 personalbedingte Ausgaben		
52722 Dienstreisen	35	35
511221 Fahr- u. Zehrkostenerstattungen	3	3
52591 Aus- und Fortbildung	43	43
Summe 3.1	81	81
3.2 Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung		
51722 Bewirtschaftung der Grundstücke	191	191
51822 Gebäude- und Gerätemieten	1.856	1.839
51901 Gebäudeunterhaltung	56	56
51422 Fahrzeugunterhaltung und Kraftfahrzeugsteuer, Dienst-, Schutzkleidung	78	71
Summe 3.2	2.181	2.157

Anlage 2.2

Kontenbezeichnung	Ansatz 2003	Ansatz 2002
	in Tsd. EUR	
1	2	3
3.3 Ausgaben für den Geschäftsbetrieb		
511222 Geschäfts- und Bürobedarf, Post- und Fernmeldegebühren, Fachliteratur	255	132
53101 Öffentlichkeitsarbeit,	20	20
52622 Anwalts-, Gerichts- u. Gutachtenkosten	10	6
53922 Vermischte Verwaltungsausgaben	-	77
67101 Kostenersatz an SH für Kartierungsarbeiten	51	51
67102 Erstattung von Verwaltungsgemeinkosten	659	-
67155 Erstattung des internen Telefonverkehrs	92	92
67156 Erstattung der Dienstleistungen des LIT	738	637
68501 Mitgliedsbeiträge	6	6
Summe 3.3	1.831	1.021
3.4 Übrige sonstige Ausgaben		
68192 Schadenersatzleistungen	2	2
Summe 3.4	2	2
Summe 3.	4.095	3.261
4. Zinsausgaben und ähnliche Ausgaben		
	0	0
Summe 4.	0	0
5. Steuern		
Summe 5.	0	0
Gesamtausgaben	25.170	24.650
<u>Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag</u>	16.289	19.203

Kontenbezeichnung	Ansatz 2003	VE 2003	Ansatz 2003	VE 2002
	in Tsd. EUR			
1	2	3	4	5
B. FINANZIERUNGSPLAN				
I. Finanzbedarf				
1. Investitionen				
70156 Baumaßnahmen für IuK-Technik	12	0	12	0
79901 Vergütungen für Ingenieur- und Sachverständigenleistungen für das flächenbezogene Informationssystem	115	25	115	25
81101 Neu- und Ersatzbeschaffung v. Fahrzeuge	100	-	-	-
81201 Maschinen, Geräte, .Ausstattung	814	256	301	256
81254 Ausbau der Infrastruktur, Modernisierung	22	0	101	0
81256 Betriebs- und Geschäftsausstattung IuK	835	0	387	0
82101 Ausgleichsbeträge Grundstücksgrenzen	0	50	0	50
89201 Zuschuss Neubau EC (Druckerei)	0	0	563	0
Summe 1.	1.898	331	1.479	331
2. Sonstiger Finanzbedarf				
Abdeckung des im Vorjahr nicht gedeckten Finanzbedarfs	0	0	0	0
Ablieferung an den Haushalt	0	0	0	0
Jahresfehlbetrag	16.289	0	0	0
Noch verfügbare Deckungsmittel	0	0	0	0
Summe 2.	16.289	0	0	0
<u>Gesamtsumme Finanzbedarf</u>	18.187	331	1.479	331
II. <u>Deckungsmittel</u>				
Jahresüberschuss	0		0	
Im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungsmittel	-		-	
Versorgungszuschuss aus dem Haushalt (Titel 6000.632.91)	2.825		-	
Betriebszuschuss aus dem Haushalt (Titel 6000.682.58)	13.464		-	
Investitionszuschuss aus dem Haushalt (Titel 6000.891.01)	1.041		-	
Investitionszuschuss aus dem Haushalt für IuK - Maßnahmen (Titel 6000.891.56)	857		-	
Nicht gedeckter Finanzbedarf (Vortrag auf das Folgejahr)	-		-	
<u>Gesamtsumme Deckungsmittel</u>	18.187		-	

Erläuterungen zum Wirtschaftsplan 2003

Einnahmen

11111	Veranschlagt sind die Benutzungsgebühren nach Abschnitt I (Nummer. 1, 2 und 4 bis 11) der Anlage zur Gebührenordnung für das Vermessungswesen vom 05.12.2000 (HmbGVBl. S. 362) für Leistungen und Amtshandlungen des amtlichen Vermessungswesens. Veranschlagt sind 5.216.000 Euro unter Berücksichtigung der umfassenden Verrechnung.
11112	Veranschlagt sind 10.000 Euro für Leistungen nach Abschnitt I (Nr. 3) der Anlage zur Gebührenordnung für das Vermessungswesen vom 05.12.2000 (HmbGVBl. S. 362).
11114 und 11901	Veranschlagt sind die Benutzungsgebühren für Leistungen und telefonische Auskünfte des Gutachterausschusses für Grundstückswerte. Mehr aufgrund der abzusehenden Entwicklung.
11992	Veranschlagt sind Schadenersatzleistungen an den Landesbetrieb. Leerkonto, da die Höhe nicht im Voraus absehbar ist.
11998	Für Erlöse aus der Veräußerung von Sonderabfällen, abgängigen technischen Ausstattungsgegenständen ist ein Leerkonto eingerichtet.
12501	Veranschlagt sind die Entgelte gemäß Preisverzeichnis des Amtes für Geoinformation und Vermessung (Anlagen 4, 6 und 7) für die Abgabe kartographischer Produkte, für kartographische, reproduktions- und drucktechnische Arbeiten, Luftbildarbeiten sowie die Zustimmung zur Vervielfältigung, Umarbeitung und Weitergabe. Es werden Einnahmen in Höhe von 1.523.000 Euro aufgrund der umfassenden Verrechnung erwartet.
12502	Veranschlagt sind Entgelte i. H. v. 658.000 Euro gemäß Preisverzeichnis des Amtes für Geoinformation und Vermessung (Anlage 2, 5 und 8.2) für die Abgabe von Geobasisdaten einschließlich Fachberatungen.
12503	Veranschlagt sind die Entgelte gemäß Preisverzeichnis des Amtes für Geoinformation und Vermessung (Anlagen 1, 3 und 8). Veranschlagt sind 755.000 Euro aufgrund der umfassenden Verrechnung.

Ausgaben

42291, 42591 und 42691	Veranschlagt sind die Beamtenbezüge, Angestelltenvergütungen und Arbeiterlöhne unter Berücksichtigung der derzeitigen Stellenausstattung.
42590 und 42690	Veranschlagt sind die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung für Angestellte und Arbeiter.
42791	Veranschlagt sind Ausgaben für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige aufgrund der abzusehenden Entwicklung.
43291, 43591 und 43691	Veranschlagt sind die Versorgungsbezüge für Beamte, Angestellte und Arbeiter.
44191	Veranschlagt sind Kostenanteile für Beihilfen auf der Basis des Ergebnisses 2001 und der zu erwartenden Entwicklung.
511221	Veranschlagt sind die Erstattungen der Auslagen für Dienstreisen unter Berücksichtigung der Vorjahresergebnisse.
511222	Veranschlagt sind unter Berücksichtigung der Ergebnisse 2001 Portokosten, Fernspreckgebühren, Beschaffung und Unterhaltung von Büromöbeln und allgem. Verbrauchsmaterial.
51422	Veranschlagt sind die Unterhaltung der Fahrzeuge einschl. Kraftfahrzeugsteuer und Treibstoff, die KM-Vergütungen für dienstlich genutzte Fahrzeuge und Dienst- und Schutzkleidung für den Außendienst.
51722	Veranschlagt sind die Gebäude- Bewirtschaftungskosten einschl. des Sanitärverbrauchsmaterials unter Berücksichtigung der Vorjahresergebnisse.
51822	Veranschlagt sind die vertraglich vereinbarte „Warmmiete“, die Kosten für zwei Kodakkopierer und einen Großformatkopierer.
51901	Veranschlagt ist mit 56.000 Euro ein geringerer Betrag als der Regelansatz (4% von der Kaltmiete) aufgrund der sich abzeichnenden Bedarfsentwicklung.
52591	Veranschlagt sind die Ausgaben für allg. Aus- und Fortbildung (ohne IuK) aufgrund des erkennbaren Bedarfs.
52622	Veranschlagt sind Ausgaben für Anwalts-, Gerichts- und Gutachteraufwendungen, insbesondere das erforderliche versicherungsmathematische Gutachten zur Einrichtung eines Landesbetriebs.
52722	Veranschlagt sind die Dienstreisen auf der Basis der Ergebnisse 2001 und der zu erwartenden Entwicklung.
53101	Veranschlagt sind Ausgaben für die Teilnahme an Messen, Behördenausstellungen, Veröffentlichungen etc.

53230	Veranschlagt sind die Beiträge zur Landesunfallkasse i.H.v. 30 Euro je Beamte (85) und 170 Euro je Angestellte und Arbeiter (341).
53402	Veranschlagt sind 281.000 Euro für die Ergänzung, Unterhaltung und den Sachaufwand der technischen Geräte und Einrichtungen und die Vergabe von vermessungs-, karten- und drucktechnischen sowie photogrammetrischen Leistungen.
53556	Veranschlagt sind 489.000 Euro für die im LuK-Plan angemeldeten Kosten der LuK-Technik.
53922	Das Konto wird nachrichtlich aufgrund der Einzelveranschlagung der Umzugskosten im Jahr 2002 geführt.
67101	Veranschlagt ist der Kostenersatz an das Land Schleswig-Holstein i.H.v. 51.000 Euro für Fortführungsarbeiten an hamburgischen Landeskartenwerken.
67102	Veranschlagt sind Erstattungen für Service, Intendanz der BBV, Prüfungsabteilung Finanzbehörde sowie Ausgaben für Leistungen der LHK.
67155	Veranschlagt sind die anteiligen Erstattungen an das LIT für den behördeninternen Telefonverkehr.
67156	Veranschlagt sind die Leistungs- und Verfahrensbetreuungskosten, die an das LIT zu erstatten sind.
68501	Veranschlagt sind Kostenanteile und Mitgliedsbeiträge für Arbeitsgemeinschaften und Verbände.
68192	Veranschlagt sind Mittel für Schadenersatzleistungen.
Finanzbedarf	
70156	Veranschlagt sind LuK-Baumaßnahmen gem. LuK-Planung.
79901	Veranschlagt sind Vergabeaufträge für das Flächenbezogene Informationssystem und den Aufbau einer Geodateninfrastruktur.
81101	Veranschlagt sind zeitgerechte Ersatzbeschaffungen von Fahrzeugen.
81201	Veranschlagt sind 814.000 Euro für vermessungs- und reprotchnische Geräte.
81254 und 81256	Veranschlagt sind die Kosten für den Ausbau der Infrastruktur und der investive LuK-Bedarf lt. LuK-Planung.
82101	Veranschlagt ist eine Verpflichtungsermächtigung für Zahlungsverpflichtungen gegenüber Dritten bei der Bereinigung von Grundstücksgrenzen zu Gunsten Hamburgs. 2003 finden Grenzberreinigungen voraussichtlich nicht statt.
89201	Das Konto wird 2003 nur nachrichtlich geführt aufgrund der einmalig erfolgten Einzelveranschlagung in 2002.

Einzelplan LAN Landesbetriebe
Kapitel 6030 Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung

I. Stellenbestand

kw 2003	kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw >2006	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen 1,00 Bereich der Beamtinnen/ Beamten 3,00 Bereich der Angestellten 1,00 Bereich der Arbeiterinnen/ Arbeiter
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	5,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
Planstellen					
B 3	1,00			0,00	
A 16	4,00			0,00	
A 15	9,00			0,00	
A 14	8,00	1,00	1)	0,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat nach Beendigung der Maßnahme 4. Röhre Elbtunnel, ku in Ang.VergGr. IIa hD</i>
A 13	7,00	2,00	2)	0,00	<i>ku: 2,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach VergGr. II a hD</i>
A 13	8,00			0,00	
A 12	17,00			0,00	
A 11	34,00	1,00	3)	0,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann zum 31.12.2002 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen</i>
A 10	11,00			0,00	
A 9	1,00			0,00	
A 8	1,00			0,00	
A 7	1,00			0,00	
Summe:	102,00			0,00	

B 3 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (1,00)
A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (4,00)
A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (7,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (2,00)
A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (8,00)
A 13 Baurätin/ Baurat (6,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00)
A 13 Technische Oberamtsrätin/ Technischer Oberamtsrat (8,00)
A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (2,00), Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt (15,00)
A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman (3,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (31,00)
A 10 Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (11,00)
A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (1,00)
A 8 Technische Hauptsekretärin/ Technischer Hauptsekretär (1,00)
A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (1,00)

Einzelplan LAN
Kapitel 6030

Landesbetriebe
Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 3				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
A 16				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
A 15				7,00					7,00	Verlagerung von Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
A 15				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
A 14				8,00					8,00	Verlagerung von Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
A 13				6,00					6,00	Verlagerung von Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
A 13				8,00					8,00	Verlagerung von Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
A 12				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
A 12				15,00					15,00	Verlagerung von Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
A 11				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
A 11				31,00					31,00	Verlagerung von Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
A 10				11,00					11,00	Verlagerung von Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
A 8				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
A 7				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2003	alter Vermerk 2002
A 14	1) kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat nach Beendigung der Maßnahme 4. Röhre Elbtunnel, ku in Ang.VergGr. IIa hD	
A 13	2) ku: 2,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach VergGr. II a hD	
A 11	3) kw: 1,00 BesGr. A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann zum 31.12.2002 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen	

Einzelplan LAN	Landesbetriebe
Kapitel 6030	Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung

I. Stellenbestand

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 14	1,00			0,00	
A 11	2,00			0,00	
Summe:	3,00			0,00	

A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (1,00)
A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (2,00)

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Andere Amtsstellen					
A 13	1,00			0,00	
Summe:	1,00			0,00	

A 13 Baurätin/ Baurat (1,00)

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
I b	2,00			0,00	
II a hD	2,00	1,00	4)	0,00	<i>kw: 1,00 VergGr. II a hD nach Freiwerden der Stelle</i>
II a gD	2,00			0,00	
III	34,00	1,00	5)	0,00	<i>kw: 1,00 VergGr. III nach Beendigung des Bauvorhabens Allermöhe</i>
IV a	34,00			0,00	
IV b	25,00			0,00	
V b gD	1,00			0,00	
V c	160,02	1,00	6)	0,00	<i>kw: 1,00 VergGr. V c nach Freiwerden der Stelle</i>
VI b	23,00			0,00	

Einzelplan LAN	Landesbetriebe
Kapitel 6030	Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

2003				2002	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 14	1,00			0,00	Nr. 6	
A 11	1,00			0,00	Nr. 7	
A 11	1,00			0,00	Nr. 6	
gesamt:	3,00			0,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwand-lung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	0,00	0,00	0,00	102,00	0,00	0,00	0,00	0,00	102,00	
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
<i>Summe Andere Amtsstellen</i>										
	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	
I b				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
II a hD				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
II a gD				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
III				34,00					34,00	Verlagerung von Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
IV a				34,00					34,00	Verlagerung von Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
IV b				25,00					25,00	Verlagerung von Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
V b gD				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
V c				160,02					160,02	Verlagerung von Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
VI b				23,00					23,00	Verlagerung von Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2003	alter Vermerk 2002
II a hD	4) kw: 1,00 VergGr. II a hD nach Freiwerden der Stelle	
III	5) kw: 1,00 VergGr. III nach Beendigung des Bauvorhabens Allemöhe	

Einzelplan LAN Kapitel 6030	Landesbetriebe Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung
--	---

I. Stellenbestand

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
VII	4,50			0,00	
IX b/VII	1,00			0,00	
VIII	5,50			0,00	
Summe:	294,02			0,00	
Nachwuchskräfte (Angestellte)*					
Nachwuchs mD	24,00			0,00	
Summe:	24,00			0,00	
Arbeiterinnen/ Arbeiter					
6	27,00			0,00	
4	29,00			0,00	
3	5,00			0,00	
2	1,00	1,00	7)	0,00	<i>kw: 1,00 Lohngr. 2 nach Freierwerden der Stelle (Beschäftigung von Schwerbehinderten aus den Werkstätten für Behinderte)</i>
Summe:	62,00			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	459,02			0,00	

Einzelplan LAN	Landesbetriebe
Kapitel 6030	Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung

II. Erläuterungen**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag				283,02					283,02	
VII				4,50					4,50	Verlagerung von Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
IX b/VII				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
VIII				5,50					5,50	Verlagerung von Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
<i>Summe Angestellte</i>										
	0,00	0,00	0,00	294,02	0,00	0,00	0,00	0,00	294,02	
Nachwuchs mD				24,00					24,00	Verlagerung von Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
<i>Summe Nachwuchskräfte (Angestellte)*</i>										
	0,00	0,00	0,00	24,00	0,00	0,00	0,00	0,00	24,00	
6				27,00					27,00	Verlagerung von Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
4				29,00					29,00	Verlagerung von Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
3				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
2				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6030; Neugründung des Landesbetriebs "Geoinformation und Vermessung"
<i>Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter</i>										
	0,00	0,00	0,00	62,00	0,00	0,00	0,00	0,00	62,00	
Summe (ohne *) insgesamt										
	0,00	0,00	0,00	459,02	0,00	0,00	0,00	0,00	459,02	

Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg für das Haushaltsjahr 2003

Wirtschaftsplan

des Autobahn- und Tunnelbetriebes der Baubehörde – Tiefbauamt
(§ 15 Abs. 2 LHO)

zugleich auch als Erläuterung zu den Titeln

6000.261.01	Erstattung von Verwaltungsgemeinkosten der Wirtschaftspläne Staatlicher Hochbau der Baubehörde sowie Autobahn- und Tunnelbetrieb
6300.121.57	Einnahmen aus Abführungen des Wirtschaftsplans Autobahn- und Tunnelbetrieb
6300.632.91	Zuweisungen für Versorgungszuschläge an Wirtschaftspläne
6300.682.57	Zuschuss an den Wirtschaftsplan Autobahn- und Tunnelbetrieb
6300.891.01	Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan Autobahn- und Tunnelbetrieb
6300.891.56	Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan Autobahn- und Tunnelbetrieb für IuK-Maßnahmen

Mit der Aufstellung eines Wirtschaftsplanes für den Autobahn- und Tunnelbetrieb wurde ab 2000 eine vollständige Kostentransparenz in diesem Bereich geschaffen. Die vom Bund zu tragenden Personal- und Sachkosten sind seither haushaltsmäßig eindeutig zuzuordnen. Von den 105¹ Stellen in diesem Aufgabenbereich werden 74 Stellen ganz und 12 Stellen zur Hälfte vom Bund finanziert. Mit der Einführung einer wirtschaftlichkeitsorientierten Steuerung im Unterhaltungs- und Instandsetzungsdienst nach bundeseinheitlichen Grundsätzen, die zugleich als Kosten- und Leistungsrechnung genutzt werden soll, wird die Kostentransparenz beim Autobahn- und Tunnelbetrieb zu einer weiteren Stärkung des Kostenbewusstseins aller Beteiligten führen. Die Maßnahme wird daher als weiterer Schritt im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung gesehen.

Haushaltsrechtlicher Vermerk

1. Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben verwandt werden.
2. Die Ansätze für Personal- und Sachausgaben sind gegenseitig deckungsfähig. Ansätze für Investitionen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben im Erfolgsplan nicht herangezogen werden.
3. Mit Zustimmung der für die Finanzen zuständigen Behörde können unterjährig andere Stellen als Planstellen ausgebracht werden, sofern eine Finanzierungszusage vorliegt.
4. Mehrbedarf darf durch im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungsmittel gedeckt werden.
5. Verlustvorträge zur Abdeckung von Verlusten, die nicht durch im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungsmittel gedeckt werden können, dürfen gebildet werden, wenn die Abdeckung der Verlustvorträge in den Folgejahren durch Jahresüberschüsse zu erwarten ist.

¹ Die in Folge größerer organisatorischer Veränderungen (Inbetriebnahme der 4. Röhre des Elbtunnels und der neuen Elbtunnelbetriebszentrale, Übernahme von Aufgaben durch die Feuerwehr) ausgewiesenen Stellenmehr- und minderbedarfe befinden sich zzt. noch in der behördeninternen Abstimmung. Die endgültigen Stellenbedarfe werden im Stellenplan 2004 ausgewiesen.

Kontenbezeichnung	Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ergebnis 2001
in Tsd. EUR			
1	2	3	4
A. ERFOLGSPLAN			
<u>Einnahmen</u>			
1. Betriebseinnahmen			
110 Erstattungen des Bundes	3.550	4.100	4.013
2. Sonstige Einnahmen			
210 Sonstige Einnahmen	0	0	0
3. Zinseinnahmen oder ähnliche Einnahmen			
310 Zinseinnahmen oder ähnliche Einnahmen	0	0	0
<u>Gesamteinnahmen</u>	3.550	4.100	4.013
<u>Ausgaben</u>			
1. Personalausgaben			
1.1 Gehälter und Löhne			
411 Beamtenbezüge	343	266	283
412 Angestelltenvergütungen	989	1.059	1.078
413 Arbeiterlöhne	2.558	2.938	2.882
414 sonst. Aufwendungen mit Lohn- und Gehaltscharakter	0	0	0
Summe 1.1	3.890	4.263	4.243
1.2 Soziale Abgaben und Aufwendung für Altersversorgung und Unterstützung			
421 Arbeitgeberanteil Sozialversicherung Angestellte	209	203	183
422 Arbeitgeberanteil Sozialversicherung Arbeiter	540	603	519
431 Versorgungszuschläge Beamte	103	80	85
432 Versorgungszuschläge Angestellte	108	114	115
433 Versorgungszuschläge Arbeiter	279	319	306
440 Beihilfe, Unterstützung, Fürsorgeleistungen	14	11	9
Summe 1.2	1.253	1.330	1.217
Summe 1.	5.143	5.593	5.460
2 Sonstige betriebliche Ausgaben			
2.1 Personalbedingte Ausgaben			
510 Aus- und Fortbildung	5	5	0
Summe 2.1	5	5	0

Kontenbezeichnung	Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ergebnis 2001
in Tsd. EUR			
1	2	3	4
2.2 Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung			
520 Mieten und Pachten	55	55	49
530 Bewirtschaftung und Instandhaltung	18	18	12
Summe 2.2	73	73	61
2.3 Ausgaben für den Geschäftsbedarf			
540 Geschäftsbedarf	49	15	30
550 Post- und Fernmeldegebühren	45	45	32
560 Haltung von Kfz, Km-Geld	70	67	45
570 IuK-Technik	50	41	13
Summe 2.3	214	168	120
2.4 Übrige sonstige Ausgaben			
580 Fremdleistungen	5	5	0
600 Erstattung Verwaltungsgemeinkosten	700	761	819
Summe 2.4	705	766	819
Summe 2	997	1.012	1.000
<u>Gesamtausgaben</u>	6.139	6.605	6.460
Jahresfehlbetrag	2.589	2.505	2.448

Anlage 2.3

Kontenbezeichnung	Ansatz 2003	VE 2003	Ansatz 2002	VE 2002	Ergebnis 2001
in Tsd. EUR					
1	2	3	4	5	6
B. FINANZIERUNGSPLAN					
I. <u>Finanzbedarf</u>					
1. Investitionen					
001 Investitionen	135	135	102	--	--
Summe 1.	135	135	102	--	--
2. Sonstiger Finanzbedarf					
078 Abdeckung des im Vorjahr nicht gedeckten Finanzbedarfs	--	--	--	--	--
182 Ablieferung an den Haushalt	--	--	--	--	--
989 Jahresfehlbetrag	2.589	--	2.505	--	2.318
071 Noch verfügbare Deckungsmittel	--	--	--	--	--
Summe 2.	2.589	--	2.505	--	2.318
<u>Gesamtsumme Finanzbedarf</u>	2.724	--	2.607	--	2.318
II. <u>Deckungsmittel</u>					
989 Jahresüberschuss	--	--	--	--	--
071 Im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungsmittel	--	--	--	--	--
181 Versorgungszuschuss aus dem Haushalt (Titel 6300.632.91)	490	--	513	--	472
182 Betriebszuschuss aus dem Haushalt (Titel 6300.682.57)	2.099	--	1.992	--	1.837
Investitionszuschuss aus dem Haushalt (Titel 6300.891.01)	10	10			
Investitionszuschuss aus dem Haushalt (Titel 6300.891.56) IuK	125	125	102	--	--
078 Nicht gedeckter Finanzbedarf (Vortrag auf das Folgejahr)	--	--	--	--	13
<u>Summe Deckungsmittel</u>	2.724	135	2.607	--	2.322

Erläuterungen

Im Bereich der Sachaufwendungen sind lediglich die personenbezogenen Ausgaben veranschlagt. Die Sachaufwendungen (Investitionen sowie Unterhaltungs-, Instandsetzungs- und Betriebsausgaben) bleiben in den bisherigen Titeln veranschlagt, weil diese ohnehin nur teilweise aus dem hamburgischen Haushalt stammen und im Wesentlichen direkt aus dem Bundeshaushalt finanziert werden.

A ERFOLGSPLAN

Einnahmen

1. Betriebseinnahmen

110 Erstattungen des Bundes

Veranschlagt sind die Personalkostenerstattung einschl. Rufbereitschaftsentschädigung, Überstunden und personenbezogener Sachkosten (z.B. Kilometergeld) sowie anteilige UA-III-Mittel-Einnahmen für die von TA erbrachten investiven Bauleistungen im Rahmen der Auftragsverwaltung. Die Erstattung des Bundes berechnet sich nach den tatsächlichen Ist-Kosten und berücksichtigt keine Versorgungslasten. Der vom Bund zu tragende Personalaufwand wird personengenau erfasst und monatlich nachträglich in Rechnung gestellt. Der sich dadurch ergebende zeitliche Nachlauf der Einnahmen gegenüber den Ausgaben beim Personal (zeitversetzte Abrechnung mit dem und Erstattung durch den Bund) wird durch Erstattungen für das Vorjahr ausgeglichen.

Ausgaben

1. Personalausgaben

1.1 Gehälter und Löhne

Die Personalausgaben sind veranschlagt auf Basis der Ist-Kosten 2001. Neben der Hebung der Stelle des Leiters ist zusätzlich eine Beamtenstelle für die Einführung wirtschaftlichkeitsorientierter Steuerungssysteme im Betriebsdienst (TT-SIB) nach bundeseinheitlichen Kriterien und eine Angestelltenstelle (Elektroingenieur) für Betrieb und Unterhaltung der neuen Verkehrsbeeinflussungsanlage sowie der neuen Verkehrssteuerungseinrichtungen in den Weichenbereichen des Elbtunnels im Zusammenhang mit dem Bau und Betrieb der 4. Röhre berücksichtigt. 10 Arbeiterstellen im Aufgabenbereich der Tunnelbetriebswarte im Schichtdienst werden nach Stationierung der Feuerwehr am Elbtunnel abgebaut. 6 Telefonisten werden nach der Einrichtung bundesweiter Notrufdienste und der neuen Elbtunnelbetriebszentrale nicht mehr benötigt. Weiterhin sind die linearen Erhöhungen 2001 und 2002 entsprechend dem Tarifabschluss veranschlagt. Der Ansatz beinhaltet neben den Kosten für die Vergütung angeordneter Überstunden, für Rufbereitschaftsentschädigungen, Schichtzulagen u.ä. auch die Kosten für zeitlich befristete zusätzliche Personalbedarfe, die zur Erfüllung einer vertraglich zugesicherten Leistungserstellung entstehen können (u. a. bei längeren krankheitsbedingten Personalausfällen).

1.2 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung

431 Versorgungszuschläge für Beamte

Für Versorgungsleistungen sind prozentuale Zuschläge in den Wirtschaftsplan einzustellen. Der Zuschlag beträgt unverändert 30 %.

432 Versorgungszuschläge für Angestellte

Für Versorgungsleistungen sind prozentuale Zuschläge in den Wirtschaftsplan einzustellen. Der Zuschlag (einschließlich Arbeitgeberanteil Sozialversicherung Angestellte) beträgt unverändert 9 %.

433 Versorgungszuschläge für Arbeiter

Für Versorgungsleistungen sind prozentuale Zuschläge in den Wirtschaftsplan einzustellen. Der Zuschlag (einschließlich Arbeitgeberanteil Sozialversicherung Arbeiter) beträgt unverändert 9 %.

Anlage 2.3

440 Beihilfe, Unterstützung, Fürsorgeleistungen

Für Beihilfen und dgl. wird entsprechend dem für die Veranschlagung der Kontenrahmen für Dienstbezüge geltenden Verfahren ein prozentualer Zuschlag in den Wirtschaftsplan eingestellt. Der Zuschlag beträgt unverändert 4 %. Bei diesem Konto werden außerdem die personenbezogenen Sachkosten veranschlagt.

2. Sonstige betriebliche Ausgaben

2.2 Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung

520 Mieten und Pachten

Veranschlagt sind die anteiligen Mietkosten für die Diensträume auf den Autobahnmeistereien sowie der alten und der neuen Betriebszentrale des Elbtunnels, die durch das nicht vom Bund finanzierte Personal genutzt werden.

530 Bewirtschaftung und Instandhaltung

Veranschlagt sind die anteiligen Bewirtschaftungs- und Instandhaltungskosten für die unter 520 genannten Diensträume.

2.3 Ausgaben für den Geschäftsbetrieb

540 Geschäftsbedarf

Veranschlagt sind die Aufwendungen für Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Dienst- und Schutzkleidung (ohne die Schutzkleidung für Straßenwärter und Tunnelbetrieb, die direkt aus Bundesmitteln finanziert wird), Geräte und Ausstattung, Dienstreisen sowie für sonstige vermischte Ausgaben. Die Einrichtung der neuen Betriebszentrale ergibt einen Mehrbedarf.

550 Post- und Fernmeldegebühren

Veranschlagt sind insbesondere die Kosten für Fernmeldegebühren (Handys) der überwiegend im Außendienst beschäftigten Mitarbeiter.

560 Haltung von Kfz, Km-Geld

Veranschlagt sind insbesondere die Kosten für Kilometergeld im Zusammenhang mit Rufbereitschaften und Notdiensten entsprechend den aktuellen Sätzen.

570 IuK-Technik

Veranschlagt sind Mittel für die Pflege von Unterhaltungs- und Instandsetzungskosten, Berechnungsprogrammen u. ä. Die Einrichtung der neuen Betriebszentrale ergibt einen Mehrbedarf.

2.4 Übrige sonstige Ausgaben

580 Fremdleistungen

Für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen (Vernetzung/Anbindung an das FHH-Intranet) sind dem Landesamt für Informationstechnik die Kosten zu erstatten.

600 Erstattung Verwaltungsgemeinkosten

Für die Inanspruchnahme der Service- und sonstigen Verwaltungsleistungen durch den Autobahn- und Tunnelbetrieb wird ein Pauschalbetrag (Verwaltungsgemeinkostenpauschale) in Höhe des Vorjahresansatzes an den Haushalt abgeführt. Die Pauschale wurde entsprechend dem Anteil der Personalkosten neu berechnet, sie schließt die Gebühren für die Prüfung des Autobahn- und Tunnelbetriebs durch die Prüfungsabteilung der Finanzbehörde ein.

B Finanzierungsplan

I. Finanzbedarf

1. Investitionen

001 Für die Vorbereitung und Einführung einer wirtschaftlichkeitsorientierten Steuerung im Unterhaltungs- und Instandsetzungsdienst nach bundesweit einheitlichen Grundsätzen, die zugleich als Kosten- und Leistungsrechnung genutzt werden soll, fallen Kosten für Hardware und anteilige Software-

entwicklung an. Weitere Kosten entstehen bei der Beschaffung von Fahrzeugen und sonstigem Arbeitsgerät für die nicht vom Bund finanzierten Aufgaben und Mitarbeiter.

Produktinformation

Beim Autobahn- und Tunnelbetrieb sind folgende Aufgaben zusammengefasst

- Betriebsdienste und Unterhaltung und Instandsetzung für die Bundesautobahnen einschl. des BAB-Elbtunnels und der Bundesstraßen mit allen Bauwerksteilen im Auftrage des Bundes gemäß Artikel 90 GG, nämlich

50,7 km	4-streifige Bundesautobahn
31,3 km	6-streifige Bundesautobahn
21,1 km	anbaufreie Bundesstraße (einschl. Umgehung Fuhlsbüttel)
33	BAB-Anschlußstellen
5	Autobahnknoten
mit	

315 ha	Fahrbahnen und befestigte Nebenflächen
350 ha	Neben- und Grünflächen
270 km	Straßenentwässerungsleitungen
199	Straßenbrücken
10	Fußgängerbrücken
12	Straßentunnel einschl. BAB-Elbtunnel im Zuge der A7

sowie

- Überwachung, Inspektion, Wartung, Erhaltung und Instandsetzung aller weiteren in der Baulast Hamburgs befindlichen

9	Straßentunnel
41	Allwetterfahrtreppen
7	Aufzüge.

Zur Wahrnehmung dieser Aufgaben sind zwei Autobahnmeistereien (Stillhorn und Othmarschen) und die Tunnelbetriebszentrale am Nordportal des BAB-Elbtunnels eingerichtet. Ziel der Tätigkeit der insgesamt 105 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist es, einen sicheren Verkehrsablauf zu ermöglichen, den möglichst störungsfreien Betrieb zu sichern und den Bestand der Bauwerke wirtschaftlich zu erhalten.

Zu den wesentlichen Einzelaufgaben gehören u.a.:

- Wahrnehmung der Verkehrssicherungspflicht,
- Winterdienst,
- sonstige verkehrstechnische Dienste,
- Betrieb, Unterhaltung und Instandsetzung von Bauwerken und sonst. Einrichtungen,
- Reinigungsarbeiten an den Verkehrsflächen,
- Grünpflege,
- Lenkung und Sicherung des Verkehrs im BAB-Elbtunnel in Zusammenarbeit mit der Polizei,
- Beseitigung von Verkehrsstörungen und Unfallschäden sowie
- Durchführung von Bauwerksprüfungen.

Mit dem Haushaltsplan 2000 wurden erstmals die Erträge (insb. Erstattungen des Bundes) sowie die Aufwendungen des Autobahn- und Tunnelbetriebs in einem Wirtschaftsplan veranschlagt. Lediglich der Saldo wird als Betriebsergebnis im Haushaltsplan ausgebracht. Der im Wirtschaftsplan für 2003 ausgewiesene Verlust von 2.724 Tsd. EUR entsteht im Wesentlichen dadurch, dass der Bund für die dargestellten Aufgaben aus der Auftragsverwaltung nur die Kosten für zusammen 80 Stellen erstattet. Die übrigen Aufgaben sind von Hamburg zu tragen oder werden für Aufgaben in der Baulast Hamburg erbracht und werden dem Wirtschaftsplan nicht besonders vergütet. In dem ausgewiesenen Fehlbetrag sind zudem 700 Tsd. EUR für die Erstattung von pauschalierten Verwaltungsgemeinkosten enthalten, die an den Haushalt erstattet und im Kapitel 6000 als Einnahme nachgewiesen werden.

Die Kosten und Leistungen im Bereich der hamburgischen Aufgaben werden weiterhin in der Kosten- und Leistungsrechnung des Tiefbauamtes erfasst.

Einzelplan WI Kapitel 6305	Wirtschaftspläne Wirtschaftsplan des Autobahn- und Tunnelbetriebs der Baubehörde - Tiefbauamt
---	--

I. Stellenbestand

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 15	1,00			0,00	
A 14	0,00			1,00	
A 13	1,00			1,00	
A 12	3,00			3,00	
A 8	1,00			1,00	
Summe:	6,00			6,00	

A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (1,00)
 A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (0,00)
 A 13 Technische Oberamtsrätin/ Technischer Oberamtsrat (1,00)
 A 12 Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (3,00)
 A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (1,00)

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
III	3,00			3,00	kw: 1,00 VergGr. V b mD zum 31.12.2002 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen kw: 1,00 VergGr. VII zum 31.12.2002 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen
IV a	1,00			1,00	
IV b	2,00			2,00	
V b gD	2,00			2,00	
V b mD	11,00	1,00	1)	11,00	
VII	3,00	1,00	2)	3,00	
VIII	6,00			6,00	
Summe:	28,00			28,00	
Arbeiterinnen/ Arbeiter					
7	5,00			5,00	
6	24,00			24,00	
5	54,00			54,00	
3	1,00			1,00	
1 (R)	1,00			1,00	
Summe:	85,00			85,00	
Summe (ohne *) insgesamt	119,00			119,00	

Einzelplan WI Kapitel 6305	Wirtschaftspläne Wirtschaftsplan des Autobahn- und Tunnelbetriebs der Baubehörde - Tiefbauamt
---	--

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Stellentausch für die Leitung des Wirtschaftsplans Autobahn- und Tunnelbetrieb
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6300; Stellentausch für die Leitung des Wirtschaftsplans Autobahn- und Tunnelbetrieb
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	0,00	0,00	0,00	1,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Summe (ohne *) insgesamt										
	0,00	0,00	0,00	1,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Stellen außerhalb der Verwaltung, die Zuwendungen (über 100.000 Euro im Einzelfall) zur Deckung der gesamten Ausgaben oder eines nicht abgegrenzten Teils der Ausgaben erhalten (§ 26 Abs. 3 Nr. 2 LHO)

lfd. Nr.	Bezeichnung der Einrichtung (Zuwendungsempfänger)	Plan	Plan	Ergebnis
		2003	2002	2001
		in Tsd. EUR		
1	<u>Zuschuss an das Institut für Bautechnik (DIBt)</u> <u>für bautechnische Untersuchungen</u>			
	1. Eigene Einnahmen	9.576	9.419	10.170
	2. Zuwendung und Erstattung Bund	584	505	818
	3. Zuwendung Länder	5.707	5.644	5.430
	- davon Hamburg	175	173	175
	Summe der Einnahmen	15.867	15.568	16.418
	Ausgaben			
	1. Personalausgaben	11.112	10.475	10.210
	2. Sächliche Verwaltungsausgaben	4.550	4.857	5.330
	3. Investitionen	205	236	287
	Summe der Ausgaben	15.867	15.568	15.827

Wirtschaftsplan 2003

Liste der Zuwendungsempfänger, die Zuwendungen (bis zu 100.000 EUR im Einzelfall) zur Deckung der gesamten Ausgaben oder eines nicht abgegrenzten Teils der Ausgaben erhalten (§ 26 Abs. 3 Nr. 2 LHO)

Kapitel/Titel	Zuwendungsempfänger	Art der Zuwendung	Höhe der Zuwendung 2003	Höhe der Zuwendung 2002
6000.685.01	Deutsche Verkehrs- wissenschaftliche Gesell- schaft e.V.	Institutionelle Förderung	Tsd. EUR	
			2	2
6500.684.02	Landesverkehrswacht e.V.	Institutionelle Förderung	0	99

Übersicht über die in den Deckungskreisen 11, 12, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 24 und 40 veranschlagten Mittel

Deckungskreis 11 / IuK-Technik, Investitionen

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
6000.701.56	Baumaßnahmen für IuK-Technik	25		37		43	152	37		-6
6000.891.56	Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan Geoinformation und Vermessung für IuK-Maßnahmen	857								
6030.701.56	Baumaßnahmen für IuK-Technik									
6300.891.56	Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan Autobahn und Tunnelbetrieb für IuK-Maßnahmen	125	125	102						
Summe	Deckungskreis 11	1.007	125	139		43	152	37		-6

Deckungskreis 24 / Hochbauinvestitionen

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
6000.701.01	Sicherheitstechnische Maßnahmen					86				-86
6000.701.02	Sanierung der Fassade und Erneuerung der Fenster im Stadthauskomplex			400		213	364	409	409	196
6000.702.01	Vorbereitung von Hochbaumaßnahmen							24		24
6200.702.03	Sicherung St. Nikolai					118	65			-118
6200.799.01	Vergütungen an Vertragsarchitektinnen, -architekten, -ingenieurinnen, -ingenieure, Sachverständige und dgl.	300	400	400	400	209	336	383	409	174
Summe	Deckungskreis 24	300	400	800	400	626	765	816	818	190

Deckungskreis 40 / Investitionen öffentlicher Personennahverkehr

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
6300.741.04	Maßnahmen zur Förderung des ÖPNV auf der Straße		1.300	198	1.300	364	1.506		1.278	-364
6300.742.09	Busbeschleunigung Linie 25					552	2.559			-552
6300.742.10	Umbau und Modernisierung der Busumsteigeanlage Wandsbek Markt			133		2.391	38			-2.391
6300.821.04	Grunderwerb für Maßnahmen zur Förderung des ÖPNV					113	17	51		-62
6300.891.04	Zuwendungen an Verkehrsunternehmen für den behindertengerechten Ausbau von Schnellbahnhaltstellen					-2	639			2
6300.891.10	Kostenbeiträge zu verschiedenen Bau- maßnahmen der Verkehrsunternehmen	33	5.600		5.000	251	4.101	511	5.113	260
6300.891.18	Kostenanteil Hamburgs am Bau der Schnellbahnanbindung Flughafen	16.380	1.000	8.718	500	-1.317	14.791	3.068	18.407	4.385
6300.891.20	Kostenanteil Hamburgs an der Aufhebung der Bahnübergänge in Wandsbek	1.500	60.000	1.400	25.000	2.536	8.417	256	38.347	-2.280
6300.891.21	Kostenanteil Hamburgs am Ausbau der AKN in Eidelstedt	3.045	3.700		5.200	5.293	331	511	5.113	-4.782
6500.799.01	Vergütungen an Vertragsarchitektinnen, -architekten, -ingenieurinnen, -ingenieure, Sachverständige u. dgl.	300	100	500	500	2.575	676	920	102	-1.655
6500.891.01	Zuschüsse gem. § 8 Regionalisierungsgesetz für Investitionen					710	24.931			-710
6500.891.02	Zuschüsse zum Bau oder Ausbau von Anlagen des ÖPNV	13.500		13.500		16.150		13.549		-2.601
6500.891.04	Zuschüsse zur Beschaffung von Linienomnibussen und Schienenfahrzeugen					8.068				-8.068

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
6500.891.05	Investitionszuschüsse an die HHA	10.315		10.016		10.409	980	10.737		328
6500.891.06	Telematik – Förderung von Projekten zur Verkehrsinformation in Hamburg	500	500	500	500					
6500.891.24	Zuschuss an die Hamburger Hochbahn AG für den Ausbau des Hafenbahntunnels Altona	1.790	4.234	766	1.790					
6500.892.01	Zuschuss für den Neubau des Zentralen Omnibusbahnhofs (ZOB) Hauptbahnhof					3.463	4.411			-3.463
Summe	Deckungskreis 40	47.363	76.434	35.731	39.790	51.556	63.397	29.603	68.360	-21.953

Deckungskreis 12 / Sach- und Fachausgaben, Kapitel 6000

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
6000.511.22*	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte und Ausstattungsgegenstände, sonst. Gebrauchsgegenstände	284		376		415	37	347		-68
6000.514.22*	Haltung von Fahrzeugen, Dienst- und Schutzkleidung	2		2		2	5	2		0
6000.517.22*	Bewirtschaftung der Grundstücke	691		756		748	8	493		-255
6000.518.22*	Mieten und Pachten	4.696		5.016		4.772	84	3.991		-781
6000.519.01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	188		209		240	330	155		-85
6000.525.91	Aus- und Fortbildung	223		264		240	53	225		-15
6000.526.22*	Sachverständige, Gerichts- und andere Kosten	50		51		200	31	26		-174
6000.527.22*	Dienstreisen	63		82		98	66	68		-30

* bis 2001 Kontenrahmen für Sachausgaben

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
6000.531.01	Informationstätigkeit auf dem Gebiet des Bau-, Wohnungs- und Verkehrswesens	180		207	200	428	137	46		-382
6000.535.01	Bewirtschaftung und Unterhaltung der Modellwerkstatt	4		4		1	3	4		3
6000.539.22*	Vermischte Verwaltungsausgaben	33		33		65	46	88		23
6000.632.91	Zuweisungen für Versorgungszuschläge an den Wirtschaftsplan Geoinformation und Vermessung	2.026								
6000.682.57	Zuschuss an den Wirtschaftsplan der staatlichen Hochbaudienststelle der Behörde für Bau- und Verkehr	-		-						
6000.682.58	Betriebszuschuss an den Wirtschaftsplan Geoinformation und Vermessung	15.714								
Summe	Deckungskreis 12	24.154		7.000	200	7.209	800	5.445		-1.764

* bis 2001 Kontenrahmen für Sachausgaben

Deckungskreis 14 / Sach- und Fachausgaben, Kapitel 6100

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
6100.511.22*	Geschäftsbedarf, Kommunikation, Geräte und Ausstattungsgegenstände sowie vermischte Verwaltungsausgaben	7		6		5	12	6		1
6100.514.22*	Haltung von Fahrzeugen, Dienst- und Schutzkleidung			2						
6100.518.22*	Mieten und Pachten			-						
6100.526.01	Mietenspiegel und Wohnlagenverzeichnis	295	364	67	425	210	128	153	240	-57
6100.526.02	Wettbewerbe, Einzeluntersuchungen, Modelle und dgl.	53	102	102	102	107	27	89	115	-18
6100.527.22*	Dienstreisen	3		5		3		5		2
6100.681.87	Wohnungspol. Maßnahmen der Bezirke, z.B. Mietverbilligungen/ Umzugsprämien und Ausgaben f. d. Wohnanlage Georgswerder Ring, Zweckzuweisungen an die Bezirke	268	920	857	920	(671)	361 (43)	642	1.023	-29
6100.682.01	Betriebsausgaben und Abbruchkosten für Behelfsbauten und Behelfsheime	14		1		9	1	1		-8
Summe	Deckungskreis 14	640	1.386	1.040	1.447	334 (671)	529 (43)	896	1.378	-109

* bis 2001 Kontenrahmen für Sachausgaben

Deckungskreis 15 / Sach- und Fachausgaben, Kapitel 6200

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
6200.511.22*	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte und Ausstattungsgegenstände, sonst. Gebrauchsgegenstände	54		18		28	17	18		-10
6200.514.22*	Haltung von Fahrzeugen, Dienst- und Schutzkleidung	4		40		41	1	36		-5
6200.527.22*	Dienstreisen	9		9		10	6	9		-1
Summe	Deckungskreis 15	67		67		79	24	63		-16

* bis 2001 Kontenrahmen für Sachausgaben

Deckungskreis 16 / Sach- und Fachausgaben, Kapitel 6300

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
6300.511.22*	Geschäftsbedarf, Kommunikation, Geräte und Ausstattungsgegenstände sowie vermischte Verwaltungsausgaben	125		60		117	9	109		-8
6300.514.22*	Haltung von Fahrzeugen, Dienst- und Schutzkleidung	2		59		58	5	74		16
6300.517.22*	Bewirtschaftung der Grundstücke	72		76		48	4	77		29
6300.518.22*	Mieten und Pachten	313		291		290	2	307		17
6300.519.01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	24		23		8	1	35		27
6300.521.01	Betrieb der Parkuhren und Parkscheinautomaten	358	300	371	250	332	38	306	256	-26
6300.521.09	Unterhaltung und Instandsetzung sowie Betriebsausgaben für Brücken, Tunnel und sonstige Ingenieurbauwerke	5.100	4.000	5.100	4.000	3.985	411	6.173	4.090	2.188
6300.521.14	Aufwendungen für öffentliche Straßen und Wege	98	250	98	250	-85		252	256	337
6300.521.81	Betriebsausgaben für öffentliche Straßen und Wege, Brücken, Tunnel und sonstige Ingenieurbauwerke, Rahmenzuweisungen an die Bezirke	7.410	4.000	8.659	4.000	(14.210)	(140)	10.489	4.090	-3.721
6300.527.22*	Dienstreisen	15		15		15	7	20		5
6300.542.01	Betriebsausgaben öffentliche Beleuchtung einschl. Lichtsignalanlagen	22.500	3.500	22.500	3.500	21.545	153	22.786		1.241
6300.632.91	Zuweisungen für Versorgungszuschläge an Wirtschaftspläne	490		513		505		470		-35

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
6300.671.01	Erstattung von Unterhaltungskosten im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau		10							
6300.682.57	Zuschuss an den Wirtschaftsplan Autobahn- und Tunnelbetrieb	2.099		1.992		1.868		1.868		
Summe	Deckungskreis 16	38.606	12.060	39.757	12.000	28.686 (14.210)	630 (140)	42.966	8.692	70

* bis 2001 Kontenrahmen für Sachausgaben

Deckungskreis 20 / Verkehrsbauten

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
6300.741.01	Neu-, Um- und Ausbau von Straßen	2.400	2.900	4.750	2.400	4.443	283	2.710	2.199	-1.733
6300.741.08	Maßnahmen in Verbindung mit dem Bau von Entlastungsstraßen und dem Bauprogramm der Bundesfernstraßen	700	1.300	460	1.000	322	127	1.023	3.068	701
6300.741.09	Grundinstandsetzung von Brücken, Tunneln und sonstigen Ingenieurbauwerken sowie Neu-, Um- und Erweiterungsbau	5.300	8.100	1.800	2.178	6.401	221	3.579	5.113	-2.822
6300.741.10	Bau von Lichtsignalanlagen und Anlagen der öffentlichen Beleuchtung, soweit nicht im Zusammenhang mit anderen Straßenbaumaßnahmen veranschlagt	1.400	3.000	1.300	1.200	1.139	64	1.278	1.278	139
6300.741.11	Grundinstandsetzung und Ersatz von Anlagen der Lichtsignalsteuerung und der öffentlichen Beleuchtung	7.600	10.000	6.100	6.900	6.094	2	8.181	7.669	2.087
6300.741.14	Grundinstandsetzung von Straßen	4.900	6.000	6.900	7.400	8.148	367	5.113	5.113	-3.035
6300.741.81	Neu-, Um- und Ausbau sowie Grundinstandsetzung von Straßen, Rahmenzuweisungen an die Bezirke	6.600	6.600	3.500	3.500	(3.632)	(1.639)	3.784	3.477	152
6300.750.01	Neugestaltung des Spielbudenplatzes	2.560		1.790	2.560					
6300.750.23	Ortsumgehung Finkenwerder, Teilbetrag		1.000		1.000				1.023	

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
6300.760.23	Ausbau der Straße „Am Stadtrand“	3.000	1.400							
6300.770.23	Grundinstandsetzung und Umbau des Krohnstiegs	2.800		3.000	2.800					
6300.773.23	Verlängerung Friedrich-Ebert-Damm	3.500	900	2.050	3.700	2.326	1.180	4.090	4.346	1.764
6300.775.23	Grundinstandsetzung des Heidenkampswegs	2.500	9.000							
6300.785.02	Grundinstandsetzung Tiefstacker Brücke	1.132		1.250	500	1.858	35	2.045	1.790	187
6300.785.03	Grundinstandsetzung der Altenwallbrücke	1.050	497	1.500	1.547					
6300.785.04	Grundinstandsetzung der Wagnerstraßenbrücke	1.375		1.300	1.375					
6300.785.06	Grundinstandsetzung der Billbrookkanalbrücke	1.000	2.420							
6300.799.01	Vergütungen an Vertragsarchitektinnen, -architekten, -ingenieurinnen, -ingenieure, Sachverständige u. dgl. sowie sächliche Bauaufsichtskosten	9.200	9.200	9.200	9.200	10.345	286	9.203	9.203	-1.142

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
6300.811.01	Beschaffung von Fahrzeugen	200					31			
6300.811.86	Investitionsmaßnahmen für Betriebsplätze, Hochbaumaßnahmen sowie Beschaffungen von Fahrzeugen, Zweckzuweisungen an die Bezirke	470	800	350	500	(154)	(394)	358	588	204
6300.881.05	Kostenanteile zum Um-, Aus- und Neubau von Bundesfernstraßen	2.100	12.000	75	10.150	-210	216	102	102	312
6300.891.01	Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan Autobahn- und Tunnelbetrieb für Geräte und Fahrzeuge	10	10	–						
6300.893.01	Erstattungen für Maßnahmen zum Schutz gegen Straßenlärm (passiver Lärmschutz bei Neubau oder wesentlicher Änderung von Straßen)	500	1.500	500	1.500	1.120	82	256	1.534	-864
Summe	Deckungskreis 20	60.297	76.627	45.825	59.410	41.986 (3.786)	2.894 (2.033)	41.722	46.503	-4.050

Deckungskreis 17 / Sach- und Fachausgaben, Kapitel 6420

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
6420.511.22*	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte und Ausstattungsgegenstände, sonst. Gebrauchsgegenstände	38		33		50	3	29		-21
6420.514.22*	Haltung von Fahrzeugen, Dienst- und Schutzkleidung	14		22		18	1	20		2
6420.517.02	Bewirtschaftung der Grundstücke (Gewässer und Nebenanlagen)	163		161		183		160		-23
6420.517.03	Bewirtschaftung der Grundstücke (Hochwasserschutzanlagen)	76		51		57		50		-7
6420.517.22*	Bewirtschaftung der Grundstücke	59		48		37	9	44		7
6420.518.22*	Mieten und Pachten	352		352		372	2	352		-20
6420.519.02	Unterhaltung der Grundstücke (Gewässer und Nebenanlagen)	315		310		312		307		-5
6420.519.03	Unterhaltung der Grundstücke (Hochwasserschutzanlagen)	207		204		139	6	200		61
6420.521.02	Betriebsausgaben Gewässer und Nebenanlagen	410		404		411	1	400		-11
6420.521.03	Betriebsausgaben Hochwasserschutzanlagen und Deichverteidigung	1.540		1.445		728		1.406		678
6420.521.81	Betriebsausgaben für Gewässer II. Ordnung, Rahmenzuweisung an die Bezirke	1.872	486	1.763	486	(1.099)	(26)	1.844	486	745
6420.521.86	Betriebsausgaben Hochwasserschutz, Zweckzuweisungen an die Bezirke	662	128	634	128	(1.393)	(27)	624	128	-769

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
6420.527.22*	Dienstreisen	2		2		2	1	2		0
6420.681.02	Entschädigungsleistungen für Überflutungsschäden									
6420.685.02	Beiträge, Kostenanteile und -erstattungen an wasserwirtschaftliche Verbände und Einrichtungen	20		20		22		20		-2
Summe	Deckungskreis 17	5.730	614	5.449	614	2.331 (2.492)	23 (53)	5.458	614	635

* bis 2001 Kontenrahmen für Sachausgaben

Deckungskreis 18 / Sach- und Fachausgaben, Kapitel 6500

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
6500.511.22*	Geschäftsbedarf, Kommunikation, Geräte und Ausstattungsgegenstände sowie vermischte Verwaltungsausgaben	12		4		7	1	5		-2
6500.514.22*	Haltung von Fahrzeugen, Dienst- und Schutzkleidung	1		6		7		6		-1
6500.526.03	Wissenschaftliche Beratungsleistungen und Gutachten auf den Gebieten der Verkehrspolitik	136	50	153	51	73	51	153	51	80
6500.527.22*	Dienstreisen	8		8		8		8		0
6500.537.01	Verkehrsdatenerfassung und -aufbereitung sowie Einrichtung einer Verkehrsdatenbank	250	50	150	51	379	41	150	51	-229
6500.682.07	Dividendengarantie für die A-Aktien der Hamburger Hochbahn AG	64		64		63		64		1
6300.684.02	Zuschuss an die Landesverkehrswacht e.V.			99		99		99		0
Summe	Deckungskreis 18	471	100	484	102	637	93	485	102	-151

* bis 2001 Kontenrahmen für Sachausgaben

Deckungskreis 19 / Sach- und Fachausgaben Kapitel 6610

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
6610.511.22*	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte und Ausstattungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	20		20		19	17			
6610.526.01	Planungsmittel auf den Gebieten der Landes- und Landschaftsplanung sowie des Städtebaus	1.073	1.050	1.073	1.150	1.367	1.062	1.183	1.125	-184
6610.526.02	Arbeitsstabmittel der Gemeinsamen Landesplanung Hamburg/Niedersachsen/Schleswig-Holstein	51	26	51	26	209	94	51	26	-158
6610.526.81	Planungsleistungen, Beteiligung der Öffentlichkeit, Karten und drucktechnische Arbeiten Rahmenzuweisung an die Bezirke	700	700	700	723	15 (1.015)	(662)	716	869	-314
6610.527.22*	Dienstreisen	4		4		4	7			
6610.546.01	Aufwendungen für Karten und drucktechnische Arbeiten	85	80	85	100	485	204	411	409	-74
Summe	Deckungskreis 19	1.933	1.856	1.933	1.999	2.099 (1.015)	1.384 (662)	2.361	2.429	-730

* bis 2001 Titelgruppe Z 61, Epl. 5

Deckungskreis 21 / Sach- und Fachausgaben, Kapitel 6620

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
6620.511.22*	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte und Ausstattungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	11		11		10	9			
6620.527.22*	Dienstreisen	2		2		2	4			
6620.547.10	Aufwendungen für die Soziale Stadtteilentwicklung	103	103	783	1.000	851	337	948	971	97
Summe	Deckungskreis 21	116	103	796	1.000	863	350	948	971	97

* bis 2001 Titelgruppe Z 61, Epl. 5

Deckungskreis 22 / Investitionen Stadterneuerungsmaßnahmen, Kapitel 6620

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
6620.821.02	Kosten der Ordnungsmaßnahmen sowie Grunderwerb (Stadterneuerung)	2.629	2.400	2.230	2.629	1.484	146	2.301	2.505	817
6620.821.03	Werterstattung an den Grundstock für Grunderwerb in Sanierungsgebieten (Stadterneuerung)	207		200		41	155	256		215
6620.821.04	Förderung von Stadtentwicklungs- und -erneuerungsaktivitäten vornehmlich in innerstädtischen Gebieten	374	811	450	674	30	272	460	562	430
6620.831.02	Kapitalzuführung an die HaGG					3.068		3.068		0
6620.891.02	Zuschuss an die STEG f. Modernisierungs-/Grunderneuerungsmaßnahmen an in Treuhandvermögen übertragenen Gebäuden sowie Maßnahmen nach § 17 II WoBauG	2.512	5.120	2.500	5.113	4.170	12	2.556	5.113	-1.614
6620.893.05	Soziale Stadtteilentwicklung in Sanierungsgebieten	10.403	15.500	9.973	15.606	8.237	1.032	10.175	15.339	1.938
6620.893.11	Soziale Stadtteilentwicklung in STEP-Gebieten (Hamburgisches Stadtteilentwicklungsprogramm)	11.833	15.500	14.630	15.339	7.160	1.188	9.868	15.339	2.708
Summe	Deckungskreis 22	27.958	39.331	29.983	39.361	24.190	2.805	28.684	38.858	4.494

Übersicht über Gutachten und Untersuchungen

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2003		2002	
		Ansatz Tsd. EUR	VE Tsd. EUR	Ansatz Tsd. EUR	VE Tsd. EUR
6100.526.01	Mietenspiegel und Wohnlagen- verzeichnis	295	364	67	425
6100.526.02 ¹	Wettbewerbe, Einzeluntersuchun- gen, Modelle u. dgl.	53	102	102	102
6100.799.03	Vergütungen an Vertragsarchitek- tinnen, -architekten u. dgl.			25	25
6500.526.03	Wissenschaftliche Beratungsleis- tungen und Gutachten	136	50	153	51
6500.526.04	Gutachten üb. Verkehrstelematik	-	-	-	-
6500.537.01 ¹	Verkehrsdatenerfassung und -aufbereitung sowie Einrichten einer Verkehrsdatenbank	250	50	150	51
6500.799.01 ¹	Vergütungen an Vertragsarchitek- tinnen, -architekten u. dgl.	300	100	500	500
6610.526.01 ¹	Planungsmittel auf den Gebieten der Landes- und Landschaftspla- nung sowie des Städtebaus	1.073	1.050	1.073	1.150
6610.526.81 ¹	Planungsleistungen, Beteiligung der Öffentlichkeit, Karten und drucktechn. Arbeiten, Rahmenzu- weisung an die Bezirke	700	700	700	723
6620.547.10 ¹	Aufwendungen für die soziale Stadtteilentwicklung	103	103	783	1.000

Hinweis: Darüber hinaus können bei verschiedenen Titeln in den Kapiteln 6300 und 6420 (vgl. Erläuterungen zu den Sach- und Fachausgaben), bei den Titeln 6200.799.01, 6500.863.01, 6620.893.05 und 893.11 auch Forschungs-, Gutachten- und Untersuchungsaufträge vergeben werden.

¹ teilweise (Anteil für Forschungs- und Gutachtenaufträge an Dritte nicht quantifizierbar)

Vergleichszahl 2002 im Haushaltsplan-Entwurf 2003		Haushaltsplan 2002 (nach Bürgerschaftsbeschluss)	
Titel	Ansatz Tsd. EUR	Titel	Ansatz Tsd. EUR
6000.119.98	135	6000. 119.98	134
		6620.119.98	1
6000.511.22	376	6000.511.22	301
		6600.511.61	73 von 104
		6600.514.61	2
6000.517.22	756	6000.517.22	481
		6600.517.61	275
6000.518.22	5.016	6000.518.22	4.083
		6600.518.61	933
6000.519.01	209	6000.519.01	140
		6600.519.61	69
6000.525.91	264	6000.525.91	248
		6600.525.61	16
6000.526.22	51	6000.526.22	26
		6600.526.61	25
6000.527.22	82	6000.527.22	72
		6600.527.61	10 von 16
6000.531.01	207	6000.531.01	46
		6610.531.01	161
6000.535.01	4	6600.535.01	4
6000.535.56	872	6000.535.56	708
		6600.535.56	164

Anlage 6

Vergleichszahl 2002 im Haushaltsplan-Entwurf 2003		Haushaltsplan 2002 (nach Bürgerschaftsbeschluss)	
Titel	Ansatz Tsd. EUR	Titel	Ansatz Tsd. EUR
6000.539.22	33	6000.539.22	25
		6600.539.61	8
6000.671.55	569	6000.671.55	504
		6600.671.55	65
6000.671.56	1.309	6000.671.55	1.199
		6600.671.55	110
6000.685.01	327	6000.685.01	221
		6610.685.01	106
6030.111.14	600	6000.111.12	600
6030.119.01	85	6000.119.01	85
6500.231.01	84.537	6500.231.01	7.631
		6500.231.03	71.579
		6500.231.04	5.327
6610.511.22	20	6600.511.61	20 von 104
6610.527.22	4	6600.527.61	4 von 16
6620.511.22	11	6600.511.61	11 von 104
6620.527.22	2	6600.527.61	2 von 16

**Haushaltsplan
Freie und Hansestadt Hamburg**

Haushaltsjahr 2003

Stellenplan und Stellenübersichten

Einzelplan 5

Stadtentwicklungsbehörde (alt)

Einzelplan 5	Stadtentwicklungsbehörde (alt)
---------------------	---------------------------------------

I. Stellenbestand

EPL	Bezeichnung	Jahr	Senatorinnen/ Senatoren Richterinnen/Richter Beamtinnen/ Beamte		Beamtinnen/ Beamte	Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer				Gesamt
			Planstellen	andere Amtsstellen	Nach- wuchs *	Angestellte	Nachwuchs Ang. *	Arbeiterin- nen/Arbeiter	Nachwuchs Arb. *	ohne *
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
5000	Allgemeine Verwaltung	2003 2002	0,00 81,00			0,00 110,98				0,00 191,98
	gesamt:	2003 2002	0,00 81,00	0,00 0,00	0,00 0,00	0,00 110,98	0,00 0,00	0,00 0,00	0,00 0,00	0,00 191,98

Einzelplan 5 Stadtentwicklungsbehörde (alt)

II. Erläuterungen

Stellenzugänge/Stellenabgänge

E P L	Kapitel	Anzahl der Stellen 2002	Vollzug kw	Art der Änderungen gegenüber dem Stellenplan des Haushaltsplans 2002				Stellenplan 2003	Diffe- renz
				Verlagerung		Neue Stellen	Stellen- abgänge	Anzahl der Stellen 2003	2003/ 2002
1	2	3	4	Zugang	Abgang	7	8	9	10
5	5000 Allgemeine Verwaltung	191,98	-5,00		-180,80	3,00	-9,18	0,00	-191,98
	Summe:	191,98	-5,00	+0,00	-180,80	+3,00	-9,18	0,00	-191,98

Einzelplan 5	Stadtentwicklungsbehörde (alt)
Kapitel 5000	Allgemeine Verwaltung (alt)

I. Stellenbestand

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 9	0,00			1,00	
B 4	0,00			2,00	
B 3	0,00			1,00	
A 16	0,00			5,00	
A 15	0,00			8,00	
A 14	0,00			21,00	
A 13	0,00	1,00	1)	12,00	Vermerk weggefallen

B 9 Oberbaudirektorin/ Oberbaudirektor (0,00)
 B 4 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (0,00), Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (0,00)
 B 3 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (0,00)
 A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (0,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (0,00)
 A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (0,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (0,00)
 A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (0,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (0,00), Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat (0,00),
 Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat im Verwaltungsdienst (0,00)
 A 13 Baurätin/ Baurat (0,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (0,00)

Einzelplan 5 Kapitel 5000	Stadtentwicklungsbehörde (alt) Allgemeine Verwaltung (alt)
--	---

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6600; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
B 4					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6600; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
B 4					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6600; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
B 3					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6600; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 16					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 6600; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6600; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 15								-1,00	-1,00	Veränderte Aufgaben durch Stellenverlagerung von LP 3 nach SB 210
A 15					-5,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel 6600; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 15					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 6600; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 14					-16,00				-16,00	Verlagerung an Kapitel 6600; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 14								1,00	1,00	Veränderte Aufgaben durch Stellenverlagerung von LP 3 nach SB 210
A 14			-1,00						-1,00	Streichung einer ganzen Planstelle zwecks Neuausbringung von zwei halben Planstellen gem. organisatorischer Anbindung
A 14		1,00							1,00	Teilung einer ganzen Planstelle in zwei halbe gem. organisatorischer Anbindung
A 14					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 6600; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6600; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 14								-1,00	-1,00	Aufgabenänderung durch Stellenverlagerung
A 13	-1,00								-1,00	Stufenweiser Vollzug von kw-Vermerken aufgrund erfolgreicher Umsetzung des Wohnungsbauprogramms
A 13		1,00							1,00	Teilung einer ganzen Planstelle in zwei halbe gem. organisatorischer Anbindung
A 13					-9,00				-9,00	Verlagerung an Kapitel 6600; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 13			-1,00						-1,00	Stellenstreichung für Ausbringung von 2 halben Planstellen der Bes.Gr. A13 gemäß tatsächlicher Organisationsstruktur

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2003	alter Vermerk 2002
A 13	1) weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat zum 31.12.2001 Beschleunigung des Wohnungsbauprogramms

Einzelplan 5	Stadtentwicklungsbehörde (alt)
Kapitel 5000	Allgemeine Verwaltung (alt)

I. Stellenbestand

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 13	0,00			2,00	
A 12	0,00	2,00	2)	12,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	3)		<i>Vermerk weggefallen</i>
A 11	0,00	1,00	4)	10,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	5)		<i>Vermerk weggefallen</i>
A 10	0,00	1,00	6)	4,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 9	0,00			1,00	
A 9	0,00			2,00	
Summe:	0,00			81,00	

A 13	Technische Oberamtsrätin/ Technischer Oberamtsrat (0,00)
A 12	Amtsärztin/ Amtsarzt (0,00), Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt (0,00)
A 11	Regierungsamtfräuf/ Regierungsamtfräuf (0,00), Technische Amtfräuf/ Technischer Amtfräuf (0,00)
A 10	Regierungsoberinspektörin/ Regierungsoberinspektör (0,00), Technische Oberinspektörin/ Technischer Oberinspektör (0,00)
A 9	Regierungsinspektörin/ Regierungsinspektör (0,00)
A 9	Amtsinspektörin/ Amtsinspektör (0,00)

Einzelplan 5	Stadtentwicklungsbehörde (alt)
Kapitel 5000	Allgemeine Verwaltung (alt)

II. Erläuterungen**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-1,00	2,00	-2,00		-46,00			-1,00	-48,00	
A 13					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 6600; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 13					-1,00			1,00	1,00	Aufgabenänderung durch Stellenverlagerung
A 13					-2,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6600; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 12								-1,00	-1,00	Verlagerung an Kapitel 6600; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 12	-1,00								-1,00	Aufgabenänderung nach Stellenverlagerung
A 12					-4,00				-1,00	Stufenweiser Vollzug von kw-Vermerken aufgrund erfolgreicher Umsetzung des Wohnungsbauprogramms
A 12	-1,00								-4,00	Verlagerung an Kapitel 6600; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 12					-5,00				-1,00	Stufenweiser Vollzug von kw-Vermerken aufgrund erfolgreicher Umsetzung des Wohnungsbauprogramms
A 11					-4,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel 6600; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 11					-7,00			1,00	-4,00	Verlagerung an Kapitel 6600; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 11									1,00	Aufgabenänderung nach Stellenverlagerung
A 10	-1,00								-7,00	Verlagerung an Kapitel 6600; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 10					-2,00				-1,00	Stufenweiser Vollzug von kw-Vermerken aufgrund erfolgreicher Umsetzung des Wohnungsbauprogramms
A 10					-1,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 6600; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6600; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 9					-2,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6600; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2003	alter Vermerk 2002
A 12	2) weggefallen	kw: 2,00 BesGr. A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt zum 31.12.2001 Beschleunigung des Wohnungsbauprogramms kw: 1,00 BesGr. A 12 Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt zum 31.12.2001 Beschleunigung des Wohnungsbauprogramms kw: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann zum 31.12.2001 Beschleunigung des Wohnungsbauprogramms kw: 1,00 BesGr. A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann zum 31.12.2001 Beschleunigung des Wohnungsbauprogramms
A 12	3) weggefallen	
A 11	4) weggefallen	
A 11	5) weggefallen	

Einzelplan 5	Stadtentwicklungsbehörde (alt)
Kapitel 5000	Allgemeine Verwaltung (alt)

I. Stellenbestand

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 15	0,00			1,00	
A 14	0,00			2,00	
A 13	0,00			1,00	
A 11	0,00			0,50	
A 10	0,00			1,00	
A 9	0,00			1,00	
Summe:	0,00			6,50	

A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (0,00)
 A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (0,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (0,00)
 A 13 Baurätin/ Baurat (0,00)
 A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (0,00)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (0,00)
 A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (0,00)

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
I a	0,00			4,00	
I b	0,00			6,00	
II a hD	0,00	1,00	7)	18,75	Vermerk weggefallen
II a gD	0,00	1,00	8)	2,00	Vermerk weggefallen

Einzelplan 5 Kapitel 5000	Stadtentwicklungsbehörde (alt) Allgemeine Verwaltung (alt)
--	---

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2003			2002	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 15	0,00			1,00	Nr. 6	
A 14	0,00			1,00	Nr. 6	
A 14	0,00			1,00	Nr. 7	
A 13	0,00			1,00	Nr. 6	
A 11	0,00			0,50	Nr. 6	
A 10	0,00			1,00	Nr. 6	
A 9	0,00			1,00	Nr. 7	
gesamt:	0,00			6,50		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Summe Beamtinnen/ Beamte										
	-4,00	2,00	-2,00	0,00	-77,00	0,00	0,00	0,00	-81,00	
I a					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 6600; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
I a					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 6600; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
I b							1,00		1,00	Tarifliche Bewertung
I b			-1,00						-1,00	interne organisatorische Maßnahme (Ausbringen von Stellenteilen)
I b		1,00							1,00	interne organisatorische Maßnahme (Ausbringung von Stellenteilen)
I b					-7,00				-7,00	Verlagerung an Kapitel 6600; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
II a hD							-1,00		-1,00	Tarifliche Bewertung
II a hD	-1,00								-1,00	Stufenweiser Vollzug von kw-Vermerken aufgrund erfolgreicher Umsetzung des Wohnungsbauprogramms
II a hD					-16,75				-16,75	Verlagerung an Kapitel 6600; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
II a gD					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 6600; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2003	alter Vermerk 2002
II a hD	7) weggefallen	kw: 1,00 VergGr. II a hD zum 31.12.2001 Beschleunigung des Wohnungsbauprogramms
II a gD	8) weggefallen	1,00 Freigestelltes Personalratsmitglied

Einzelplan 5 Kapitel 5000	Stadtentwicklungsbehörde (alt) Allgemeine Verwaltung (alt)
--	---

I. Stellenbestand

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
III	0,00	1,50	9)	16,75	<i>Vermerk weggefallen</i>
IV a	0,00	0,50	10)	12,30	<i>Vermerk weggefallen</i>
IV b	0,00			2,50	
V b gD	0,00			7,30	
V c	0,00			13,00	
VI b	0,00			19,50	
VII	0,00			0,88	
IX b/VII	0,00			3,00	
VIII	0,00			5,00	
Summe:	0,00			110,98	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00			191,98	

Einzelplan 5 Kapitel 5000	Stadtentwicklungsbehörde (alt) Allgemeine Verwaltung (alt)
--	---

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-1,00	1,00	-1,00		-29,75				-30,75	
III					-17,75		2,00		2,00	Tariffiche Bewertung
III					-1,00				-17,75	Verlagerung an Kapitel 6600; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
III					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6600; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
IV a							-2,00		-2,00	Tariffiche Bewertung
IV a			-1,00						-1,00	Aufgabenstraffung aufgrund Neuorganisation im Landesplanungsamt
IV a					-9,30				-9,30	Verlagerung an Kapitel 6600; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
IV b					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6600; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
IV b					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6600; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
V b gD					-5,50				-5,50	Verlagerung an Kapitel 6600; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
V c			-1,00						-1,00	Aufgabenstraffung aufgrund Neuorganisation im Landesplanungsamt
V c					-16,00				-16,00	Verlagerung an Kapitel 6600; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
VI b			-1,50						-1,50	Rückgang des Bedarfs an Zeichenkräften durch Einsatz von IuK-Technik
VI b			-1,00						-1,00	Aufgabenstraffung
VI b					-15,00				-15,00	Verlagerung an Kapitel 6600; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
IX b/VII					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 6600; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
VIII					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 6600; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
Summe Angestellte	-1,00	1,00	-5,50	0,00	-103,30	0,00	0,00	0,00	-108,80	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	0,00	0,00	-1,68	0,00	-0,50	0,00	0,00	0,00	-2,18	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Summe Angestellte insgesamt	-1,00	1,00	-7,18	0,00	-103,80	0,00	0,00	0,00	-110,98	
Summe (ohne *) insgesamt	-5,00	3,00	-9,18	0,00	-180,80	0,00	0,00	0,00	-191,98	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2003	alter Vermerk 2002
III	9) weggefallen	kw: 1,50 VergGr. III zum 31.12.2001 Beschleunigung des Wohnungsbauprogramms
IV a	10) weggefallen	kw: 0,50 VergGr. IV a zum 31.12.2001 Beschleunigung des Wohnungsbauprogramms